



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Familie heute. Daten. Fakten. Trends Familienreport 2020

**Familie heute.
Daten. Fakten. Trends
Familienreport 2020**

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Familien sind die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Hier wird Verantwortung füreinander übernommen, hier unterstützt man sich. Familien sind während der Coronavirus-Pandemie von geschlossenen Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche besonders betroffen. Trotzdem haben sie die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus mitgetragen und aufgefangen: Eltern haben ihre Kinder betreut, mit ihnen zu Hause gelernt und auch noch ihre eigene Arbeit so gut es ging erledigt. Es liegt auf der Hand, dass all das besser funktioniert, wenn Eltern sich gegenseitig unterstützen, Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlicher aufteilen können und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut funktioniert. Genau das wünschen sich auch immer mehr Familien, weil es am besten zu ihrem Leben passt.



Wir im Bundesfamilienministerium wissen, dass wir starke Familien brauchen. Mehr Partnerschaftlichkeit und gute Vereinbarkeit sind daher Dreh- und Angelpunkt unserer modernen, nachhaltigen Familienpolitik. Mit dem Starke-Familien-Gesetz 2019 haben wir den Kinderzuschlag verbessert – und in der Krise den Notfall-KiZ eingeführt. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz sorgen wir seit 2019 für mehr Betreuungsplätze und mehr Qualität. Mit dem 5. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ investieren wir in bis zu 90.000 zusätzliche Betreuungsplätze und wir verbessern die bekannteste und beliebteste Familienleistung – das Elterngeld. Zudem gehen wir neue Wege und digitalisieren unsere Familienleistungen. Damit Eltern diese schneller und einfacher beantragen können. Diese Ausgabe des Familienreports zeigt: Der familienpolitische Kurs war gerade in der Coronavirus-Krise goldrichtig. Dort, wo sich Väter mehr an der Betreuung beteiligt haben und wo es gute Vereinbarkeitslösungen und Unterstützung im Betrieb gab, sind Familien besser durch diese schwierige Zeit gekommen.

Wer genauer wissen will, wie es den Familien in unserem Land geht, wie viele Väter Elterngeld nehmen oder welche neuen familienpolitischen Entwicklungen es gibt, der wird auf den folgenden Seiten fündig. Neu im Vergleich zu früheren Ausgaben sind die systematischen und umfangreichen Vergleiche mit anderen Ländern. So liegt Deutschland im internationalen Vergleich, zum Beispiel bei der Zufriedenheit mit dem Familienleben, Eheschließungen, egalitären Einstellungen oder digitalen Problemlösefähigkeiten über dem Durchschnitt. Es wird aber auch deutlich, wo wir noch besser werden können, etwa bei der Müttererwerbstätigkeit.

„Familie heute. Daten. Fakten. Trends - Familienreport 2020“ zeigt eindrucksvoll, wo unser Land familienpolitisch steht, was wir in den letzten Jahren geleistet haben und welche Bedeutung eine moderne Familienpolitik hat. Sie ist ein zentrales Handlungsfeld für einen vorsorgenden und aktivierenden Sozialstaat. Diesen Weg wollen wir weiter gehen – für starke Familien, starke Kinder und eine gute Zukunft.

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads 'Franziska Giffey'.

Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Zusammenfassung	8
Familienpolitik in Deutschland – Ziele und Bilanz	12
Bilanz der Familienpolitik – 2017 bis 2020	17
Familienleben im Spiegel von Zahlen, Daten, Fakten	18
1 Familien und Corona-Pandemie	20
1.1 Familien in der Zeit der Corona-Beschränkungen	22
1.2 Vereinbarkeit und Partnerschaftlichkeit während des Lockdowns	23
1.3 Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und Einkommen	26
1.4 Betriebliche Unterstützung erwerbstätiger Eltern	27
1.5 Auswirkungen auf das familiäre Zusammensein und die Förderung der Kinder	30
1.6 Staatliche Hilfen für Familien in der Corona-Krise	32
2 Familienleben in Deutschland und Europa	34
2.1 Bedeutung von Familie	35
2.2 Vielfalt von Familien in Deutschland und in Europa	39
2.3 Kinderwünsche, Geburten und Kinderlosigkeit	73
2.4 Eheschließungen und Scheidungen	92
3 Wirtschaftliche Lage der Familien	100
3.1 Einkommensverteilung von Familien	101
3.2 Armutsrisiken von Familien	103
3.3 Erwerbstätigkeit von Müttern	109
3.4 Sicht der Bevölkerung	119
3.5 Unterstützung für Familien mit kleinen Einkommen	122
3.5.1 Starke-Familien-Gesetz	123
3.5.2 ESF-Bundesprogramm: Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter	124
4 Familienleben und Arbeitswelt	126
4.1 Aufgabenteilung in Familien – Einstellungen und Trends	127
4.2 Partner: Unternehmen	134
4.2.1 Familienorientierung als Kulturthema in Unternehmen: Entwicklungen und Dynamiken	135
4.2.2 Initiativen (mit) der Wirtschaft	140
5 Digitale Angebote für Familien	142
5.1 Zugänge verbessern	143
5.2 Digitalisierung von Familienleistungen	146
5.3 Familienportal und Infotool Familie	149

Zusammenfassung

1. Familien und Corona-Pandemie: Die Corona-Pandemie mit ihren Risiken, Ängsten und Beschränkungen hat insbesondere auch Familien vor große Herausforderungen gestellt und das Familienleben beeinflusst und verändert. Die Phase der Einschränkungen des öffentlichen Lebens hat Familien unterschiedlich betroffen. Während ein Teil diese Zeit eher positiv erlebt hat, standen insbesondere Familien mit jüngeren Kindern vor zahlreichen Herausforderungen (vergleiche Kapitel 1.1). Für mehr als jede zweite Familie war vor allem die Neuorganisation der Kinderbetreuung schwierig. Die Krise hat aber zu keiner Re-Traditionalisierung der Elternrollen geführt. Insbesondere Väter haben sich verstärkt an den zusätzlichen Aufgaben bei der Kinderbetreuung beteiligt (vergleiche Kapitel 1.2). Damit haben Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Aspekte der adäquaten Förderung von Kindern in vielen Familien einen neuen Stellenwert erhalten (vergleiche Kapitel 1.3). In der Krise haben sich Unternehmen ganz überwiegend als unterstützende Verantwortungspartner der Eltern bewiesen. Dabei wurden familienbewusste Personalmaßnahmen neu eingeführt oder das Angebot ausgeweitet (vergleiche Kapitel 1.4). Verbreitet waren Sorgen um die Förderung der Kinder sowie möglicher langfristiger Nachteile (vergleiche Kapitel 1.5). Es zeigte sich die Notwendigkeit, den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur weiter voranzutreiben und verlässlich zu gestalten. Finanzielle Unterstützungsleistungen wurden in der Krise von der Politik schnell speziell auch für Familien umgesetzt (vergleiche Kapitel 1.6).

2. Familienleben in Deutschland und Europa: Familie ist für die Menschen nach wie vor der wichtigste Lebensbereich und die Menschen in Deutschland wie Europa sind sehr zufrieden mit ihrem Familienleben (vergleiche Kapitel 2.1). Verheiratete Eltern sind die häufigste Familienform (70 Prozent), aber die Zahl der Lebensgemeinschaften nimmt weiter zu und beträgt 2018 bereits elf Prozent an allen Familien. Auch die Zahl der Alleinerziehenden hat im Zeitverlauf zugenommen; ihr Anteil an allen Familien ist jedoch mit 19 Prozent gleich geblieben. Das gilt auch für Familien mit mehr als drei Kindern. Von den 13,2 Millionen minderjährigen Kindern wachsen 74 Prozent mit verheirateten Eltern auf. Kinder in Deutschland wachsen damit häufiger bei verheirateten Eltern auf als im europäischen Durchschnitt (68 Prozent). 16 Prozent der Kinder leben mit nur einem Elternteil im Haushalt. Drei Viertel der Kinder wachsen mit Geschwistern auf (vergleiche Kapitel 2.2). Diese positiven Trends zeigen sich auch bei den Kinderwünschen: 63 Prozent der 16- bis 29-Jährigen in Deutschland möchten Kinder. Jedoch bleibt die Geburtenrate in Deutschland, wie in allen anderen europäischen Ländern auch, hinter den Kinderwünschen zurück. Die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen ist im internationalen Vergleich in Deutschland besonders hoch. 2018 ist sie jedoch im Vergleich zu 2008 etwas gesunken. 2018 lag die Geburtenrate bei 1,57 Kindern pro Frau. Damit liegt Deutschland knapp über dem europäischen Durchschnitt von 1,54 Kindern pro Frau (vergleiche Kapitel 2.3). In Deutschland wird nach wie vor gern geheiratet und im Zeitvergleich halten die Ehen länger, wie die weiter steigenden Zahlen der Eheschließungen und die zunehmende Ehedauer bis zur Scheidung zeigen. Bei Hochzeiten liegt Deutschland im europäischen Vergleich über dem EU-Durchschnitt. Dabei sind Deutsche bei der Eheschließung etwas älter als in anderen europäischen Ländern. Die Zahl der Scheidungen nimmt dagegen weiter ab. Hier liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld (vergleiche Kapitel 2.4).

3. Wirtschaftliche Lage von Familien: Den meisten Familien geht es wirtschaftlich gut, aber nicht alle aber nicht alle nehmen an der Entwicklung des Wohlstands chancengerecht teil. Die Mehrheit der Familien empfindet ihre wirtschaftliche Lage heute als gut oder sogar sehr gut. Tatsächlich verlaufen die Verteilungen des äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens von Familien und kinderlosen Haushalten sehr ähnlich. Familien stehen also wirtschaftlich nicht systematisch schlechter da als kinderlose Haushalte, wozu eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die staatlichen Familienleistungen beitragen. Allerdings erleben Familien mit geringen Einkommen ihren Alltag häufig als schwierig (vergleiche Kapitel 3.1). Das Armutsrisiko von Kindern liegt je nach Datenquelle zwischen 14,5 und 20,7 Prozent. Eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit beider Elternteile ist der beste Schutz vor Familienarmut. So geht bei rund 45 Prozent der armutsgefährdeten Kinder kein Elternteil im Haushalt einer Erwerbstätigkeit nach. Gute Bedingungen für eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf und staatliche Leistungen für Familien mit kleinen Einkommen sind hierfür zentral (vergleiche Kapitel 3.2). In der Mehrheit der Paarfamilien (65 Prozent) waren 2018 beide Eltern erwerbstätig. Seit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Einführung des Elterngelds ist die Erwerbstätigkeit von Müttern – auch mit jungen Kindern – stetig gestiegen. Mütter arbeiten häufiger in höheren Stundenumfängen und erzielen häufiger existenzsichernde Einkommen. Damit ist auch die Familie besser gesichert (vergleiche Kapitel 3.3). In Deutschland gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, Familien mit kleinen Einkommen zu unterstützen. Die Unterstützung wird am häufigsten damit begründet, dass diese Kinder ähnlich gute Chancen im Leben haben sollen wie andere Kinder (vergleiche Kapitel 3.4). Somit gibt es in der Bevölkerung die Forderung nach gezielten Investitionen für Familien mit kleinen Einkommen. Dies entspricht dem Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik, die die Bundesregierung seit geraumer Zeit verfolgt. Mit dem Starke-Familien-Gesetz hat die Bundesregierung diesen Weg fortgesetzt, die Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter lohnender gemacht und die Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche verbessert (vergleiche Kapitel 3.5).

4. Familie und Arbeitswelt: Die Einstellungen zur Aufgabenteilung zwischen den Eltern haben sich geändert und der Anteil an familienorientierten Arbeitgebern steigt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung erwarten heute, dass Väter sich um ihre Kinder kümmern, sich stark im Familienalltag engagieren und ihre Partnerin unterstützen. Knapp drei Viertel (71 Prozent) der Deutschen lehnten 2017 die Aussage ab, dass es die wichtigste Aufgabe einer Frau sei, sich um Haushalt und Familie zu kümmern. Deutschland gehört hier im internationalen Vergleich zu den Ländern mit weit verbreiteten egalitären Einstellungen zu den Geschlechterrollen. Deutlich wird das auch an der zunehmenden Väterbeteiligung im Elterngeld. 2017 hat sich die Väterbeteiligung beim Elterngeld im Vergleich zu 2008 nahezu verdoppelt und lag 2017 bei 40,4 Prozent – 2008 waren es 21 Prozent. Seit Einführung des ElterngeldPlus ist die Inanspruchnahme kontinuierlich angestiegen. Etwa 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, haben sich im Jahr 2019 für das ElterngeldPlus entschieden (vergleiche Kapitel 4.1). Der Bedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach flexiblen, familienbewussten Arbeitsbedingungen steigt – nicht nur bei Eltern, auch bei der jüngeren Generation. Eine familienorientierte Unternehmenskultur, die nach innen und nach außen glaubwürdig umgesetzt und kommuniziert wird, ist ein entscheidendes Kriterium bei der Arbeitgeberwahl. Die Unternehmen haben sich darauf eingestellt. Der Anteil der Geschäftsleitungen und Personalverantwortlichen, für die familienfreundliche Maßnahmen wichtig sind, ist seit 2015 um knapp sechs Prozentpunkte auf über 83 Prozent (2018) gestiegen. Besonders in den Bereichen flexible Arbeitszeiten und Förderung aktiver Väter haben die Unternehmen aufgeholt. In der Corona-Krise hat das mobile Arbeiten zusätzlich einen Schub erhalten. So sehr die Bedeutung von Familienorientierung gestiegen ist: sie gilt nicht überall und nicht für alle. Gerade viele Männer haben nach wie vor Befürchtungen, aufgrund längerer Familienphasen berufliche Nachteile zu erleiden. Deutlich wird daran: Familienorientierung ist ein Kulturthema, das nicht aus einzelnen Maßnahmen für einzelne Betroffene besteht, sondern im Unternehmensalltag verankert und (vor-)gelebt werden muss (vergleiche Kapitel 4.2).

5. Digitale Angebote für Familien: Die Digitalisierung kann ein Schlüssel zu einem aktiven, vorsorgenden Sozialstaat sein, der mündige Bürgerinnen und Bürger informiert, leicht zugänglich ist und künftige Entwicklungen gestaltet. In der Bevölkerung haben wichtige Indikatoren wie Offenheit gegenüber neuen Technologien und die Digitalkompetenz kontinuierlich zugenommen. Deutschland liegt hier im internationalen Vergleich der digitalen Problemlösefähigkeiten der Bevölkerung auf Platz 9 von 27. Doch nicht immer erreichen die verschiedenen Angebote diejenigen Familien, die eigentlich Anspruch auf bestimmte Leistungen haben. Wollen Bürgerinnen und Bürger Angebote des Staates in Anspruch nehmen, ist das oft mit vielen Wegen, umfassenden Anträgen und Nachweisen verbunden. Dabei bewerten 88 Prozent der Eltern die Möglichkeit, Anträge auf Leistungen wie Elterngeld oder Kindergeld online und papierlos zu stellen, als große Hilfe für die Familie. Notwendig ist daher ein Paradigmenwechsel hin zu einem engagierten, vorsorgenden Sozialstaat, der noch zugänglicher, transparenter und insbesondere mit Blick auf Familien zugewandt und effizient funktioniert (vergleiche Kapitel 5.1). Dennoch liegt Deutschland im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld. Die Potenziale der Digitalisierung können stärker genutzt werden, indem digitale Technologien kreativ und innovativ zur Lösung sozialer Herausforderungen eingesetzt werden. Im Fokus stehen daher digitale Zugänge in Form von digitalen Antragsassistenten zu allen familienbezogenen Leistungen. Ein Ziel ist der vollständig papierlose und aufwandsarme Antrag. Im Oktober 2018 startete neu und bisher einmalig in dieser Form der digitale Antragsassistent „ElterngeldDigital“. Mit „Kinderzuschlag Digital“ (KiZDigital) steht seit Januar 2020 ein weiterer digitaler Antragsassistent für eine Familienleistung zur Verfügung. Das im Juni von der Bundesregierung beschlossene Digitale-Familienleistungen-Gesetz ermöglicht es zukünftig, vier wichtige Familienleistungen in einem digitalen Kombiantrag zusammenzufassen (vergleiche Kapitel 5.2). Mit dem Familienportal und dem Infotool Familie können sich Bürgerinnen und Bürger interaktiv und zielgruppenspezifisch über staatliche Leistungs- und Unterstützungsangebote informieren (vergleiche Kapitel 5.3).

Familienpolitik in Deutschland – Ziele und Bilanz

Familienpolitik seit 2006: Geld, Zeit, Infrastruktur

Mit dem 7. Familienbericht der Bundesregierung (2006)¹ wurde eine Gesamtkonzeption für eine nachhaltige Familienpolitik entwickelt, die im Sinn eines vorsorgenden Sozialstaats für die Familienpolitik der Bundesregierung bis heute maßgeblich ist. Im 8. Familienbericht (2012)² wurde das Thema Zeitpolitik aufgegriffen. Der Bericht verdeutlichte, dass Zeitknappheit und Zeitkonflikte eine nachhaltige Wirkung auf Wohlbefinden und Lebensqualität von Familien haben und damit auch gesellschaftliche sowie volkswirtschaftliche Konsequenzen verbunden sind. Der 9. Familienbericht (2021)³ beschäftigt sich mit der Frage, was es heute bedeutet, Eltern zu sein. Dabei geht es um Eltern einerseits als Akteure in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt und andererseits im Zusammenspiel mit Institutionen und familienpolitischen Leistungen.

Familienpolitische Ziele

Die Ausrichtung der familienpolitischen Maßnahmen folgt seit 2006 einem Dreiklang aus finanzieller Politik, Zeit- und Infrastrukturpolitik (kurz: Geld, Zeit, Infrastruktur) und orientiert sich an den folgenden Zielen:

- **Wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe von Familien sichern:** Hier stehen die Vermeidung von Armutsrisiken, die Verbesserung der Wohlstandsposition von Familien sowie die wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Partner im Fokus.⁴
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern:** Mütter und Väter sollten die Möglichkeit haben, ihren Wünschen entsprechend gleichermaßen sowohl am Familien- als auch am Erwerbsleben zu partizipieren. Da die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die nach wie vor überwiegend praktiziert wird, häufig nicht (mehr) den Lebensvorstellungen der Familien entspricht, bedeutet dies in der Regel eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und des Erwerbsumfangs von Müttern sowie stärkere Involvierung der Väter in die Familienarbeit.
- **Gutes Aufwachsen von Kindern fördern:** Ziel ist es, neben den Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in den ersten Lebensjahren auch das Wohlergehen von Kindern zu fördern.
- **Erfüllung von Kinderwünschen erleichtern:** Indem Familienpolitik die Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, kann sie die Entscheidung für Kinder erleichtern.⁵

1 BMFSFJ (Hrsg.) 2006: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Siebter Familienbericht

2 BMFSFJ (Hrsg.) (2012): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht

3 Bericht erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2021.

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/eltern-sind-zentrales-thema-des-neunten-familienberichts-/127102>

4 BMFSFJ (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. S. 112

5 Ebenda S. 332

Wissen über Wirkungen und Entwicklungen als Basis

Die nachhaltige Familienpolitik in Deutschland ist evidenz- und wissensbasiert. Denn Anfang der 2000er-Jahre war nur wenig über Aufwand und Wirkungen von familienpolitischen Instrumenten bekannt. Das war Anlass für die „Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen“ in Deutschland 2009. Die Gesamtevaluation untersuchte das Zusammenwirken ehe- und familienbezogener Leistungen bezogen auf die vier familienpolitischen Ziele.

Die Gesamtevaluation hat gezeigt, dass eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Erreichung der anderen genannten familienpolitischen Ziele fördert. Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile hat sich als der beste Schutz gegen Armutsrisiken erwiesen⁶ und trägt zur wirtschaftlichen Absicherung im Alter, im Falle von Arbeitslosigkeit sowie bei Trennung oder Tod der Partnerin beziehungsweise des Partners bei.⁷ Die Vermeidung von Armutsrisiken wirkt sich wiederum förderlich auf das Wohlergehen von Kindern aus.⁸ Und schließlich ist die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf relevant dafür, ob Paare ihre Kinderwünsche erfüllen.⁹ Eine gelungene Vereinbarkeit ist der Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen Familienpolitik. Zu den Leistungen mit den besten Wirkungen gehören die subventionierte Kinderbetreuung und das 2007 eingeführte Elterngeld. Eine Evaluation gesetzlicher Initiativen und Reformen ist heute fester Bestandteil der familienpolitischen Arbeit.

Familienpolitische Leistungen und Maßnahmen im Überblick

Die Bundesregierung möchte allen Familien gute Rahmenbedingungen für ein gelingendes Familienleben eröffnen. So unterstützt sie Eltern dabei, die Kosten zu tragen, die ihnen durch ihre Kinder entstehen, und stellt damit einen Ausgleich zwischen Eltern und kinderlosen Erwachsenen her. Die Familienleistungen sind entweder als eigenständige Leistungen für Familien ausgestaltet oder berücksichtigen als Komponente von allgemeinen staatlichen Leistungen die familiäre Lebenssituation der Leistungsberechtigten. Die Ausgestaltung als Familienkomponente in anderen Leistungen ist der weitaus häufigere Fall. Schließlich tragen viele Maßnahmen – auch bei den Ländern und Kommunen – zur guten Entwicklung der Kinder bei und bieten Eltern Unterstützung vor Ort. Tabelle 1 zeigt, wie sich das finanzielle Volumen einzelner, zentraler Leistungen entwickelt hat.

6 BMFSFJ (2017): Familienreport 2017. Leistungen, Wirkungen, Trends. S. 50.

7 BMFSFJ (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. S. 219.

8 Schölmerich, Axel et al. (2013): Wohlergehen von Kindern.

9 Ebenda

Tabelle 1: Ausgewählte familienbezogene Leistungen/Maßnahmen von 2009 bis 2019 in Mio. Euro, (geschätzte) Ausgaben/Mindereinnahmen

Maßnahme	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Kindergeld (steuerlicher Familienleistungsausgleich und Kindergeld nach BKGG)	37.543	40.095	39.767	39.994	39.974	40.188	41.183	42.233	43.144	42.938	45.272
Elterngeld	4.450	4.583	4.709	4.825	5.105	5.676	5.822	6.097	6.478	6.762	6.982
Kinderzuschlag	363	399	385	371	352	324	283	306	397	383	432
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Ausgaben Bund und Länder)	819	911	922	880	858	848	842	860	1.103	2.103	2.178
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	350	350	350	355	360	370	550	555	540	535	535
Tagesbetreuung	14.574	16.183	17.352	18.904	21.408	22.888	24.574	26.569	29.337	31.579	
Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten	395	395	415	500	545	570	585	670	690	715	745
Bildungs- und Teilhabepaket				433	483	531	570	608	652	669	
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder (Kinder und Jugendliche) in der GKV	16.152	16.409	16.492	16.633	17.381	18.031	18.559	18.501	19.157	20.099	vorläufig 21.158
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die gesetzliche Rentenversicherung	11.466	11.637	11.574	11.628	11.585	11.858	12.149	12.530	13.211	14.297	15.392
Kinderzulage im Rahmen der Altersvorsorgezulage	1.121	1.183	1.241	1.259	1.293	1.361	1.405	1.412	1.454	1.515	

Die Entwicklung des finanziellen Ausmaßes der in Tabelle 1 aufgeführten Familienleistungen spiegelt deutlich, dass und wie die Bundesregierung im Sinne eines vorsorgenden Sozialstaats ihre familienpolitischen Ziele verfolgt, wie sie in die Familien und damit Gesamtgesellschaft investiert, Familien Gestaltungsspielräume bei der Vereinbarkeit schafft und sie mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten lässt.

So hat es von 2009 bis 2019 die größten absoluten und relativen Ausgabensteigerungen bei der Kindertagesbetreuung gegeben. Kinderbetreuung verschafft Eltern einerseits zeitliche Freiräume, die meist zur Erwerbstätigkeit genutzt werden. Kindertagesbetreuung wurde damit zu einer zentralen Säule der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Andererseits bildet die Kindertagesbetreuung auch das Fundament für frühe Förderung, Bildung und das soziale Miteinander. Damit stärkt sie alle Kinder in ihrer Entwicklung.

Das Kindergeld und die steuerlichen Freibeträge helfen allen Eltern verlässlich und dauerhaft, einen Teil der Kosten ihrer Kinder zu tragen. Zudem werden die meisten Eltern durch die beitragsfreie Mitversicherung ihrer Kinder in der gesetzlichen Krankenversicherung von Kosten für die Gesundheit ihrer Kinder entlastet.

In der Familienphase schränken vor allem Mütter ihre Erwerbstätigkeit meist ein, Kinderkomponenten in den Alterseinkommen erhöhen diese und sorgen für einen Ausgleich der reduzierten Erwerbstätigkeit. Mit Elterngeld und Elterngeld-Plus erhalten Eltern neben dem Kindergeld gleich nach der Geburt eine zusätzliche Unterstützung. Sie schafft zeitliche Freiräume für Familienleben und unterstützt eine partnerschaftliche Vereinbarkeit.

Mit dem Kinderzuschlag, den Bildungs- und Teilhabeleistungen sowie dem Unterhaltsvorschuss und steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende stehen spezifische Leistungen für Familien mit geringen Einkommen bereit beziehungsweise helfen in der Situation des Alleinerziehens.

Familienpolitik ist ein Faktor bei der Herstellung nachhaltiger, inklusiver Gesellschaftsstrukturen. Hiervon zeugen mittlerweile eine Reihe von Forschungsergebnissen und Studien, die Ausgaben für Familien als gesellschaftliche Investitionen mit Renditen sehen.¹⁰ Hierauf beruhen auch die Aussagen des Bundesministeriums der Finanzen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, wonach eine zielgenaue Gestaltung familienbezogener Leistungen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland weiter verbessern und durch Refinanzierungseffekte positive Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen entfalten könne.¹¹

Daraus ergeben sich Perspektiven für die Weiterentwicklung der Familienpolitik: Wenn sich Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in einer abgestimmten Verantwortungspartnerschaft an den Wünschen von derzeitigen und zukünftigen Müttern und Vätern orientieren, die ihr Familienleben aus eigener wirtschaftlicher Kraft den eigenen Lebensentwürfen entsprechend gestalten wollen, so können die bereits erzielten positiven Effekte der Familienpolitik ausgeweitet werden. Rahmenbedingungen, die eine flexiblere Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit unterstützen, sind hierfür zentral.¹²

10 Zusammenfassend in BMFSFJ (Hrsg.) (2017): Monitor Familienforschung Nr. 36; Investitionen in Infrastruktur für Familien – ein Motor für inklusives Wachstum

11 BMF (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums

12 Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030

Bilanz der Familienpolitik – 2017 bis 2020

Weiterentwicklung der familienbezogenen Leistungen:

- ✓ Stetige Anpassung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags: Erhöhung in 2019 und 2020
- ✓ 2019: Starke-Familien-Gesetz: Verbesserter und entbürokratisierter Kinderzuschlag; Ausbau der Leistungen für Bildung und Teilhabe

Ausbau der Kindertagesbetreuung:

- ✓ 2019: Gute-Kita-Gesetz: Bund investiert bis 2022 5,5 Milliarden Euro – für mehr Qualität und weniger Gebühren in der Kindertagesbetreuung
- ✓ 2020: „5. Investitionsprogramm Kinderbetreuung“ – Bund investiert zusätzlich eine Milliarde für den Ausbau der Kinderbetreuung und 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen

Förderung von partnerschaftlicher Vereinbarkeit:

- ✓ 2019: Start „Fortschrittsindex Vereinbarkeit“ für Unternehmen mit Online-Tool, um familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen zu messen, weiterzuentwickeln und sichtbar zu machen
- ✓ 2020: Kabinett beschließt Verbesserung beim Elterngeld: Gesetzentwurf für mehr Teilzeitmöglichkeiten und weniger Bürokratie
- ✓ 2020: Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“: unterstützt Arbeitgeber dabei, nachhaltige Betreuungsangebote für Kinder von Beschäftigten zu schaffen

Digitale Angebote für Familien:

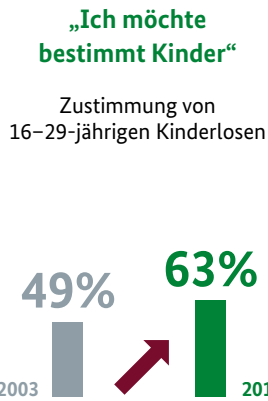
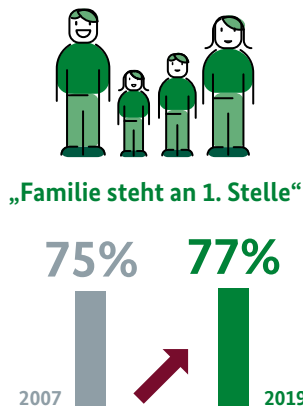
- ✓ 2018: Start „Familienportal“ des BMFSFJ – Informationen zu Leistungen in verschiedenen Lebenslagen, Beratung und Hilfe vor Ort
- ✓ 2018: Start „Infotool Familie“ – Informationen über mögliche, individuelle Ansprüche auf Familienleistungen
- ✓ 2019: Start „Regenbogenportal“ – Informationen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt
- ✓ 2019: digitale Antragsassistenten: Start von ElterngeldDigital und Kinderzuschlag Digital
- ✓ 2020: Kabinett beschließt Digitale-Familienleistungen-Gesetz: papierlose Anträge auf Leistungen und besseren Datenaustausch ermöglichen

Familienpolitik in der Corona-Pandemie 2020 (befristete Maßnahmen):

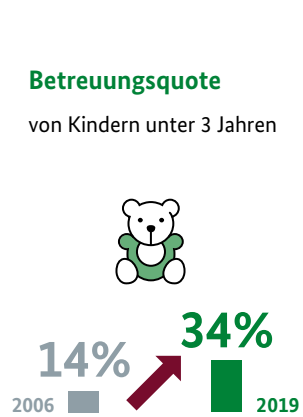
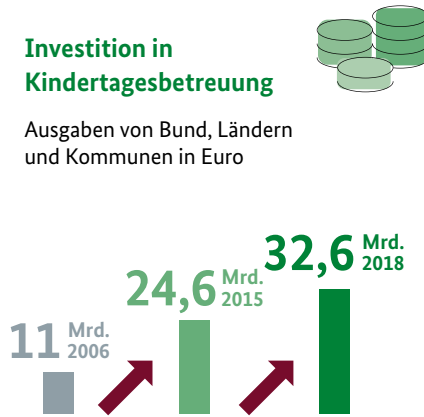
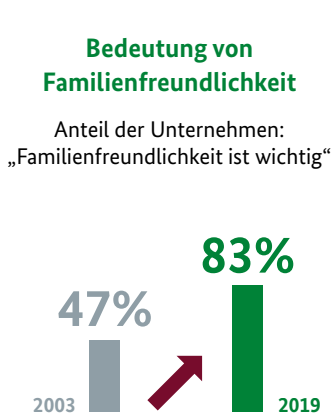
- ✓ Kinderbonus: einmalig 300 Euro für alle Familien
- ✓ Umgestaltung des Kinderzuschlags in „Notfall-KiZ“: Vereinfachungen beim Antrag und noch besserer Zugang
- ✓ Flexibilisierung des Elterngelds: Aufschub von Monaten, keine Nachteile wegen Einkommensverlusten
- ✓ Verdopplung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende von 1.908 Euro jährlich auf 4.008 Euro (bis 2021)

Familienleben im Spiegel von Zahlen, Daten, Fakten

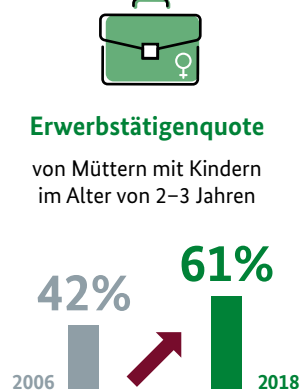
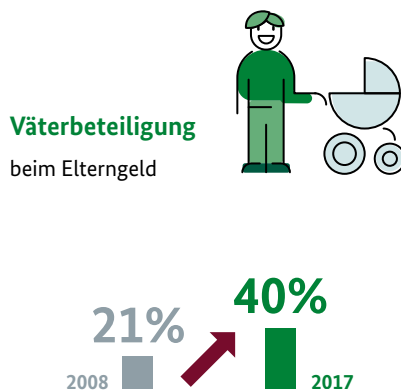
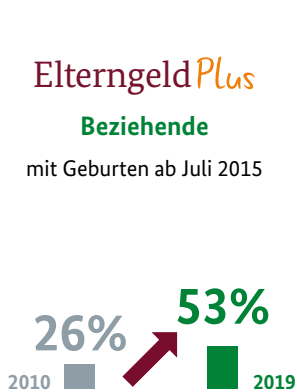
Mehr Familie



Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf



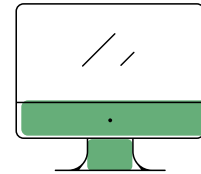
Mehr partnerschaftliche Vereinbarkeit



(digitale) Familienleistungen

Bekanntheit Kinderzuschlag

Anteil Eltern, die (ganz gut/ungefähr) informiert sind

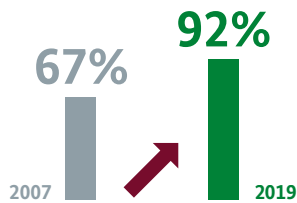


Nutzung Familienportal.de

Besuchszahlen (jeweils Juni bis Juni des Folgejahres)

Bewertung Elterngeld

Anteil Eltern, die sagen „gute Regelung“



Deutschland in der EU

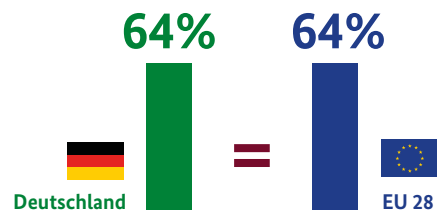
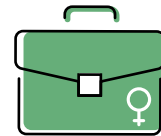
Geburtenrate

(Ø Kinderzahl pro Frau, 2018)



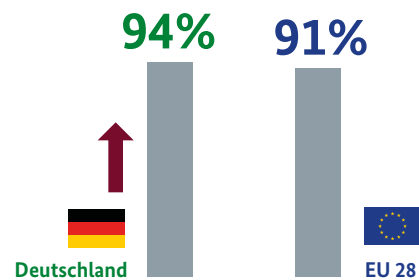
Erwerbstätigenquote

(Mütter mit jüngstem Kind unter 6 Jahren, 2019)



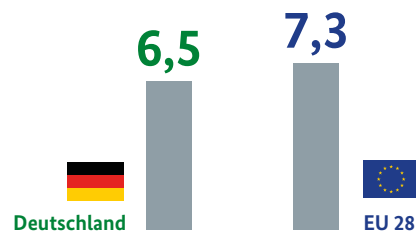
Glücklich mit Familienleben

(Zustimmung, 2017)



Egalitäre Einstellungen 2017

(Gender Stereotype Index: je niedriger, desto egalitärer die Einstellung)





Familien und Corona-Pandemie

Das Erleben in der Zeit der Corona-Beschränkungen

Viele Familien waren von den Beschränkungen in der Corona-Pandemie – und insbesondere durch die Schließung von Schulen und Kitas – besonders betroffen. Je nach den eigenen Ressourcen, Arbeitsbedingungen, Erwerbs- und Einkommenskonstellationen und der Aufgabenteilung in Familie und Beruf vor den Beschränkungen hatten Familien hier unterschiedliche Startbedingungen und Wege, mit den Herausforderungen umzugehen.

Wie Familien die Zeit der Corona-Beschränkungen im Frühjahr 2020 erlebt haben, zeigen Ergebnisse einer repräsentativen Allensbach-Befragung von Eltern mit Kindern unter 15 Jahren, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt wurde. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Aussagen und Daten auf diese Studie.¹³

Die Corona-Krise und insbesondere die Phase der Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben Familien unterschiedlich betroffen. Während ein Teil diese Zeit eher positiv erlebt hat, standen insbesondere Familien mit jüngeren Kindern vor zahlreichen Herausforderungen (vergleiche Kapitel 1.1). Professionelle Kinderbetreuung ist kurzfristig weggefallen und musste durch familiäre Arrangements ersetzt werden. Für mehr als jede zweite Familie war insbesondere die Neuorganisation der Kinderbetreuung schwierig. Die Krise hat zu keiner Re-Traditionalisierung der Elternrollen geführt. Insbesondere Väter konnten häufiger als bisher zu Hause arbeiten und haben sich verstärkt an den zusätzlichen Aufgaben bei der Kinderbetreuung und beim Homeschooling engagiert. Insofern kann die Krise als ein Beschleuniger für partnerschaftliche Aufgabenteilung wirken (vergleiche Kapitel 1.2).

Damit haben Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Aspekte der adäquaten Förderung von Kindern in vielen Familien einen neuen Stellenwert erhalten. Bei drei Vierteln der Paarfamilien hat sich zumindest für einen Elternteil beruflich etwas verändert. Hinzu kamen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation (vergleiche Kapitel 1.3).

In der Krise haben sich Unternehmen ganz überwiegend als hilfsbereite Verantwortungspartner der Eltern bewiesen. Sie haben im Dialog mit den Eltern Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt. Dabei wurden familienbewusste Personalmaßnahmen neu eingeführt oder das Angebot ausgeweitet. Insbesondere mit Blick auf das Homeoffice und flexible Arbeitszeiten eröffnet sich die Chance, dass positive Entwicklungen in den Unternehmen nach der Krise fortgesetzt werden (vergleiche Kapitel 1.4).

Die Bedeutung von Kinderbetreuung und staatlichen Unterstützungsleistungen ist in der Krise besonders sichtbar geworden. Ohne verlässliche Kinderbetreuung und schulische Ganztagsangebote kommen Familien und auch die Wirtschaft an ihre Leistungsgrenzen. Verbreitet waren Sorgen um die Förderung der Kinder sowie möglicher langfristiger Nachteile (vergleiche Kapitel 1.5). Damit zeigt sich zum einen die Notwendigkeit, den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur weiter voranzutreiben. Zum anderen wurden in der Krise schnell finanzielle Unterstützungsleistungen speziell für Familien umgesetzt. Es kann davon ausgegangen werden, dass es durch diese Leistungen gelingt, Einkommen von Familien zu stabilisieren und ihnen Teilhabechancen zu eröffnen (vergleiche Kapitel 1.6).

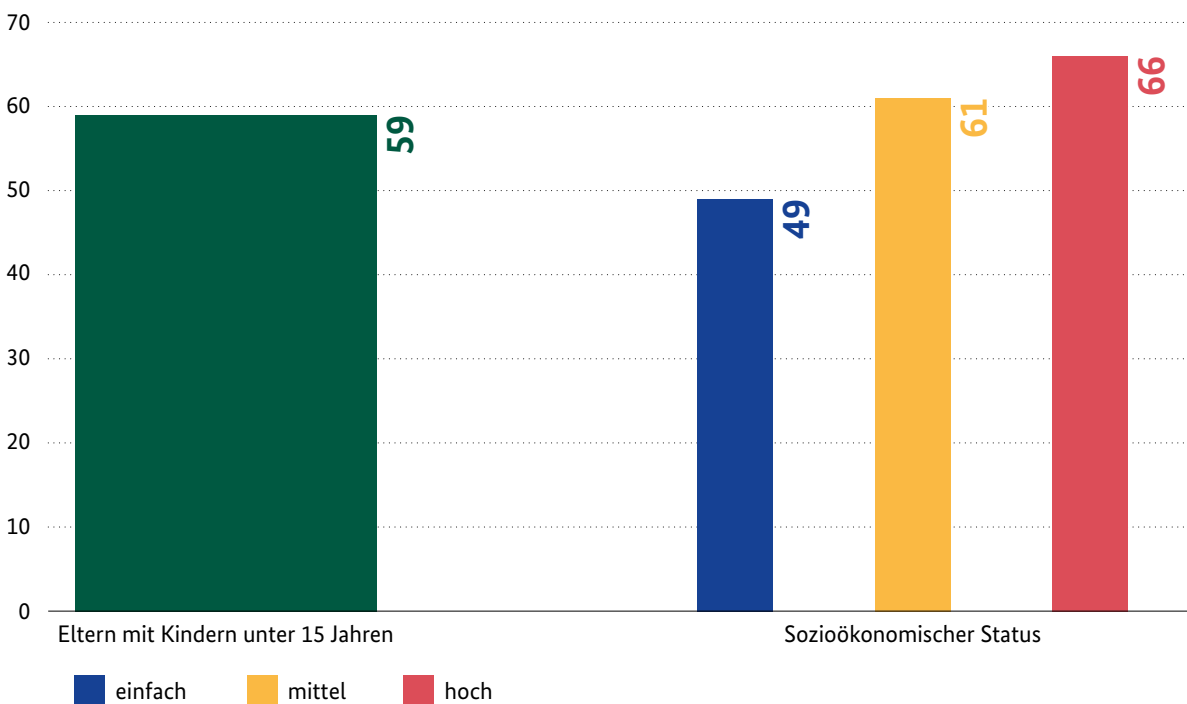
13 Institut für Demoskopie Allensbach (2020): Familien in der Corona-Krise. IfD-Umfrage 8237. Antwort gaben 1.493 Mütter und Väter mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt. Die geschichtete Zufallsstichprobe wurde aus einem großen Online-Panel gezogen. Die gewichteten Ergebnisse sind repräsentativ für die Eltern mit Kindern in diesem Alter. Die Befragung lief vom 16. April bis zum 3. Mai, also in der zweiten Hälfte der Lockdown-Phase, während erste Lockerungen diskutiert und geplant wurden.

1.1 Familien in der Zeit der Corona-Beschränkungen

Familien sind mehrheitlich (59 Prozent) gut durch die Krise gekommen. Bei genauerem Blick zeigt sich jedoch, dass die Corona-Auswirkungen für die Familien unterschiedlich waren; insbesondere bei sozialen und ökonomische Faktoren werden Differenzen sichtbar: Etwa zwei Drittel der Eltern

mit mittlerem oder hohem sozioökonomischem Status¹⁴ (61 Prozent beziehungsweise 66 Prozent) gaben an, bisher ganz gut durch die Krise gekommen zu sein, während es bei den Eltern mit niedrigem sozioökonomischem Status nur 49 Prozent waren (Abbildung 1).

Abbildung 1: Anteil der Eltern, die angeben „Wir sind bisher ganz gut durch die Krise gekommen“, in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8237 (2020)

Ob Eltern bisher gut durch die Krise gekommen sind, wird auch von ihren Arbeitsbedingungen beeinflusst: Von den berufstätigen Eltern, die durchgehend gut zurechtkamen,¹⁵ mussten nur 31 Prozent ihren Arbeitsumfang verändern. Eltern mit positiven Erfahrungen waren auch weitaus häufiger im Homeoffice und hatten häufiger flexiblere Arbeitszeiten. Dagegen haben zwei Drittel der Eltern, die bisher schlecht durch die Krise gekommen sind, ihre Arbeitszeiten verändert (68 Prozent).

Familien mit höherem Bildungsstatus und Einkommen konnten Homeoffice und flexiblere Arbeitszeiten häufiger nutzen als Eltern mit niedrigerer Schulbildung. Eltern mit niedriger Schulbildung waren etwas häufiger von Kurzarbeit betroffen und damit auch stärker mit verringerten Einkommen und finanziellen Sorgen konfrontiert.

14 Der sozioökonomische Status wird auf Grundlage einer Allensbacher Skala gebildet, bei der Schul- und Berufsbildung, Berufskreis und Nettoeinkommen des Haushalts berücksichtigt werden.

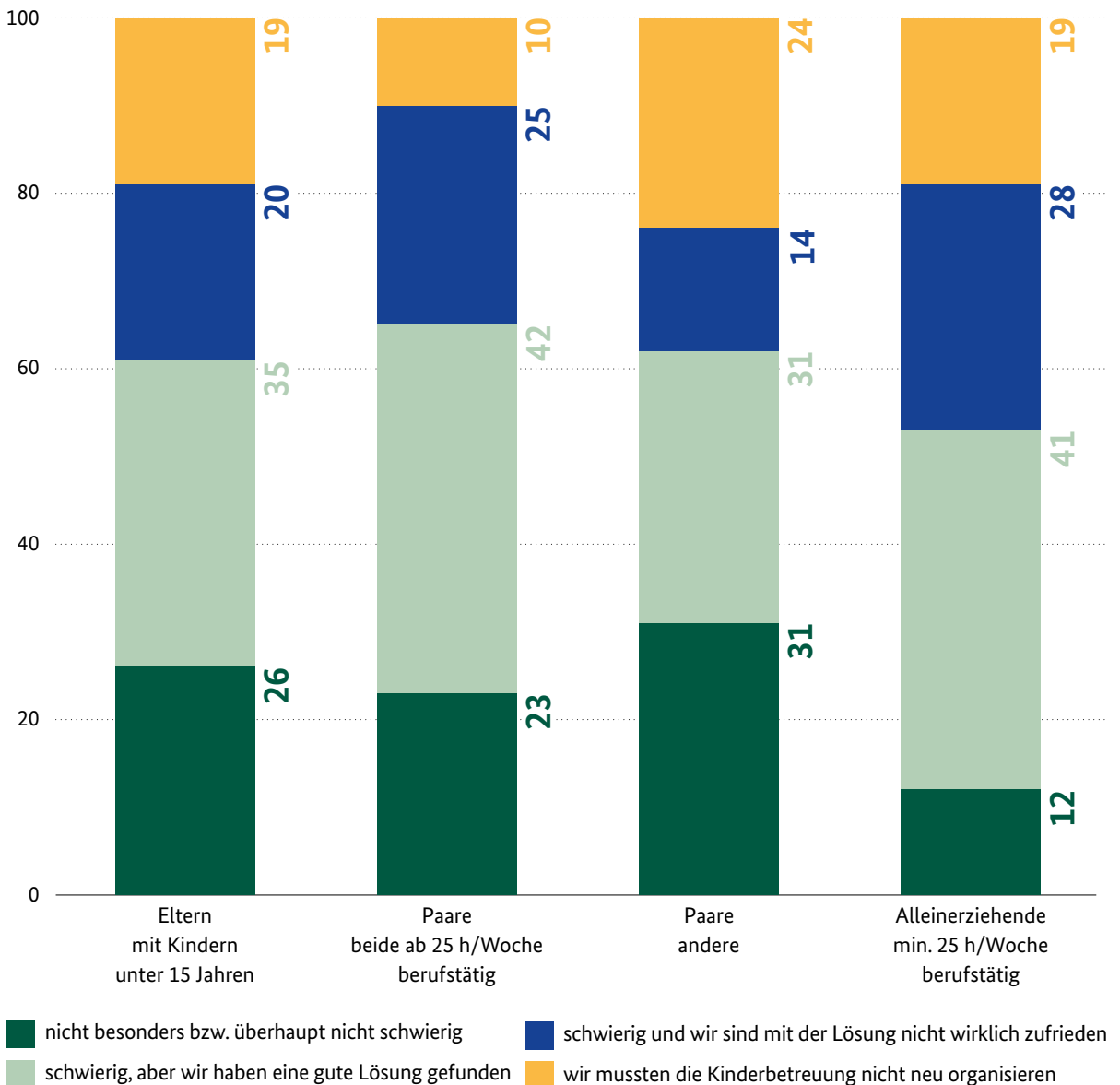
15 Kriterien für die Zuordnung zu der Gruppe waren die Aussagen „Wir sind bisher ganz gut durch die Krise gekommen“, „Die Kinderbetreuung zu Hause funktioniert bisher gut“, und nicht „Ich mache mir große Sorgen wegen möglicher Auswirkungen der Krise auf die finanzielle Situation der Familie“ sowie „Das Haushaltseinkommen ist deutlich gesunken“.

1.2 Vereinbarkeit und Partnerschaftlichkeit während des Lockdowns

Die Neuorganisation der Kinderbetreuung stellte für Eltern mit Kindern unter 15 Jahren die größte Herausforderung dar: Mehr als jede zweite Familie empfand das als schwierig (55 Prozent). Insgesamt hatten Alleinerziehende größere Schwierigkeiten bei der Neuorganisation (62 Prozent im Vergleich zu 54 Prozent der Paareltern). Besonders betroffen waren Alleinerziehende und berufstätige Paarfamilien mit eher partnerschaftlichen Erwerbskonstellationen, die vor den Beschränkungen

jeweils über 25 Wochenstunden berufstätig waren: Rund zwei Drittel von ihnen beschrieben die Neuorganisation als schwierig, rund ein Viertel sei mit der gefundenen Lösung zudem nicht wirklich zufrieden gewesen (Abbildung 2). Dies waren zugleich die Eltern, die vor den Beschränkungen häufiger als andere Eltern Ganztagsangebote für ihre Kinder nutzten und nun entsprechend mehr Kinderbetreuung neben der eigenen Erwerbstätigkeit leisten mussten.

Abbildung 2: Wie würden Sie die Neuorganisation der Kinderbetreuung beschreiben? „Die Kinderbetreuung neu zu organisieren war...“, in Prozent



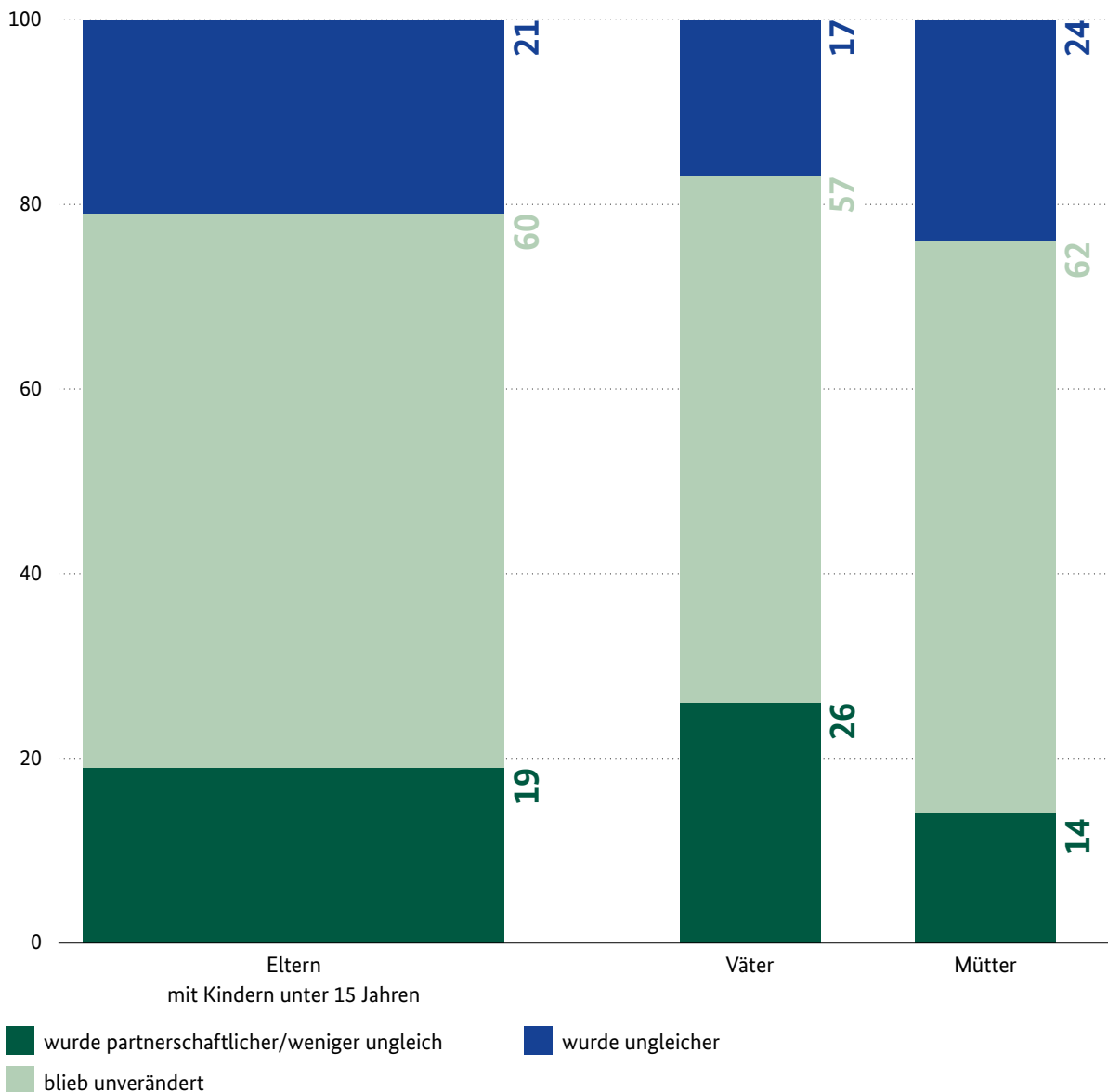
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8237 (2020)

1 Familien und Corona-Pandemie

Die Kinderbetreuung zu Hause funktionierte für rund die Hälfte der Familien (48 Prozent) gut. Die Aufteilung der Betreuung mit dem anderen Elternteil ist bei knapp sechs von zehn Paaren gleich geblieben (59 Prozent). Bei den übrigen 40 Prozent der Familien, in denen sich die

Aufteilung verändert hat, ist sie bei 21 Prozent ungleicher und bei 19 Prozent partnerschaftlicher geworden (Abbildung 3). Die Aufteilung wird hierbei von Müttern und Vätern leicht unterschiedlich bewertet.

Abbildung 3: Die Aufteilung mit der Partnerin oder dem Partner beziehungsweise dem anderen Elternteil ..., in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8237 (2020).

Die Organisation der Kinderbetreuung ist auch von den betrieblichen Bedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten abhängig: Wurden Vater oder Mutter vom Arbeitgeber unterstützt, übernahmen sie in der Corona-Krise mehr Betreuungsaufgaben (61 Prozent der Mütter und 53 Prozent der Väter). Um das Mehr an Kinderbetreuung leichter zu bewältigen, wurde in vielen Familien das Homeoffice genutzt. In gut einem Drittel der Paarfamilien arbeitete wenigstens ein Elternteil zur besseren Vereinbarkeit häufiger von zu Hause aus (35 Prozent), von den Alleinerziehenden konnte dies rund ein Viertel nutzen (24 Prozent). Daneben konnten Arbeitszeiten flexibler eingeteilt werden oder wurden reduziert: 14 beziehungsweise elf Prozent der Eltern insgesamt gaben an, dass wenigstens ein Elternteil in ihrer Familie davon Gebrauch gemacht habe.

Allerdings musste auch fast ein Drittel (31 Prozent) der Eltern nichts am Betreuungsarrangement ändern, weil ohnehin ein Elternteil ganz oder zu wesentlichen Zeiten des Tages zu Hause war. Unterschiede in der Wahl des Betreuungsarrangements ergeben sich vor allem durch die partnerschaftliche Aufgabenteilung (vor den Beschränkungen), insbesondere auch die betrieblichen Möglichkeiten beziehungsweise Anforderungen. Durch unterschiedliche berufliche Voraussetzungen erhielten die Eltern unterschiedliche Möglichkeiten, sich bei der notwendigen Erweiterung der häuslichen Kinderbetreuung zu beteiligen. Dabei spielte auch die Verfügbarkeit institutioneller Betreuung, die Eltern in systemrelevanten Berufen als Notbetreuung zur Verfügung standen, eine Rolle.¹⁶

Verteilung der Zeit für Kinderbetreuung durch Corona nicht traditioneller geworden

Unabhängig von der Corona-Pandemie wenden Mütter mehr Zeit für Kinderbetreuung auf – insbesondere wenn die Kinder klein sind – und sie arbeiten häufiger in Teilzeit als Väter.¹⁷ Ein Blick auf die Mütter und Väter und deren Aufgabenteilung zeigt, dass auch während der Corona-

Beschränkungen Mütter nach wie vor den größeren Teil der Betreuung übernahmen. Während der Corona-Beschränkungen haben berufstätige Mütter ihre Arbeitsbedingungen wegen der Kinderbetreuung häufiger als berufstätige Väter geändert. So haben beispielsweise 40 Prozent der berufstätigen Eltern ihren Arbeitsumfang während der Corona-Beschränkungen verringert, 36 Prozent der Väter und 44 Prozent der Mütter. Väter haben etwas häufiger als Mütter aus betrieblichen Gründen ihre Arbeitszeiten reduziert – Mütter etwas häufiger als Väter auf eigenem Wunsch wegen der Kinderbetreuung. Diese Unterschiede sind jedoch nicht ausgeprägt: Etwas mehr als jede fünfte Mutter (22 Prozent) und fast jeder fünfte Vater (18 Prozent) hat die Arbeitszeit zur Kinderbetreuung reduziert.

Die zusätzlich anfallenden Betreuungsaufgaben haben Mütter und Väter häufig gemeinsam geschultert: So hat nicht nur mehr als jede zweite Mutter im April und Mai 2020 mehr Betreuungsaufgaben übernommen (54 Prozent), sondern auch fast jeder zweite Vater (44 Prozent). Von einem Zurückfallen in alte Rollen zulasten der Mütter kann daher nicht gesprochen werden: Es beteiligte sich ein Teil der Väter verstärkt an der häuslichen Betreuung – insbesondere, wenn der Vater nun (mehr) zu Hause ausarbeitete. Damit wurden zugleich Geschlechterunterschiede bei der Zeitverwendung geringer. Bei den Vätern beteiligten sich verstärkt diejenigen, die auch schon vor Corona die gleichen Anteile an der Betreuung wie die Mutter übernahmen (55 Prozent). Eine eher partnerschaftliche Aufteilung von Familie und Beruf ist damit auch mit einer eher partnerschaftlichen Bewältigung der Krise verbunden: Von den Paaren, bei denen beide Elternteile vor den Beschränkungen wenigstens 25 Stunden in der Woche im Beruf arbeiten, übernahmen die Väter während der Beschränkungen nun deutlich häufiger mehr Aufgaben bei der Kinderbetreuung als bei anderen Paaren (51 Prozent gegenüber 38 Prozent).

16 Die Bedingungen für die Inanspruchnahme einer Notbetreuung hatte große Auswirkungen auf die Zahl der anspruchsberechtigten Eltern: In 16 Prozent der Familien mit Kindern unter zwölf Jahren (inklusive Alleinerziehenden) waren alle Elternteile in systemrelevanten Bereichen tätig. Die Zahl liegt mit gut 2,1 Millionen Familien (oder 38 Prozent) doppelt so hoch, wenn man Doppelverdienerfamilien hinzunimmt, in denen nur ein Partner einem systemrelevanten Beruf nachgeht. Vergleiche Martin Bujard, Inga Laß, Sabine Diabaté et al. (2020): Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen. (https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/pdf/Eltern-waehrend-der-Corona-Krise.pdf?__blob=publication-file&v=7; letzter Abruf am 14.07.2020). Die Studie basiert auf verschiedenen Datenquellen (unter anderem Mikrozensus, Mannheimer Corona-Studie).

17 OECD (2016): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf; S. 174 ff.; <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/dare-to-share---deutschlands-weg-zur-partnerschaftlichkeit-in-familie-und-beruf/114266>

Auch andere Studien verweisen darauf, dass sich Väter stärker in der Familienarbeit engagierten. Laut einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung sei der Väteranteil an der Familienarbeit in der Lockdown-Phase von 33 auf 41 Prozent gestiegen.¹⁸ Das DIW berichtet, dass Väter im Mittel 89 Prozent mehr Zeit mit Kinderbetreuung verbracht hätten als im Vorjahr (bei den Müttern waren es im Mittel 43 Prozent).¹⁹ Dabei habe die Kinderbetreuungszeit am stärksten bei Vätern mit geringer und mittlerer Bildung zugenommen.²⁰

1.3 Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und Einkommen

Erwerbstätige Eltern waren während der Zeit der Corona-Beschränkungen besonders gefordert. Hier summierten sich die Effekte fehlender Kinderbetreuung und beruflicher Veränderungen. So hat sich in drei Vierteln der Paarfamilien zumindest für einen Elternteil beruflich etwas verändert (75 Prozent). Von den Alleinerziehenden erlebten rund zwei Drittel berufliche Veränderungen (63 Prozent).

Insgesamt hatten 21 Prozent der berufstätigen Eltern wegen der Corona-Krise weniger Arbeit, 17 Prozent arbeiteten in Kurzarbeit, bei sechs Prozent hatten die Befragten selbst oder deren Partnerin/Partner wegen Corona keine Arbeit mehr. Dadurch hat sich bei fast der Hälfte der berufstätigen Eltern die Stundenzahl verringert – insbesondere bei Alleinerziehenden, vollzeitbeschäftigten Müttern, Eltern in Kleinbetrieben mit weniger als zehn Mitarbeitenden sowie bei Selbstständigen, Freiberuflerinnen und Freiberuflern.

Bei der Mehrheit der Familien hat sich trotz allem das Haushaltseinkommen durch die Corona-Krise nicht geändert (53 Prozent). Bei 18 Prozent der Familien hat sich jedoch insbesondere durch verkürzte Arbeitszeiten und den Wegfall von Arbeit das Haushaltseinkommen deutlich verringert (Abbildung 4). Überdurchschnittlich betroffen sind vollzeitberufstätige Mütter, Alleinerziehende, gering qualifizierte Eltern, Beschäftigte in Kleinbetrieben sowie Selbständige und Freiberuflerinnen beziehungsweise Freiberufler. Bei knapp einem Viertel der Alleinerziehenden verringerte sich das Einkommen während der Corona-Pandemie deutlich. Damit verbunden sind finanzielle Sorgen: Über ein Drittel der Eltern macht sich große Sorgen wegen möglicher Auswirkungen der Krise auf die finanzielle Situation der Familie (35 Prozent), vor allem die Eltern, die in der Krise in Kurzarbeit sind oder arbeitslos wurden (51 Prozent).

Jede zehnte Familie gab an, wegen der Verringerung des Einkommens auf Unterstützungsleistungen angewiesen zu sein. Für manche Eltern ist diese Unterstützung besonders wichtig: Überdurchschnittlich betroffen sind die Angehörigen der bereits genannten Teilgruppen (Alleinerziehende, Eltern in Kleinbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten sowie Selbständige und sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler, ausgenommen die vollzeitberufstätigen Mütter. Bei Paaren, in denen beide Partner erwerbstätig sind, sind die Sorgen um das Einkommen geringer. Dies unterstreicht die Bedeutung partnerschaftlicher Aufgabenteilung.

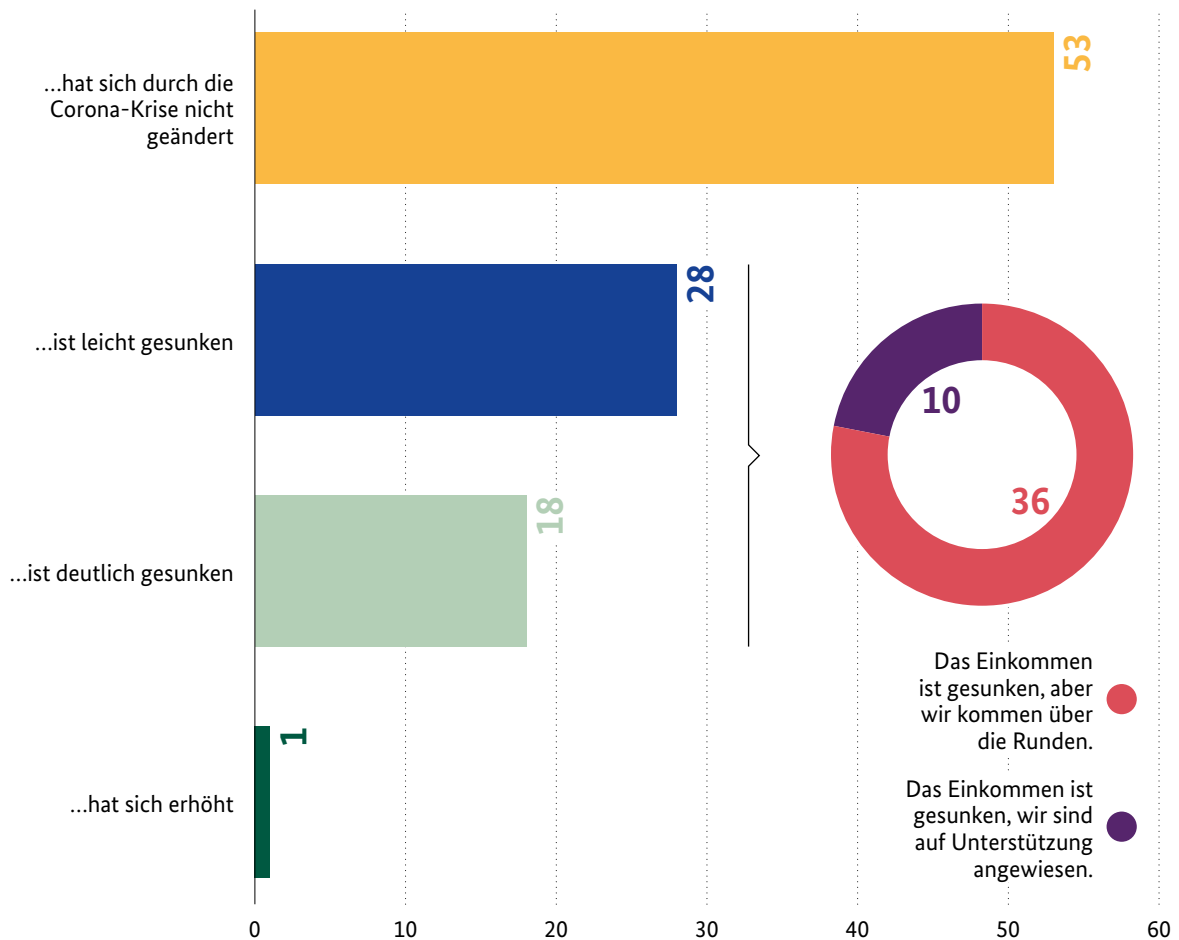
18 Nach der Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung hätten Väter in der Corona-Krise bei der Familienarbeit deutlich aufgeholt. Danach hätten vor allem die Väter in Kurzarbeit oder in Freistellung während der Krise einen großen Anteil der Familienarbeit übernommen. Vergleiche Martin Bujard, Inga Laß, Sabine Diabaté et al. (2020): Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen. (https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/pdf/Eltern-waehrend-der-Corona-Krise.pdf?_blob=publicationFile&v=7; letzter Abruf am 14.07.2020). Die Angaben zur Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit basieren auf Daten der Mannheimer Corona-Studie der Befragungswoche 17.04.–24.04.2020.

19 Sabine Zinn, Michaela Kreyenfeld, Michael Bayer (2020): Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf. DIW aktuell Nr. 51. (https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.794303.de/diw_aktuell_51.pdf; letzter Abruf am 31.07.2020). Die SOEP-CoV-Studie ist eine telefonische Befragung (CATI) von Haushalten in Deutschland, die auf der Stichprobe des SOEP beruht. Die Angaben beruhen auf Daten, die im Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Mai 2020 erhoben wurden sowie Daten aus dem SOEPv35 (2019).

20 Die Gründe hierfür sind noch nicht bekannt: Möglicherweise waren Väter mit geringen oder mittleren Bildungsabschlüssen häufiger von Kurzarbeit betroffen und waren damit häufiger zu Hause als Väter mit höheren Bildungsabschlüssen.

Abbildung 4: Wieweit hat sich Ihr Haushaltseinkommen zum aktuellen Zeitpunkt durch die Corona-Krise verändert? in Prozent

Das Haushaltseinkommen ...



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8237 (2020)

1.4 Betriebliche Unterstützung erwerbstätiger Eltern

Befragungen von Eltern und Arbeitgebern zeigen: Die Corona-Krise ist eine große Herausforderung, bietet aber auch neue Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.²¹

Perspektive der Eltern

Berufstätige Eltern, die gut durch die Zeit der Corona-Einschränkungen gekommen sind, berichten deutlich häufiger von verbesserten

betrieblichen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit. Eltern ohne betriebliche Unterstützung sind oft weniger gut durch die Zeit der Beschränkungen gekommen.

48 Prozent der Eltern haben wegen der beruflichen Veränderungen, die zur Übernahme der Kinderbetreuung notwendig waren, mit dem Arbeitgeber gesprochen und 52 Prozent haben dies nicht getan. Insbesondere Alleinerziehende (55 Prozent) und Vollzeit erwerbstätige Mütter (58 Prozent) haben das Gespräch gesucht. Die Arbeitgeber wurden der Lösungssuche dabei

21 Neue Chancen für Vereinbarkeit! Wie Unternehmen und Familien der Corona-Krise erfolgreich begegnen, Studie der Prognos AG im Rahmen des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ <https://www.prognos.com/publikationen/alle-publikationen/1026/show/be794b778016aa-0f8a929cd48c3f9a6c/>

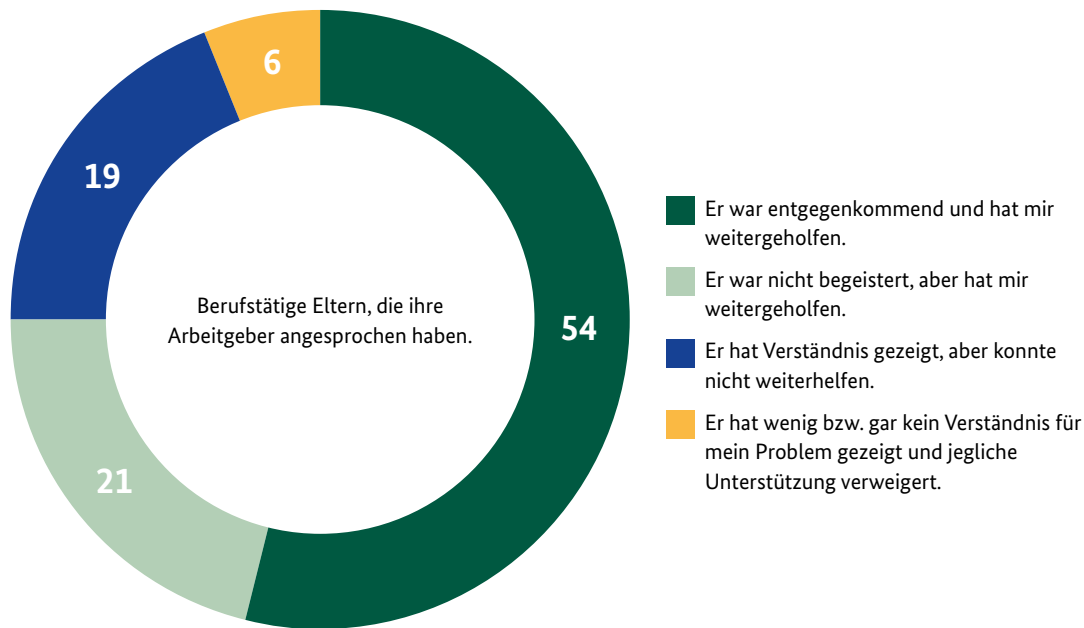
mehrheitlich als unterstützend erlebt. 75 Prozent der Eltern berichteten, dass sie von ihren Arbeitgebern Verständnis und Unterstützung bei der neuen Vereinbarkeitssituation erfahren hätten.

Nur sechs Prozent der Arbeitgeber hätten kein Verständnis gezeigt.²² Bei jedem Fünften habe der Betrieb zudem Verständnis gezeigt, konnte aber nicht weiterhelfen (Abbildung 5).

Abbildung 5: Verständnis der Arbeitgeber in der Corona-Krise

Frage:

„Wie hat ihr Arbeitgeber reagiert, als Sie ihn auf die Problematik der Kinderbetreuung angesprochen haben?“



Quelle: Eltern in der Corona-Krise, IfD Allensbach 8237 (2020)

In vielen Betrieben wurden Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen oder bestehende Möglichkeiten stärker genutzt. Etwa die Hälfte der Eltern habe in der Phase der Beschränkungen wenigstens eine betriebliche Verbesserung für die Vereinbarung von Familie und Beruf erlebt (48 Prozent). Davon gaben 38 Prozent an, dass neue flexible Arbeitsbedingungen eingeführt worden seien (zum Beispiel Arbeitszeiten vorübergehend angepasst, Homeoffice), fast ein Viertel sagte, bestehende flexible Arbeitsmöglichkeiten würden stärker genutzt und etwa 15 Prozent berichteten davon, dass die Vereinbarkeit von Arbeit und Kinderbetreuung verbessert worden wäre.

Fast die Hälfte der berufstätigen Eltern konnte in der Krise also betriebliche Möglichkeiten nutzen, um Arbeit und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren. So arbeitete bei 35 Prozent der Familien wenigstens ein Elternteil im Homeoffice, 20 Prozent arbeiteten mit veränderten Arbeitszeiten als vorher. Allerdings gibt es auch hier Unterschiede: Höher Qualifizierte, Beschäftigte in großen Betrieben sowie Angestellte, Beamtinnen und Beamte können Verbesserungen häufiger nutzen als andere.

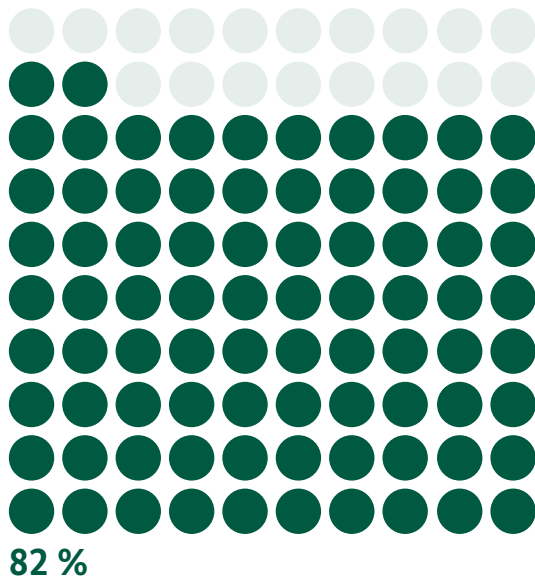
22 Eltern in der Corona-Krise, IfD Allensbach 8237 (2020), vergleiche auch Kapitel 1

Ein starker Entwicklungsschub ist bei den Möglichkeiten zur Arbeit im Homeoffice zu beobachten. Auch Befragungen von Personalverantwortlichen und Geschäftsleitungen²³ zeigen, dass bei Homeoffice und mobiler Arbeit neue Angebote geschaffen und/oder vorhandene Angebote ausgeweitet wurden. Als Baustein einer familienbewussten Personalpolitik kann Homeoffice dazu beitragen, dass Mütter und Väter profitieren. Dabei gibt es auch Bedarf an Strategien zur Umsetzung: Von den Personen mit Kindern unter 14 Jahren im Haushalt schätzten 40 Prozent die Tätigkeit im Homeoffice als äußerst oder stark belastend ein.²⁴

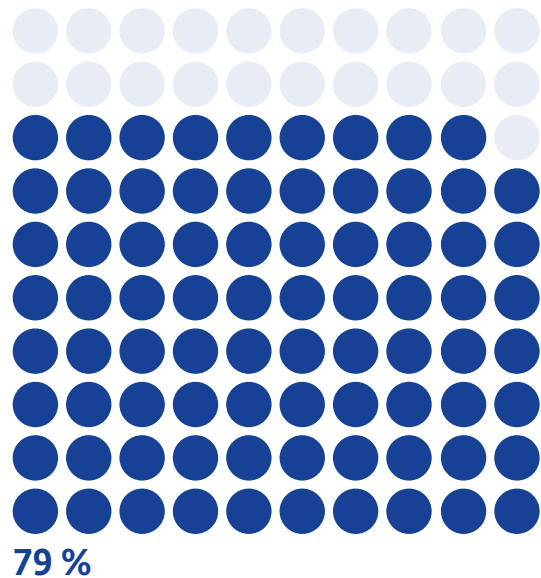
Perspektive der Unternehmen

Die Bedeutung der Vereinbarkeit ist aufgrund der Schul- und Kitaschließungen und der damit verbundenen Betreuungsengpässe bei den Arbeitgebern stark in den Fokus gerückt. Durch die Krise haben Unternehmen die betriebswirtschaftliche Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark verinnerlicht: 82 Prozent der Unternehmen sagten, dass Kinderbetreuung ein zentraler Faktor für die Produktivität ihres Unternehmens sei. Auch nach der Krise wird das Thema seine ökonomische Relevanz behalten: 79 Prozent der Unternehmen gaben an, dass vereinbarkeitsfördernde Maßnahmen nach der Krise für die Bindung und Gewinnung von Fachkräften einen hohen Stellenwert hätten (Abbildung 6).

Abbildung 6: Verlässliche Kinderbetreuung: Grundlage für Unternehmen



... der Unternehmen erlebten Kinderbetreuung als relevanten Faktor für ihre Produktivität.



... der Unternehmen sind der Auffassung, dass betriebliches Familienbewusstsein nach der Krise für die Bindung und Gewinnung von Fachkräften einen hohen Stellenwert habe.

Quelle: Prognos (2020): *Neue Chancen für Vereinbarkeit! Wie Unternehmen und Familien der Corona-Krise erfolgreich begegnen.*

23 Prognos (2020): *Neue Chancen für Vereinbarkeit! Wie Unternehmen und Familien der Corona-Krise erfolgreich begegnen.*

Link: <https://www.prognos.com/publikationen/alle-publikationen/1026/show/be794b778016aa0f8a929cd48c3f9a6c/>

24 Vergleiche Bettina Kohlrausch, Aline Zucco (2020): *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit.* Policy-Brief WSI Nr. 40, 5/2020. Online-Interviews von 7.677 Erwerbspersonen ab 16 Jahren, Quotenstichprobe im Rahmen eines Online-Access-Panels (Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung)

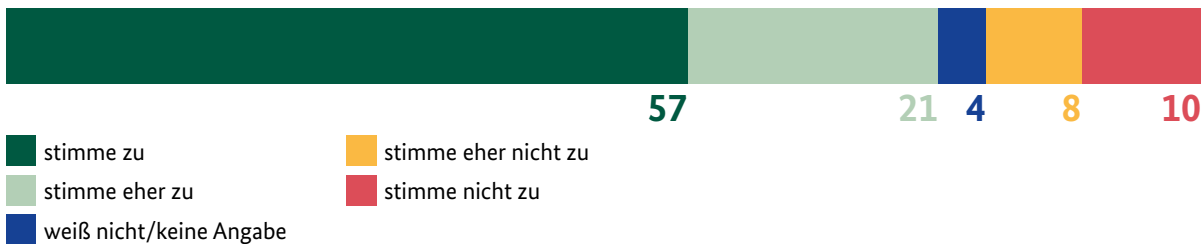
1 Familien und Corona-Pandemie

Im betrieblichen Alltag haben Eltern und Unternehmen mehrheitlich gemeinsam Lösungen für die neue Vereinbarkeitssituation gefunden. Dabei hat die Krise als Beschleuniger für das betriebliche Familienbewusstsein gewirkt: Jedes zweite Unternehmen führte als Reaktion auf die Krise familienbewusste Maßnahmen ein oder weitete das vorhandene Maßnahmenangebot aus. Dies gilt insbesondere für Homeoffice und/oder flexible Arbeitszeiten. Zudem ist eine aktivere Kommunikationskultur entstanden. Familienbewusste Unternehmen konnten dabei schneller auf die Herausforderungen reagieren, weil sie mit Blick auf die Vereinbarkeit schon viele Flexibilisierungslösungen etabliert hatten.

Unternehmen sehen, dass für beide Elternteile Vereinbarkeitsfragen sehr relevant sind. Die Mehrheit der Unternehmen unterstützt auch in der Krise aktive Vaterschaft und spricht sich gegen eine Re-Traditionalisierung der Elternrollen aus. 78 Prozent stimmten der Aussage (eher) zu, dass in der Krise deutlich werde, wie wichtig es sei, dass sich Väter an der Kinderbetreuung beteiligten, damit nicht nur Mütter ihre Arbeitszeiten reduzierten. Erwerbstätigkeit von Müttern wird ebenso wie Familienzeit von Vätern für Unternehmensverantwortliche selbstverständlicher (Abbildung 7).

Abbildung 7: Unternehmen sprechen sich für aktive Väter aus

In der Krise wird deutlich, wie wichtig es ist, dass sich Väter an der Kinderbetreuung beteiligen, damit nicht nur die Mütter ihre Arbeitszeiten zwecks Kinderbetreuung reduzieren.



Quelle: Prognos (2020): *Neue Chancen für Vereinbarkeit! Wie Unternehmen und Familien der Corona-Krise erfolgreich begegnen.*

1.5 Auswirkungen auf das familiäre Zusammensein und die Förderung der Kinder

Die erfolgte Neuorganisation des Alltags wirkte sich auch auf das familiäre Zusammenleben aus. In der Mehrzahl der Familien herrschte während der Einschränkungen zumindest „manchmal“ ein konfliktreiches oder chaotisches Klima, bei jeder fünften Familie sogar häufig oder sehr häufig.²⁵

Aber auch hier haben Familien diese Zeit unterschiedlich erlebt. In Studien zeigt sich, dass es bei den Familien zwei Pole des Erlebens der Einschränkungen gab:²⁶ Auf der einen Seite gab es Familien, die die Wochen der Einschränkungen als „schöne Zeit“ charakterisierten. Dabei berichteten

25 Angelika Guglhör-Rudan, Alexandra Langmeyer, Thorsten Naab et al. (2020): Kindsein in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern. Deutsches Jugendinstitut (https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/themen/Familie/DJI_Kindsein_Corona_Erste_Ergebnisse.pdf; letzter Abruf am 26.5.2020). Online-Befragung von rund 8.000 Eltern von Kindern im Alter von drei bis 15 Jahren. Teilnehmende wurden über Schneeball-Verfahren rekrutiert. Die erste Auswertung basiert auf den Teilnehmenden, die vom 22. April 2020 bis zum 4. Mai 2020 an der Studie teilgenommen haben.

26 Sabine Andresen, Anna Lips, Renate Möller et al. (2020): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie: Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Universitätsverlag Hildesheim (<https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1081>; letzter Abruf am 5.6.2020). Online-Befragung von über 25.000 Personen (Eltern mit Kindern unter 15 Jahren), keine gezielte Sampling-Strategie; Link zur Befragung wurde vom Forschungsteam und den Pressestellen beider Universitäten initiativ breit gestreut mit der Bitte, ihn in privaten und beruflichen Netzwerken zu teilen. Fragebögen wurden überwiegend von erwerbstätigen Müttern beantwortet; kaum vertreten sind beispielsweise Familien ohne erwerbstätige Eltern/Haushaltsmitglieder und in denen nicht überwiegend deutsch gesprochen wird.

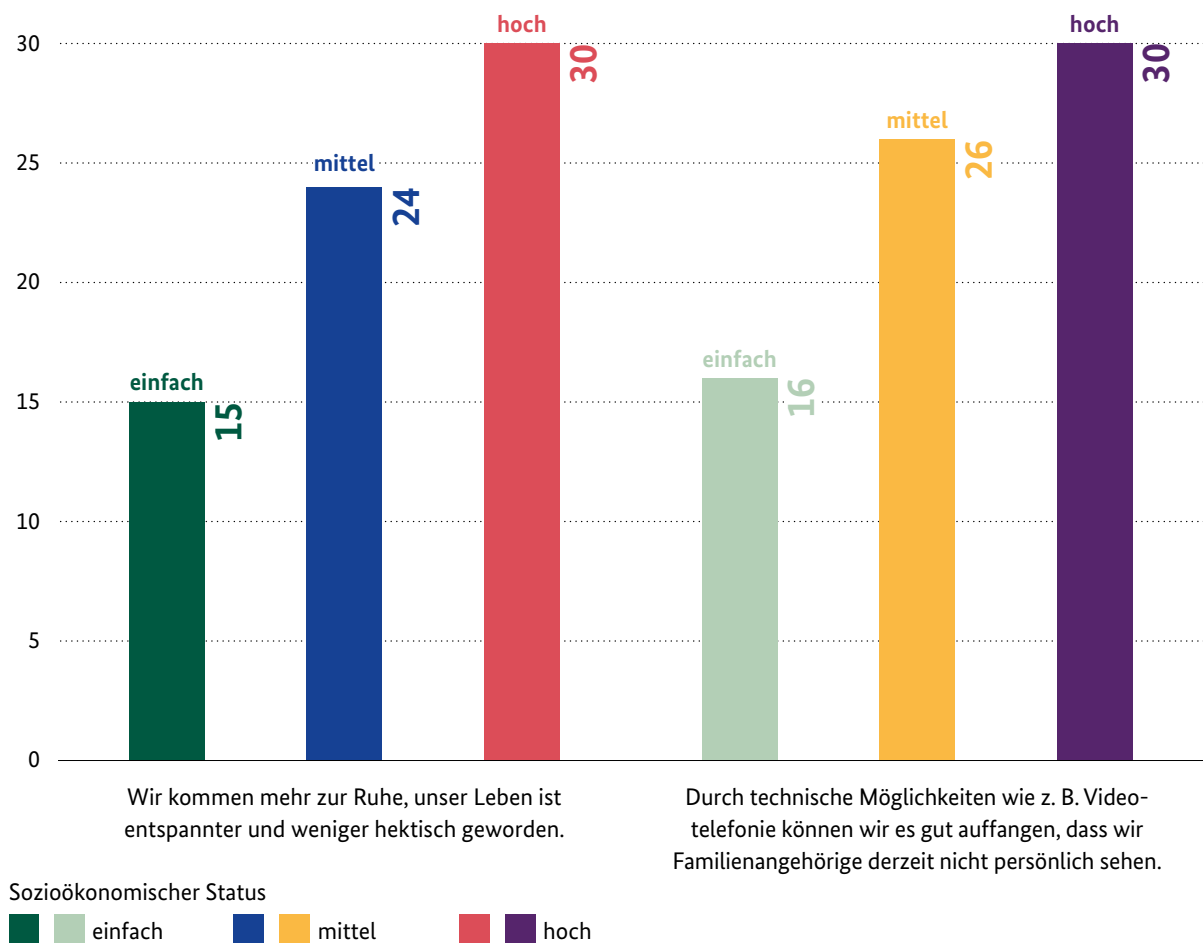
Eltern sowohl von neuen Freiheiten ihrer Kinder als auch von einem eigenen Empfinden, das häufig mit dem Begriff der „Entschleunigung“ beschrieben wurde. Auf der anderen Seite waren Familien, die ein ganzes Bündel von Belastungen managen mussten und mit großen Unsicherheiten lebten.

In einer anderen Studie²⁷ berichteten 42 Prozent der Familien, dass es in den letzten Wochen Dinge gab, die sich infolge der Corona-Krise positiv verändert hätten. Als positive Veränderungen wurden genannt, dass die freie Zeit zugenommen habe, es positive Auswirkungen auf die Beziehungen in der Familie oder mit Freunden gegeben habe, der All-

tag „entschleunigt“ worden sei oder man unter dem Eindruck der Krise „bewusster“ lebe.

Auch scheint das Erleben der Beschränkungen vom sozioökonomischen Status beeinflusst zu sein. So gaben 30 Prozent der Eltern mit hohem sozioökonomischem Status an, dass ihr Leben während der Beschränkungen ruhiger geworden sei und sie zur Ruhe gekommen seien – das sagten dagegen nur 15 Prozent der Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status (Abbildung 8). Auch der Aussage, sie könnten es durch technische Möglichkeiten auffangen, dass sie Familienangehörige nicht persönlich sehen können, stimmten Eltern mit höherem Status fast doppelt so häufig zu.

Abbildung 8: Anteil der Eltern mit Kindern unter 15 Jahren, die den genannten Aussagen zustimmen, in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8237 (2020), Darstellung Prognos AG

27 ifo Institut/forsa (2020): Erste Ergebnisse des Befragungsteils der BMG-„Corona-BUND-Studie“ (<https://www.ifo.de/DocDL/bmg-corona-bundstudie-erste-ergebnisse.pdf>; letzter Abruf am 14.07.2020)

Während der Beschränkungen machten sich Eltern vor allem Sorgen um die Förderung und Beschäftigung ihrer Kinder. Über 40 Prozent der befragten Eltern befürchteten durch die Krise langfristige Nachteile für ihre Kinder. Nur 20 Prozent sind zuversichtlich, ihre Kinder auch zu Hause gut fördern zu können. Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden sorgte sich vor allem wegen der eingeschränkten häuslichen Fördermöglichkeiten und der immer schwieriger werdenden Beschäftigung der Kinder zu Hause. 56 Prozent der Alleinerziehenden befürchteten, dass ihre Kinder zu Hause nicht so gut gefördert werden können wie in der Kita/Schule und später Nachteile haben könnten. Diese Sorgen unterstreichen das hohe Bewusstsein der Eltern, was in der Kindertagesbetreuung geleistet wird. Gerade in der Krise zeigt sich somit, wie wichtig ein gut funktionierendes Bildungs- und Betreuungssystem für Familien ist.

Eltern nehmen die Auswirkungen der Beschränkungen auf ihre Kinder sensibel wahr. Der Verzicht auf Kontakte, Aktivitäten außer Haus und das Fehlen fester Tagesstrukturen belastet viele. Etwa zwei Drittel gaben an, dass es den Kindern schwerfalle, ihre Freunde nicht zu sehen. In vier von zehn Familien litten die Kinder darunter, Kita oder Schule nicht besuchen zu können und auf Sport oder Hobbys außer Haus verzichten zu müssen. Auch über fehlende Motivation beim Lernen zu Hause berichtete knapp jede dritte Familie (29 Prozent). Fast die Hälfte der Eltern von Grundschulkindern berichtete von Motivationsproblemen der Kinder beim Lernen.

Von den Eltern mit Schulkindern gaben 44 Prozent an, ihre Kinder mehr beim Lernen zu unterstützen. Nur jede fünfte Familie traue sich jedoch zu, ihren Kindern zu Hause eine ähnlich gute Förderung wie in der Kita oder der Schule zukommen zu lassen (insgesamt 19 Prozent)– sei es, weil sie wissen, welche Bildungsarbeit die dort tätigen Fachkräfte leisten, sei es, weil sie aufgrund fehlender Kompetenzen oder zeitlicher Ressourcen sich nicht in dem erforderlichen Maße um die Förderung kümmern können.

Hier zeigen sich auch deutliche Unterschiede zwischen den Eltern: zehn Prozent der Eltern mit einfacher Bildung und geringen Einkommen (niedriger Status) gaben an, ihr Kind auch von zu Hause aus gut fördern zu können. Von den Eltern mit hohem Status trauten sich das 29 Prozent zu.

Auch andere Studien zeigen, dass sich Eltern durch das Homeschooling im Durchschnitt mittelmäßig belastet fühlten und weniger gebildete Mütter oder Väter sowie Alleinerziehende mehr unter der Situation litten als Eltern mit einem höheren Bildungsabschluss beziehungsweise Eltern in Partnerschaften.²⁸

1.6 Staatliche Hilfen für Familien in der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat den Familien bisher viel abverlangt. Besonders gefordert waren in der Phase der starken Einschränkungen der Corona-Krise vor allem die Familien mit kleinen Kindern, die in den meisten Fällen nicht mehr in Kindertageseinrichtungen oder im schulischen Ganztags betreut werden konnten. Die Betreuung von Kindern und die Umsetzung eines Heimunterrichts hat vor allem in den Familien zu Belastungen und Stress geführt, in denen ein Elternteil alleinerziehend ist oder beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Für die Kinder, gerade aus sozial schwachen Familien, werden Nachteile bei der Entwicklung und im Schulverlauf befürchtet. Zusätzlich zu diesen Anforderungen kommen bei einer Vielzahl von Familien finanzielle Sorgen und wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil Eltern arbeitslos oder zumindest in Kurzarbeit geschickt wurden. Die subjektive Bedeutung finanzieller Unterstützung hängt wesentlich davon ab, ob und in welchem Maße Einkommensverluste (in der Regel aufgrund von Kurzarbeit) erlebt wurden. Mehr finanzielle Unterstützung wünschten sich 31 Prozent der Eltern und 39 Prozent der Alleinerziehenden. Fast ein Viertel der Eltern insgesamt und 27 Prozent der Alleinerziehenden gaben an, dass es ihnen helfen würde, wenn ein Elternteil von zu Hause aus

28 Sabine Zinn, Michaela Kreyenfeld, Michael Bayer (2020): Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf. DIW aktuell Nr. 51

arbeiten könnte, flexiblere Arbeitszeiten würden 20 Prozent der Eltern insgesamt und 18 Prozent der Alleinerziehenden helfen.²⁹

Insbesondere ist in der Corona-Krise erneut deutlich geworden, dass eine gute Kinderbetreuung wesentlich für das Wohlergehen von Familien ist und die zentrale Antwort auf die Herausforderungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bietet. Verlässliche Kitas, Horte und Ganztagschulen sind ausschlaggebend dafür, ob und mit wie vielen Arbeitsstunden Eltern erwerbstätig sind und selbstständig für den Unterhalt der Familie sorgen können.

Zur schrittweisen Wiedereröffnung der Betreuungsangebote war der Bund bereits ab Ende März 2020 im regelmäßigen Austausch mit den zuständigen Ländern und kommunalen Vertreterinnen und Vertretern. Zusätzlich hat die Bundesregierung in einer enormen Geschwindigkeit verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Familien in der Krise zu unterstützen:

In das **Infektionsschutzgesetz** ist eine Entschädigungsregelung aufgenommen worden, die Eltern, die aufgrund vorübergehend geschlossener Kitas und Schulen nicht erwerbstätig sein können, eine finanzielle Hilfe bietet. Sie können eine Entschädigung von 67 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens (maximal 2.016 Euro für einen vollen Monat) für bis zu zehn Wochen erhalten; Alleinerziehende haben einen Anspruch auf bis zu 20 Wochen.

Der **Entlastungsbetrag** ist ein zusätzlicher Steuerfreibetrag, der die besonderen Belastungen Alleinerziehender berücksichtigt. Er wurde für die Jahre 2020 und 2021 verdoppelt, um den erheblichen Betreuungsaufwand gerade für Alleinerziehende zusätzlich abzufedern: von 1.908 auf 4.008 Euro.

Der **Kinderzuschlag**, der Familien mit kleinen Einkommen mit bis zu 185 Euro monatlich pro Kind zusätzlich zum Kindergeld unterstützt, wurde im Rahmen der Corona-Hilfen angepasst und zu einem Notfall-Kinderzuschlag umgebaut. Damit werden auch Familien unterstützt, die aufgrund der Corona-Pandemie kurzfristig Verdienstauffälle hinnehmen müssen. Der Zugang wurde erleichtert und digitalisiert. Von März bis Ende Juni sind fast 500.000 Kinder zusätzlich in die Leistung aufgenommen worden.³⁰

Zur Unterstützung der partnerschaftlichen Aufgabenteilung wurden die Voraussetzungen für das **Elterngeld** an die Gegebenheiten der Krise angepasst. Eltern, die in systemrelevanten Berufen einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten, können bei Bedarf die Elterngeldmonate bis Juni 2021 aufschieben. Sie verlieren ihren Partnerschaftsbonus nicht, wenn sie aufgrund der Krise aktuell mehr oder weniger arbeiten als geplant. Zudem reduzieren Einkommensersatzleistungen wie beispielsweise Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I das Elterngeld nicht.

Um Familien insgesamt dabei zu helfen, die Belastungen der Corona-Pandemie etwas abzufedern und ihnen finanziellen Handlungsspielraum zurückzugeben, erhalten sie 300 Euro **Kinderbonus** für jedes Kind. Diese Leistung wird nicht mit der Grundsicherung verrechnet und stärkt insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen enthält das Konjunkturpaket, das die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, starke Impulse für Familien und Kinder. Es enthält insgesamt drei Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung: Eine Milliarde Euro wird in den Jahren 2020 und 2021 zusätzlich für den Kita-Ausbau zur Verfügung gestellt. Weitere zwei Milliarden Euro sollen zusätzlich für den Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Digitalisierung der Schulen zur Verfügung gestellt werden. Auch die im Konjunkturpaket vereinbarte Senkung der Mehrwertsteuer wird Familien bis zum Jahresende 2020 spürbar entlasten.

29 IfD Allensbach (2020): Familien in der Corona-Krise. IfD Umfrage 8237

30 Mehr Informationen zu den Familienleistungen unter www.familienportal.de

2

Familienleben in Deutschland und Europa

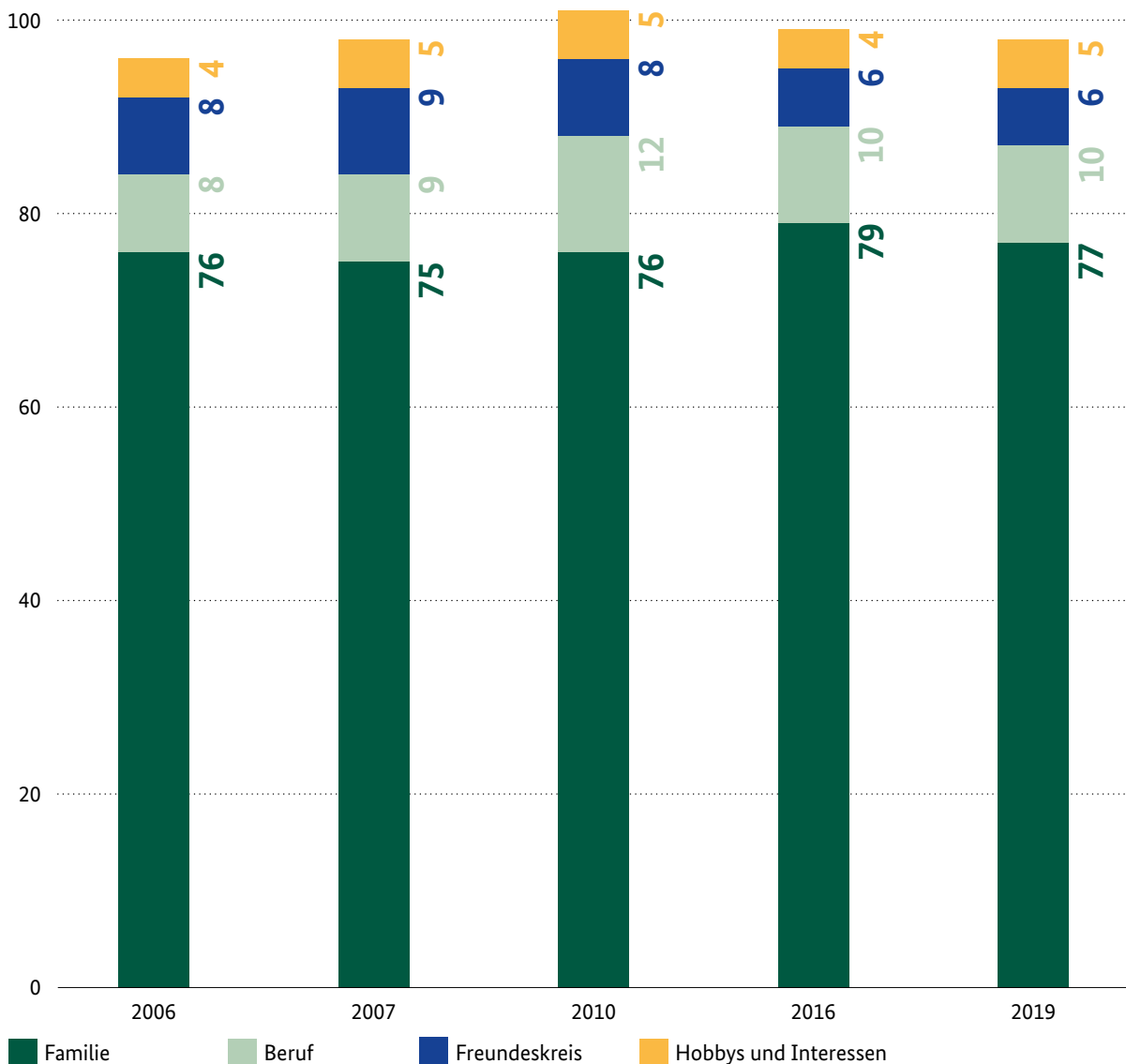
2.1 Bedeutung von Familie

Wert von Familie ungebrochen hoch

Die Familie ist 2019 für 77 Prozent der Bevölkerung nach wie vor der wichtigste Lebensbereich, noch vor dem Beruf und dem Freundeskreis (vergleiche Abbildung 9). Bei Eltern mit minder-

jährigen Kindern sind es sogar 91 Prozent.³¹ In den zurückliegenden Jahren ist die Wertschätzung der Familie konstant hoch geblieben und seit 2006 nahezu unverändert.

Abbildung 9: Bedeutung der Lebensbereiche, 2006–2019



Anmerkung:

Frage: „Wenn Sie einmal Familie, Beruf, Hobbys und Freundeskreis in eine Rangfolge bringen: Was ist für Sie das Wichtigste, was steht an erster Stelle?“

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren

Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 5

³¹ IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 5, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

Über 60 Prozent der Erwachsenen erachten eine eigene Familie als sehr wichtig.³² Familie und soziale Beziehungen sind auch für fast alle Jugendlichen und jungen Erwachsene mit Abstand die wichtigsten Wertorientierungen. Familie und soziale Beziehungen sind sogar wichtiger als „Eigenverantwortlichkeit“ (89 Prozent) und „Unabhängigkeit“ (83 Prozent).³³ Für eine große Mehrheit der Eltern bedeutet Familie auch, dass man sich aufeinander verlassen kann (83 Prozent)³⁴.

Familie ist heute für die Mehrheit dort, wo auch Kinder sind – unabhängig von der Lebensform der Eltern. Für alle beziehungsweise fast alle im Jahr 2013 befragten 20–39-Jährigen ist ein heterosexuelles Paar mit Kindern – verheiratet oder unverheiratet – eine Familie. 88 Prozent der Befragten sehen auch ein homosexuelles Paar mit Kindern als Familie. Für 85 Prozent sind Stief- und Patchworkkonstellationen Familie. Auch Alleinerziehende werden von der Mehrheit als Familie betrachtet. Im familienpolitischen Verständnis ist Familie dort, wo Menschen verschiedener Generationen dauerhaft und partnerschaftlich Verantwortung füreinander übernehmen, unabhängig von ihrer religiösen, politischen, weltanschaulichen oder sexuellen Orientierung. Das schließt verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern ebenso ein wie Alleinerziehende, getrennt Erziehende, Stief- und Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien sowie Familien, die sich um pflege- und hilfsbedürftige Angehörige kümmern. Das Miteinander ist entscheidend, nicht die Lebensform.

Zur Familie gehören für Menschen im Osten wie im Westen nach wie vor Kinder. Der Aussage „ohne Kinder fehlt etwas im Leben“ stimmten 2017 über zwei Drittel der Befragten in Westdeutschland zu (68 Prozent), in Ostdeutschland sogar mehr als drei Viertel (78 Prozent).³⁵ Für die Mehrheit in Ost und West ist die Ehe nicht mehr zwangsläufig Voraussetzung für die Familiengründung: Rund 75 Prozent der Befragten aus den alten und 80 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern sehen dies so.³⁶

Die hohe Bedeutung von Familie geht in Deutschland und Europa überwiegend mit einer hohen Zufriedenheit mit dem Familienleben einher. Mehr als sieben von zehn Befragten in jedem EU-Mitgliedstaat sagen 2017, sie seien glücklich mit ihrem Familienleben. Im Vergleich zu 2006 stimmen mehr Menschen zu, dass sie mit ihrem Familienleben glücklich seien. In Deutschland sagen 94 Prozent der Befragten, dass sie „total glücklich“ mit ihrem Familienleben seien (Abbildung 10). Deutschland liegt damit über dem EU-Durchschnitt (91 Prozent totale Zustimmung), gemeinsam mit den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und Portugal. Glücklicher mit dem Familienleben sind Befragte in Dänemark (99 Prozent Zustimmung). In Bulgarien sind dagegen lediglich 74 Prozent glücklich mit ihrem Familienleben.³⁷

32 Datenreport (2018): S. 394

33 Shell Jugendstudie 2019, Zusammenfassung, S. 20, https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf

34 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8214, 2019

35 Datenreport (2018): S. 394

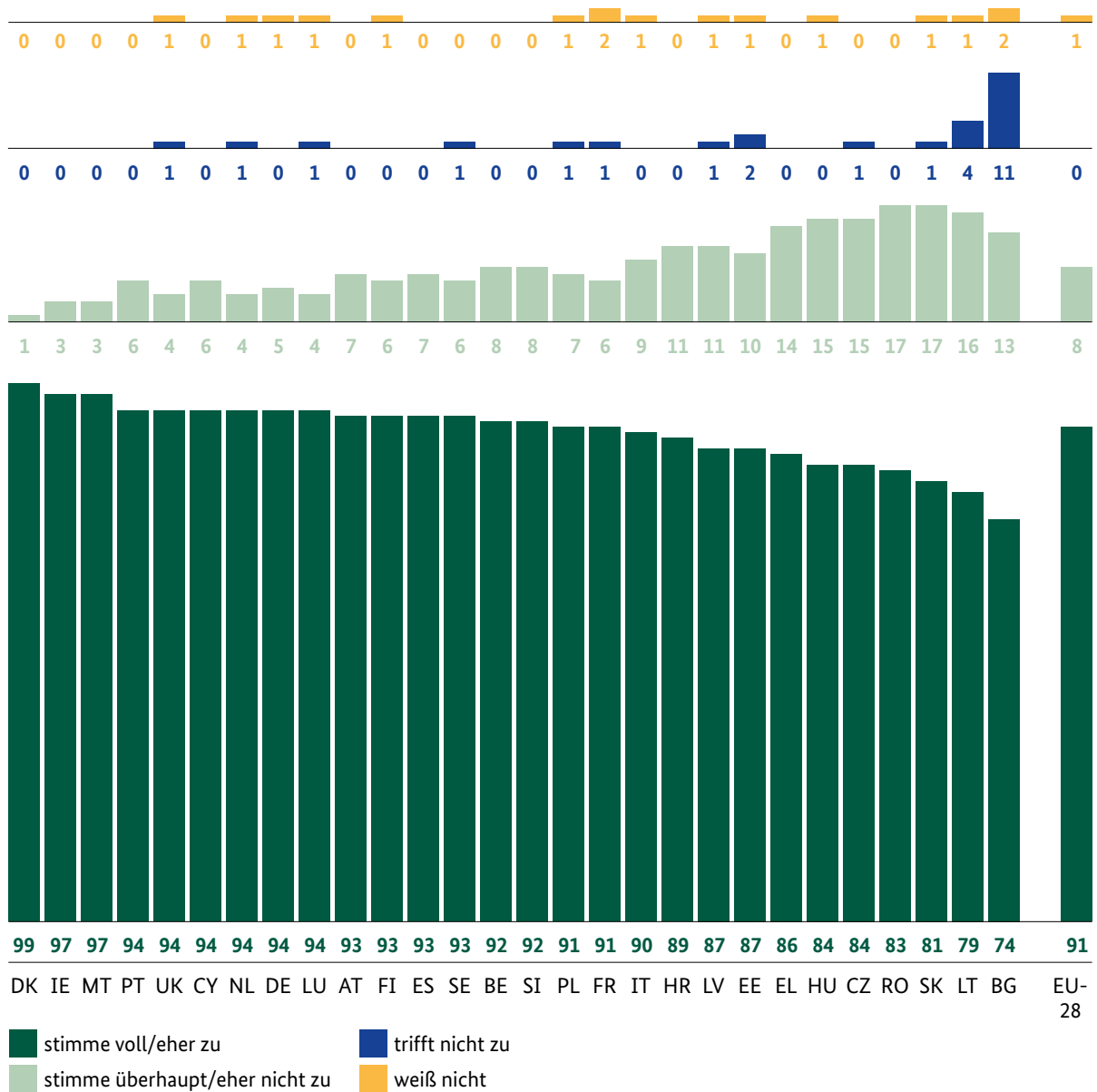
36 Datenreport (2018): S. 394 ff.

37 Special Eurobarometer 467: Future of Europe, 2017, Bevölkerung ab 15 Jahren, S. 23,

Link: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/80647>

Abbildung 10: Zufriedenheit mit dem Familienleben im EU-Vergleich, 2017

Zustimmung zur Aussage: Du bist glücklich mit deinem Familienleben (in Prozent)



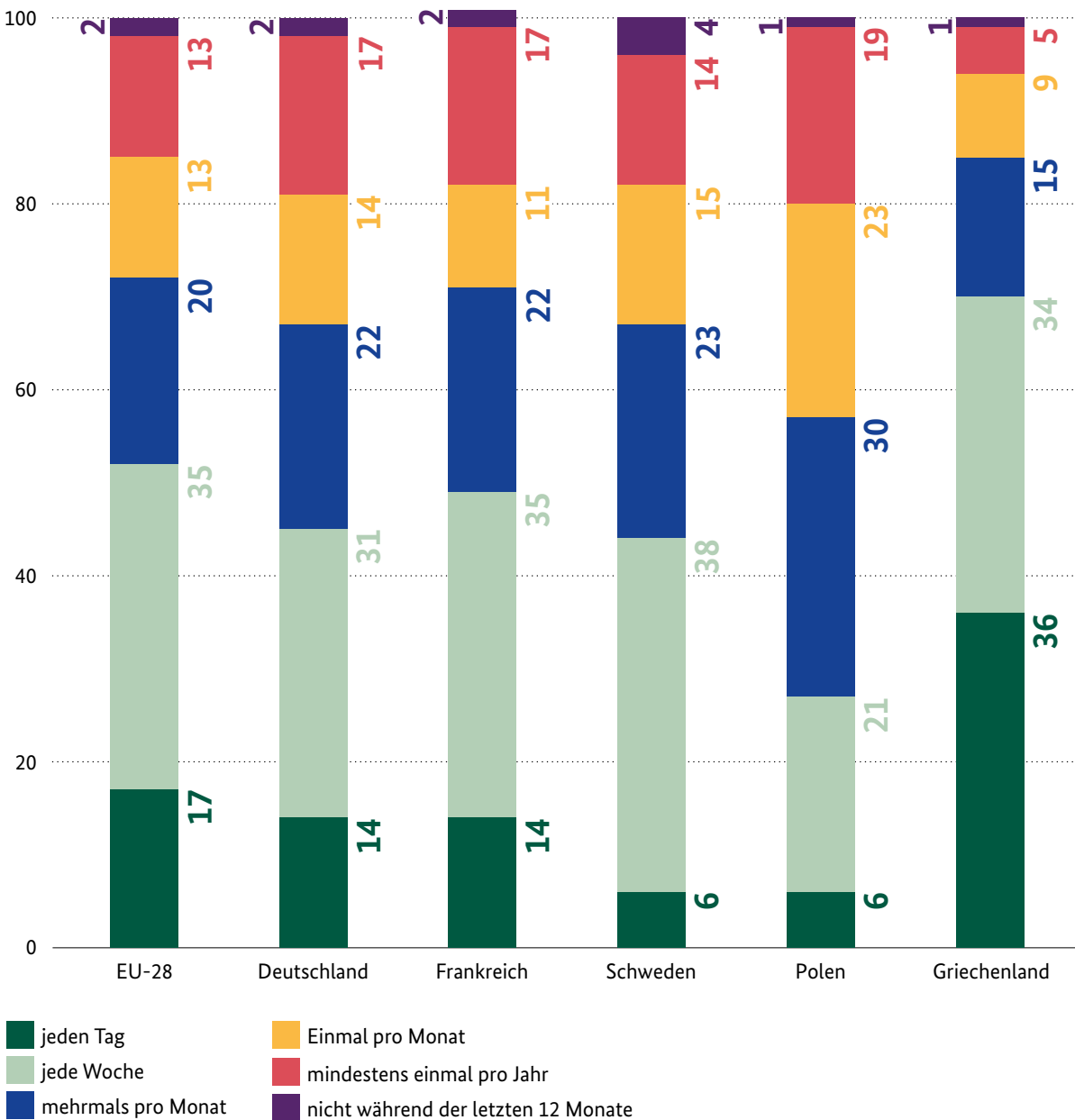
Quelle: Special Eurobarometer 467: Future of Europe, 2017, Bevölkerung ab 15 Jahren, S. 23

Entsprechend häufig kommen Menschen mit ihrer Familie und Verwandten zusammen. In Deutschland treffen sich 2015 etwa zwei Drittel der Befragten täglich, wöchentlich oder zumindest mehrmals im Monat mit Familie und Verwandten (67 Prozent). Das ist etwas weniger als im

europäischen Durchschnitt (72 Prozent), aber vergleichbar mit Ländern wie Frankreich (71 Prozent) oder Schweden (67 Prozent). Dagegen treffen sich beispielsweise Menschen in Griechenland besonders häufig (Abbildung 11).³⁸

38 Eurostat (2020): Daten aus: European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC); Ad-Hoc Modul zu „Social and Cultural Participation.“ https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/income-and-living-conditions/data/database?node_code=ilc_scp

Abbildung 11: Häufigkeit der Treffen mit Familienangehörigen im EU-Vergleich, 2015



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Eurostat (2020), EU SILC, ad hoc Modul 2015: soziale und kulturelle Teilhabe,

Tabelle (ilc_scp09, link: https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/income-and-living-conditions/data/database?node_code=ilc_scp)

In Deutschland haben 87 Prozent der Befragten täglich, wöchentlich oder zumindest mehrmals im Monat Kontakt mit Familie und Verwandten. Damit liegt Deutschland etwas über dem europäischen Durchschnitt (85 Prozent), und wieder vergleichbar mit Ländern wie Frankreich (87 Pro-

zent), Italien (88 Prozent) oder dem Vereinigten Königreich (87 Prozent). Auch hier haben Menschen in Griechenland besonders häufig (91 Prozent) und Menschen in Polen unterdurchschnittlich häufig Kontakt zu Familienangehörigen (70 Prozent).

2.2 Vielfalt von Familien in Deutschland und in Europa

Die Vielfalt und Komplexität von Familie ist kein neues Phänomen³⁹. Auch zu früheren Zeiten gab es Stief- und Patchworkfamilien, Alleinerziehende, Pflegefamilien, unverheiratete und verheiratete Eltern und komplexe familiäre Beziehungen. Relativ neu sind dagegen Regenbogenfamilien, also Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern und Inseminationsfamilien, also Familien mit Kindern, die durch künstliche Befruchtung erzeugt wurden.⁴⁰ Heute können Lebens- und Familienform relativ frei gewählt und im Lauf des Lebens auch wieder geändert werden. Alleinerziehende und Stieffamilien entstehen heute überwiegend aufgrund von Trennung und Scheidung und nicht wie vor hundert Jahren, weil ein Elternteil verstorben ist.⁴¹

Verheiratete Eltern sind nach wie vor häufigste Familienform

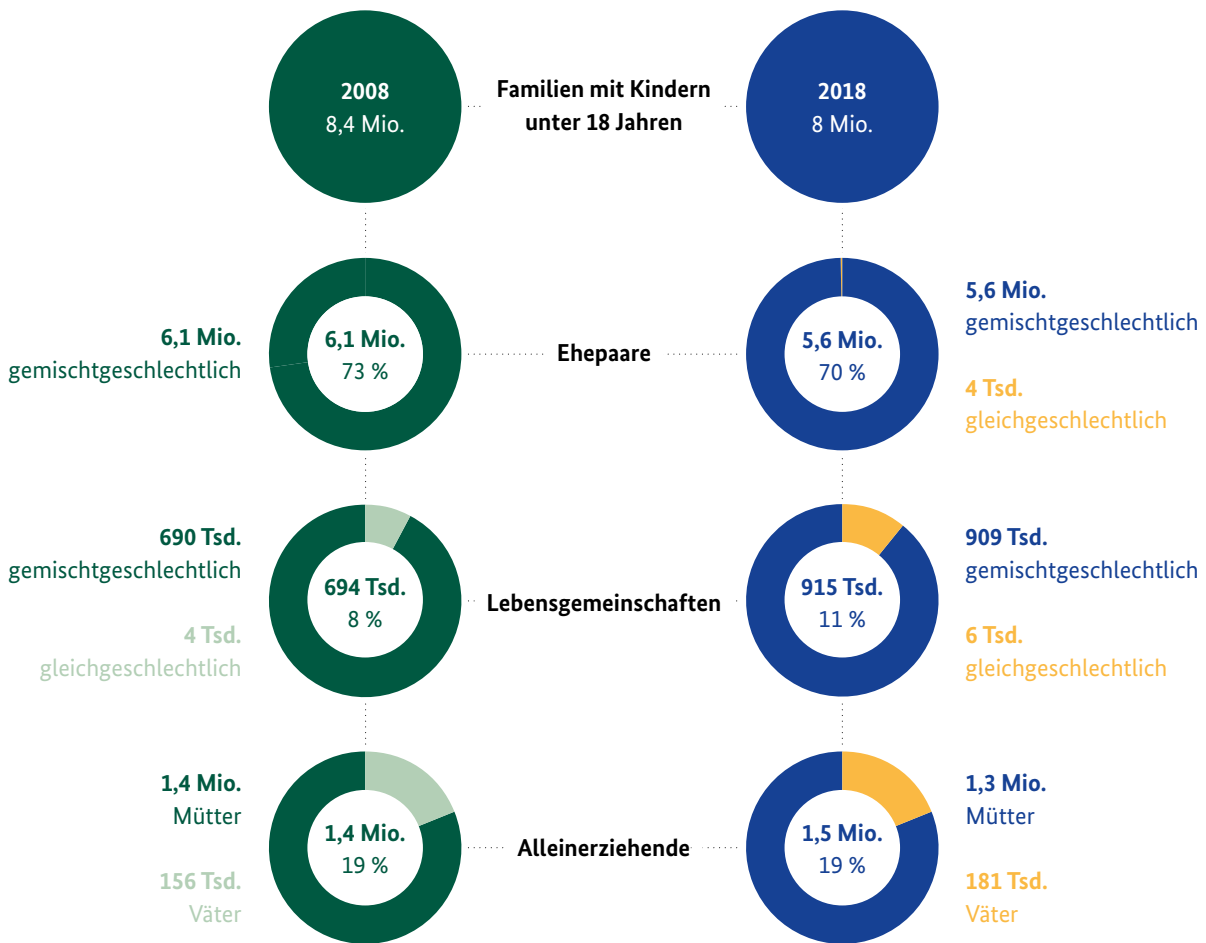
2018 gab es in Deutschland acht Millionen Familien mit minderjährigen Kindern im Haushalt, davon lebten 6,5 Millionen in Westdeutschland (81 Prozent) und 1,5 Millionen in Ostdeutschland (19 Prozent). Zehn Jahre zuvor waren es 8,4 Millionen Familien in Deutschland. Verheiratete Eltern waren 2018 mit 5,6 Millionen die häufigste Familienform (70 Prozent an allen Familien), auch wenn ihre Anzahl im Vergleich zu 2008 etwas zurückgegangen ist (6,1 Millionen beziehungsweise 73 Prozent). Im Vergleich dazu hat insbesondere die Anzahl der Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden zugenommen. 2018 gab es 915.000 Lebensgemeinschaften (elf Prozent an allen Familien) und 1,5 Millionen Alleinerziehende (19 Prozent an allen Familien). Das sind etwa 220.000 Lebensgemeinschaften mehr und 94.000 mehr Alleinerziehende als noch zehn Jahre zuvor (Abbildung 12).

39 Anja Steinbach (2017): Mutter, Vater, Kind: Was heißt Familie heute? Essay, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31/2017: Familienpolitik, Link: <https://www.bpb.de/apuz/252649/mutter-vater-kind-was-heisst-familie-heute?p=all>

40 Ebenda

41 Ebenda

Abbildung 12: Familien mit minderjährigen Kindern* 2008 und 2018



*Zahlen für Familien 2018: Ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

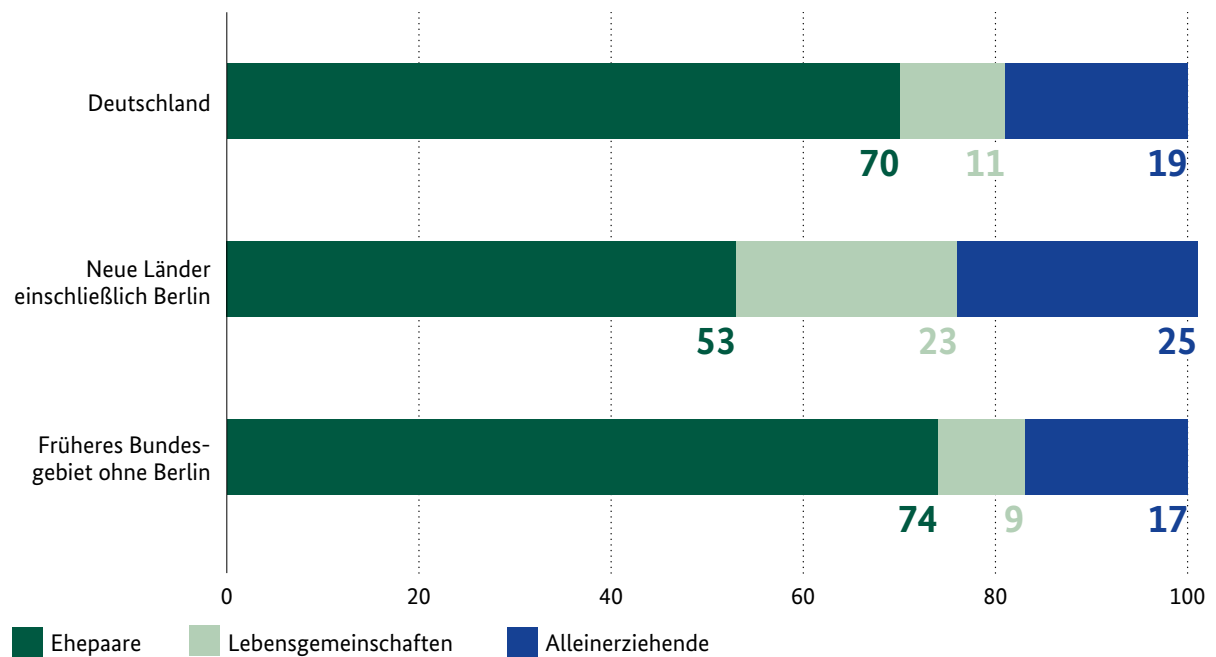
Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus; fehlende Werte zu 100 sind rundungsbedingt.

2018 gab es 6.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und 4.000 gleichgeschlechtliche Ehepaare, die mit minderjährigen Kindern im Haushalt lebten. Das entspricht einem Anteil von weniger als 0,1 Prozent aller Familien (vergleiche auch Abschnitt „Regenbogenfamilien“, Seite 51).

Die Familienformen unterscheiden sich in ihrer Häufigkeit nach wie vor in den neuen und alten Bundesländern. In West- wie Ostdeutschland sind verheiratete Eltern zwar die häufigste Familienform, in den neuen Bundesländern gibt es jedoch

nach wie vor deutlich mehr Lebensgemeinschaften und mehr Alleinerziehende. So ist in den neuen Bundesländern 2018 etwas mehr als die Hälfte der Eltern verheiratet (53 Prozent), während es in den alten Bundesländern knapp drei Viertel der Eltern sind (74 Prozent). Entsprechend ist der Anteil an Lebensgemeinschaften (23 Prozent) und Alleinerziehenden (25 Prozent) in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, wo lediglich neun Prozent der Eltern nicht verheiratet und 17 Prozent der Familien alleinerziehend sind (Abbildung 13).

Abbildung 13: Familienformen in den neuen und alten Bundesländern, 2018, in Prozent



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus

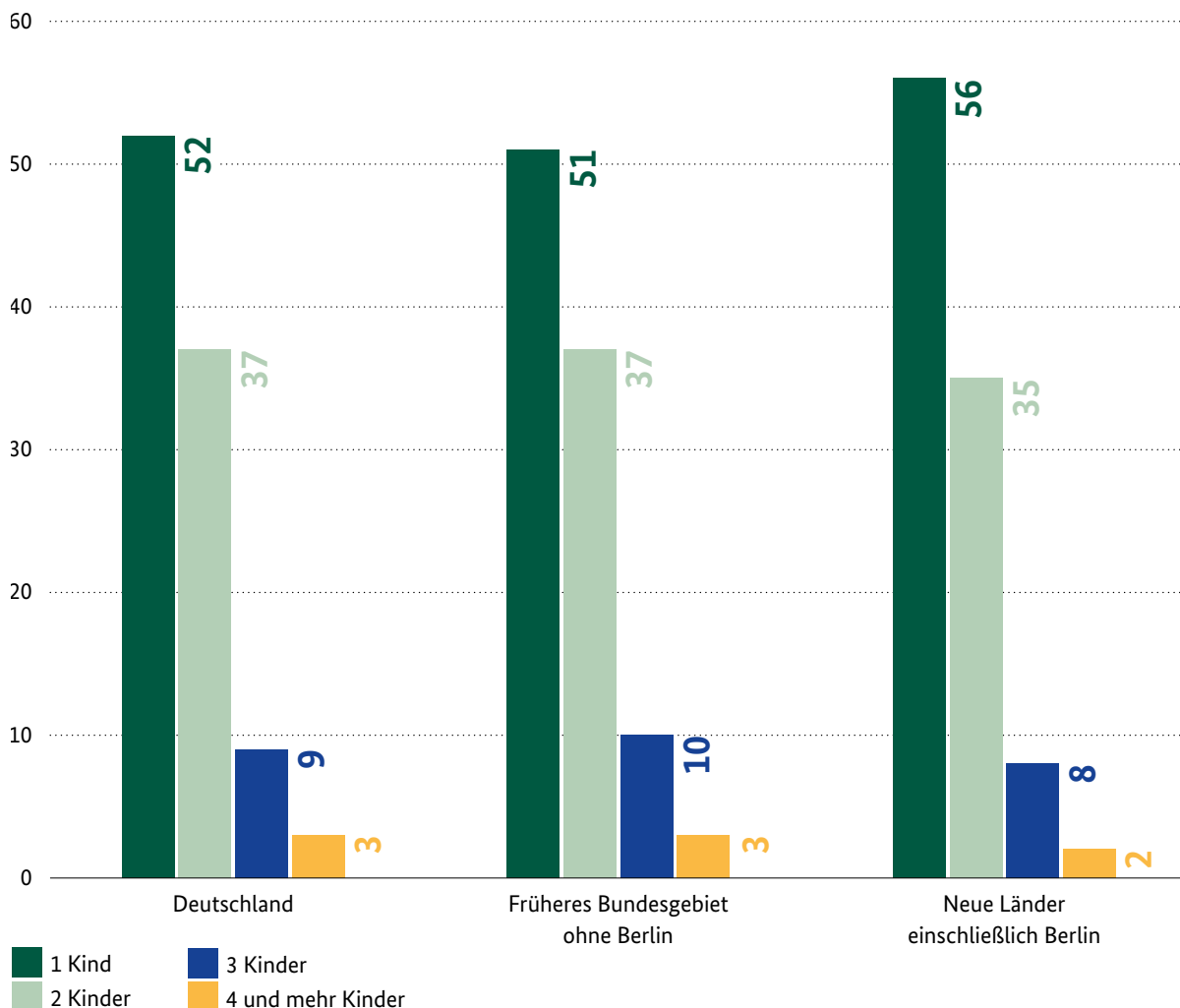
In Mehrzahl der Familien leben ein bis zwei minderjährige Kinder

In mehr als der Hälfte der Familien mit minderjährigen Kindern in Deutschland lebte 2018 ein Kind (52 Prozent), in mehr als jeder dritten Familie zwei Kinder (37 Prozent) und in zwölf Prozent der

Familien drei und mehr Kinder (Abbildung 14).

Die neuen und alten Bundesländer unterscheiden sich hier nicht grundsätzlich, allerdings haben in Ostdeutschland etwas mehr Familien ein Kind (56 Prozent) als in Westdeutschland (51 Prozent).

Abbildung 14: Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und Region, 2018, in Prozent

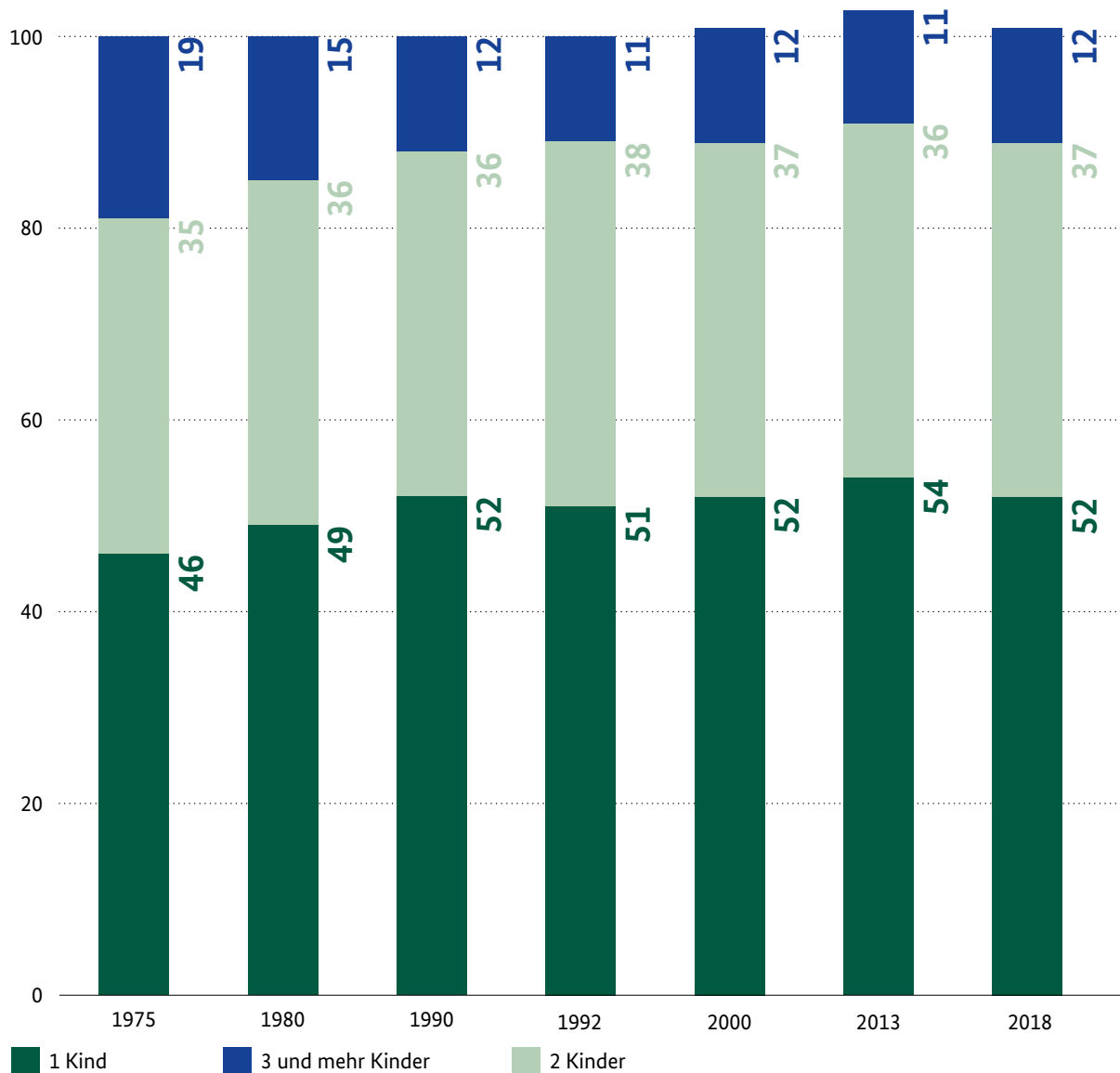


Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Darstellung

Auch der Anteil der Familien mit drei oder mehr minderjährigen Kindern ist in Deutschland seit der Wiedervereinigung nahezu unverändert geblieben (Abbildung 15). Im Jahr 1975 lebten noch in 19 Prozent der Familien drei oder mehr minderjährige Kinder, darunter in sechs Prozent

vier oder mehr Kinder. Bis zum Jahr 1990 ist der Anteil der Mehrkindfamilien gesunken, insbesondere der Anteil von Familien mit vier und mehr Kindern hat sich im Vergleich dazu halbiert (von sechs auf drei Prozent 2018).

Abbildung 15: Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Zeitvergleich, 1975–2018, in Prozent

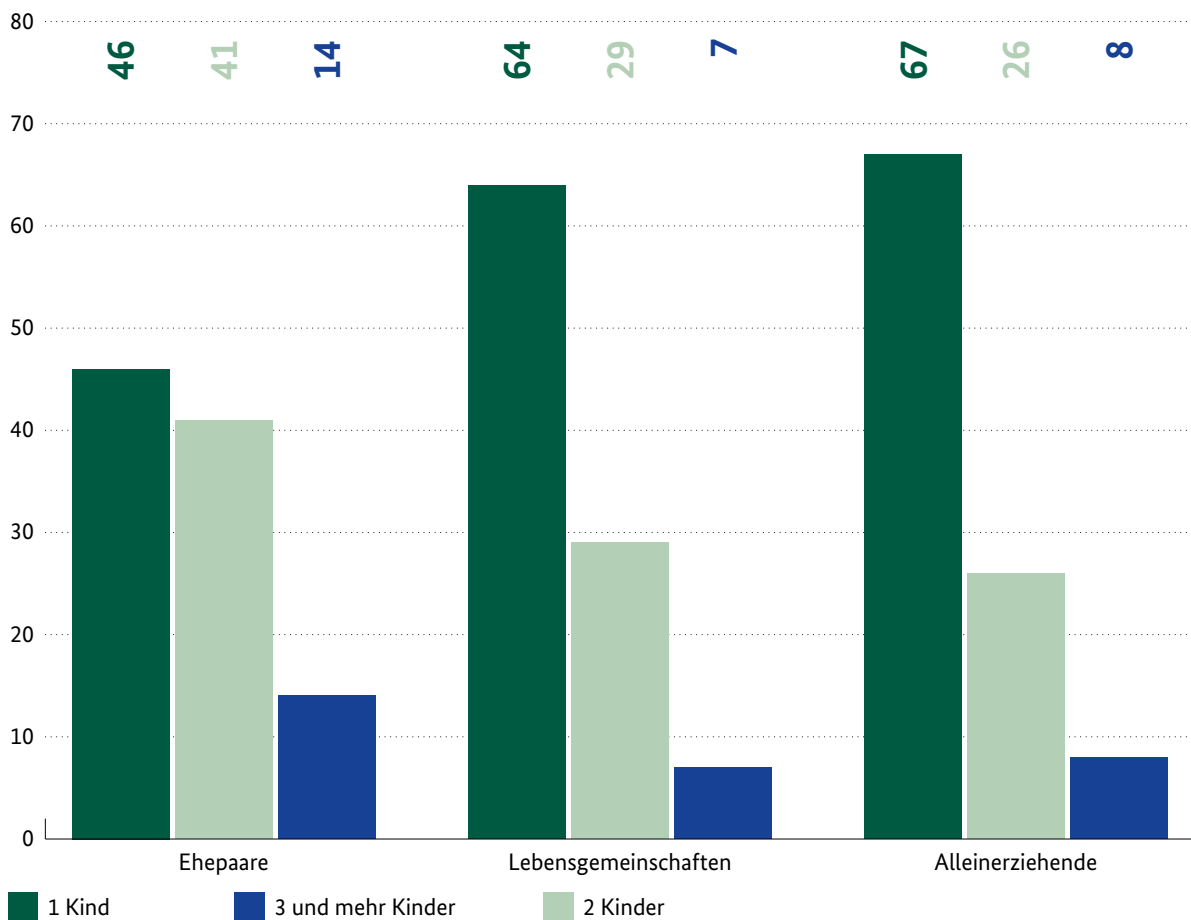


Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.
 Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Darstellung

Je mehr Kinder in einer Familie leben, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Eltern miteinander verheiratet sind. 2018 hatten 41 Prozent der verheirateten Eltern zwei Kinder, während nur rund ein Viertel der unverheirateten

Eltern beziehungsweise Alleinerziehenden zwei Kinder hatte (Abbildung 16). Ehepaare haben auch doppelt so oft drei und mehr Kinder (14 Prozent) als Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften (acht beziehungsweise sieben Prozent).

Abbildung 16: Familienformen nach Anzahl der minderjährigen Kinder, 2018, in Prozent



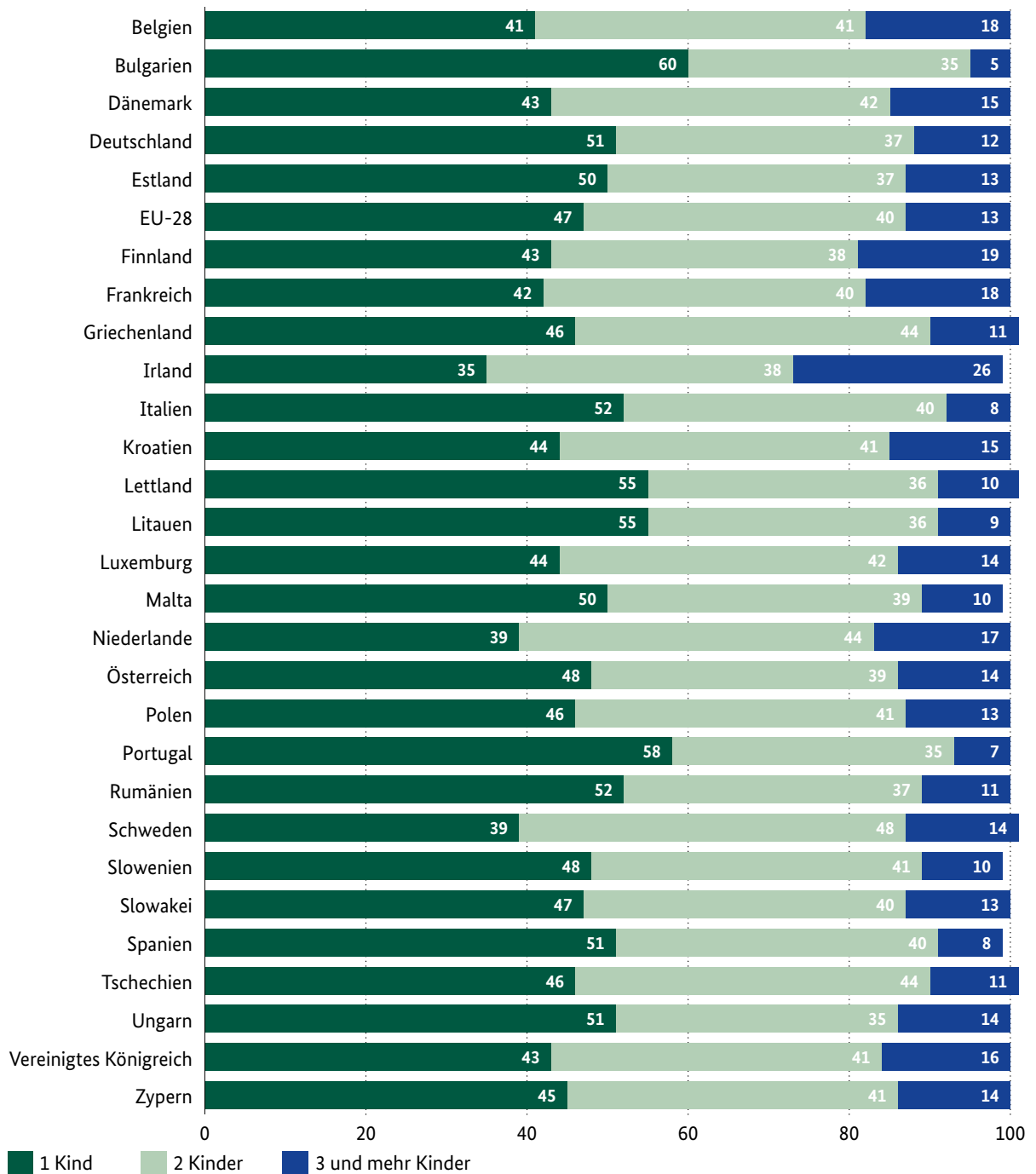
Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland 2018 hinsichtlich der Verteilung der Familienhaushalte nach Kinderzahl im Mittelfeld. Auch in Europa ist – genau wie in Deutschland – der Familienhaushalt mit einem Kind am häufigsten (Abbildung 17).⁴² Ausnahmen sind hier die Länder

Schweden, Niederlande und Irland, wo es mehr Haushalte mit zwei Kindern als Haushalte mit einem Kind gibt. Anteilig besonders viele Haushalte mit drei und mehr Kindern gibt es in den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Finnland und Irland.

⁴² Diese Daten können aufgrund von unterschiedlichen Methoden und Definitionen von den nationalen Daten abweichen.

Abbildung 17: Haushalte mit abhängigen Kindern, nach Kinderzahl im EU-Vergleich, 2018, in Prozent



Werte abweichend von 100 sind rundungsbedingt.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung

Datenbasis: Eurostat (2020), <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/lfs/data/database>, Tabelle: Number of private households by household composition, number of children and age of youngest child

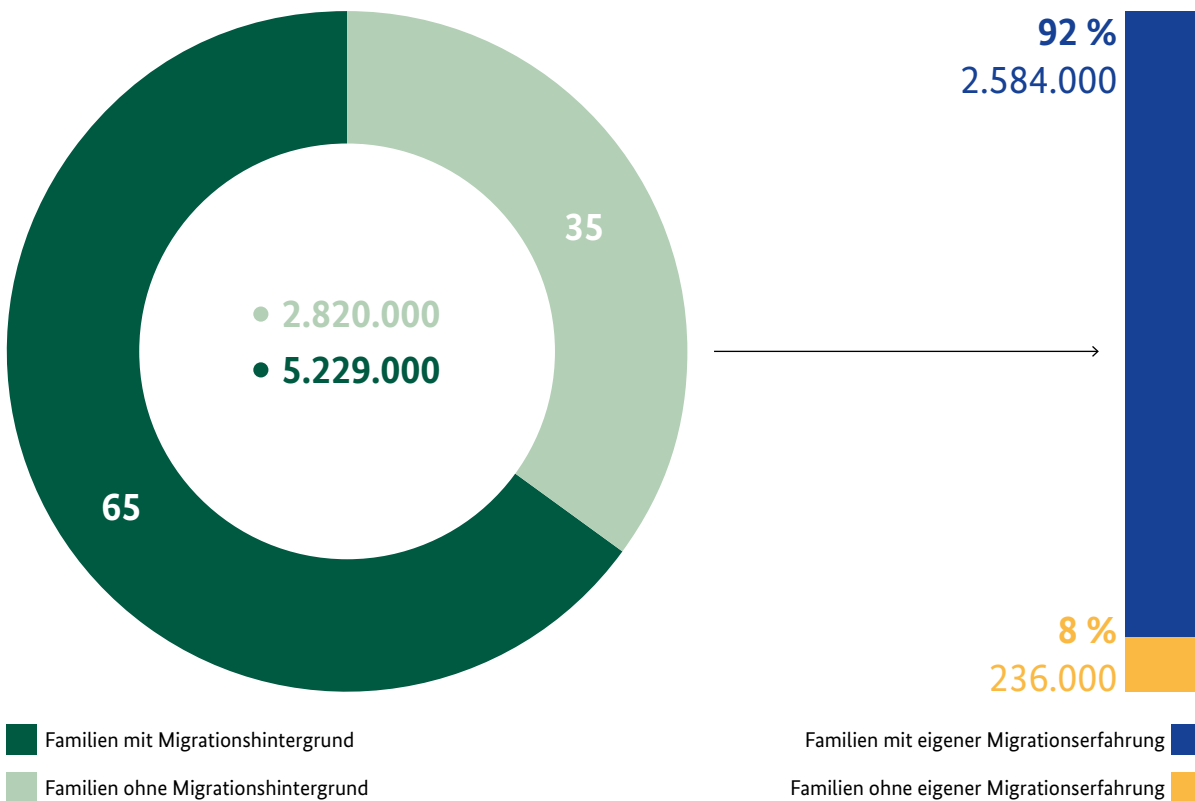
Anmerkung: Vergleichende Daten können aufgrund von unterschiedlichen Methoden und Definitionen von den nationalen Daten abweichen

Jede dritte Familie hat einen Migrationshintergrund

2018 hatte ein Drittel der Familien mit minderjährigen Kindern im Haushalt einen Migrationshintergrund.⁴³ Das sind rund 2,8 Millionen Familien. Von den Familien mit Migrationshintergrund hat ein Großteil (92 Prozent) eine eigene Migrationserfahrung, das heißt, mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren und selbst nach Deutschland

zugewandert (Abbildung 18).⁴⁴ Es zeigt sich, dass Familien mit Migrationshintergrund häufiger in den alten Bundesländern leben. Hier haben 43 Prozent der Familien einen Migrationshintergrund, in den neuen Bundesländern gut jede fünfte Familie (21 Prozent). Knapp ein Drittel der erwachsenen in den letzten zehn Jahren Zugezogenen gab als Zuzugsmotiv „familiäre Gründe“ an.⁴⁵

Abbildung 18: Familien mit minderjährigen Kindern nach Migrationshintergrund, 2018, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung Mikrozensus 2018, eigene Darstellung BMFSFJ; aus: BMFSFJ (2020): Gelebte Vielfalt. Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland

43 Als Familien mit Migrationshintergrund werden Familien verstanden, in denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat. Als „Migrationshintergrund“ wird dabei analog der Definition vom statistischen Bundesamt verstanden: Personen haben einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Dies umfasst zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.

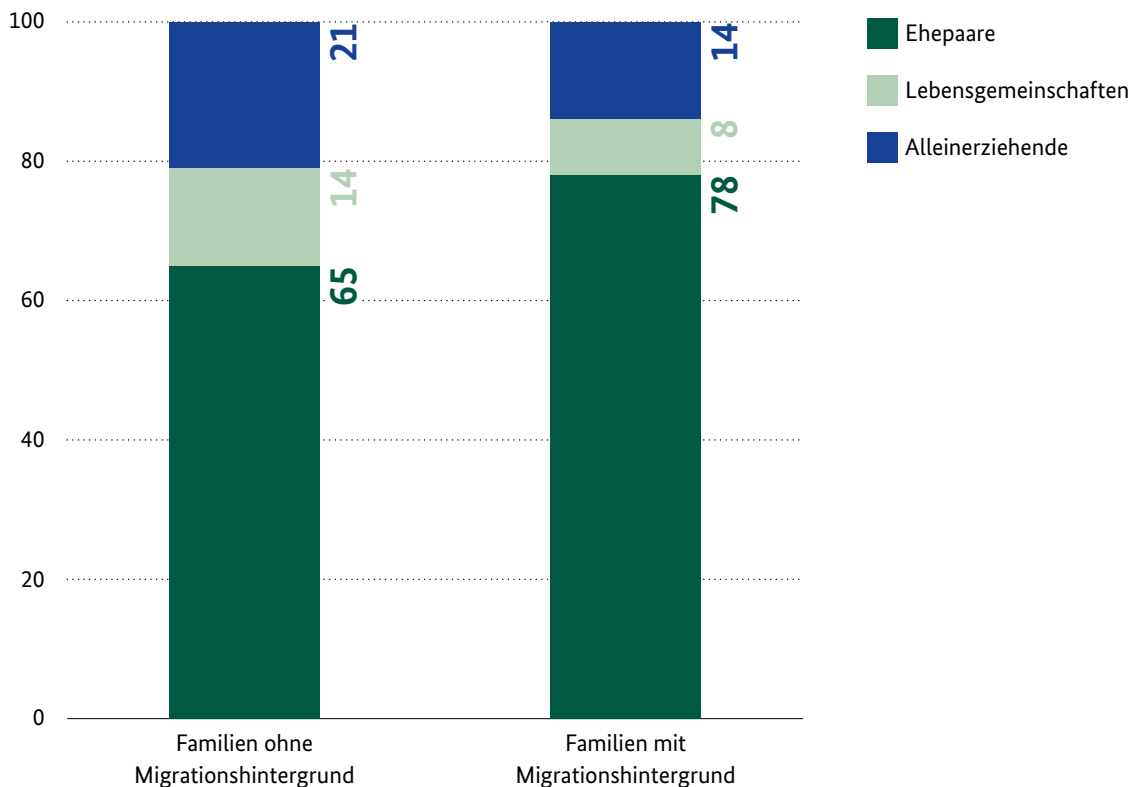
44 BMFSFJ (2020): Gelebte Vielfalt. Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland. Basis: Mikrozensus 2018 des Statistischen Bundesamts, Sonderauswertung

45 Vergleiche Wido Geis-Thöne (2020): <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/wido-geis-thoene-ueber-eine-million-erwerbsorientierte-zuwanderer-in-10-jahren.html>

Eltern mit Migrationshintergrund sind häufiger verheiratet und seltener alleinerziehend als Eltern ohne Migrationshintergrund (Abbildung 19). So sind zwei Drittel der Familien ohne Migrations-

hintergrund verheiratet, während es bei Familien mit Migrationshintergrund mehr als drei Viertel sind.

Abbildung 19: Familien mit minderjährigen Kindern nach Migrationsstatus und Familienform, 2018, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2020): Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Bevölkerung in Familien/Lebensformen

Am häufigsten haben sowohl Familien mit als auch Familien ohne Migrationshintergrund ein minderjähriges Kind im Haushalt. Zwei Kinder haben 37 Prozent der Familien – ob mit und ohne Migrationshintergrund. Doch haben Familien mit Migrationshintergrund häufiger drei und mehr minderjährige Kinder (16 zu neun Prozent).

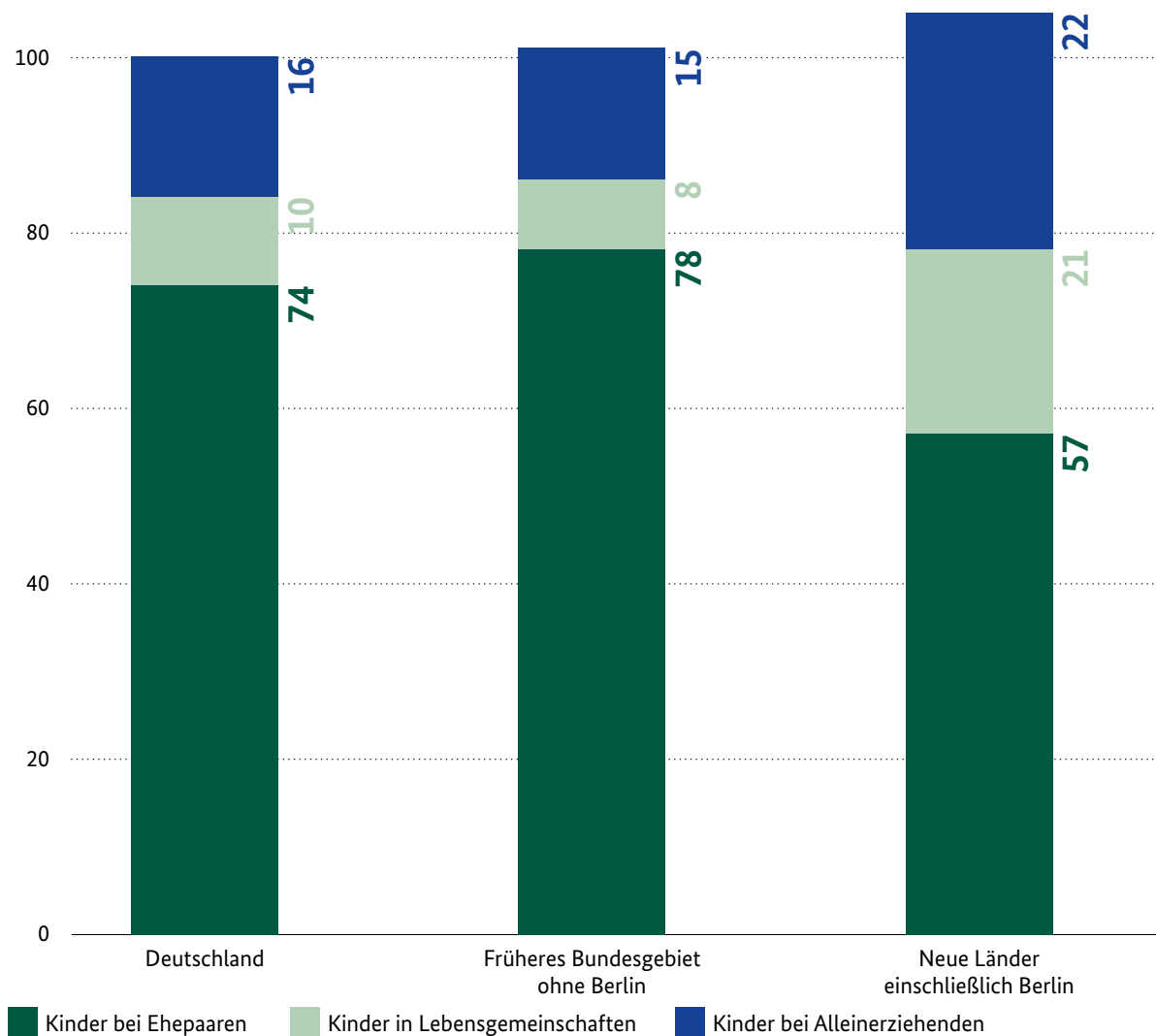
Kinder in Familien

In Deutschland lebten 2018 rund 13,2 Millionen minderjährige Kinder davon 2,4 Millionen in den neuen Bundesländern (18 Prozent) und 10,7 Millionen in den alten Bundesländern (82 Prozent).

Fast drei Viertel der minderjährigen Kinder in Deutschland lebten 2018 gemeinsam mit verhei-

rateten Eltern im Haushalt (74 Prozent), 16 Prozent wuchsen bei Alleinerziehenden und zehn Prozent bei Lebensgemeinschaften auf (Abbildung 20). Damit hat sich der Anteil der Kinder, die bei verheirateten Eltern aufwachsen, in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Auch hier unterscheiden sich die neuen und alten Bundesländer. In den alten Bundesländern waren die Eltern von minderjährigen Kindern mehrheitlich verheiratet: 78 Prozent der minderjährigen Kinder lebten bei verheirateten Eltern, in den neuen Bundesländern waren es lediglich 57 Prozent. In den neuen Ländern wuchsen Kinder dagegen häufiger bei Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden auf als in den alten Bundesländern.

Abbildung 20: Minderjährige Kinder nach Familienform, 2018, in Prozent



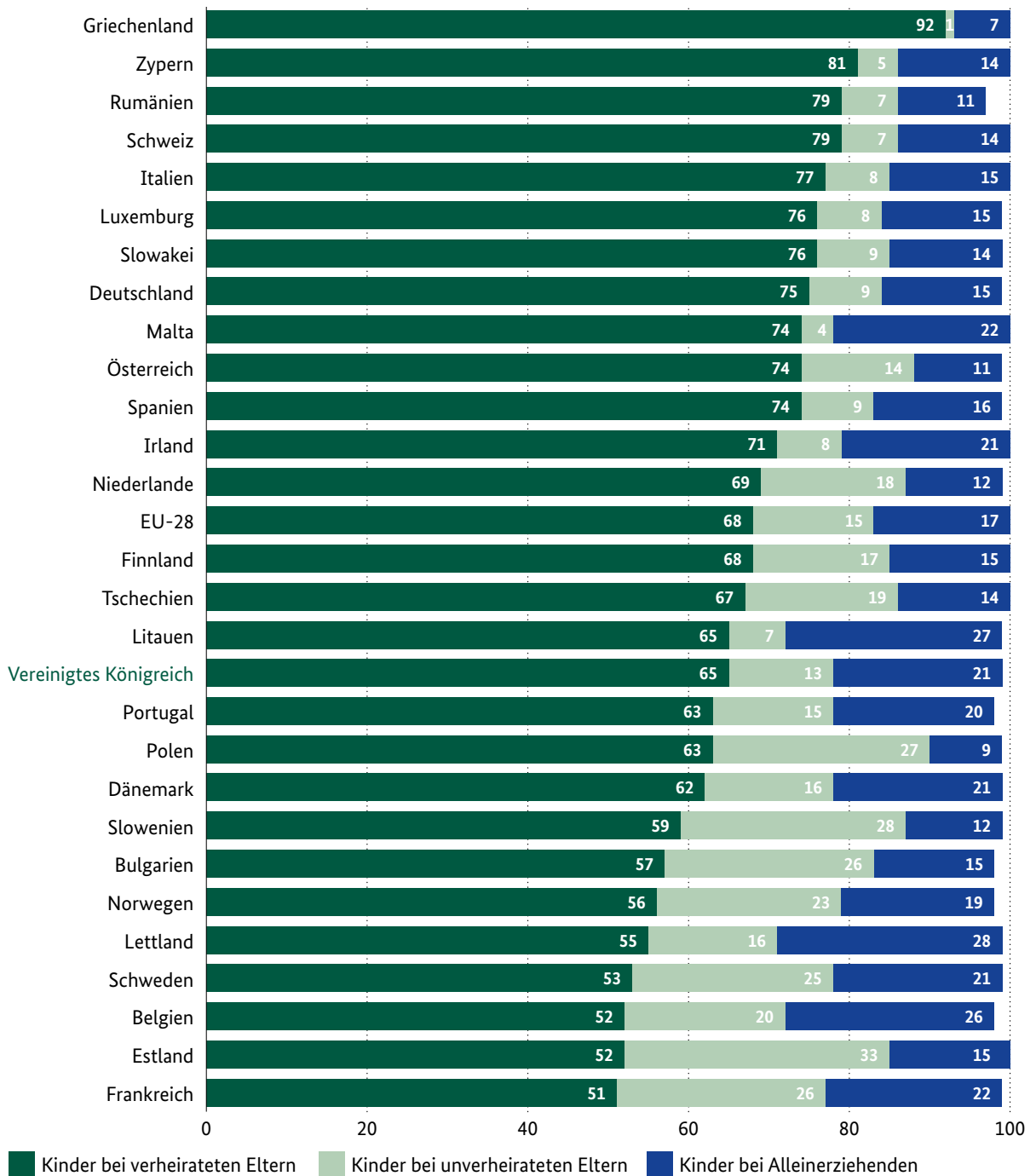
Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus

Damit wachsen Kinder in Deutschland häufiger als im europäischen Vergleich mit verheirateten Eltern auf (Abbildung 21). Ähnlich häufig wachsen Kinder bei verheirateten Eltern auch in Ländern wie der Slowakei, Malta, Österreich, Italien und Spanien auf. In Griechenland wachsen nahezu alle

Kinder bei Ehepaaren auf; in Frankreich dagegen nur jedes zweite Kind. Entsprechend wächst etwa jedes fünfte Kind in Frankreich bei Alleinerziehenden auf, dagegen nur sieben Prozent der Kinder in Griechenland. Deutschland liegt hier im Mittelfeld.

Abbildung 21: Lebensformen, in denen minderjährige Kinder leben, 2018



Quelle: Eurostat (2020), Tabelle „share of children (aged less than 18) living with their parents by type of household - EU-SILC survey“; eigene Darstellung
 Anmerkung: Fehlende Werte zu 100 Prozent: Anteil der Kinder, die nicht im Haushalt der Eltern oder in anderen Konstellationen leben.

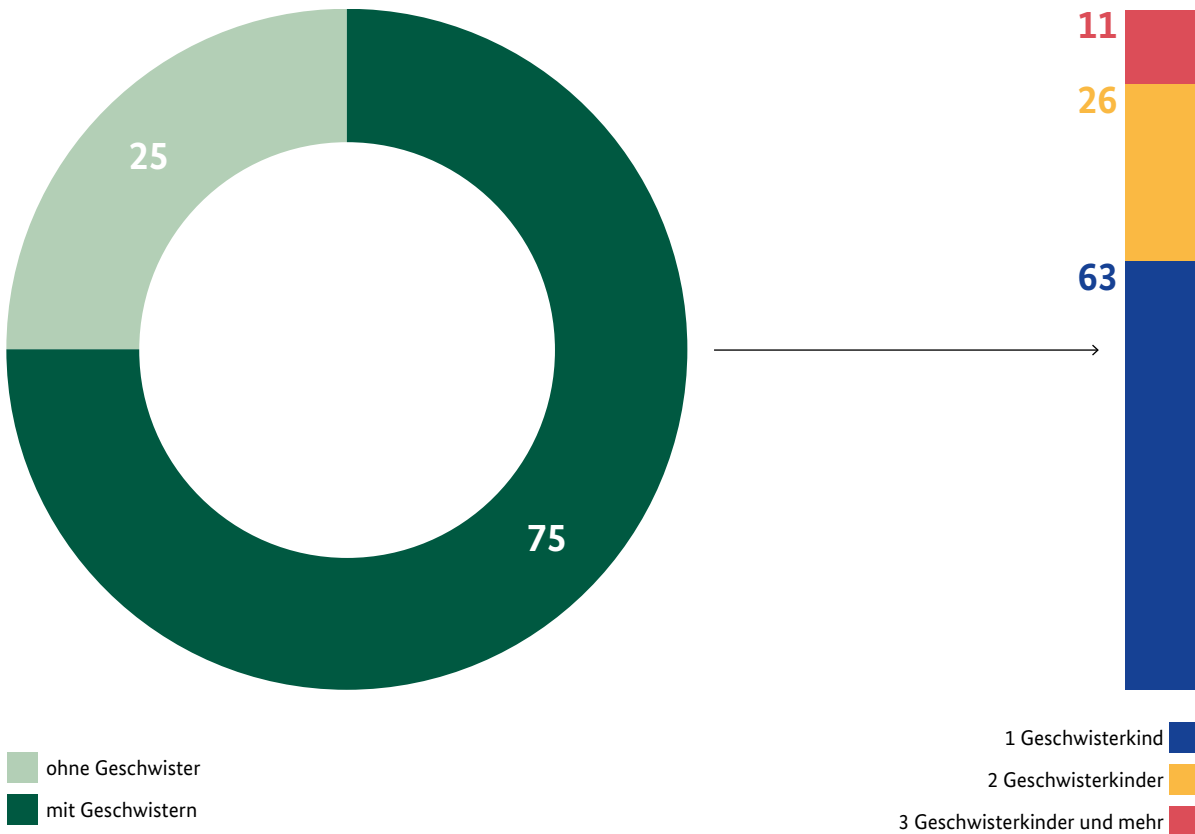
Die meisten Kinder wachsen mit Geschwistern auf

Zwar lebte in etwas mehr als der Hälfte der Familien im Jahr 2018 nur ein minderjähriges Kind, allerdings wuchsen insgesamt drei Viertel der minderjährigen Kinder mit mindestens einer Schwester oder einem Bruder auf (Abbildung 22). Nur ein Viertel lebt (noch) ohne Geschwister im Haushalt. Denn im Zeitverlauf betrachtet, haben Familien in Deutschland nach wie vor durchschnittlich zwei Kinder. So lebten 1998 durchschnittlich 1,65 minderjährige Kinder in Familien,

2008 waren es durchschnittlich 1,61 und in den letzten Jahren hat die durchschnittliche Kinderzahl von Familienhaushalten wieder leicht zugenommen auf 1,64 Kinder 2018.⁴⁶

Von den 75 Prozent der Kinder mit Geschwistern im Haushalt hatten knapp zwei Drittel eine Schwester oder einen Bruder, mehr als ein Drittel hat zwei Geschwister und elf Prozent hatten drei oder mehr Geschwister.

Abbildung 22: Minderjährige Kinder nach Anzahl der Geschwister* im Haushalt, 2018, in Prozent



* Ledige Geschwister – einschließlich Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder – ohne Altersbegrenzung
 Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus

46 Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus

Regenbogenfamilien

Statistisch gesehen, sind Regenbogenfamilien als Haushalte definiert, in denen gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern leben. Für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBTIQ) sind Regenbogenfamilien jedoch Familien, in den mindestens ein Elternteil trans- oder intergeschlechtlich ist, lesbisch, schwul, bisexuell oder queer lebt.⁴⁷ Diese Vielfalt lässt sich in der Statistik nur schwer erfassen, weswegen die Zahl der Regenbogenfamilien in der amtlichen Statistik vermutlich unterschätzt wird. Im Folgenden werden Regenbogenfamilien im statistischen Sinn dargestellt.

2018 gab es insgesamt 130.000 gleichgeschlechtliche Paare, davon waren 37.000 verheiratet und 38.000 lebten in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft. Von den acht Millionen Familien mit minderjährigen Kindern waren 10.000 Regenbogenfamilien, davon 4.000 gleichgeschlechtliche Ehepaare mit minderjährigen Kindern und 6.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Davon hatten jeweils 50 Prozent ein Kind und die anderen 50 Prozent zwei Kinder, unabhängig ob

die Paare verheiratet waren oder nicht.⁴⁸ Knapp drei Viertel der verheirateten und unverheirateten Regenbogenfamilien lebten in den alten Bundesländern und jeweils knapp ein Viertel in den neuen Bundesländern.⁴⁹

Von den 13 Millionen minderjährigen Kindern in Deutschland wuchsen 15.000 in Regenbogenhaushalten auf. Davon 5.000 bei gleichgeschlechtlichen Ehepaaren und 10.000 bei eingetragenen Lebensgemeinschaften.⁵⁰

Allein- und Getrennterziehende

2018 gab es 1,5 Millionen Alleinerziehende, davon waren 1,3 Millionen alleinerziehende Mütter und 181.000 alleinerziehende Väter. Damit waren fast neun von zehn Alleinerziehenden weiblich.⁵¹ In etwa jeder fünften Familie lebte ein Elternteil allein mit Kindern im Haushalt (19 Prozent). Die Zahl der Alleinerziehenden lag 2018 auf dem Niveau von 2002 (Abbildung 23) und ist im Vergleich zu den Vorjahren zum dritten Mal in Folge gesunken. Dagegen hat die Zahl der Paarfamilien mit minderjährigen Kindern in den letzten Jahren wieder etwas zugenommen.

47 Regenbogenportal, Link: <https://www.regenbogenportal.de/informationen/regenbogenfamilien>

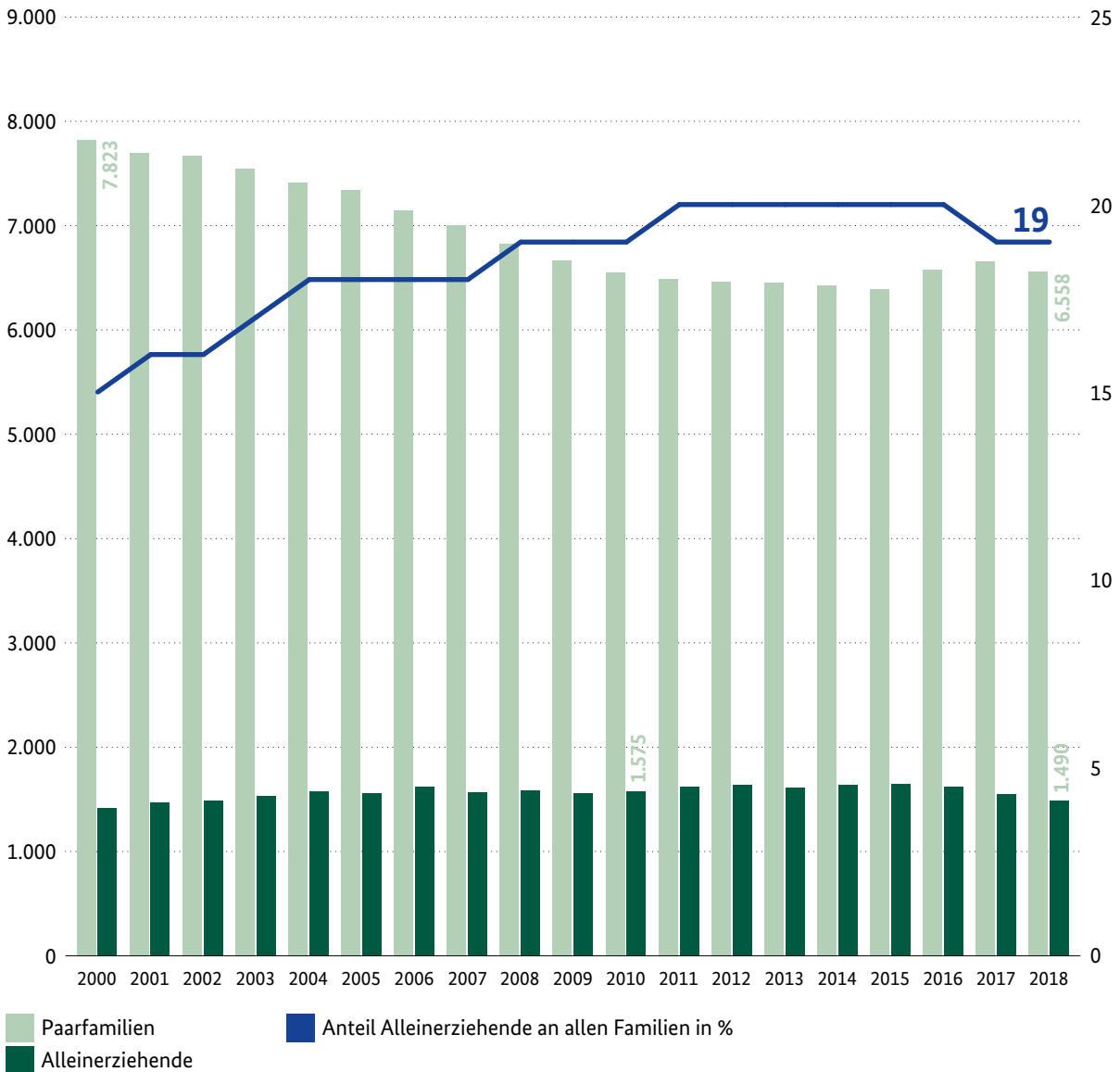
48 Statistisches Bundesamt (2019): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018

49 Ebenda

50 Ebenda

51 Die Anzahl der alleinerziehenden Väter ist damit vergleichsweise gering. Um differenzierte Auswertungen für Alleinerziehende ermöglichen zu können, wird im Folgenden insbesondere die Situation der alleinerziehenden Mütter betrachtet.

Abbildung 23: Entwicklung der Zahl der Paarfamilien und Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt (Säulen, linke Achse) und Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien (Linie, rechte Achse)



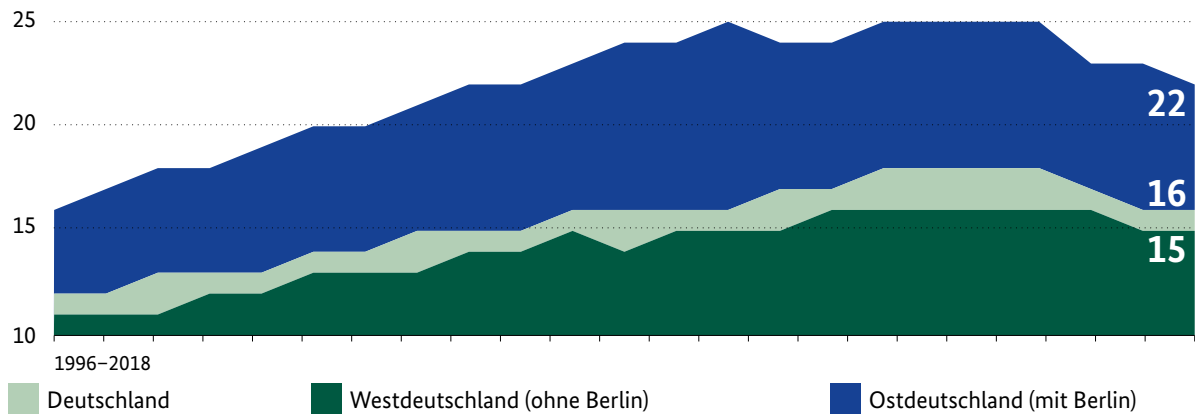
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Dabei ist die Zahl minderjähriger Kinder, die nur bei einem Elternteil aufwachsen, seit 1996 kontinuierlich angestiegen: von rund 1,9 Millionen im Jahr 1996 auf 2,1 Millionen im Jahr 2018.⁵² Damit wachsen 2018 16 Prozent aller minderjährigen Kinder bei Alleinerziehenden auf. Seit 2015 sind die Anteile allerdings wieder leicht rückläufig

(Abbildung 24). In Ostdeutschland ist der Anteil der Kinder, die bei Alleinerziehenden aufwachsen, durchgehend höher. So lebten 1996 in Ostdeutschland 16 Prozent der minderjährigen Kinder bei Alleinerziehenden, 2018 waren es 22 Prozent. In Westdeutschland waren es 1996 elf Prozent und 2018 15 Prozent.

52 Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen: BiB, Pressemitteilung vom 17.05.2017

Abbildung 24: Anteil der minderjährigen Kinder, die bei Alleinerziehenden leben, 1996 bis 2018, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

In der Statistik werden Alleinerziehende definiert als Haushalte, in dem ein Elternteil allein mit ledigen Kindern lebt. Das bildet die Lebenssituation von Trennungsfamilien nur unzureichend ab, weil auch nach einer Trennung oder Scheidung beide Eltern weiterhin für das Kind beziehungsweise die Kinder da sein wollen. Allein- und

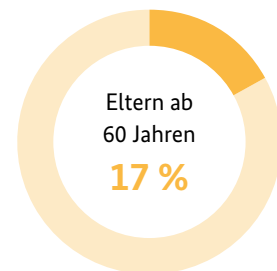
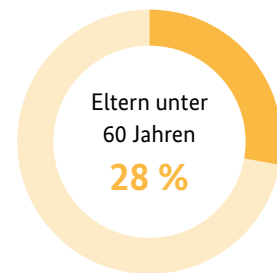
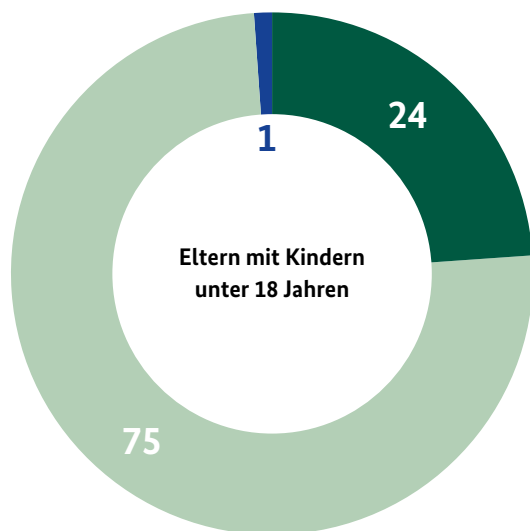
getrennt Erziehende machen einen wesentlichen Bestandteil der Familien in Deutschland aus. Fast ein Viertel der Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern gehört zu den Trennungseltern; diese gaben an, dass sie Kinder aus einer früheren Beziehung hätten (Abbildung 25).⁵³

Abbildung 25: Trennungseltern, 2017

Frage:

„Haben Sie sich schon einmal von einem einer Partnerin/einem Partner getrennt, mit der/dem Sie gemeinsame Kinder haben, die zum Zeitpunkt der Trennung unter 18 Jahre waren?“

Es haben sich vom anderen Elternteil getrennt, unabhängig vom Alter der Kinder bei:



■ ja, schon einmal vom anderen Elternteil getrennt ■ nein, noch nie ■ keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit Kindern unter 18 Jahren; Quelle: IfD Allensbach (2017): Gemeinsam getrennt erziehen, S. 5

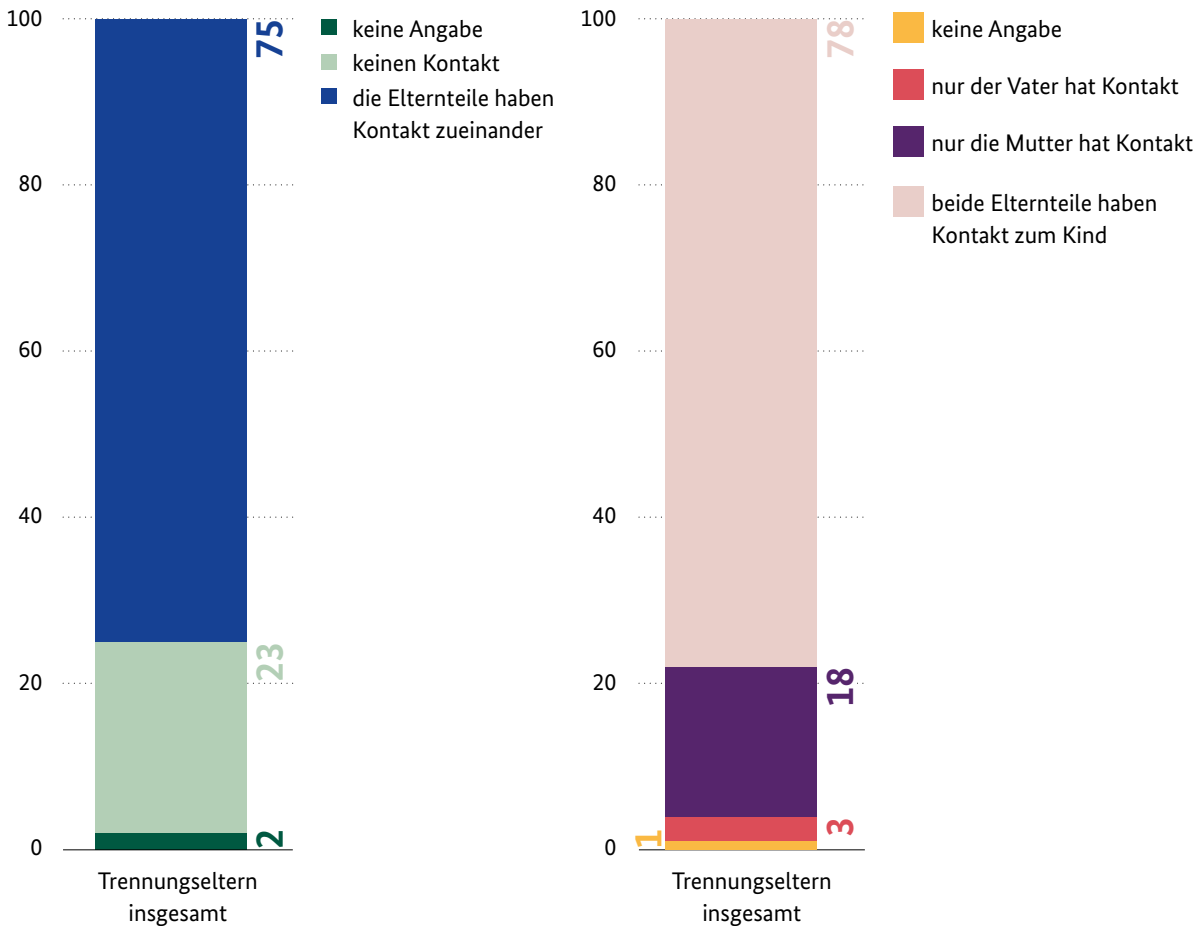
53 IfD Allensbach (2017): Getrennt gemeinsam erziehen, S. 5, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Abach_Trennungseltern_Bericht.pdf

2 Familienleben in Deutschland und Europa

Die meisten Eltern hielten auch nach der Trennung oder Scheidung Kontakt sowohl zueinander als auch zum Kind. Das sagten etwa drei Viertel der befragten Trennungseltern (Abbildung 26).

Dabei seien die Beziehungen zur Ex-Partnerin beziehungsweise zum Ex-Partner zur Ex-Partnerin für knapp zwei Drittel dieser Eltern überwiegend normal bis gut.⁵⁴

Abbildung 26: Kontakte zum anderen Elternteil und zum Kind, 2017



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit minderjährigen Kindern aus früheren Partnerschaften

Quelle: IfD Allensbach (2017): *Gemeinsam getrennt erziehen*, S. 6

Anmerkung: Kontakt bezogen auf das jüngste Kind aus der früheren Partnerschaft

Hinter der Haushaltsform „alleinerziehend“ können sich somit unterschiedliche Lebensformen und Lebensphasen verbergen. Alleinerziehende Mütter leben statistisch gesehen ohne Partner im Haushalt, das bedeutet aber nicht, dass

die Mütter keine Partnerschaft führen: Befragungen zeigen, dass mehr als jede dritte alleinerziehende Mutter in einer festen Beziehung lebt (39 Prozent). 61 Prozent der Alleinerziehenden haben keine feste Partnerschaft.

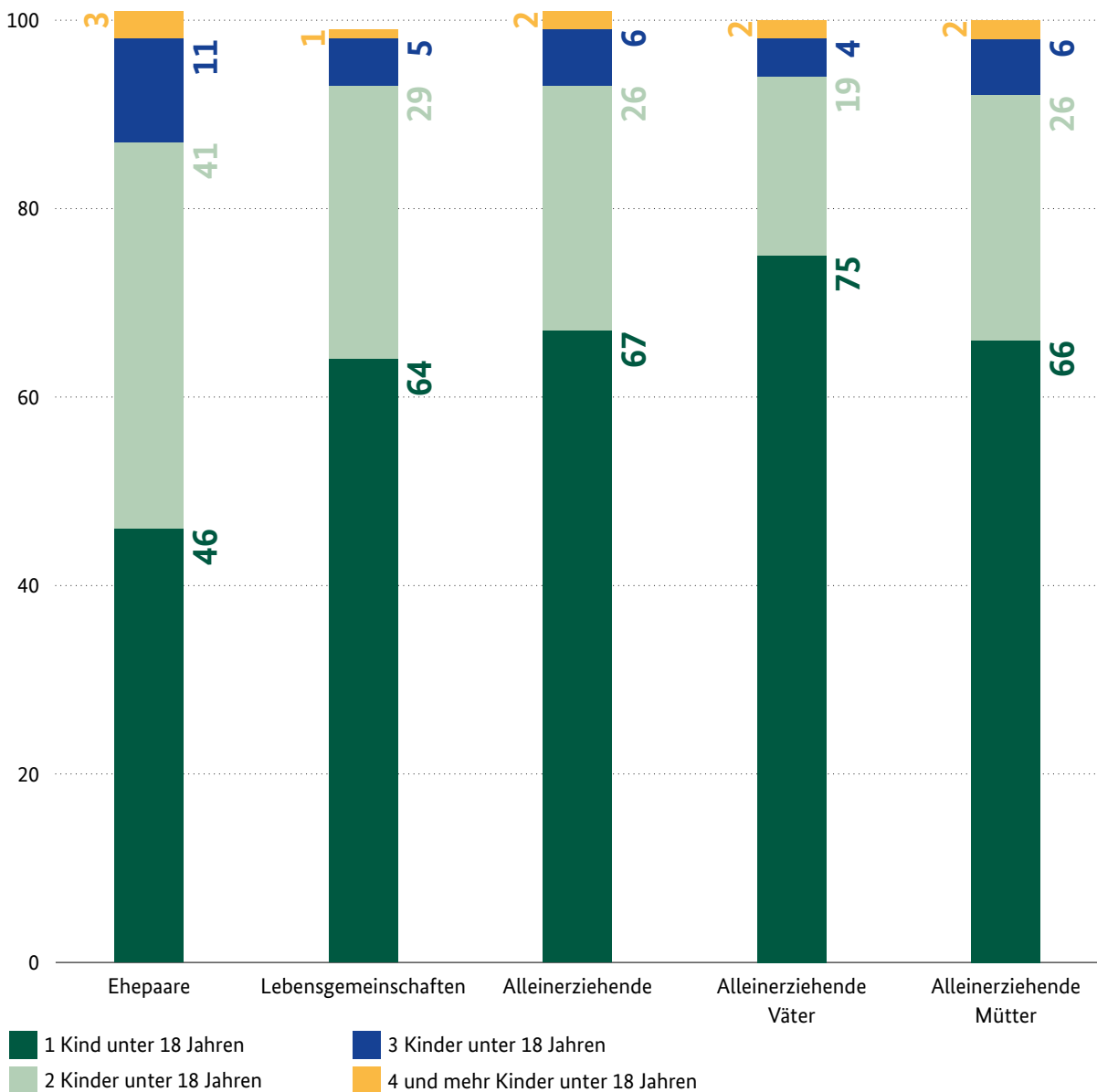
⁵⁴ IfD Allensbach (2017): *Getrennt gemeinsam erziehen*, S. 7,

Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Abach_Trennungseltern_Bericht.pdf

In Haushalten mit alleinerziehenden Eltern lebt häufiger nur ein minderjähriges Kind⁵⁵ (67 Prozent) als in Paarhaushalten (46 Prozent Ehepaare beziehungsweise 64 Prozent Lebensgemeinschaften). Bei einem Fünftel der Alleinerziehenden wachsen zwei minderjährige Kinder, bei sechs Prozent drei oder mehr Kinder im Haushalt auf. Damit hat jede vierte Alleinerziehende zwei oder mehr minder-

jährige Kinder. Alleinerziehende Mütter und Väter unterschieden sich hier leicht. Alleinerziehende Väter haben häufiger ein minderjähriges Kind (75 Prozent im Vergleich zu 66 Prozent der alleinerziehenden Mütter), alleinerziehende Mütter haben dagegen häufiger zwei und mehr Kinder (34 Prozent im Vergleich zu 25 Prozent der alleinerziehenden Väter) (Abbildung 27).

Abbildung 27: Familien nach Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in der Familie, 2018, in Prozent



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Haushalte und Familien 2018, Ergebnisse des Mikrozensus, Berechnung: Prognos AG

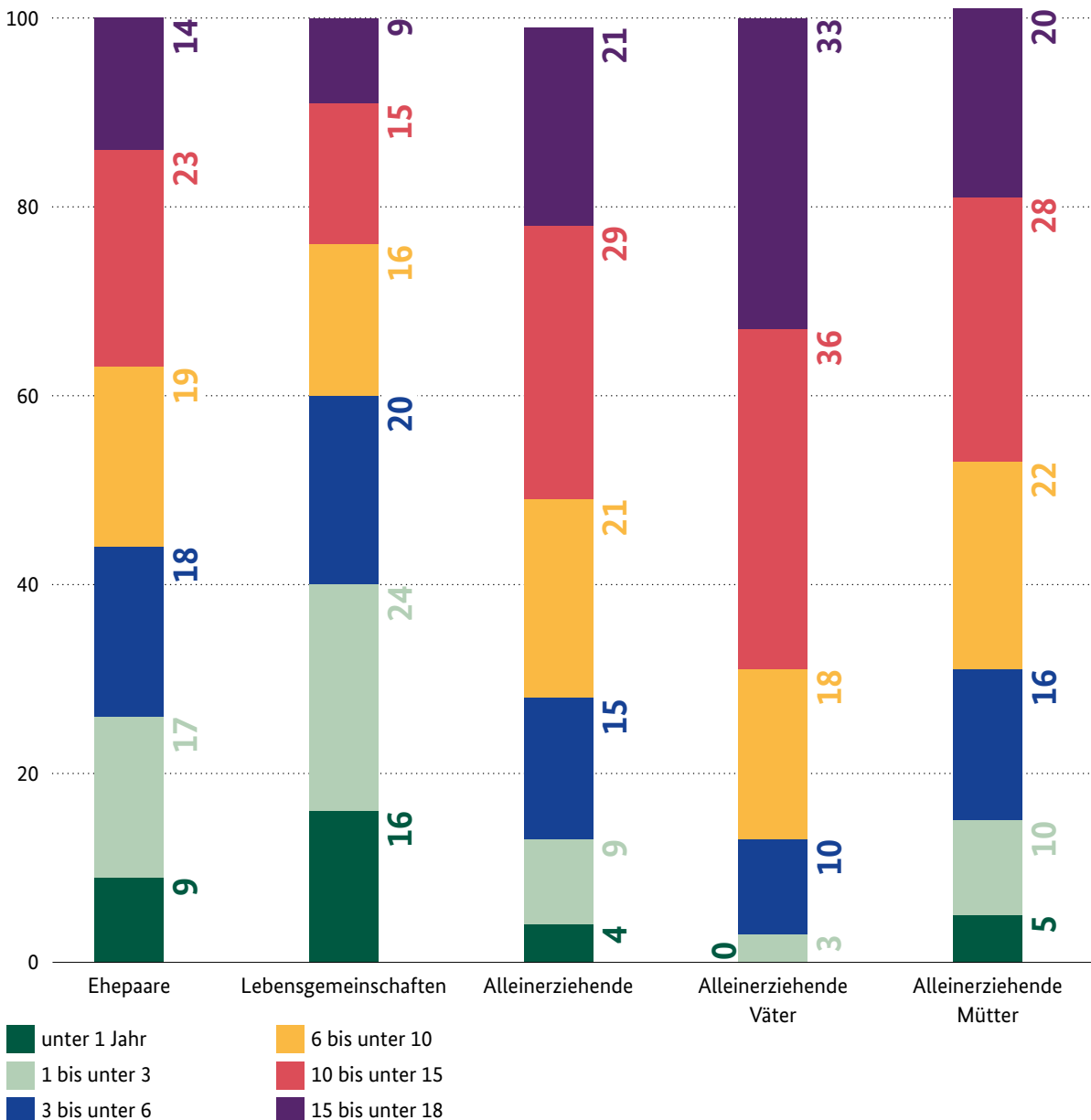
55 Sofern keine anderslautenden Angaben gemacht wurden, beziehen sich die folgenden Auswertungen immer auf Alleinerziehende mit mindestens einem minderjährigen Kind.

2 Familienleben in Deutschland und Europa

In den Haushalten von Alleinerziehenden lebten 2018 zudem häufiger Kinder, die bereits zehn Jahre oder älter waren (50 Prozent). Mütter aus

Paarfamilien betreuten demgegenüber etwas häufiger Kleinkinder im Alter von bis zu drei Jahren (Abbildung 28).

Abbildung 28: Familien nach Alter des jüngsten ledigen Kindes in der Familie, 2018



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung f203_006_2, Berechnung: Prognos AG

Eine Erklärung könnte das durchschnittliche Scheidungsalter von 43,9 Jahren sein (siehe auch Kapitel 2.4 Eheschließungen und Scheidungen). In der Regel führt eine Trennung oder Scheidung dazu, dass Frauen (vorübergehend) alleinerziehend sind. Alleinerziehende sind daher häufiger älter als Mütter in Paarfamilien. Dementsprechend ist etwa ein Viertel der alleinerziehenden Mütter

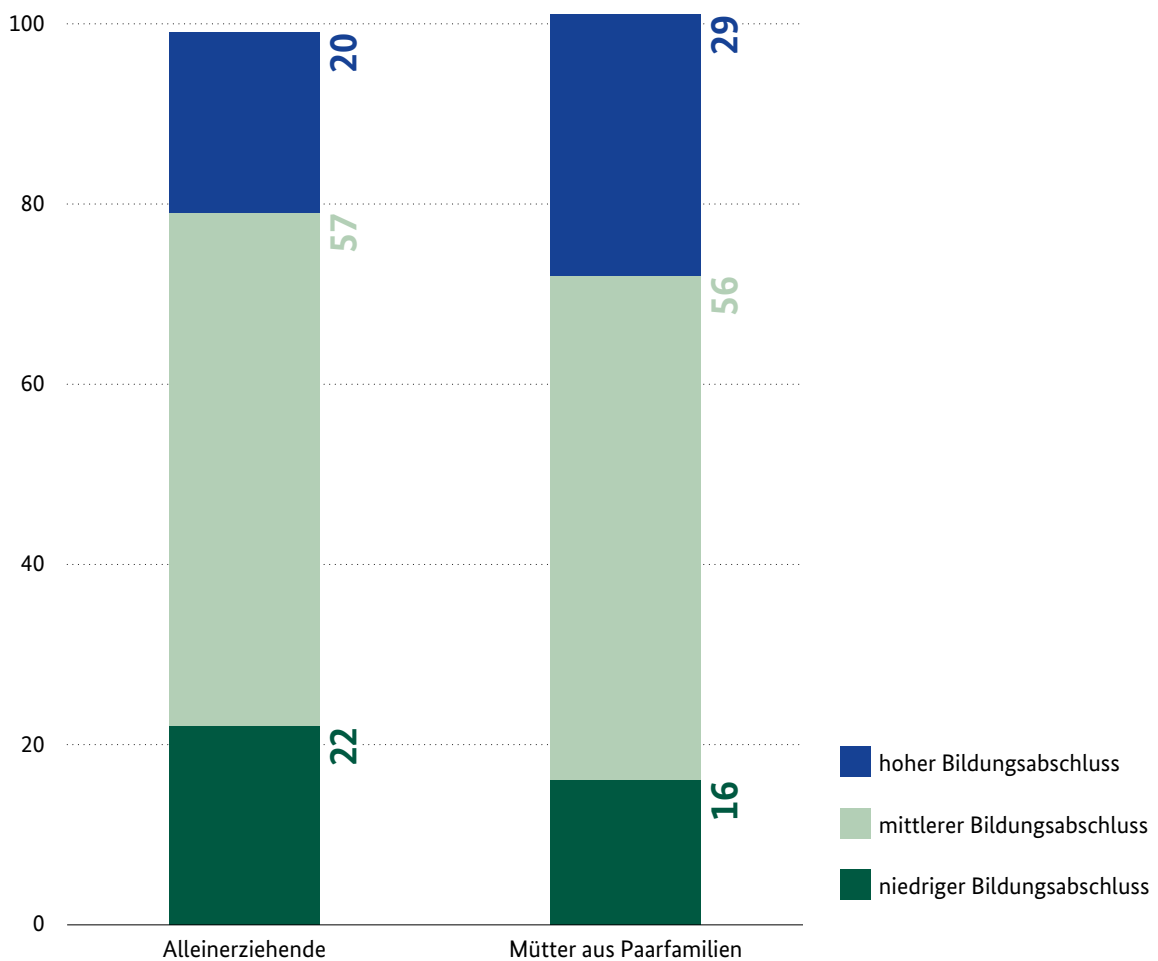
mit minderjährigen Kindern über 35 Jahre alt: 41 Prozent der Mütter sind in der Altersgruppe zwischen 35 und unter 45 Jahren, 29 Prozent sind bereits 45 Jahre oder älter. Nur gut ein Viertel der Alleinerziehenden ist zwischen 25 und unter 35 Jahren (24 Prozent) alt, vier Prozent sind jünger als 25 Jahre.

Alleinerziehende sind überwiegend gut ausgebildet

77 Prozent der Alleinerziehenden verfügen über einen mittleren oder hohen Bildungsabschluss. 2018 hatte etwa jede fünfte alleinerziehende Mutter einen niedrigen Bildungsabschluss⁵⁶, und damit etwas häufiger als Mütter aus Paarfamilien (16 Prozent) (Abbildung 29). Rund 16 Prozent der

alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern verfügen über einen Hochschulabschluss, etwa zehn Prozent über einen Fachschulabschluss und 48 Prozent über eine Lehre beziehungsweise Berufsausbildung im dualen System. Damit gibt es 2018 etwas mehr Alleinerziehende mit Hochschulabschluss als noch 2015 (zwölf Prozent).⁵⁷

Abbildung 29: Höchster Bildungsabschluss von Müttern, nach Familienform, 2018



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2018 Berechnung Prognos AG

Hohe Erwerbsorientierung von Alleinerziehenden

Der Trend einer zunehmenden Müttererwerbstätigkeit gilt auch für Alleinerziehende. Fast drei Viertel der alleinerziehenden Frauen sind 2018

erwerbstätig (71 Prozent), von den Müttern in Paarhaushalten sind es gut zwei Drittel (68 Prozent) und 92 Prozent der Väter in Paarhaushalten. Deutschland liegt damit im EU-Durchschnitt:

56 Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst der öffentlichen Verwaltung, Anlernausbildung
57 Statistisches Bundesamt (2019): Ergebnisse des Mikrozensus 2018 - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

2018 lag die durchschnittliche Erwerbsquote von alleinerziehenden Müttern in der EU bei 72,1 Prozent.⁵⁸ Bei den alleinerziehenden Vätern sind 81 Prozent erwerbstätig. 2006 waren es noch 62 Prozent der alleinerziehenden Mütter, 59 Prozent der Mütter in Paarfamilien und 76 Prozent der alleinerziehenden Väter. Dementsprechend erwirtschaften auch mehr als zwei Drittel der Alleinerziehenden ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch die eigene Berufstätigkeit (68 Pro-

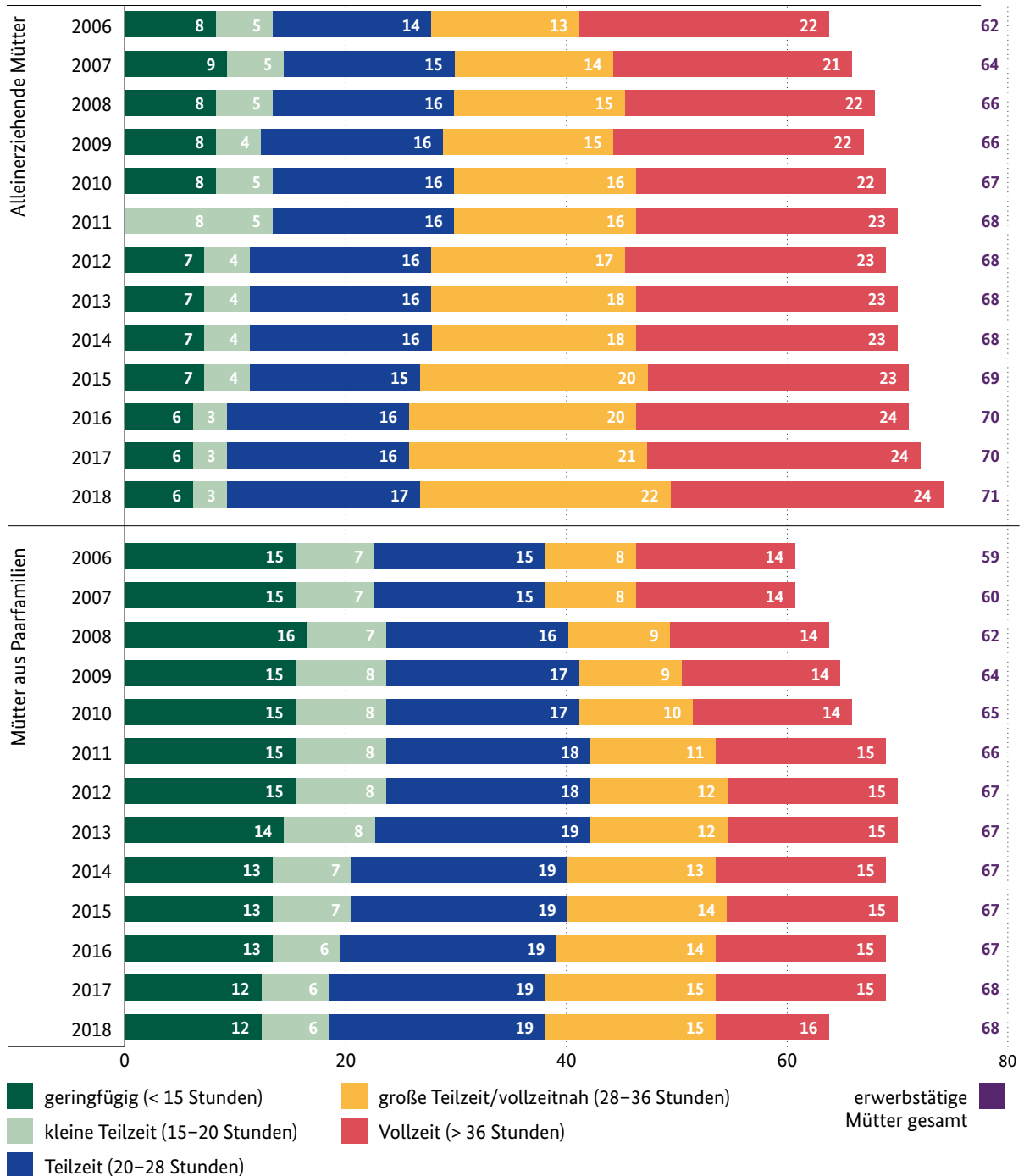
zent).⁵⁹ Dabei arbeiten alleinerziehende Frauen deutlich häufiger in Vollzeit oder vollzeitnah als andere Mütter: 46 Prozent im Gegensatz zu 31 Prozent bei Müttern aus Paarfamilien (Abbildung 30). Diese starke Erwerbsorientierung von Alleinerziehenden zeigt sich auch bei denen, die aktuell nicht erwerbstätig sind: Drei Viertel der nicht berufstätigen Alleinerziehenden würden gern eine Arbeit aufnehmen.⁶⁰

58 European Commission (2019): Mechanisms supporting single parents across the European Union, Link: http://cite.gov.pt/asstscite/downloads/diretriz_ce_monoparentais.pdf

59 Statistisches Bundesamt (2019): Fachserie 1 Reihe 3: Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018

60 IfD Allensbach, Allensbacher Archiv 8229, 2020

Abbildung 30: Entwicklung der realisierten Erwerbstätigkeit⁶¹ von alleinerziehenden Müttern und Müttern aus Paarfamilien mit jüngstem Kind unter 18 Jahren nach wöchentlichem Erwerbsumfang, 2006 bis 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus Sonderauswertung, Berechnung: Prognos AG

61 Das Konzept der „realisierten Erwerbstätigkeit“ hat mittlerweile das bisher in der Familienberichterstattung der amtlichen Statistik übliche Konzept der „ausgeübten Erwerbstätigkeit“ abgelöst. Es betrachtet Personen als erwerbstätig, die üblicherweise einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ausgenommen sind nur Personen, die ihre aktuelle Erwerbsarbeit aufgrund von Mutterschutz oder Elternzeit unterbrochen haben. Die tatsächliche Erwerbsbeteiligung von Eltern mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren wird so realistischer erfasst (vergleiche Tim Hochgürtel (2018): Realisierte Erwerbstätigkeit zur Messung des Vereinbarkeitsarrangements von Familie und Beruf. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik, 3, 2018, S. 54–71).

Die Erwerbstätigkeit von (alleinerziehenden) Müttern hängt allerdings vom Alter der Kinder ab. Von den alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter drei Jahren sind 2018 lediglich fünf Prozent erwerbstätig, bei den Müttern in Paarfamilien sind es 14 Prozent. Dagegen sind 39 Prozent der alleinerziehenden Mütter mit Kindern zwischen drei und zehn Jahren erwerbstätig, bei den Müttern in Paarfamilien sind es 42 Prozent.

Trotzdem ist die wirtschaftliche Situation der Alleinerziehenden häufiger prekär als die der Paarfamilien mit ein oder zwei Kindern. Bei der Verteilung verschiedener Familientypen nach Einkommen zeigt sich, dass alleinerziehende Mütter etwas mehr als die Hälfte des Einkommens von Paarfamilien zur Verfügung hatten (vergleiche auch Kapitel 3.1).⁶²

Alleinerziehende erzielen teilweise mit ihrer Erwerbstätigkeit kein ausreichendes Einkommen, um einen Transferbezug zu vermeiden. 33 Prozent der Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug sind 2018 erwerbstätig.⁶³ Alleinerziehende beziehen 2018 knapp fünfmal so häufig SGB-II-Leistungen wie Paarfamilien, 38 Prozent der Alleinerziehenden

mit Kindern unter 18 Jahren erhalten SGB-II-Leistungen, aber nur acht Prozent der Paarfamilien.⁶⁴

Dabei schätzen Alleinerziehende die eigene wirtschaftliche Lage durchaus unterschiedlich ein. Die Mehrheit der Alleinerziehenden beschreibt die eigene wirtschaftliche Lage mit „es geht“ (45 Prozent). Während etwas mehr als ein Viertel die eigene wirtschaftliche Lage als sehr gut beziehungsweise gut (28 Prozent) bewertet, empfindet ein Viertel die eigene wirtschaftliche Lage als eher schlecht/schlecht (26 Prozent).⁶⁵ Hier gab es eine deutliche Verbesserung in den letzten zehn Jahren, denn 2010 empfanden nur 18 Prozent der Alleinerziehenden ihre wirtschaftliche Lage als gut/sehr gut. Entsprechend ist auch der Anteil von Alleinerziehenden gesunken, die ihre wirtschaftliche Lage als eher schlecht/schlecht bewerteten – von 34 Prozent 2010 auf 26 Prozent 2019.⁶⁶

Dieser Unterstützungsbedarf von Alleinerziehenden wird auch in der Bevölkerung wahrgenommen.⁶⁷ 84 Prozent der Bevölkerung finden, dass Alleinerziehende stärker als bisher vom Staat unterstützt werden sollten (Abbildung 31).

62 VAMV, Landesverband NRW (2019): Alleinerziehend – Situation und Bedarfe. Aktuelle Studienergebnisse zu Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland, Abb. 16, S. 21; Einkommen inklusive aller staatlichen Leistungen, Unterhalt

63 Bundesagentur für Arbeit 2020, Analyse des Arbeitsmarkts für Alleinerziehende, BA Statistik 2018, S. 39, Link: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201812/analyse/analyse-arbeitsmarkt-alleinerziehende-bund/analyse-arbeitsmarkt-alleinerziehende-bund-d-0-201812-pdf.pdf>

64 Ebenda, S. 41

65 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5276, 8214, 2019

66 Ebenda

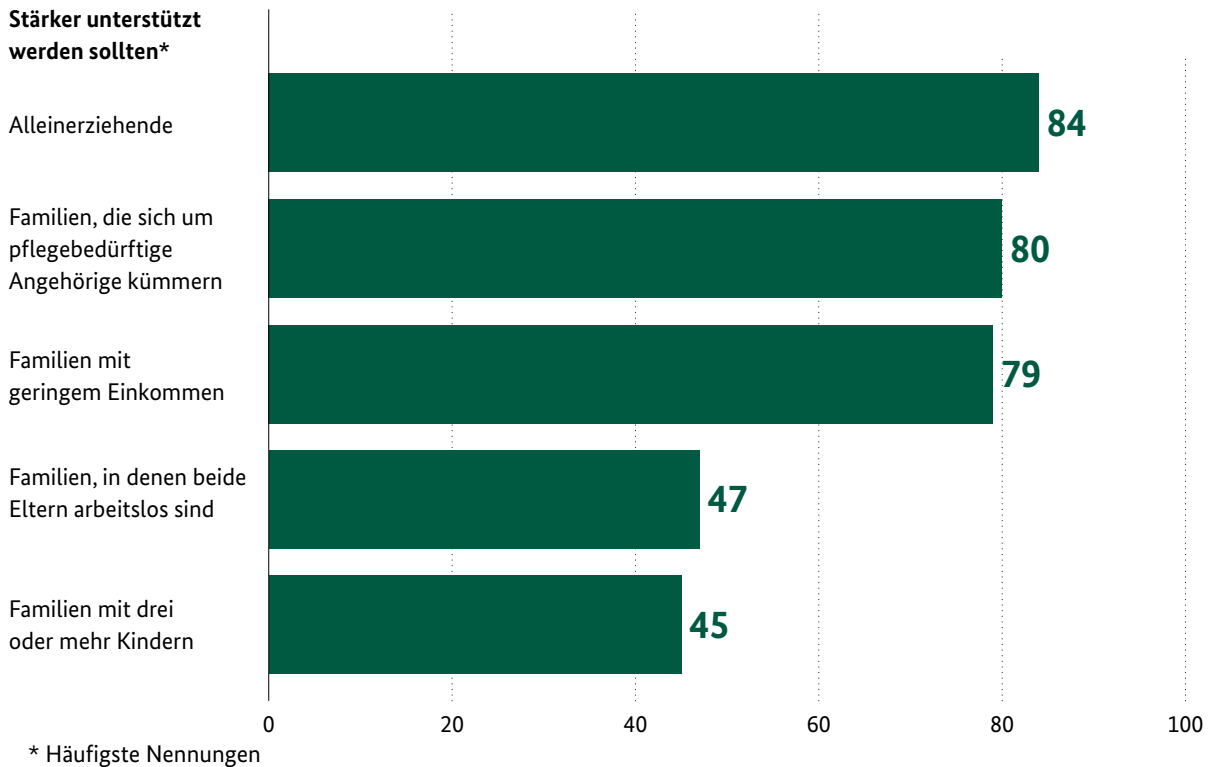
67 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 36 ff., Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

Abbildung 31: Stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden, 2019

Frage:

„Was meinen Sie, welche Familien sollten stärker als bisher vom Staat unterstützt werden?“

Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste.“



Quelle: IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 38, Bevölkerung ab 16 Jahren

Mehrkindfamilien

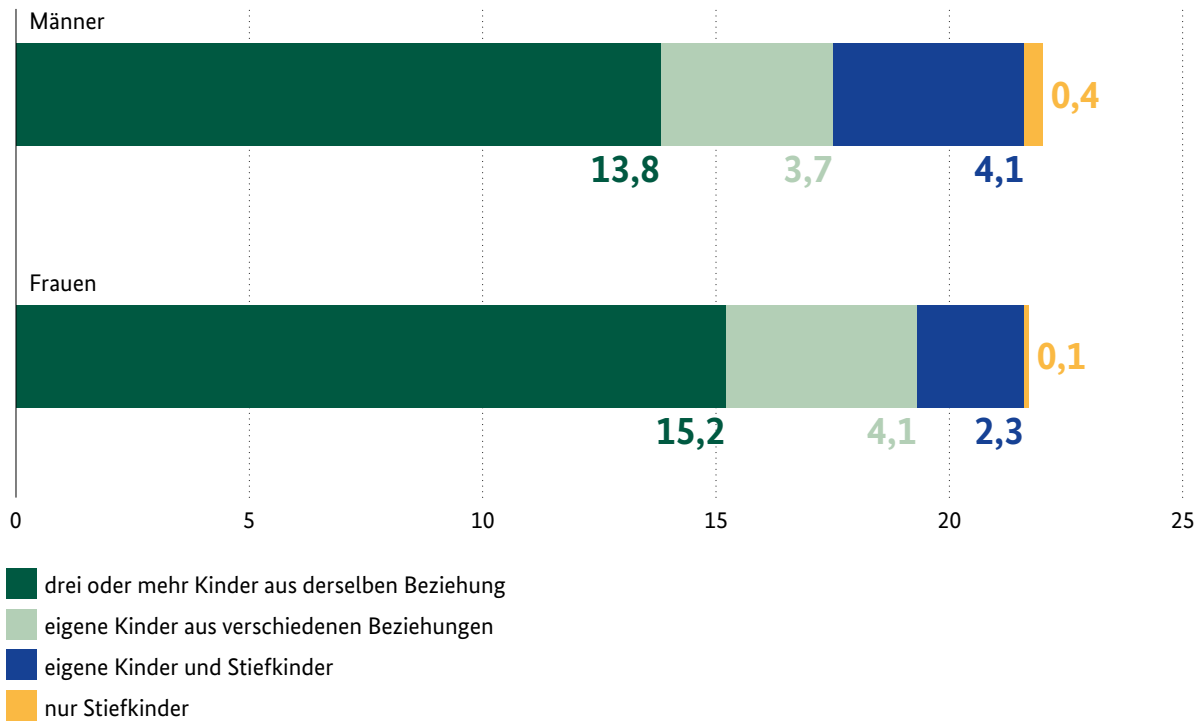
Es gibt nicht „die eine“ Mehrkindfamilie. Hinter dem Begriff stehen Familien mit drei oder mehr Kindern in verschiedenen Lebens- und Familienkonstellationen mit unterschiedlichen Bedarfen und Ressourcen. So wie andere Familien sind die Mehrkindfamilien von großer Solidarität geprägt. 82 Prozent der Eltern gaben an, dass die Mitglieder der Familie sich aufeinander verlassen könnten. Häufiger als in anderen Familien beteiligten sich die Kinder auch an der Hausarbeit (42 Prozent; in Familien mit zwei Kindern 27 Prozent, in Familien mit einem Kind 19 Prozent). Ihre wirtschaftliche Lage stufen diese Eltern nicht ganz so häufig als gut ein wie Eltern mit einem oder zwei Kindern. Von daher sprechen sich die Eltern mit drei oder mehr Kindern in Umfragen regelmäßig überdurchschnittlich für eine Erweiterung der finanziellen Familienförderung aus⁶⁸.

Laut dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamts hatten 2018 von den 8 Millionen Familien 947.000 Familien drei und mehr Kinder. Das entspricht einem Anteil von zwölf Prozent an allen Familien. Hinter den Mehrkindfamilien verbergen sich jedoch vielfältige Familienbeziehungen und unterschiedliche sozialstrukturelle Merkmale. So können auch Stief- und Patchworkfamilien Mehrkindfamilien sein. Diese können in der amtlichen Statistik jedoch nicht abgebildet werden. So zeigen andere Quellen, dass 22 Prozent der Frauen und Männer drei und mehr Kinder haben. 14 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen haben drei und mehr Kinder aus derselben Beziehung. Ewas mehr als sieben Prozent aller Männer und Frauen haben drei und mehr Kinder, die aus verschiedenen Beziehungen stammen und/oder Stiefkinder sind (Abbildung 32).⁶⁹

68 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf, Bevölkerung ab 16 Jahren

69 Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 44, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Abbildung 32: Anteil der Frauen und Männer mit mindestens drei Kindern



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): *Kinderreiche Familien in Deutschland*, S. 44
 Anmerkung: Nationales Bildungspanel (NEPS) 8.0.0 (bis 2016/2017), gewichtet; Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Geburtsjahrgänge 1944–1971, beobachtet bis mindestens Alter 45

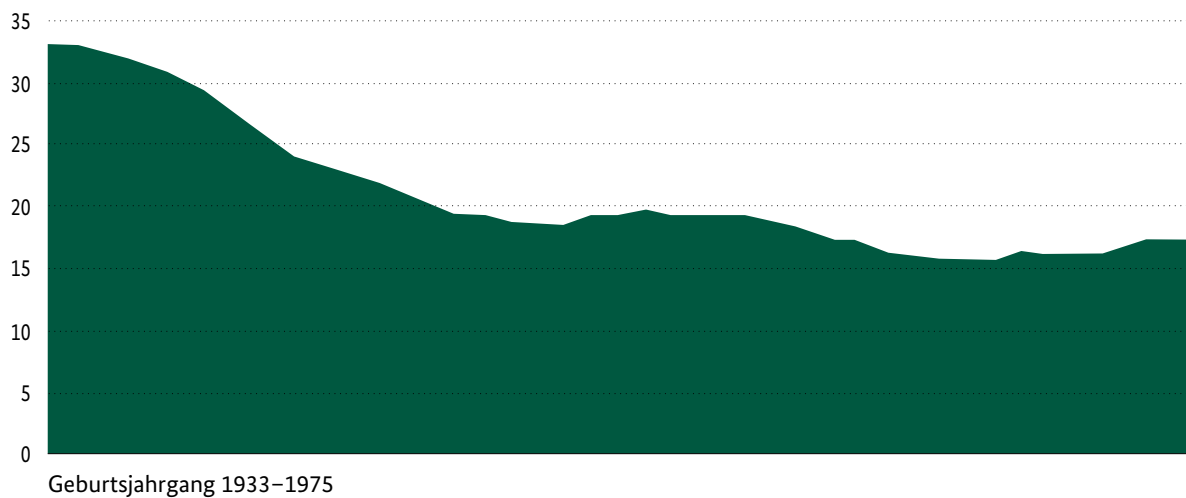
Betrachtet man nicht Familienhaushalte, sondern Frauen, dann hatten 2018 von allen 45–49-jährigen Frauen 16 Prozent drei und mehr leibliche Kinder. In den ostdeutschen Flächenländern waren es zwölf Prozent, in den westdeutschen Flächenländern 17 Prozent.⁷⁰ Im Zeitverlauf ist

der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern an allen Frauen des jeweiligen Jahrgangs zurückgegangen. Erst bei den Frauen der Jahrgänge 1970 und jünger ist wieder ein leichter Anstieg zu beobachten (Abbildung 33).⁷¹

70 Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien*. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, S. 21, Link: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellen-band-5122203189014.pdf?__blob=publicationFile

71 Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): *Kinderreiche Familien in Deutschland*, S. 12, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Abbildung 33: Anteil der Frauen mit 3 und mehr Kindern der Jahrgänge 1933–1975, in Prozent



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): *Kinderreiche Familien in Deutschland*, S. 13

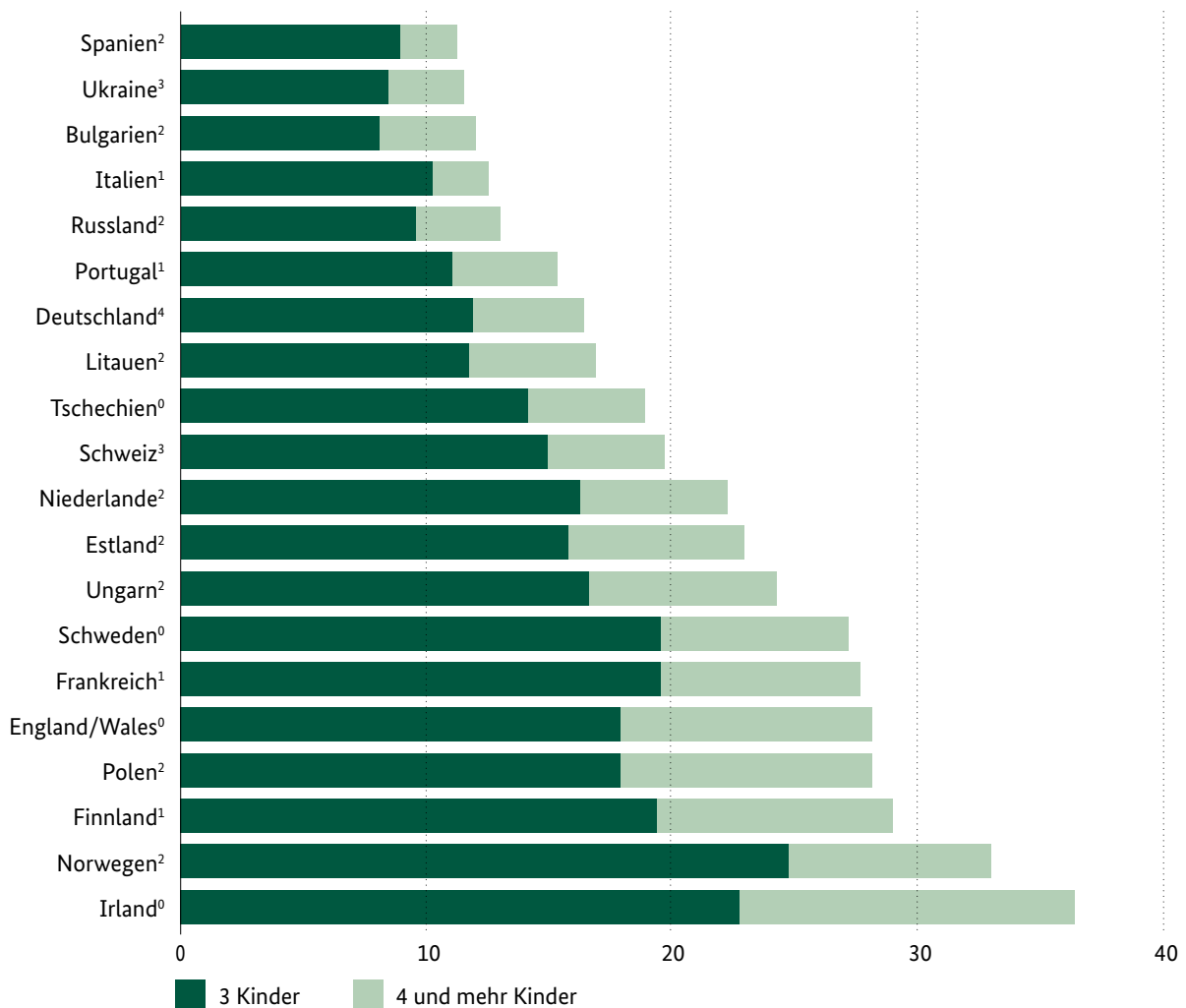
Anmerkungen: Mikrozensus 2008 für Jahrgänge 1933–1958, Mikrozensus 2016 für Jahrgänge 1959–1975. Die Werte wurden im 3-Jahres-Durchschnitt geglättet. Gezählt werden nur leibliche Kinder.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im unteren Mittelfeld. Insbesondere Länder wie Norwegen, Finnland und Schweden, aber auch England und Irland haben höhere

Anteile an Frauen mit drei und mehr Kindern (Abbildung 34).⁷² In Spanien und Italien gibt es dagegen vergleichsweise wenig Frauen mit drei und mehr Kindern.

72 Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): *Kinderreiche Familien in Deutschland*, S. 21, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Abbildung 34: Anteil an Frauen mit drei und mehr Kindern im europäischen Vergleich, in Prozent



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): *Kinderreiche Familien in Deutschland*, S. 23

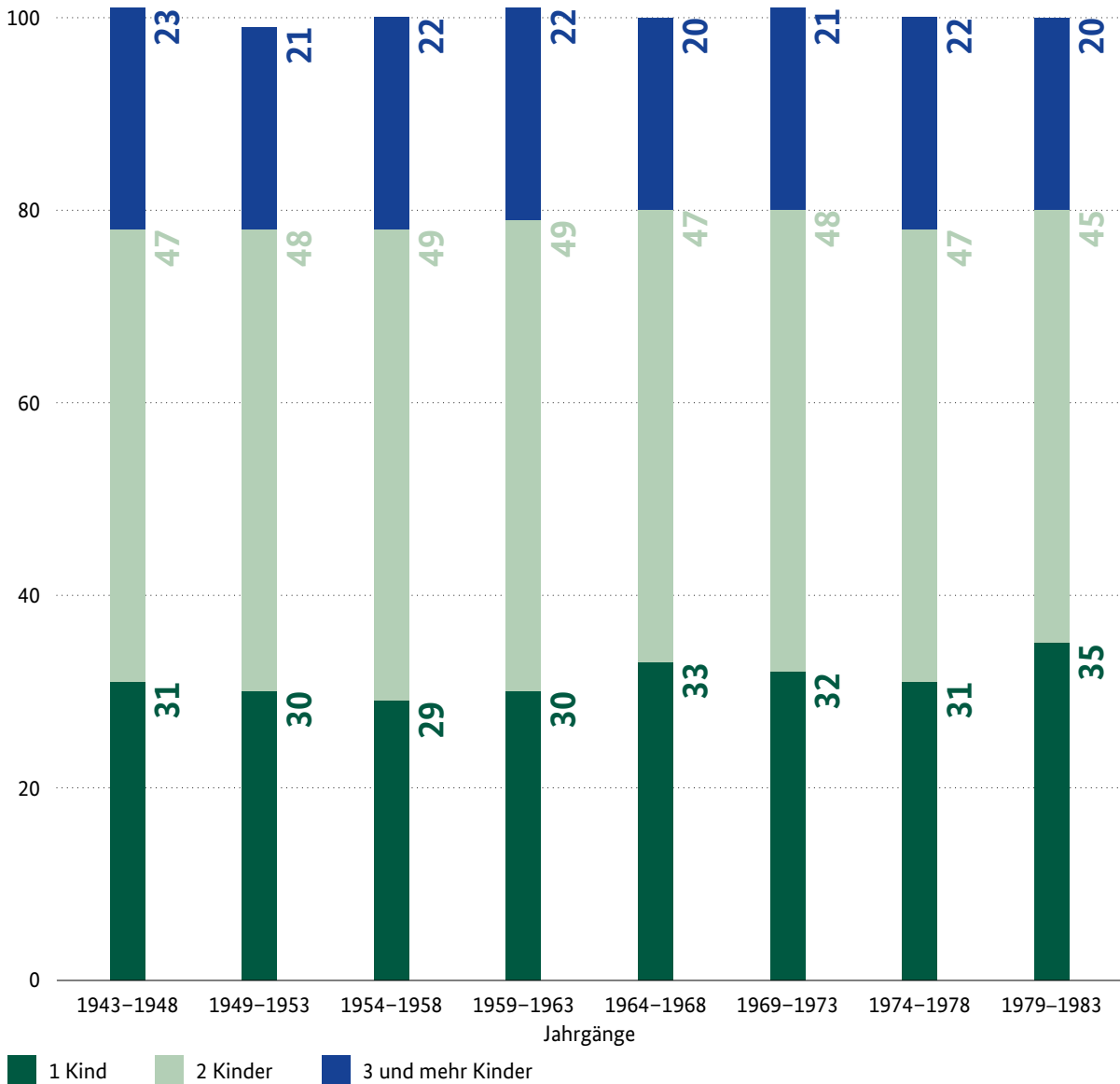
Anmerkung: Berechnung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, endgültige Kinderzahl der Geburtsjahrgänge ⁰: 1969, ¹: 1968, ²: 1967, ³: 1966, ⁴: 1965–74

Betrachtet man allerdings nur die Mütter der verschiedenen Jahrgänge, also ohne die kinderlosen Frauen eines Jahrgangs, schwankt der Anteil an Müttern mit drei und mehr Kindern zwischen 20 und 23 Prozent zwischen den verschiedenen Jahrgängen.⁷³ So hatten 2018 22 Prozent aller

Müttern, die zwischen 1974 und 1978 geboren wurden, drei und mehr Kinder; 47 Prozent hatten zwei Kinder und etwa ein Drittel hatte ein Kind (Abbildung 35). Entscheiden sich Frauen für Kinder, hat auch im Zeitverlauf betrachtet etwa ein Fünftel aller Mütter drei und mehr Kinder.

73 Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018*, Link: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellen-band-5122203189014.pdf?__blob=publicationFile, Tabelle 1.1

Abbildung 35: Mütter nach Zahl der geborenen Kinder nach Geburtsjahrgängen (Anteil an allen Müttern im jeweiligen Jahr), 2018



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tabelle 1.1, eigene Darstellung

Anmerkung: Werte mehr als 100 Prozent sind rundungsbedingt.

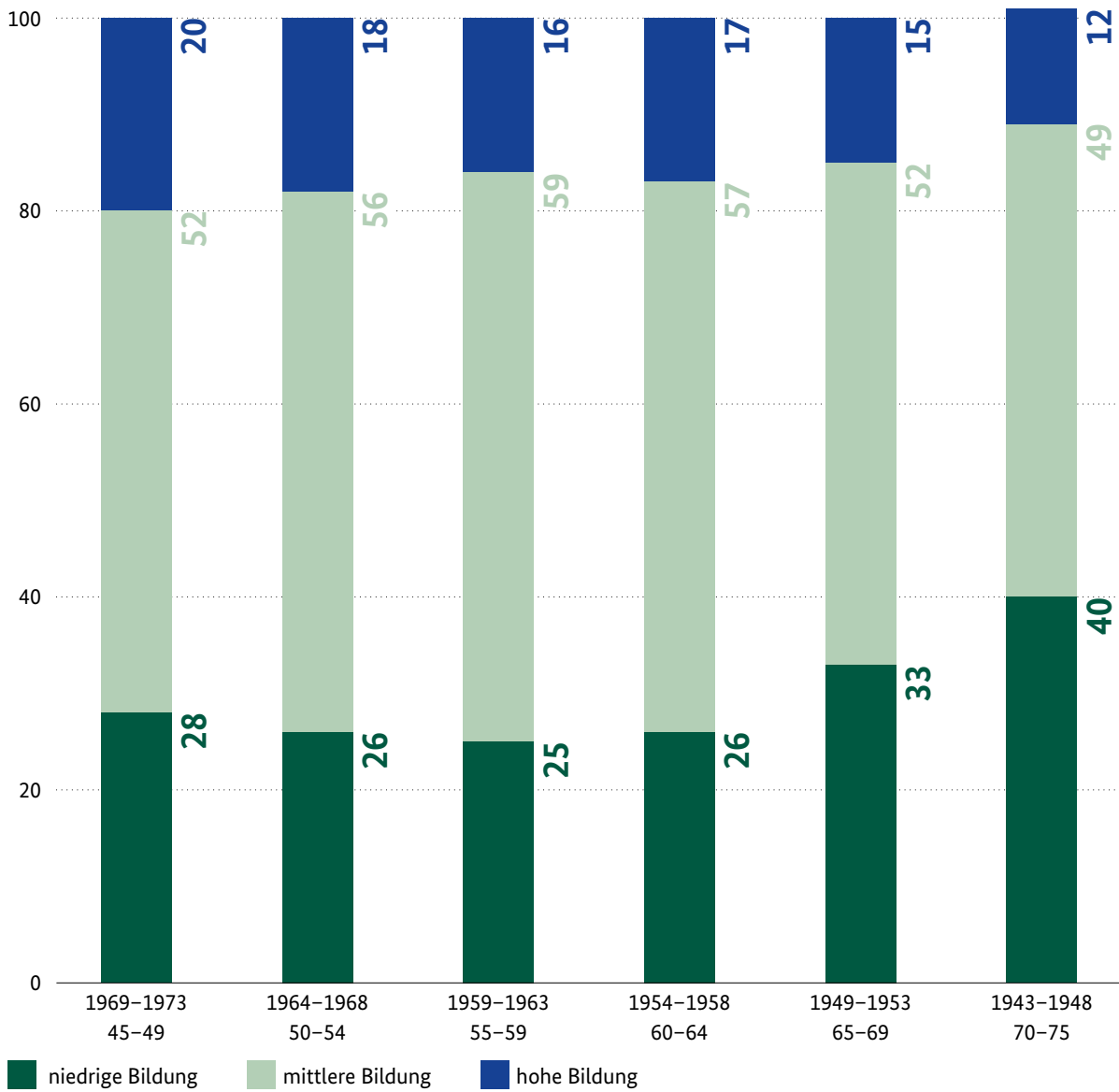
Die Mehrheit der Frauen in Mehrkindfamilien sind gut gebildet

Von den Müttern mit drei und mehr Kindern, die 2018 zwischen 45 und 49 Jahre alt waren (Jahrgänge 1969–1973), haben fast drei Viertel einen

mittleren oder hohen Bildungsabschluss (72 Prozent). Bei den heute 70–75-jährigen Müttern waren es lediglich sechs von zehn Müttern mit mehr als drei Kindern (Abbildung 36).⁷⁴

⁷⁴ Statistisches Bundesamt (2019): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Link: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellen-band-5122203189014.pdf?__blob=publicationFile, Tabelle 3.5

Abbildung 36: Mütter mit drei und mehr Kindern nach Bildungsstand (ISCED 2011), 2018



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2019): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tabelle 3.5, eigene Berechnungen.

Anmerkung:

niedrige Bildung: zum Beispiel ein Haupt-/Realschulabschluss, Polytechnische Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise ohne Bildungsabschluss;

mittlere Bildung: zum Beispiel ein berufsqualifizierender Abschluss und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife, Schule des Gesundheitswesens;

hohe Bildung: zum Beispiel ein akademischer Abschluss oder ein Meister-/Techniker- beziehungsweise Fachschulabschluss.

Abweichende Werte von 100 sind rundungsbedingt.

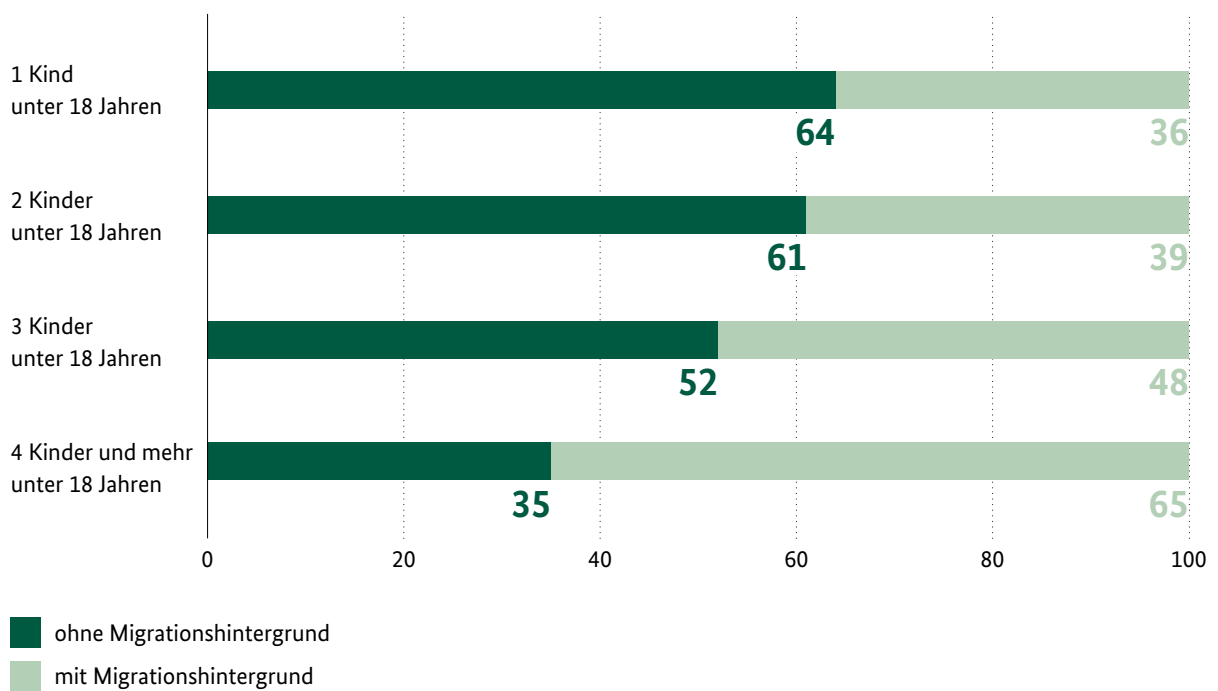
Das zeigt, dass sich der negative Zusammenhang zwischen Bildung und höherer Kinderzahl bei Müttern zunehmend verändert. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Frauen insgesamt heute höhere Bildungsabschlüsse erreichen und demzufolge auch der Anteil der Frauen mit niedriger Bildung zurückgegangen ist.⁷⁵ 35 Prozent der Akademikerinnen der Jahrgänge 1971 bis 1993 finden drei oder mehr Kinder ideal. Das ist mehr als in den anderen Bildungsgruppen. Allerdings realisieren nur 14 Prozent der Akademikerinnen diese Kinderzahl.⁷⁶ Eine Erklärung dafür könnte sein, dass Frauen immer später Kinder bekommen. Frühere Studien zeigen, dass Mütter mit drei und mehr Kindern durchschnittlich 26 Jahre alt sind und damit rund ein Jahr jünger als Mütter mit zwei Kindern und drei Jahre jünger als Mütter mit

einem Kind.⁷⁷ Insbesondere Akademikerinnen beginnen nach einer längeren Ausbildungs-/ Bildungsphase jedoch später mit der Familiengründung. Dadurch bleibt ihnen weniger Zeit für weitere Geburten.⁷⁸

Familien mit Migrationshintergrund haben häufiger vier und mehr Kinder

Bei den Familien mit drei Kindern gibt es noch keine wesentlichen Unterschiede nach Migrationshintergrund. 52 Prozent der Familien mit drei Kindern haben keinen Migrationshintergrund (entsprechend 48 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund). Dagegen haben jedoch fast zwei Drittel der Familien mit vier und mehr Kindern einen Migrationshintergrund (Abbildung 37).

Abbildung 37: Familien nach Zahl der Kinder und Migrationshintergrund, 2018, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis): Fachserie 1 Reihe 3: Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018

75 Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 28 f., Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4
 76 Ebenda, S. 29
 77 BMFSFJ (2013): Dossier Mehrkindfamilien in Deutschland, S. 19, Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/94312/0b8bf636b124a2735ed0f46ed4e80bfe/mehrkindfamilien-in-deutschland-data.pdf>
 78 Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 29, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Betrachtet man die Frauen mit Migrationshintergrund, so haben sie häufiger mehr als drei Kinder als Frauen ohne Migrationshintergrund. Von den Frauen, die 1965–1974 geboren wurden, haben 28 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund drei und mehr Kinder; bei den Frauen ohne Migrationshintergrund ist es mit 14 Prozent die Hälfte.⁷⁹ Hier gibt es zwischen den verschiedenen Generationen auch Anpassungseffekte. Migrantinnen der ersten Generation – also diejenigen, die selbst ausgewandert und nicht in Deutschland geboren sind – haben noch häufiger drei und mehr Kinder als Migrantinnen der zweiten Generation, die sich bereits deutlich an das Geburtenverhalten der Mehrheitsgesellschaft angepasst haben.⁸⁰

Erwerbsbeteiligung sinkt mit Kinderzahl, nimmt jedoch mit Alter der Kinder zu

Die Kinderzahl hat Einfluss auf das Erwerbsverhalten von Müttern. So wirkt sich ein zweites Kind gegenüber einem Kind kaum auf die Erwerbstätigenquote der Mütter aus. Ab dem dritten Kind und insbesondere ab dem vierten Kind geht die Erwerbstätigenquote dagegen deutlich zurück. So sind insgesamt 72 beziehungsweise 70 Prozent der Mütter mit einem oder zwei Kindern erwerbstätig, aber lediglich 53 Prozent der Mütter mit drei Kindern und nur noch jede dritte Mutter mit vier und mehr minderjährigen Kindern.⁸¹

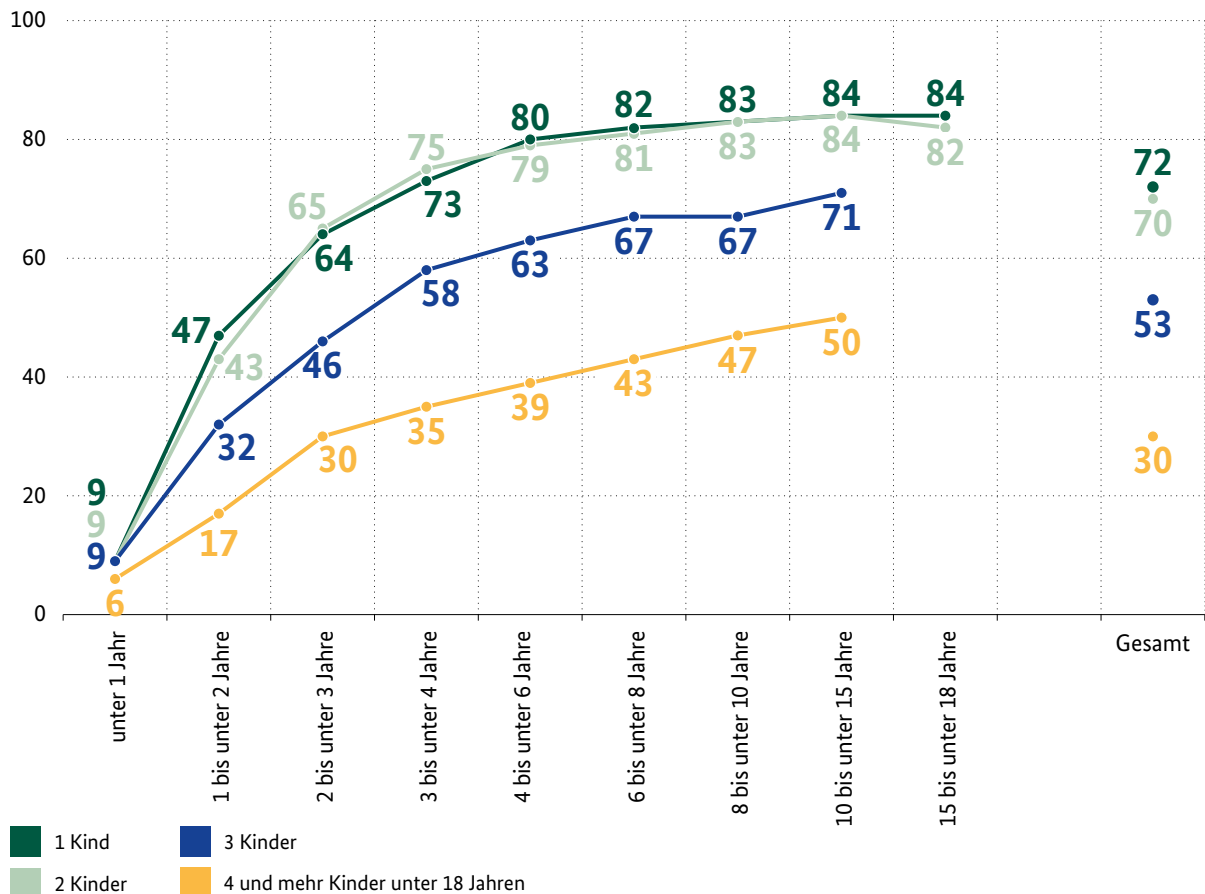
Die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit drei und mehr Kindern bleiben jedoch nicht dauerhaft niedrig, sondern nehmen mit steigendem Alter des jüngsten Kindes kontinuierlich zu. So ist jede zweite Mutter mit vier und mehr Kindern und zwei Drittel der Mütter mit drei Kindern erwerbstätig, wenn das jüngste Kind älter als zehn Jahre ist – bei den Müttern mit drei Kindern sind es dann fast drei Viertel (Abbildung 38).

79 Ebenda S. 27

80 Ebenda S. 28 f.

81 Statistisches Bundesamt (2019): Sonderauswertung Mikrozensus 2018, eigene Berechnungen; Prognos AG; realisierte Erwerbstätigkeit

Abbildung 38: Realisierte Erwerbstätigkeit von Müttern nach Zahl der minderjährigen Kinder und Alter des jüngsten Kindes⁸², 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Sonderauswertung Mikrozensus 2018, eigene Berechnung; Prognos AG

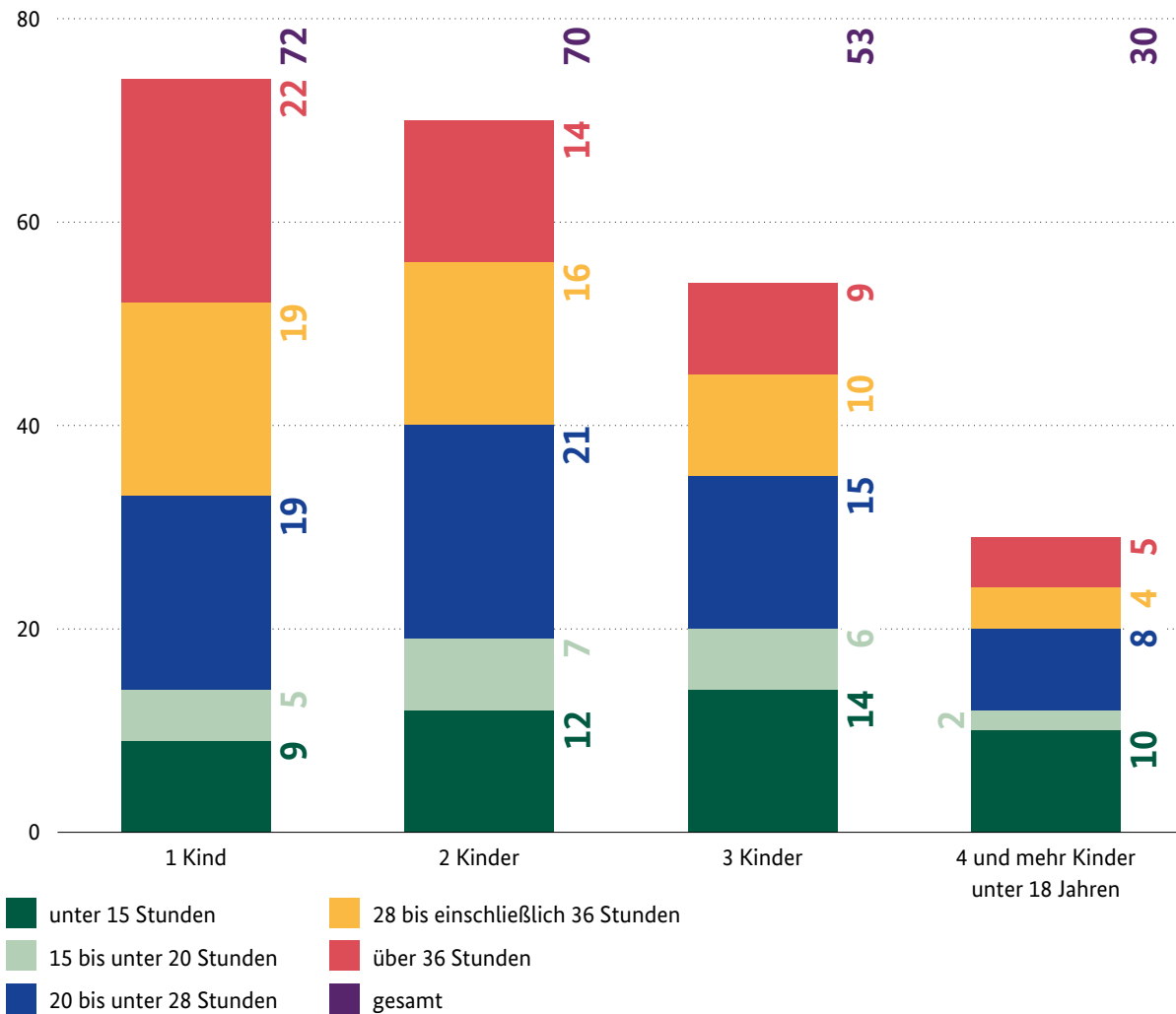
Mütter mit drei und mehr Kindern arbeiten in geringeren Umfängen

Mit steigender Kinderzahl sinkt der Anteil der erwerbstätigen Mütter und sie arbeiten mit geringerer Stundenzahl. Die Reduzierung des Umfangs setzt bereits ab dem zweiten Kind ein (Abbildung 39). Während 40 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit einem Kind über 28 Wochen-

stunden arbeiten, arbeitet jede dritte Mutter mit zwei Kindern und nur jede fünfte Mutter mit drei Kindern über 28 Stunden pro Woche. Gleichzeitig steigt der Anteil der in sehr geringfügigem Umfang (unter 15 Stunden) erwerbstätigen Mütter von neun Prozent bei einem Kind auf zwölf Prozent bei zwei Kindern und weiter auf 14 Prozent bei drei Kindern an.

⁸² Aufgrund geringer Fallzahlen liegen keine Angaben für drei oder mehr Kinder zwischen 15 und unter 18 Jahren vor.

Abbildung 39: Realisierte Erwerbstätigkeit von Müttern mit jüngstem Kind unter 18 Jahren nach wöchentlichem Erwerbsumfang und Zahl der minderjährigen Kinder, 2018, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Mikrozensus 2018. Sonderauswertung Mikrozensus 2018, eigene Berechnung: Prognos AG

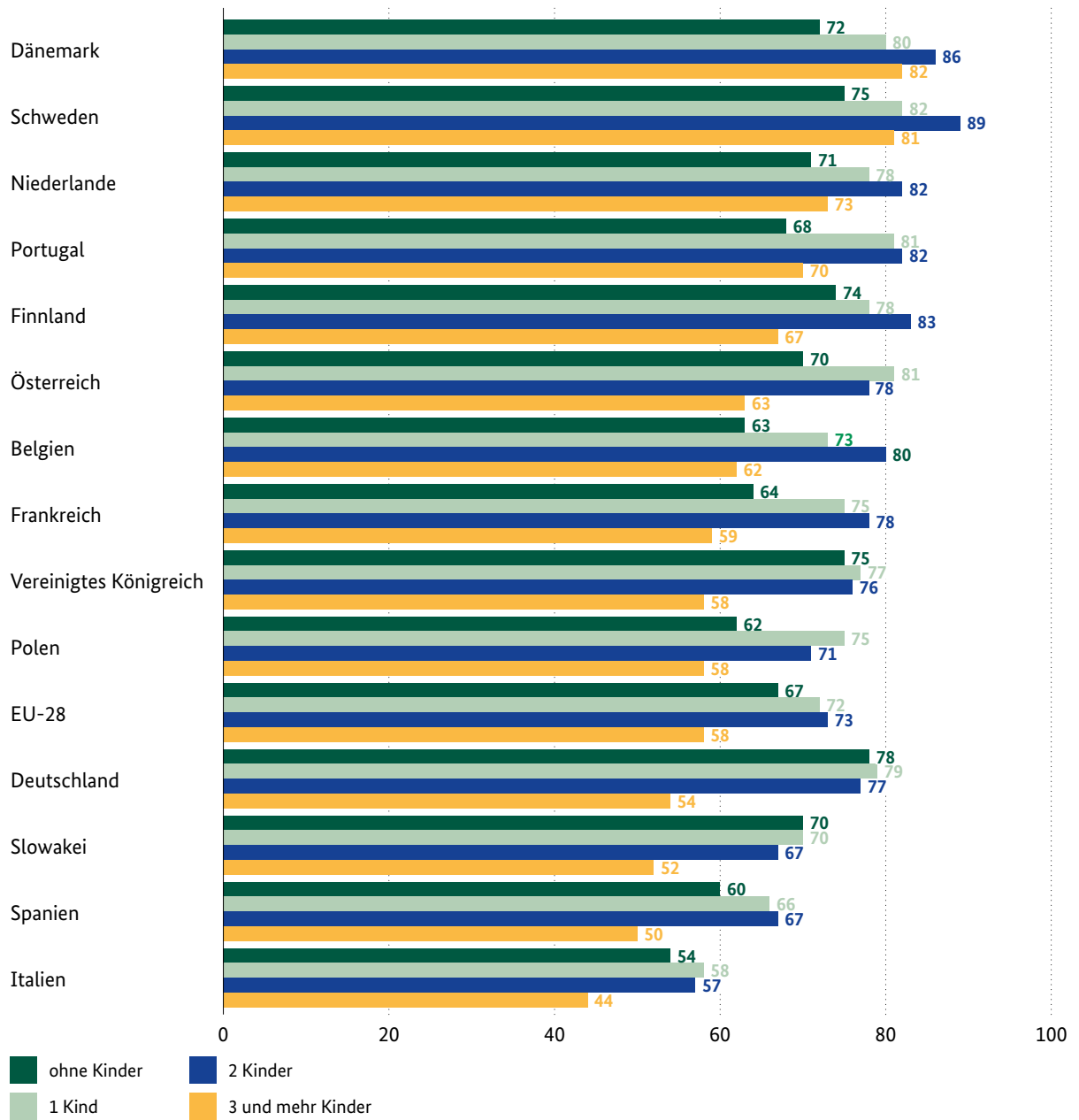
Im europäischen Vergleich liegt Deutschland am unteren Ende

In fast allen europäischen Ländern sind Mütter mit drei und mehr Kindern seltener erwerbstätig als kinderlose Frauen oder Mütter mit ein oder zwei Kindern. Dennoch gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Ländern (Abbildung 40): Während Deutschland die zweithöchste Erwerbs-

tätigkeit in der EU bei kinderlosen Frauen hat (78 Prozent, höher ist sie nur in Estland mit 79 Prozent), gehört die Erwerbstätigenquote von Müttern mit drei und mehr Kindern in Deutschland mit 54 Prozent zu den niedrigsten in der EU-28 und liegt unter dem EU-Durchschnitt von 58 Prozent.⁸³

83 Eurostat (2020), Link: <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/womenmen/bloc-2b.html?lang=en>, Tabelle: Employment rate of adults by sex, age groups, educational attainment level, number of children and age of youngest child, Frauen zwischen 15–64 Jahren, Zahlen weichen aufgrund anderer Definition von Erwerbstätigkeit und fehlender Alterseingrenzung in Bezug auf das jüngste Kind und die Altersgruppe der Frauen von Mikrozensus-Zahlen ab.

Abbildung 40: Müttererwerbstätigkeit nach Kinderzahl im europäischen Vergleich, 2018



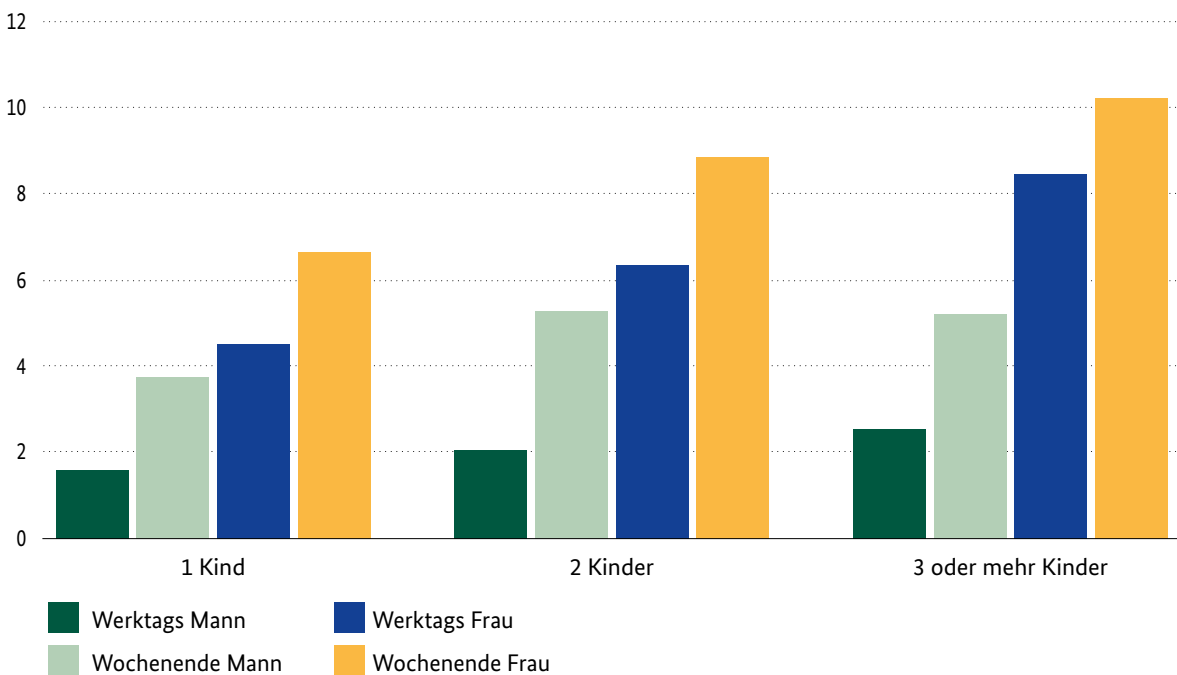
Quelle: Eurostat (2020), eigene Darstellung, Frauen zwischen 15 und 64 Jahren, mit und ohne Kinder

2 Familienleben in Deutschland und Europa

Auch der Abstand zwischen den Erwerbstätigenquoten von Müttern mit einem beziehungsweise zwei Kindern und Müttern mit drei Kindern fällt im europäischen Vergleich in Deutschland verhältnismäßig groß aus (79 beziehungsweise 77 zu 54 Prozent). Ein ähnlich starker Rückgang mit dem dritten Kind zeigt sich auch im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Österreich, der Slowakei sowie in Spanien. Ein ganz anderes Bild ergibt sich dagegen in Ländern wie Schweden und Dänemark. In diesen Ländern gehen Mütter mit drei und mehr Kindern etwa genauso häufig einer Beschäftigung nach wie Mütter mit einem Kind.⁸⁴

Dabei wünschen sich Mütter mit mehr als drei Kindern genauso häufig eine gute Vereinbarkeit wie Mütter mit weniger Kindern.⁸⁵ In der Realität ist in Mehrkindfamilien jedoch häufiger der Mann Alleinverdiener und die Frau verdient hinzu. Mehrkindmütter wenden sowohl im Vergleich zu Männern als auch zu Müttern mit weniger Kindern mehr Zeit für Kinderbetreuung und Hausarbeit auf.⁸⁶ Mütter mit drei und mehr Kindern wenden doppelt so viel Zeit für Kinderbetreuung auf wie Väter mit drei und mehr Kindern (Abbildung 41).

Abbildung 41: Durchschnittliche Stundenzahl für Kinderbetreuung pro Tag nach Geschlecht und Kindern im Haushalt, 2017



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 34

⁸⁴ Eurostat (2020), Link: <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/womenmen/bloc-2b.html?lang=en>, Tabelle: Employment rate of adults by sex, age groups, educational attainment level, number of children and age of youngest child, Frauen zwischen 15–64 Jahren, Zahlen weichen aufgrund anderer Definition von Erwerbstätigkeit und fehlender Alterseingrenzung in Bezug auf das jüngste Kind und die Altersgruppe der Frauen von Mikrozensus-Zahlen ab.

⁸⁵ Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 34, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

⁸⁶ Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 34 f., Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

2.3 Kinderwünsche, Geburten und Kinderlosigkeit

Die Kinderwünsche der 16- bis 29-Jährigen in Deutschland sind nach wie vor hoch und im Vergleich zu 2003 gestiegen (Tabelle 3). 63 Prozent der unter 30-Jährigen möchte bestimmt Kinder haben, 27 Prozent wollen vielleicht Kinder. 2003

wollten 49 Prozent bestimmt und 40 Prozent vielleicht Kinder haben. Im Vergleich zu 2003 sind damit vor allem die konkreteren Kinderwünsche gestiegen. Nach wie vor möchte nur eine kleine Minderheit keine Kinder.⁸⁷

Tabelle 3: Kinderwünsche junger Kinderloser, 2003–2019

	Frage: „Möchten Sie einmal Kinder haben, oder möchten Sie keine?“							
	Kinderlose unter 30 Jahren in Prozent							
	2003	2005	2007	2008	2011	2013	2014	2019
Möchte bestimmt Kinder	49	55	56	58	68	65	61	63
Möchte vielleicht Kinder	40	33	34	35	27	30	32	27
Möchte keine Kinder	11	12	10	7	5	5	7	10
	100	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Kinderlose von 16 bis 29 Jahren mit konkreten Angaben

Quelle: IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 9, eigene Darstellung

Zwei Drittel der Bevölkerung sowie auch fast zwei Drittel der Kinderlosen unter 30 Jahren finden zwei Kinder ideal. 2019 fanden 22 Prozent der 16–24-Jährigen drei und mehr Kinder persönlich

ideal.⁸⁸ 2003 waren es nur 16 Prozent. Durchschnittlich wünschen sich Menschen in Deutschland 2019 2,0 Kinder (Tabelle 4).⁸⁹

87 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 9, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

88 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 8, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

89 Ebenda

Tabelle 4: Ideale Kinderzahl, 2007–2019

Es finden ideal –	Frage: „Was ist für Sie die ideale Größe einer Familie – ich meine, wie viele Kinder (falls überhaupt)?“						
	Bevölkerung insgesamt in Prozent			Kinderlose unter 30 Jahren in Prozent			
	2007	2012	2019	2003*	2007	2012	2019
keine Kinder	4	1	4	5	8	3	5
ein Kind	10	7	13	16	18	8	14
zwei Kinder	66	68	64	63	63	67	59
drei oder mehr Kinder	20	24	19	16	11	22	22
	100	100	100	100	100	100	100
im Durchschnitt	2,1	2,2	2,0	1,9	1,8	2,1	2,0

*ab 18 Jahre

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Kinderlose von 16 bis 29 Jahren mit konkreten Angaben

Quelle: IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 8, eigene Darstellung

Für das in Deutschland vorherrschende Zwei-Kind-Ideal könnten neben kulturell etablierten Verhaltensmustern auch die antizipierte Erwartungshaltungen des sozialen Umfelds eine Rolle spielen.⁹⁰ Das bedeutet, dass sich junge Menschen an vertrauten Verhaltensmustern, Vorstellungen und Beispielen aus dem engeren sozialen Umfeld orientieren.⁹¹ Hinzu kommt, dass junge Menschen bei Mehrkindfamilien eine Stigmatisierung durch die Gesellschaft befürchten oder wahrnehmen.⁹² Dabei sind die persönlichen Einstellungen junger Erwachsener deutlich positiver: Drei Viertel der 20–39-Jährigen stimmten 2016 der Aussage zu, dass viele Kinder etwas Wundervolles seien und nur rund zehn Prozent stimmten der Aussage zu, dass Kinderreiche als asozial gälten.⁹³

Lücke zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl

Während die ideale Kinderzahl in Deutschland bei durchschnittlich zwei Kindern liegt, ist die Geburtenrate mit aktuell 1,57 Kindern pro Frau deutlich niedriger. Alle europäischen Länder unterscheiden sich nach dem Niveau der Lücke zwischen realen und idealen Kinderzahlen⁹⁴.

International vergleichend wurde untersucht, wie viele Kinder Frauen im Alter von etwa 40–42 Jahren tatsächlich hatten und wie viele Kinder sie sich in den 1990er-Jahren im Alter zwischen 20–24 Jahren durchschnittlich gewünscht haben.⁹⁵ Die Studie zeigt, dass die Lücke zwischen gewünschter und tatsächlicher Kinderzahl in Frankreich mit 0,12 Kindern pro Frau am kleinsten ist. Deutschland liegt hier mit einem Unterschied von 0,3 Kindern pro Frau im Mittelfeld (Abbildung 42). Dagegen ist die Lücke in Ländern

90 Martin Bujard, Detlev Lück, Jasmin Passet-Wittig, Linda Lux (2019): Drei Kinder und mehr – Familien aus der Mitte der Gesellschaft. Hrsg. von: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 24, Link: https://www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2020/pdf/2020-01-10-FK-Drei-Kinder-und-mehr-Broschuere.pdf?__blob=publicationFile&v=2

91 Ebenda

92 Ebenda sowie Bundesinstitut für Bevölkerung (2019): Kinderreiche Familien in Deutschland, S. 36, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2019/pdf/Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

93 Martin Bujard, Detlev Lück, Jasmin Passet-Wittig, Linda Lux (2019): Drei Kinder und mehr – Familien aus der Mitte der Gesellschaft. Hrsg. von: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 40, Link: https://www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2020/pdf/2020-01-10-FK-Drei-Kinder-und-mehr-Broschuere.pdf?__blob=publicationFile&v=2

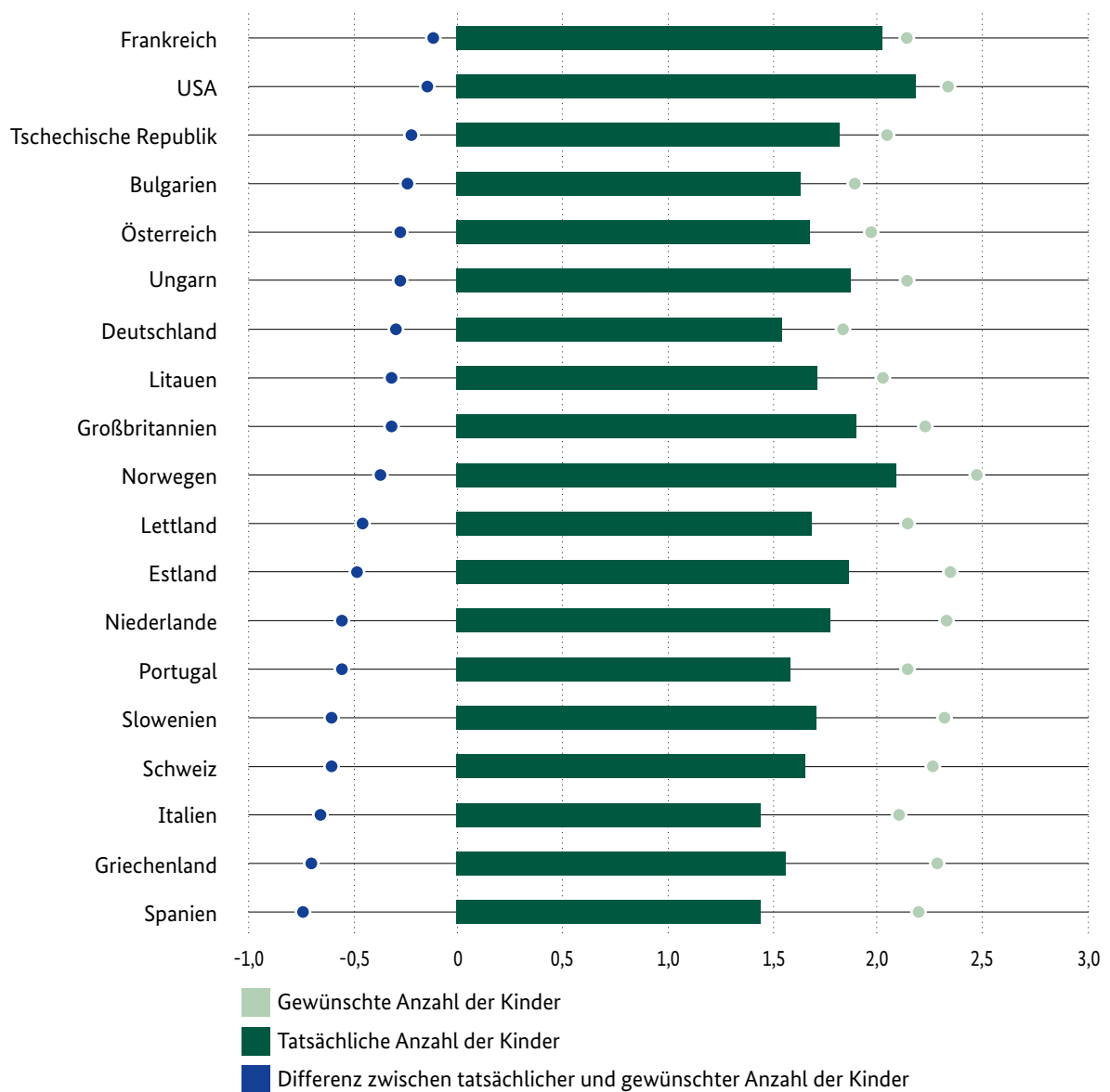
94 Vienna Institute of Demography (2019): Die große Lücke. In: Demografische Forschung aus erster Hand, Heft 4/2019, S. 4, Link: <https://www.demografische-forschung.org/archiv/defo1904.pdf>; Originalstudie: Eva Beaujouan, Caroline Berghammer (2019): The Gap Between Lifetime Fertility Intentions and Completed Fertility in Europe and the United States: A Cohort Approach, *Population Research and Policy Review* 38(2019)4, 507–535, Link: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11113-019-09516-3>

95 Eva Beaujouan, Caroline Berghammer (2019): The Gap Between Lifetime Fertility Intentions and Completed Fertility in Europe and the United States: A Cohort Approach, *Population Research and Policy Review* 38(2019)4, 507–535, Link: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11113-019-09516-3>

wie Griechenland und Spanien (0,75 Kinder pro Frau Unterschied) relativ groß. Hinter den verschiedenen Lücken verbergen sich allerdings unterschiedliche Muster. So ist die Lücke in Deutschland vergleichsweise klein, jedoch sind

sowohl die Kinderwünsche mit etwa 1,8 Kindern pro Frau und einer Geburtenrate von 1,5 Kinder pro Frau (für diese Altersjahrgänge) ebenfalls vergleichsweise klein.⁹⁶

Abbildung 42: Durchschnittliche Anzahl der gewünschten Kinder (im Alter von 20–24 Jahren) und tatsächliche Anzahl der Kinder (im Alter von rund 40 Jahren)



Quelle: Vienna Institute of Demography/Eva Beaujouan (2019): Die große Lücke. In: Demografische Forschung aus erster Hand, Heft 4/2019, S. 4; eigene Darstellung

96 Vienna Institute of Demography (2019): Die große Lücke. In: Demografische Forschung aus erster Hand, Heft 4/2019, S. 4, Link: <https://www.demografische-forschung.org/archiv/defo1904.pdf>; Originalstudie: Eva Beaujouan, Caroline Berghammer (2019): The Gap Between Lifetime Fertility Intentions and Completed Fertility in Europe and the United States: A Cohort Approach, Population Research and Policy Review 38(2019)4, 507- 535, Link: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11113-019-09516-3>

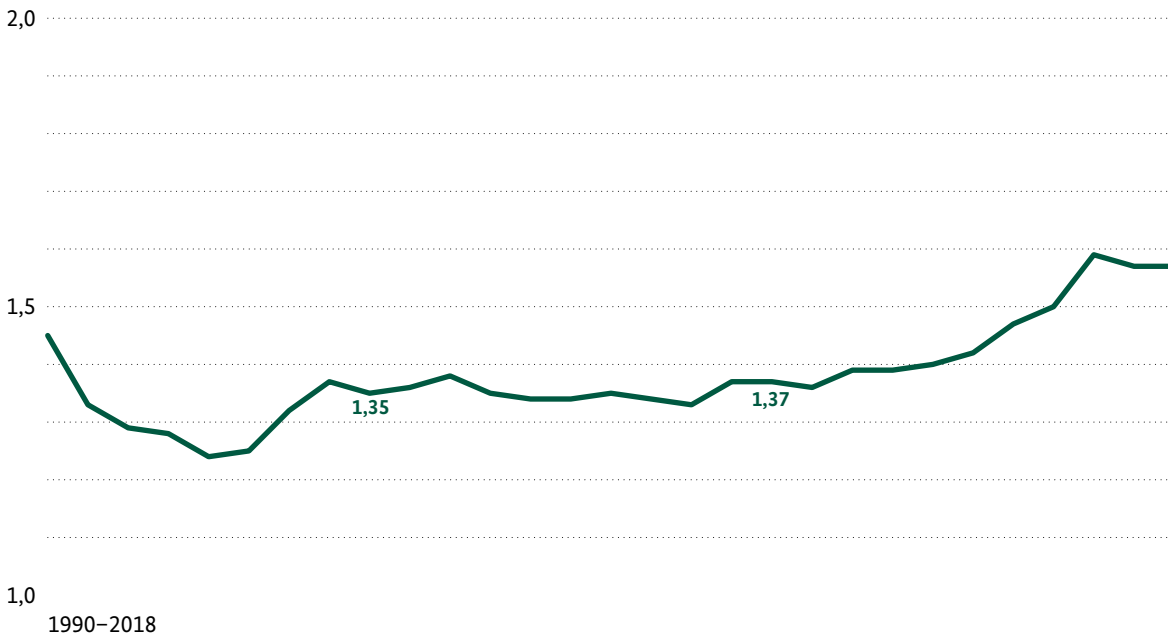
Geburten in Deutschland

Die Anzahl der Kinder, die pro Jahr geboren werden, hängt wesentlich von der Anzahl der (potenziellen) Mütter im gebärfähigen Alter (in der amtlichen Statistik sind es meistens die 15- bis 45- beziehungsweise 49-jährigen Frauen) und der Geburtenhäufigkeit von Frauen ab. Verändert sich die Altersstruktur und/oder die Anzahl der weiblichen Bevölkerung, beeinflusst das auch die Geburtenzahl. Mittlerweile ist jeder Frauenjahrgang kleiner als der vorherige. So waren 1998 noch 17,5 Millionen Frauen zwischen 20 und 45 Jahren, 2008 waren es knapp 14 Millionen und 2018 rund 12,7 Millionen. Seit 1998 sank die Zahl der Frauen zwischen 20 und 45 Jahren in den alten Bundesländern dabei um rund 3,3 Millionen (von

13,7 Millionen 1998 auf 10,4 Millionen 2018).⁹⁷ In den neuen Bundesländern sank im gleichen Zeitraum die Zahl der Frauen um 1,4 Millionen (von 3,7 Millionen 1998 auf 2,3 Millionen 2018). Zugleich stieg seit 2012 die Geburtenrate wieder an.

2018 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer („Geburtenrate“)⁹⁸ für Deutschland 1,57 Kinder je Frau im Alter zwischen 15 und 49 Jahren (Abbildung 43). Zwischen 2011 und 2016 stieg die Geburtenrate kontinuierlich von 1,36 auf 1,59 Kinder je Frau an. 2018 hat sich die Geburtenrate bei 1,57 Kinder pro Frau stabilisiert. Dieser Wert ist – trotz minimalem Rückgang im Vergleich zum Jahr 2016 – der zweithöchste seit 1990.⁹⁹

Abbildung 43: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer („Geburtenrate“) 1990–2018, Deutschland



Anmerkung: ab 2011 Ergebnis des Zensus 2011 berücksichtigt, 2011: Auf Basis der Bevölkerung zum Zensusstichtag 9. Mai 2011
 Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Statistik der Geburten

97 Statistisches Bundesamt (2020): Genesis Datenbank: Tabelle 12411-0013, Bevölkerung: Bundesländer, Stichtag, Geschlecht, Altersjahre, Link: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1589562717404&code=12411>

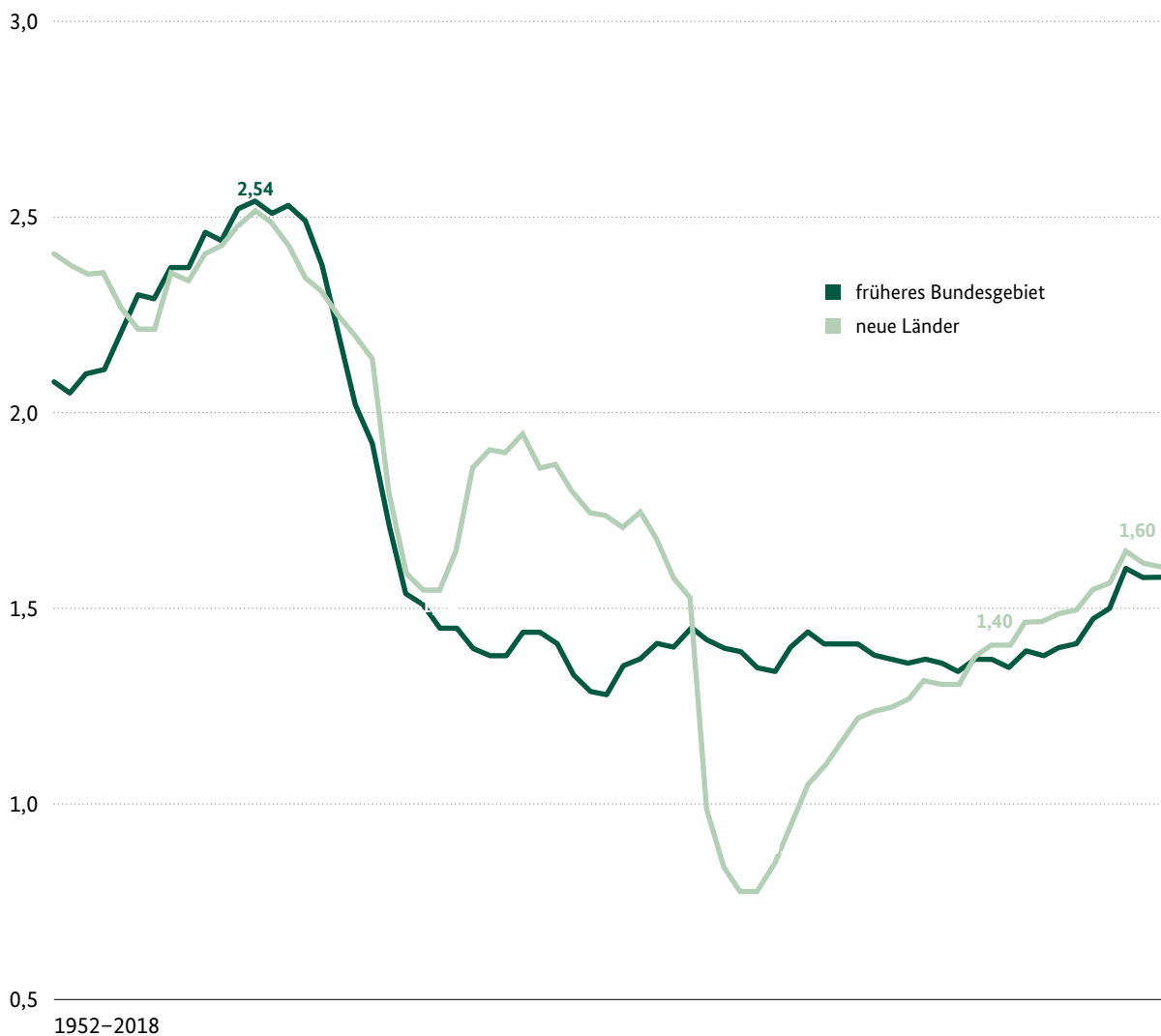
98 Die zusammengefasste Geburtenziffer umfasst die Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis 45 beziehungsweise 49 Jahren für ein Kalenderjahr. Sie ist eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. (Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Link: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/F08-Zusammengefasste-Geburtenziffer-ab-1871.html?nn=9991998>)

99 Da die Geburtenrate abhängig von der Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren ist, hat auch die Bevölkerungszählung im Rahmen des Zensus 2011 Auswirkungen auf die Geburtenrate. So lag vor dem Zensus die Geburtenrate 2012 bei 1,38 und für das gleiche Jahr nach den Ergebnissen des Zensus 2011 bei durchschnittlich 1,40 Kindern pro Frau. Die Geburtenrate ab 2011, die auf Basis des Zensus 2011 berechnet wurde, ist damit nur eingeschränkt mit den vorherigen Jahren vergleichbar. Im Folgenden wird die Entwicklung bis 2011 ohne die Ergebnisse des Zensus 2011 dargestellt, nach 2011 mit den neuen Ergebnissen aus dem Zensus.

2018 lag die Geburtenrate für Ostdeutschland bei 1,60 Kindern pro Frau; in Westdeutschland bei 1,58 Kindern pro Frau (Abbildung 44). In beiden Landesteilen gab es einen „Babyboom“ in der 1960er-Jahren, der 1964 mit einer Geburtenrate von 2,54 Kindern pro Frau in den alten Bundesländern und 2,51 Kindern pro Frau in den neuen Bundesländern den Höhepunkt erreichte. Anschließend setzte in beiden Landesteilen ein Geburtenrückgang ein und die Geburtenrate im früheren Bundesgebiet sank kontinuierlich auf 1,4 Kinder pro Frau im Jahr 1989 ab. Auch in der

ehemaligen DDR sank die Geburtenrate bis Mitte der 1970er-Jahre auf 1,5 Kinder pro Frau. Danach stieg sie aufgrund der familienpolitischen Maßnahmen in der DDR wieder leicht bis 1982 an (1,86 Kinder pro Frau). Dann sank auch in der ehemaligen DDR die Geburtenrate wieder und brach insbesondere nach 1990 infolge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche deutlich ein und lag 1996 bei 0,95 Kinder pro Frau. Seither ist die Geburtenrate im Osten wieder gestiegen und seit 2008 sogar höher als im Westen.

Abbildung 44: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer („Geburtenrate“) 1952–2018, neue und alte Bundesländer



Anmerkung: ab 2011 Ergebnis des Zensus 2011 berücksichtigt, 2011: Auf Basis der Bevölkerung zum Zensusstichtag 9. Mai 2011, Geburtsjahrmethode, ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin
Quelle: Statistisches Bundesamt (2017)

Hinter dieser positiven Entwicklung stehen seit 2011 drei Trends: Frauen bekommen mehr zweite und weitere Kinder; die Kinderlosigkeit steigt nicht weiter an und Kinderwünsche werden innerhalb eines kürzeren Zeitraums realisiert. So werden die Geburtenrends derzeit insbesondere von den Frauenjahrgängen 1973 bis 1986 getragen – Jahrgänge, die die Elterngeldeinführung und den Betreuungsausbau erlebten und als erste Generation davon unmittelbar profitieren.¹⁰⁰ Zudem treffen die neuen familienpolitischen Maßnahmen stärker die Wünsche nach einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung.

Familienpolitische Maßnahmen (wie zum Beispiel das Elterngeld und der Ausbau der Kinderbetreuung), eine wirksame Vereinbarkeitspolitik, ein positiveres gesellschaftliches Klima in Bezug auf Kinder und eine allgemein gute wirtschaftliche Lage erleichtern die Umsetzung von Kinderwünschen. Dies zeigt sich vor allem an den kontinuierlich steigenden Beteiligungsquoten der Väter im Elterngeld und den steigenden Kinderbetreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren. Zudem unterstützen immer mehr Arbeitgeber Eltern dabei, berufliche und familiäre Aufgaben zu vereinbaren (siehe Kapitel 4).¹⁰¹

Mit einer Geburtenrate von 1,57 Kindern pro Frau liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld und leicht über dem EU-Durchschnitt (2018: 1,56 Kinder pro Frau).¹⁰²

In Europa gibt es dabei keinen einheitlichen Trend. Insbesondere in Ländern mit ehemals hohen Geburtenraten wie Frankreich, Schweden, Irland, Niederlande, Norwegen und Finnland sind die Geburtenraten in den letzten zehn Jahren gesunken, wenngleich auf unterschiedlichem Niveau (Tabelle 5). So lagen die Geburtenraten beispielsweise in Norwegen und Finnland 2008 noch bei 1,96 beziehungsweise 1,85 Kindern pro Frau; 2018 liegen sie bei 1,56 beziehungsweise 1,41 Kindern pro Frau und damit knapp beziehungsweise deutlich unter der deutschen Geburtenrate. In Frankreich und Schweden lag die Geburtenrate 2008 noch bei 2,01 beziehungsweise 1,91 Kindern pro Frau – 2018 sind es 1,88 beziehungsweise 1,76 Kinder pro Frau. Auch in Italien und Spanien, wo die Geburtenraten niedrig waren, sind sie in den letzten Jahren noch weiter gesunken. Neben Deutschland verzeichnen auch Länder wie Dänemark, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Polen und Portugal wieder steigende Geburtenraten – auch hier auf sehr unterschiedlichem Niveau. So stieg die Geburtenrate zum Beispiel in der Slowakei von 1,34 Kindern pro Frau 2008 auf 1,52 2018 und in Tschechien von 1,51 Kindern pro Frau 2008 auf 1,71 2018.

100 Olga Pötzsch (2018): Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale. In: WISTA 3/2018

101 77 Prozent der Unternehmen stimmten zu, dass familienfreundliche Maßnahmen wichtig/sehr wichtig für das Unternehmen seien. (IW Köln: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2016)

102 Eurostat 2020

Tabelle 5: Geburtenrate im europäischen Vergleich, 2008–2018

Maßnahme	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Frankreich	2,01	2,00	2,03	2,01	2,01	1,99	2,00	1,96	1,92	1,90	1,88
Schweden	1,91	1,94	1,98	1,90	1,91	1,89	1,88	1,85	1,85	1,78	1,76
Irland	2,06	2,06	2,05	2,03	1,98	1,93	1,89	1,85	1,81	1,77	1,75
Dänemark	1,89	1,84	1,87	1,75	1,73	1,67	1,69	1,71	1,79	1,75	1,73
Tschechien	1,51	1,51	1,51	1,43	1,45	1,46	1,53	1,57	1,63	1,69	1,71
Vereinigtes Königreich	1,91	1,89	1,92	1,91	1,92	1,83	1,81	1,80	1,79	1,74	1,68
Belgien	1,85	1,84	1,86	1,81	1,80	1,76	1,74	1,70	1,68	1,65	1,62
Niederlande	1,77	1,79	1,79	1,76	1,72	1,68	1,71	1,66	1,66	1,62	1,59
Deutschland	1,38	1,36	1,39	1,39	1,41	1,42	1,47	1,50	1,60	1,57	1,57
EU-28	1,61	1,61	1,62	1,59	1,59	1,55	1,58	1,58	1,60	1,59	1,56
Norwegen	1,96	1,98	1,95	1,88	1,85	1,78	1,75	1,72	1,71	1,62	1,56
Slowakei	1,34	1,44	1,43	1,45	1,34	1,34	1,37	1,40	1,48	1,52	1,54
Polen	1,39	1,40	1,41	1,33	1,33	1,29	1,32	1,32	1,39	1,48	1,46
Portugal	1,39	1,34	1,39	1,35	1,28	1,21	1,23	1,31	1,36	1,38	1,42
Finnland	1,85	1,86	1,87	1,83	1,80	1,75	1,71	1,65	1,57	1,49	1,41
Italien	1,45	1,45	1,46	1,44	1,43	1,39	1,37	1,35	1,34	1,32	1,29
Spanien	1,45	1,38	1,37	1,34	1,32	1,27	1,32	1,33	1,34	1,31	1,26

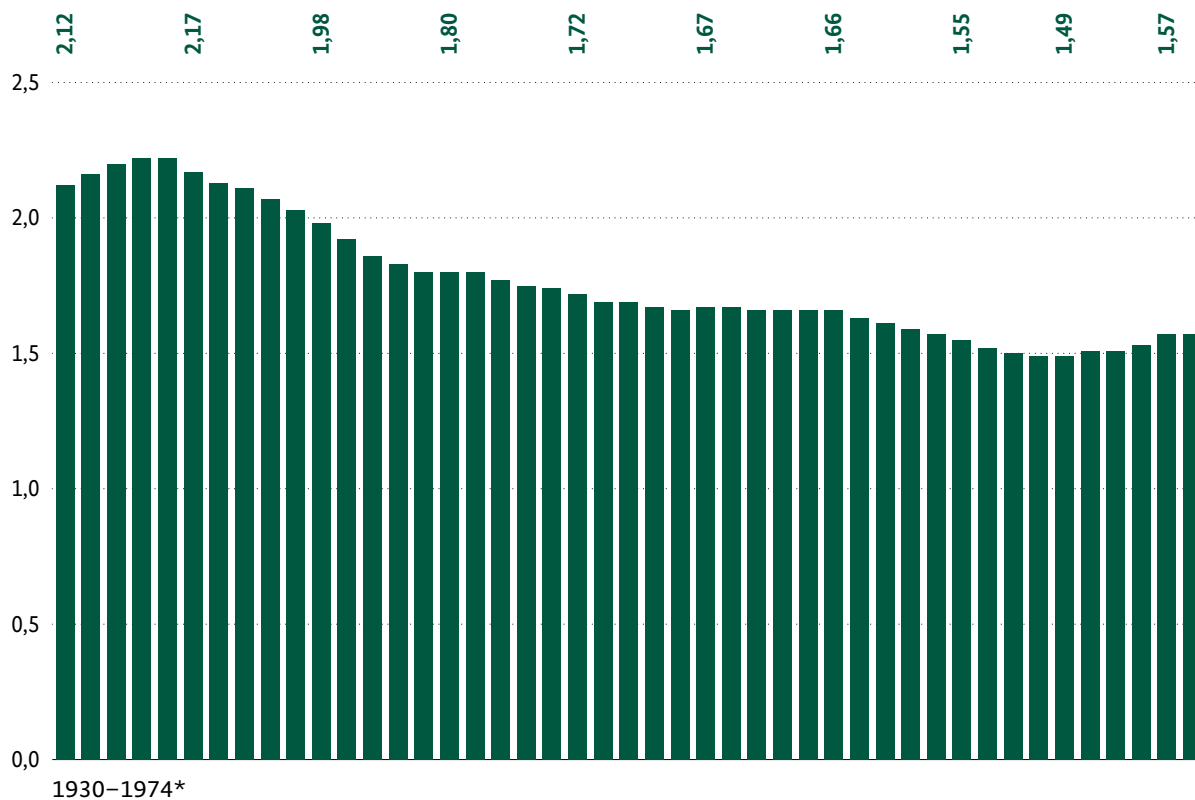
Quelle: Eurostat (2020), eigene Darstellung

Allerdings beschreibt die zusammengefasste Geburtenziffer nur ein Kalenderjahr und berücksichtigt nicht den Lebensverlauf. Aussagekräftiger sind hier beispielsweise die endgültigen Kinderzahlen von Frauen verschiedener Jahrgänge. Frauen des Jahrgangs 1969 hatten mit 1,49 Kindern pro Frau bisher die niedrigste endgültige

Kinderzahl. Bei den ab 1970 geborenen Frauen hat sich die endgültige Kinderzahl je Frau bei knapp 1,6 stabilisiert beziehungsweise haben die jüngeren Frauenjahrgänge wieder etwas mehr Kinder.¹⁰³ So liegt die endgültige Kinderzahl der Frauen des Jahrgangs 1973 bei 1,57 Kindern pro Frau (Abbildung 45).

103 Statistisches Bundesamt (2020): Endgültige Kinderzahl je Frau: Deutschland, Geburtsjahr der Frau, Altersgruppen der Frauen, Tabelle 12612-0013 Genesis Datenbank

Abbildung 45: Endgültige Kinderzahl je Frau nach Geburtsjahr der Frau, jeweils Frauen im Alter von 15–45 Jahren, Deutschland



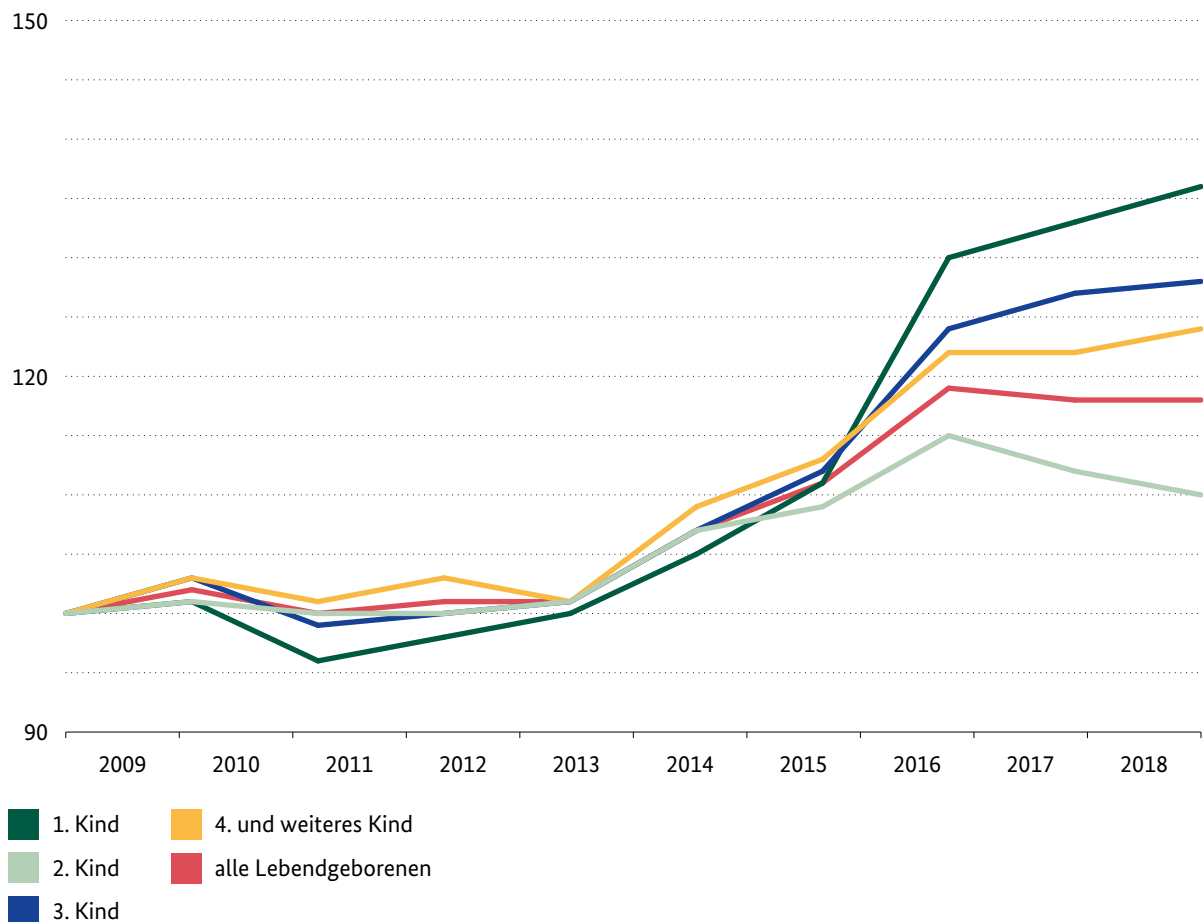
Quelle: Statistisches Bundesamt (2020), Tab. 12612-0013 Genesis Datenbank, eigene Darstellung
 *1974: vorläufige Kinderzahl

Lebendgeborene in Deutschland

2018 wurden in Deutschland 787.523 Kinder geboren, halb so viel wie 1964 – dem Jahr mit den meisten Neugeborenen in Deutschland (rund 1,4 Millionen), aber circa 105.000 Kinder mehr als noch zehn Jahre zuvor.

47 Prozent der Lebendgeborenen waren 2018 Erstgeburt, bei 35 Prozent handelte es sich um das zweite Kind und bei 18 Prozent um das dritte oder weitere Kind. Auf die Geburtenzahl insgesamt hat sich seit 2009 damit vor allem die Zahl der Zweitgeborenen und seit 2016 die Zahl der dritten und weiteren Kinder positiv ausgewirkt (Abbildung 46).

Abbildung 46: Relative Veränderung der Geburtenzahlen, nach Geburtenfolge, im Vergleich zu 2009 (2009 = 100)



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten, eigene Berechnungen

Etwa acht von zehn Lebendgeborenen hatten 2018 mindestens einen deutschen Elternteil (82 Prozent). Während knapp drei Viertel der Lebendgeborenen Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit hatten (72 Prozent), hatten 18 Prozent der Eltern eine ausländische Staatsbürgerschaft und zehn Prozent hatten Elternteile mit jeweils deutscher und ausländischer Staatsbürgerschaft.

Mütter sind beim ersten Kind durchschnittlich 30 Jahre alt

Im Jahr 2018 sind Frauen mit durchschnittlich 30 Jahren erstmals Mutter geworden, Mütter mit Migrationshintergrund waren durchschnittlich zwei Jahre jünger. Der Trend zur späteren Geburt setzt sich damit fort.¹⁰⁴ Anfang der 1970er-Jahre betrug das Durchschnittsalter in Westdeutschland noch gut 24 Jahre, in Ostdeutschland lag es bis 1989 zwischen 22 und 23 Jahren.¹⁰⁵ 2018 hatten Frauen im Alter zwischen 28 und 35 Jahren die höchste Geburtenhäufigkeit, insbesondere die Frauen im Alter von 31 und 32 Jahren. So wurden 2018 pro 1.000 Frauen im Alter von 31 Jahren 115 Kinder geboren. Auch Frauen über 40 Jahren bekommen häufiger (weitere) Kinder, wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau. So wurden 2002

¹⁰⁴ Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten. Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes (Geburtsjahrmethode)

¹⁰⁵ Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland

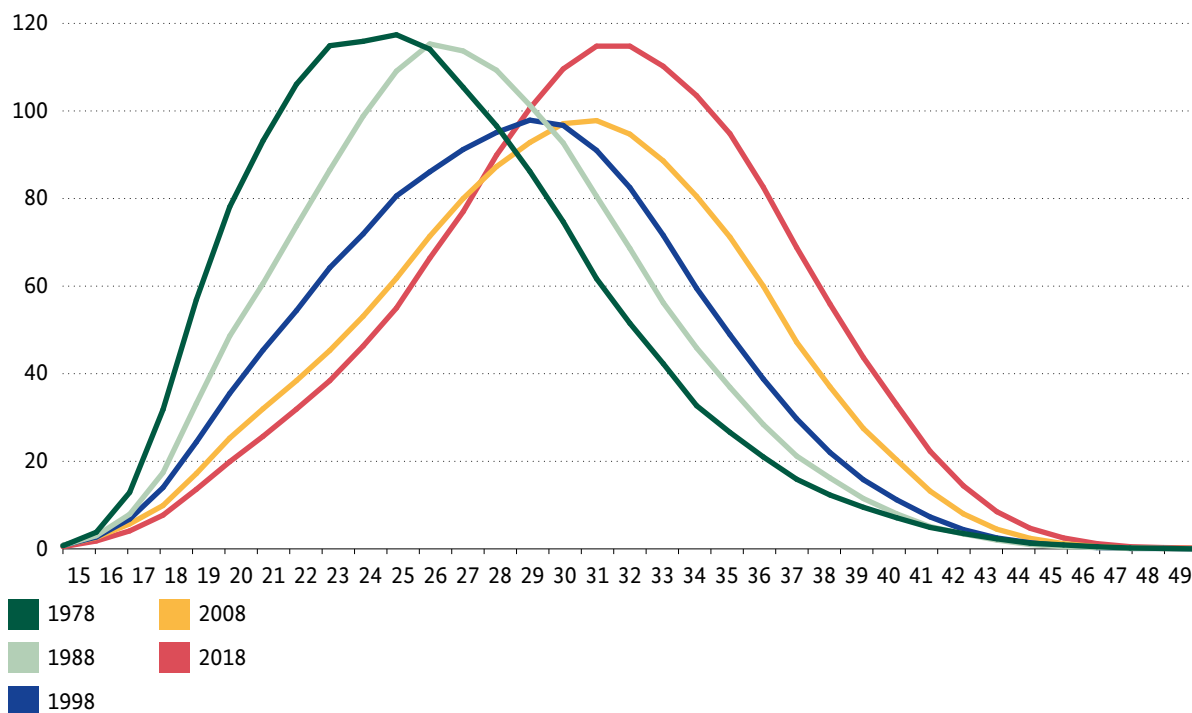
2 Familienleben in Deutschland und Europa

nur zehn Kinder pro 1.000 Frauen im Alter von 40 Jahren geboren; 2018 waren es bereits 33.

1978 war die Geburtenhäufigkeit beispielsweise noch bei den 21- bis 29-jährigen Frauen am höchsten (Abbildung 47). Seit 2006 bekommen Frauen über 30 Jahren mehr Kinder als Frauen unter 30 Jahren. Der Beitrag zur Geburtenrate der

20–29-jährigen Frauen sank zwischen 2001 und 2018 von 51 auf 35 Prozent. Dagegen stieg der Beitrag der 30–39-jährigen Frauen zur Geburtenrate im gleichen Zeitraum von 43 auf 57 Prozent.¹⁰⁶ In den skandinavischen Ländern und Frankreich hat diese Entwicklung bereits viel früher als in Deutschland eingesetzt.

Abbildung 47: Lebendgeborene pro 1.000 Frauen, nach Altersjahren der Frauen, Deutschland, 2002–2018



Ab (2011): Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011
 Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten, Geburtsjahrmethode

106 Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten, Geburtsjahrmethode. Ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

Mütter bekommen nach wie vor durchschnittlich zwei Kinder

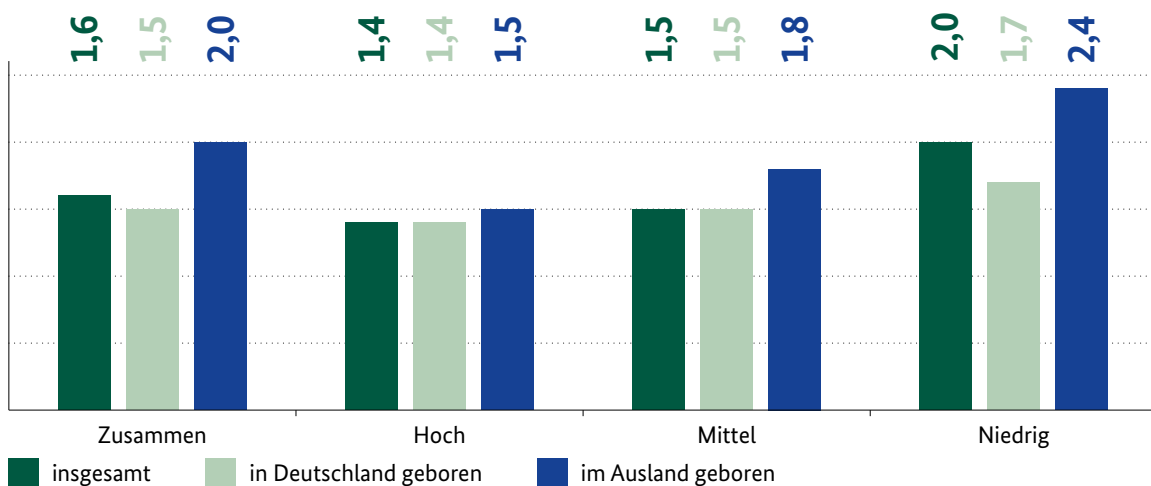
Werden Frauen Mütter, bekommen sie nach wie vor durchschnittlich zwei Kinder. Dieser Wert ist relativ stabil für verschiedene Jahrgänge. So haben nahezu alle Mütter bis zum Jahrgang 1983 durchschnittlich zwei Kinder.¹⁰⁷ Dabei ist der Anteil der Mütter an den verschiedenen Jahrgängen leicht zurückgegangen. Bei den Jahrgängen 1943–1948 waren noch 88 Prozent der Frauen Mütter; bei den Jahrgängen 1974–1978 sind es 78 Prozent.¹⁰⁸

Auch die Verteilung der Mütter nach Kinderzahl ist relativ stabil. Von den Müttern, die 2018 zwischen 45 und 49 Jahren alt waren (Jahrgänge 1969–1973), hat fast die Hälfte zwei Kinder (47 Prozent), ein Drittel ein Kind und jede fünfte Mutter mehr als zwei Kinder.¹⁰⁹ Ähnlich sieht es bei den 35–39-jährigen und 40–44-jährigen Müttern aus.

Die Zahl der geborenen Kinder hängt vom Bildungsstand der Mutter ab

Die durchschnittliche Kinderzahl lag bei den 45- bis 54-jährigen Müttern 2018 (Jahrgänge 1964 bis 1973) mit niedrigem Bildungsabschluss¹¹⁰ bei 2,0 Kindern, mit hohem Bildungsabschluss bei 1,4 Kindern je Mutter (Abbildung 48). Dabei bekamen Zuwanderinnen mit hohem Bildungsstand im Durchschnitt fast genauso viele Kinder wie in Deutschland geborene Mütter mit hohem Bildungsstand. Die durchschnittliche Kinderzahl war bei den Zuwanderinnen mit mittlerem Bildungsstand etwas höher als bei den in Deutschland geborenen Müttern mit mittlerem Bildungsstand (1,8 gegenüber 1,5 Kindern je Mutter). Bei den Müttern mit niedrigem Bildungsstand waren die Unterschiede am größten: Während die Zuwanderinnen mit niedrigem Bildungsstand im Durchschnitt 2,4 Kinder bekamen, waren es bei den in Deutschland geborenen 1,7 Kinder je Mutter.¹¹¹

Abbildung 48: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau nach Bildungsstand und Geburtsland bei Frauen im Alter zwischen 45 und 54 Jahren (Jahrgänge 1964 bis 1973)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Schaubild 8, eigene Darstellung*
 Anmerkung: Frauen mit Angabe zum Vorhandensein eines allgemeinen Schulabschlusses sowie eines beruflichen Ausbildungsabschlusses; nach der International Standard Classification of Education 2011 (ISCED 2011) wird der höchste erreichte Bildungsstand kombiniert aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss nachgewiesen.

107 Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tabelle 1.1*

108 Ebenda Tabelle 1.3

109 Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tabelle 1.1*

110 Nach der International Standard Classification of Education 2011 (ISCED 2011) wird der höchste erreichte Bildungsstand kombiniert aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss: niedrig: zum Beispiel ein Haupt-/Realschulabschluss, Polytechnische Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise ohne Bildungsabschluss; mittel: zum Beispiel ein berufsqualifizierender Abschluss und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife, Schule des Gesundheitswesens; hoch: zum Beispiel ein akademischer Abschluss oder ein Meister-/Techniker- beziehungsweise Fachschulabschluss.

111 Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Schaubild 8*

Mehr als ein Drittel nicht eheliche Geburten

Ein Blick auf die Lebendgeborenen 2018 zeigt, dass 34 Prozent aller Neugeborenen nicht verheiratete Eltern hatten. In Ostdeutschland war der Anteil an nicht ehelichen Lebendgeburten mit 55 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (29 Prozent).¹¹² Der Anteil an Kindern, die außerhalb einer Ehe geboren wurden, hat sich in Ostdeutschland zwischen 2013 und 2018 von 59 Prozent auf 55 Prozent reduziert, während er in Westdeutschland nahezu unverändert geblieben ist.¹¹³

Zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes war in Westdeutschland zwei Drittel (66 Prozent) der Frauen der Jahrgänge 1971–1973 bereits verheiratet. In Ostdeutschland waren dies nur etwa ein Drittel (37 Prozent) der Frauen. Vor allem in Westdeutschland stellt die Geburt des ersten Kindes einen Anlass zur Eheschließung dar: Hier sank der Anteil unverheirateter Frauen zwischen

Schwangerschaftsbeginn und Geburt von 54 Prozent auf 34 Prozent; in Ostdeutschland ging der Anteil an unverheirateten Frauen nur mäßig zurück (von 75 Prozent auf 63 Prozent). Bei der Geburt des zweiten Kindes waren sowohl in Ostdeutschland (59 Prozent) wie auch in Westdeutschland (83 Prozent) die weite Mehrzahl der Frauen dieser Jahrgänge verheiratet.¹¹⁴

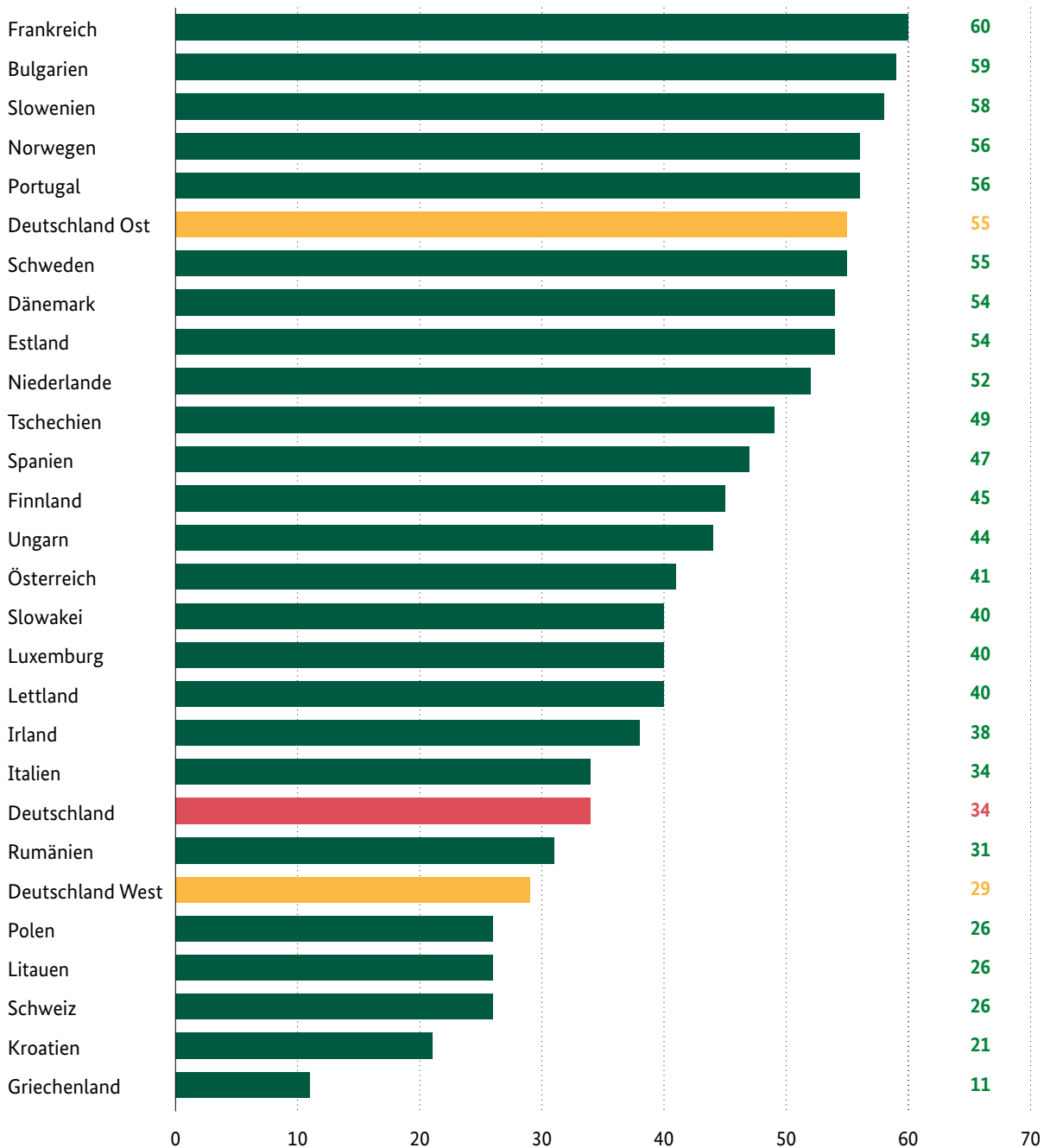
Im europäischen Vergleich ist dabei eher Westdeutschland die Ausnahme. Denn in den meisten europäischen Ländern steigt der Anteil der nicht ehelichen Lebendgeborenen kontinuierlich an. Ostdeutschland liegt hier unter den Top 10 der Länder mit den höchsten Anteilen an nicht ehelichen Geborenen (Abbildung 49). Den höchsten Anteil an nicht ehelichen Geburten in der EU gibt es in Island mit 71 Prozent, den niedrigsten in Griechenland.

112 Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten

113 Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten, Tabellen 12612-004, 12612-0102 Genesis Datenbank

114 Sonja Bastin, Michaela Kreyenfeld, Christine Schnor (2012): Diversität von Familienformen in Ost- und Westdeutschland, S. 13 f., Link: <https://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2012-001.pdf>

Abbildung 49: Anteil der nicht ehelichen Lebendgeborenen 2018 an allen Lebendgeborenen im europäischen Vergleich, in Prozent



Quelle: Eurostat (2020) und Statistisches Bundesamt (2020): Statistik der Geburten, Ostdeutschland mit Berlin

Bereits vor der deutschen Teilung im Jahr 1949 gab es regionale Unterschiede.¹¹⁵ 1920 beispielsweise lag der Anteil der nicht ehelichen Geborenen in

der Region der künftigen DDR bei 18 Prozent und im Westen bei neun Prozent.¹¹⁶

115 Max-Planck-Institut für demografische Forschung (2014): Pressemitteilung vom 24. Juli 2014, Sebastian Klüsener, Link: https://www.demogr.mpg.de/mediacms/3497_MPIDR-PM_Deutschland_auf_Dauer_geteilt.pdf

116 Ebenda

Kinderlosigkeit in Deutschland

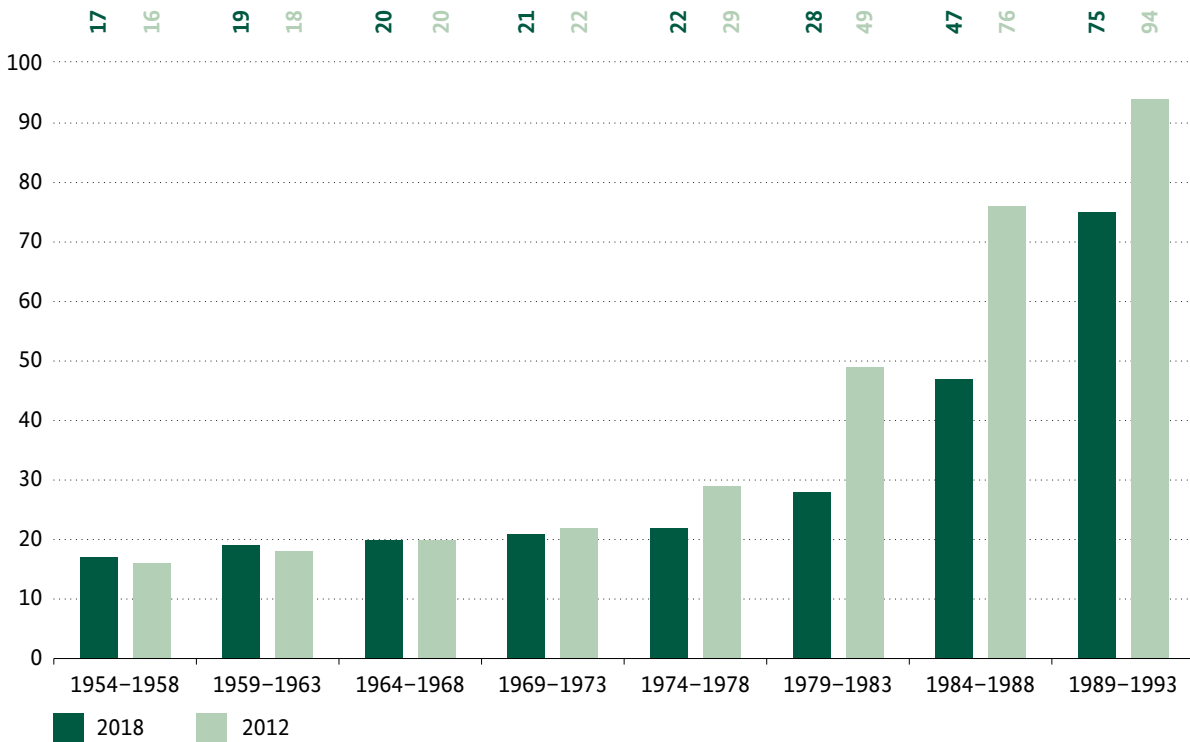
Im Alter von 45 bis 49 Jahren wird die Kinderlosigkeit als endgültig betrachtet. 2018 lag die endgültige Kinderlosenquote der Frauen im Alter von 45–49 Jahren¹¹⁷ bei 21 Prozent und ist damit minimal gegenüber 2016 gestiegen (20 Prozent für Frauen zwischen 45–49 Jahren). Seit 2008 ist die Kinderlosenquote von 17 auf 21 Prozent angestiegen.¹¹⁸

Kinderlosigkeit bei jüngeren Jahrgängen gesunken

Die aktuell 45–49-jährigen sind die Jahrgänge mit den bisher niedrigsten endgültigen Kinderzahlen (vergleiche Abbildung 45 auf Seite 80). Ein Blick

auf die Entwicklung der Kinderlosigkeit in den verschiedenen Jahrgängen zeigt allerdings, dass die (vorläufige) Kinderlosenquote im Vergleich zu 2012 in fast allen Geburtsjahrgängen gesunken ist (Abbildung 50). Besonders stark ist sie dabei bei Frauen der Jahrgänge 1979–1988 (im Jahr 2012 24–33 Jahre und 2018 zwischen 30–39 Jahren alt) gesunken. Dies bedeutet, dass Frauen dieser Geburtsjahrgänge seit 2012 häufiger als andere Jahrgänge ihr erstes Kind bekommen haben. Bei den Geburtsjahrgängen ab 1973 und älter (im Jahr 2018 45 Jahre und älter) gab es hingegen kaum noch eine Veränderung in der Kinderlosenquote seit 2012.

Abbildung 50: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs, 2018 und 2012, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tab. 1.3, eigene Darstellung

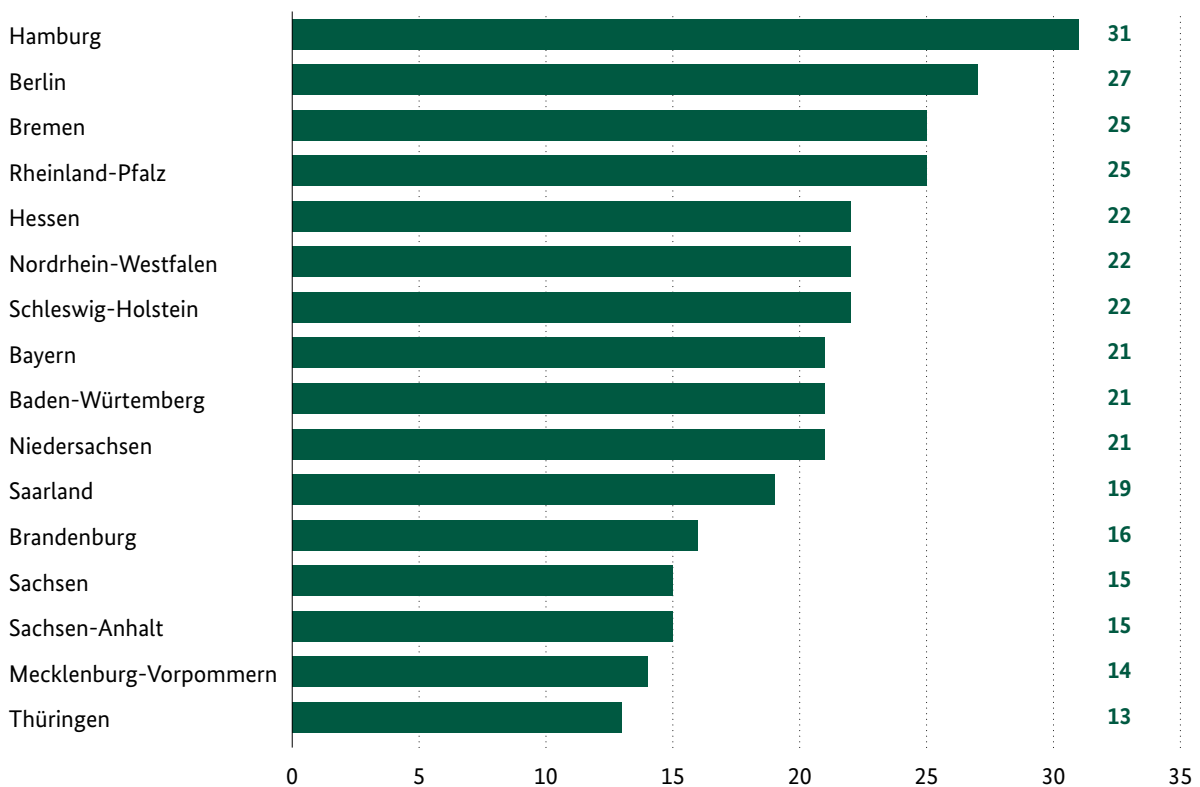
117 Aktuell sind dies die Jahrgänge 1969–1973.

118 Statistisches Bundesamt (2019): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tabelle 1.3, Link: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellen-band-5122203189014.html>

Die (vorläufige) endgültige Kinderlosigkeit fällt in den Stadtstaaten besonders hoch aus, in den ostdeutschen Flächenländern ist sie nach wie vor deutlich geringer. Von den aktuell 45–49-jährigen Frauen (Jahrgänge 1969–1973) sind 22 Prozent in den westdeutschen Flächenländern und 15 Prozent in den ostdeutschen Flächenländern kinderlos. In den Stadtstaaten waren es dagegen 28 Prozent. Diese Unterschiede gibt es in allen Jahrgängen.

Die höchste Kinderlosigkeit gab es 2018 in Hamburg. Dort war fast ein Drittel (31 Prozent) der Frauen im Alter von 45 bis 49 Jahren kinderlos. Die niedrigste Kinderlosenquote wiesen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit 13 beziehungsweise 14 Prozent auf (Abbildung 51).

Abbildung 51: Frauen ohne Kind im Alter von 45 bis 49 Jahren, nach Bundesländern 2018, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tab. 3.3, eigene Darstellung*

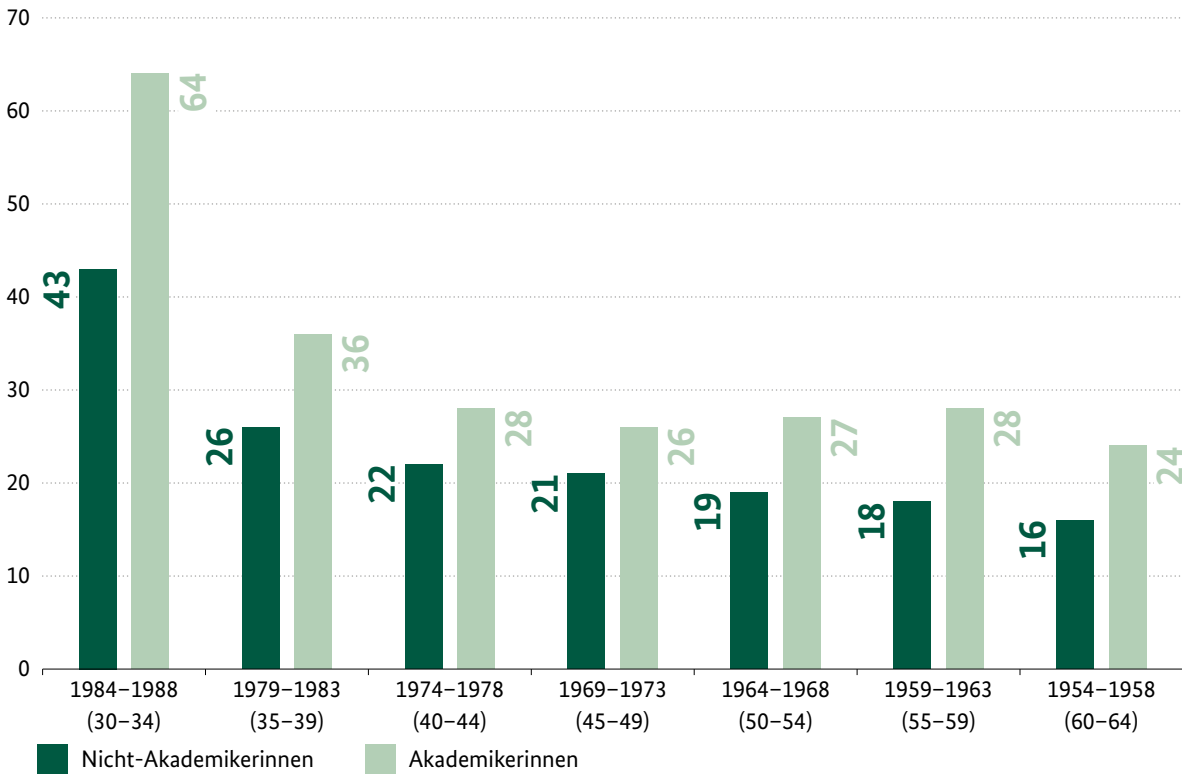
Die Kinderlosigkeit der Akademikerinnen sinkt

Die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen ist in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch. Seit einigen Jahren nimmt sie bei ihnen jedoch nicht weiter zu beziehungsweise sinkt sogar. So sank die endgültige Kinderlosen-

quote zwischen 2008 und 2018 von 28 auf 26 Prozent.¹¹⁹ Dennoch sind Akademikerinnen nach wie vor häufiger kinderlos als Frauen ohne akademischen Abschluss. Von den 45- bis 49-jährigen Nicht-Akademikerinnen waren 2018 21 Prozent kinderlos (Abbildung 52).

119 Statistisches Bundesamt (2019): Pressemitteilung Nr. 475 vom 11. Dezember 2019, Link: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/12/PD19_475_122.html

Abbildung 52: Kinderlosenquote von Akademikerinnen und Nicht-Akademikerinnen nach Geburtsjahrgängen, 2018, Deutschland, in Prozent

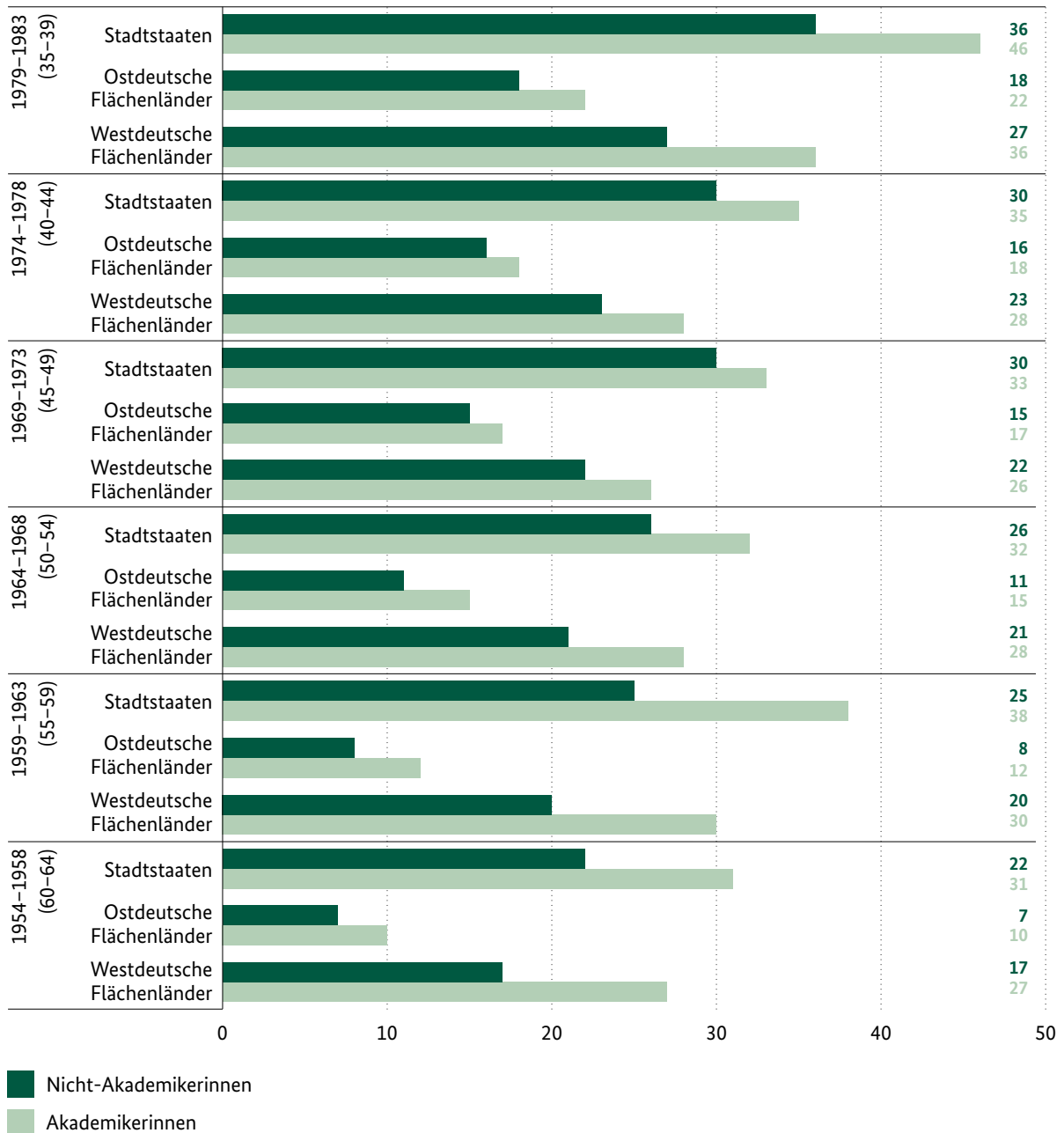


Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tab. 3.7, eigene Berechnungen*
 Anmerkung: Kinderlosenquote = Anteil der kinderlosen Frauen an allen Frauen des jeweiligen Jahrgangs. Nur Frauen mit Berufsabschluss; zum akademischen Abschluss zählen: Bachelor, Master, Diplom, Promotion. Als Nicht-Akademikerinnen zählen Frauen mit Berufsabschluss ohne Bachelor, Master, Diplom, Promotion.

Die Unterschiede zwischen Akademikerinnen und Nicht-Akademikerinnen variieren je nach Geburtsjahrgang und Region (Abbildung 53). In den westdeutschen Flächenländern sind Frauen häufiger kinderlos als in den ostdeutschen Flächenländern, unabhängig vom Bildungsabschluss. Am häufigsten sind Frauen jedoch in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin

kinderlos. So waren von den 40–44-jährigen Frauen 2018 in den Stadtstaaten 30 Prozent der Nicht-Akademikerinnen kinderlos und 35 Prozent der Akademikerinnen. In den ostdeutschen Flächenländern waren dagegen nur 16 Prozent der Nicht-Akademikerinnen und 18 Prozent der Akademikerinnen kinderlos.

Abbildung 53: Kinderlosenquote der Frauen mit und ohne akademischen Bildungsabschluss, nach Wohnort und Geburtsjahrgängen, 2018, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018*, Tab. 3.7, Schaubild 5 und 6, eigene Darstellung.
 Anmerkung: Kinderlosenquote = Anteil der kinderlosen Frauen an allen Frauen des jeweiligen Jahrgangs. Nur Frauen mit Berufsabschluss; zum akademischen Abschluss zählen: Bachelor, Master, Diplom, Promotion. Als Nicht-Akademikerinnen zählen Frauen mit Berufsabschluss ohne Bachelor, Master, Diplom, Promotion.

Ein Vergleich der verschiedenen Jahrgänge zeigt, dass sich die Kinderlosigkeit regional und nach Bildungsstand unterschiedlich entwickelt hat. Angestiegen ist die Kinderlosigkeit vor allem bei Frauen in den ostdeutschen Ländern. So waren 2018 von den ostdeutschen 55–59-jährigen Nicht-Akademikerinnen acht Prozent kinderlos;

bei den 45–49-jährigen waren es bereits 15 Prozent. Bei den ostdeutschen Akademikerinnen stieg die Kinderlosenquote von zwölf Prozent der 55–59-jährigen auf 17 Prozent der 45–49-jährigen. Dagegen ist die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen in den westdeutschen Flächenländern und in den Stadtstaaten gesunken. Hier sank die

Kinderlosenquote zwischen den 55–59-Jährigen und den 45–49-Jährigen in den westdeutschen Ländern um vier Prozentpunkte von 30 auf 26 Prozent beziehungsweise in den Stadtstaaten um fünf Prozentpunkte von 38 auf 33 Prozent.¹²⁰ In den jüngeren Jahrgängen zeigt sich insgesamt, dass sich die Kinderlosigkeit sowohl bei Akademikerinnen als auch bei Nicht-Akademikerinnen stabilisiert und nur geringfügig höher ist. Hier könnte sie sogar noch sinken, da diese Frauen noch Kinder bekommen können.

Die hohe Kinderlosigkeit kann mehrere Ursachen haben, die sich gegenseitig beeinflussen können: Unfruchtbarkeit, fehlender Kinderwunsch oder ein wiederholtes Aufschieben der Familiengründung.¹²¹ Nur etwa vier – fünf Prozent der Frauen sind lebenslang unfruchtbar¹²² und nur eine Minderheit der jungen Menschen wünscht sich aktuell keine Kinder¹²³ (vergleiche Abschnitt „Kinderwünsche“). So können kulturelle, strukturelle, ökonomische und partnerschaftsbezogene Faktoren und deren Zusammenspiel dazu führen, dass Frauen häufig ungewollt kinderlos sind.¹²⁴ 79 Prozent der unter 40-Jährigen halten eine finanzielle Absicherung für eine zentrale Bedingung für Elternschaft und 60 Prozent finden auch, dass die Frau unabhängig vom Partner erst beruflich Fuß gefasst haben sollte.¹²⁵ Andere Befragungen zeigen zudem, dass viele Kinderlose noch nicht den richtigen Partner gefunden haben

oder sich noch insgesamt zu jung für Kinder fühlen.¹²⁶ Jede dritte kinderlose Frau im Alter von 25 bis 29 Jahren in Deutschland fühlt sich noch zu jung für Kinder. Zwingende Voraussetzung für Kinder ist für die meisten Befragten auch, dass sich beide Partner ein Kind wünschen und sich reif für Kinder fühlen (86 beziehungsweise 73 Prozent). Auch eine beruflich gesicherte Situation eines Partners ist für zwei Drittel eine wichtige Voraussetzung. Knapp die Hälfte findet es wichtig, dass ein Einkommen für die Familie ausreicht.¹²⁷

So können sich Phasen der gewollten und ungewollten Kinderlosigkeit im Lebensverlauf und in verschiedenen Lebensphasen abwechseln.¹²⁸ Das führt dazu, dass der Kinderwunsch immer häufiger aufgeschoben wird, wie die zunehmenden späten Geburten ab 35 und 40 Jahren zeigen. Die meisten finden diesen Aufschub nicht ideal – für die Geburt des ersten Kindes fanden 2012 62 Prozent der 20–39-jährigen ein Alter zwischen 25 und 29 Jahren ideal.¹²⁹ Dennoch werden insbesondere Akademikerinnen spät Mütter und das Zeitfenster für weitere Geburten ist dann oft (zu) klein.

Kinderlosigkeit in Deutschland im europäischen Vergleich sehr hoch

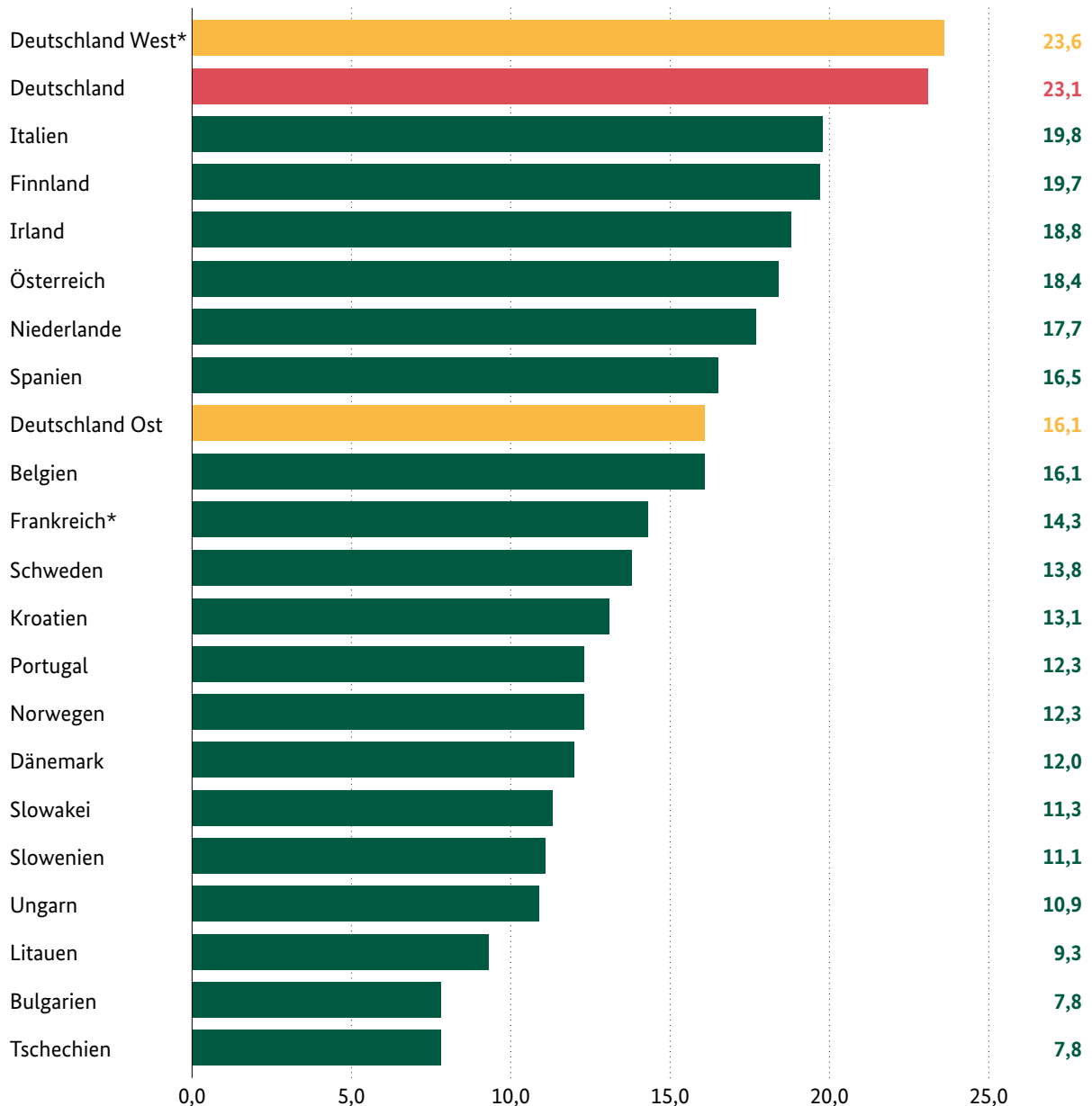
Ein europäischer Vergleich der Kinderlosenquoten für den Frauenjahrgang 1968 (2018 50 Jahre alt) zeigt, dass die Kinderlosigkeit in Deutschland am

-
- 120 Statistisches Bundesamt (2019): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Tabelle 3.7, Schaubild 5 und 6, Link: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellenband-5122203189014.html>
- 121 Martin Bujard, Sabine Diabaté (2016): Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen. In: Der Gynäkologe 49(5), S. 397, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2016/pdf/Wie-stark-nehmen-Kinderlosigkeit-und-spaete-Geburten-zu.pdf?_blob=publicationFile&v=2
- 122 Ebenda
- 123 Ebenda
- 124 Martin Bujard, Sabine Diabaté (2016): Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen. In: Der Gynäkologe 49(5), S. 397, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2016/pdf/Wie-stark-nehmen-Kinderlosigkeit-und-spaete-Geburten-zu.pdf?_blob=publicationFile&v=2; zum Thema kinderlose Frauen und Männer siehe auch BMFSFJ (2020): Ungewollte Kinderlosigkeit, Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/neue-studie-kinderlose-frauen-und-maenner-haben-einen-hohen-informationsbedarf/160462>
- 125 Martin Bujard, Sabine Diabaté (2016): Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen. In: Der Gynäkologe 49(5), S. 397, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2016/pdf/Wie-stark-nehmen-Kinderlosigkeit-und-spaete-Geburten-zu.pdf?_blob=publicationFile&v=2
- 126 BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“, Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/familienbilder-in-deutschland-und-frankreich/96144> und IfD Allensbach (2015): Familienbilder in Deutschland und Frankreich, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/6127_Familienbilder_D_F_Bericht.pdf
- 127 Ebenda
- 128 Jürgen Dorbritz, Ralina Panova, Jasmin Passet-Wittig (2015): Gewollt oder ungewollt? Der Forschungsstand zu Kinderlosigkeit (2. überarbeitete Auflage). BiB Working Paper 2/2015. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2016/pdf/Gewollt-oder-ungewollt-Der-Forschungsstand-zu-Kinderlosigkeit-2-ueberarbeitete-Auflage.pdf?_blob=publicationFile&v=3
- 129 Martin Bujard, Sabine Diabaté (2016): Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen. In: Der Gynäkologe 49(5), S. 402, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2016/pdf/Wie-stark-nehmen-Kinderlosigkeit-und-spaete-Geburten-zu.pdf?_blob=publicationFile&v=2

höchsten ist (Abbildung 54).¹³⁰ Dabei unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland. Ähnlich hoch ist die Kinderlosigkeit in Italien und Finnland mit jeweils rund 20 Prozent. Besonders niedrig war die Kinderlosigkeit dagegen in der Tschechischen

Republik, Bulgarien und Litauen. Im europäischen Mittelfeld liegen Schweden, Frankreich, Belgien und Ostdeutschland mit jeweils etwa 14–16 Prozent kinderlose Frauen des Frauenjahrgangs 1968.

Abbildung 54: Kinderlose Frauen des Jahrgangs 1968 im europäischen Vergleich



Datenbasis: Tomáš Sobotka (2017): *Childlessness in Europe: Reconstruction long-term trends among women born 1900–1972*; zusammengestellt nach den Daten in Appendix 2, S. 47–49, eigene Darstellung

* Frankreich: Wert für die Jahrgänge 1965–1969; Deutschland West: Wert für die Jahrgänge 1966–1970

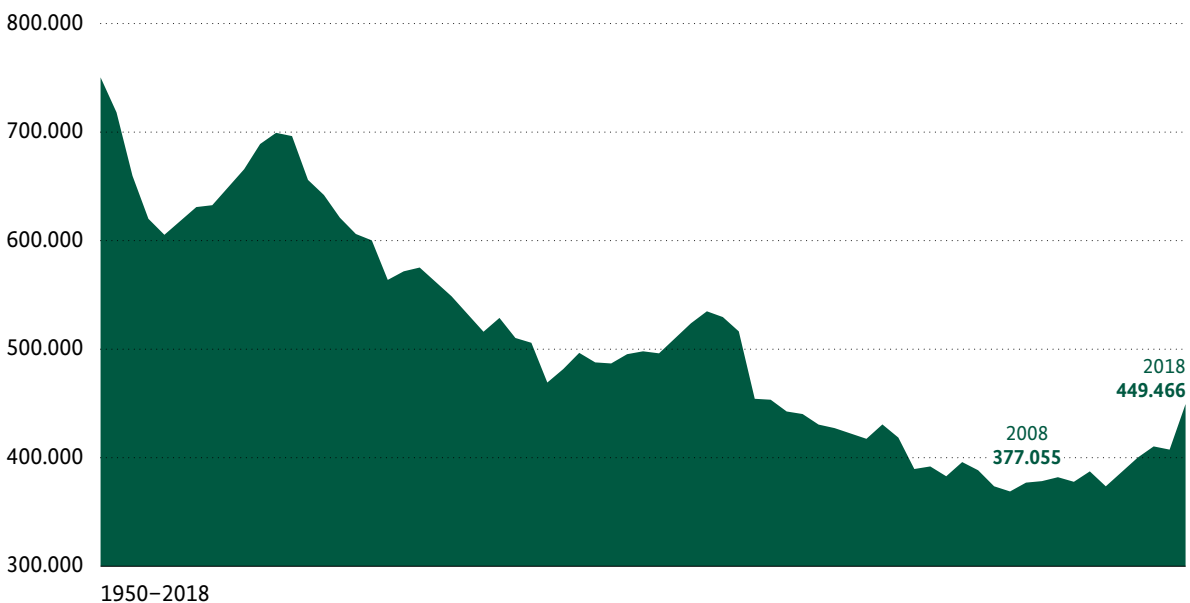
130 Tomáš Sobotka (2017): *Childlessness in Europe: Reconstruction long-term trends among women born 1900–1972*. In: Michaela Kreyenfeld, Dirk Konietzka [Hrsgl]: *Childlessness in Europe: contexts, causes, and consequences*, Appendix 2, S. 47–49, Link: <https://www.springer.com/de/book/9783319446653>

2.4 Eheschließungen und Scheidungen

Die meisten Menschen heiraten nach wie vor mindestens einmal in ihrem Leben, auch wenn Ehen heute nicht mehr als notwendige Voraussetzung für die Familiengründung oder für ein glückliches Leben gesehen werden.¹³¹ Knapp zwei Drittel der jungen Menschen unter 40 Jahren empfinden die Ehe nicht für überholt.¹³²

Im Jahr 2018 haben sich 449.466 Paare trauen lassen, das sind 42.000 mehr als im Vorjahr. Bei sieben Prozent der Ehen 2018 hatten die Eheschließenden das gleiche Geschlecht. 2018 wurden damit so viele Ehen geschlossen wie zuletzt 1992/1993 (Abbildung 55). In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Eheschließungen dabei stetig angestiegen.

Abbildung 55: Eheschließungen in Deutschland, 1950–2018, absolut



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt (Abbildung 56). Pro 1.000 Einwohnende gab es in Deutschland 2018 5,4 Eheschließungen – in der EU-28 waren es 2016

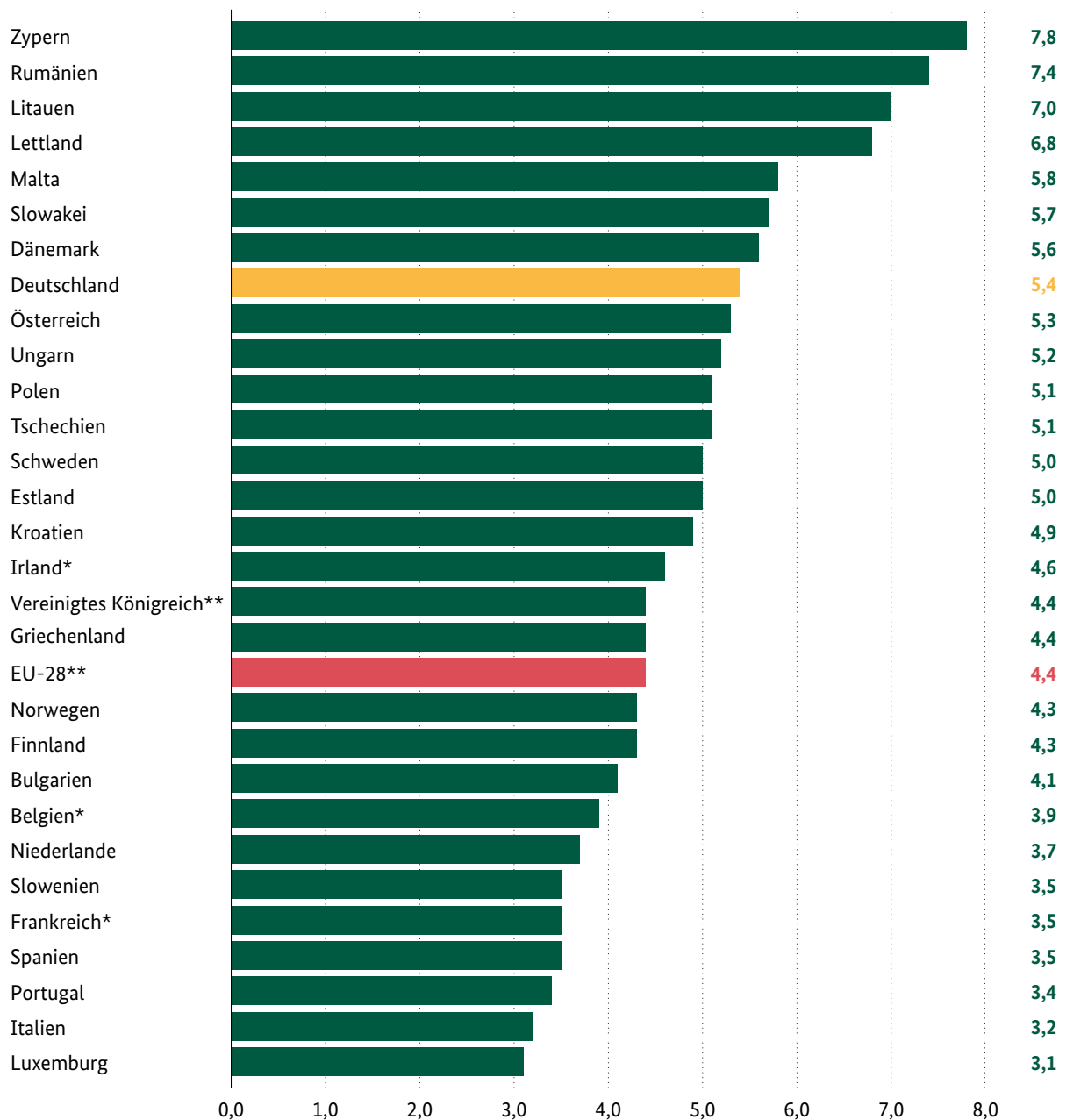
4,4.¹³³ Am häufigsten wurde dabei auf Zypern, in Rumänien, Lettland und Litauen geheiratet – am seltensten in Luxemburg, Italien und Portugal.

131 Stefan Weick (2018): Einstellungen zu Familie und Lebensformen. In: Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für Deutschland, S. 393 ff., Link: https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/iuk/dr2018_bf_pdf_ganzes_buch.pdf

132 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen. Meinungen. Erwartungen. S. 9, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2013/pdf/Familienleitbilder-Vorstellungen-Meinungen-Erwartungen.pdf?__blob=publicationFile&v=1

133 Eurostat (2020): Rohe Heiratsziffer, Link: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/EDN-20190214-1?inheritRedirect=true>, Datentabelle: demo_nind, marriage indicators

Abbildung 56: Eheschließungen pro 1.000 Einwohnerinnen/Einwohner, 2017/2018



Quelle: Eurostat (2020), eigene Darstellung

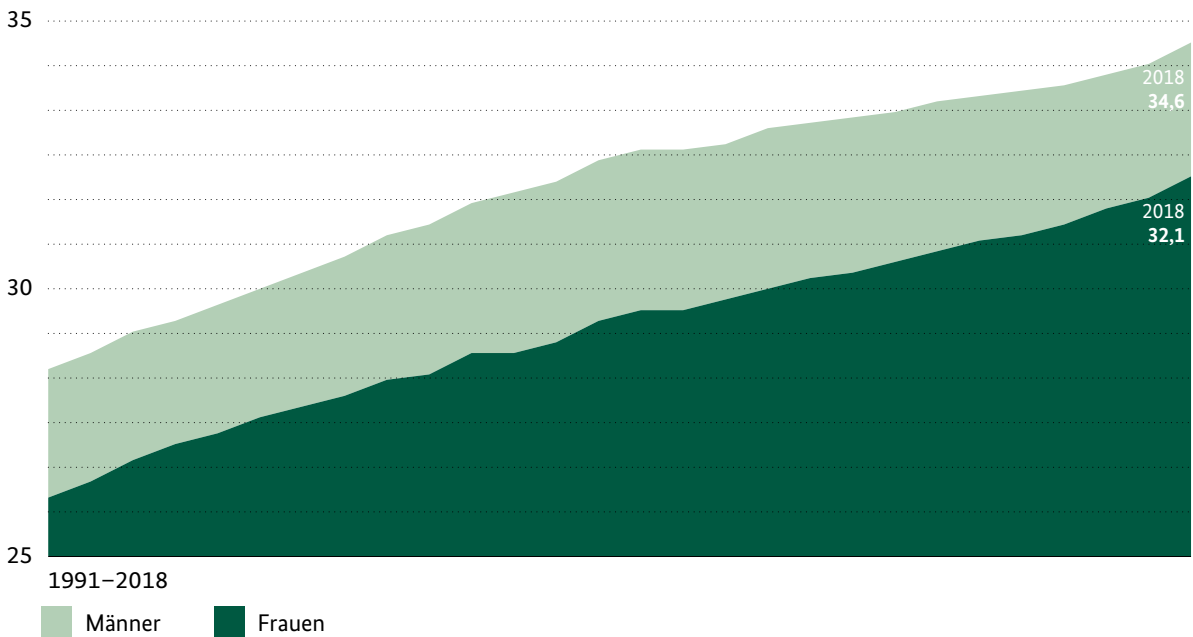
Anmerkung: * Daten für 2017, ** Daten für 2016, Zahlen für Deutschland 2018 ergänzt aus: Statistisches Bundesamt (2020)

2018 war es dabei für zwei Drittel der Eheschließenden die erste Ehe (69 Prozent), bei 14 Prozent der Ehen waren beide Eheschließende verwitwet oder geschieden.¹³⁴ Seit 2004 nimmt der Anteil Erst-Ehen wieder zu: Zwischen 2004 und 2018 ist

er von 61 auf 69 Prozent gestiegen. Das Alter bei der Erst-Ehe betrug in Deutschland im Jahr 2018 für Männer 34,6 Jahre, für Frauen 32,1 Jahre (Abbildung 57). Das Alter bei Heirat steigt damit weiter an.

¹³⁴ Statistisches Bundesamt (2019): Erst-Ehen und Wiederverheiratung bei Eheschließungen zwischen Mann und Frau; nur gegengeschlechtliche Paare, fehlende Werte zu 100: die beiden eheschließenden Personen haben unterschiedliche Familienstände (ledig, verwitwet, geschieden).

Abbildung 57: Durchschnittliches Alter lediger Frauen und Männer bei Eheschließung, Deutschland, 1991–2018



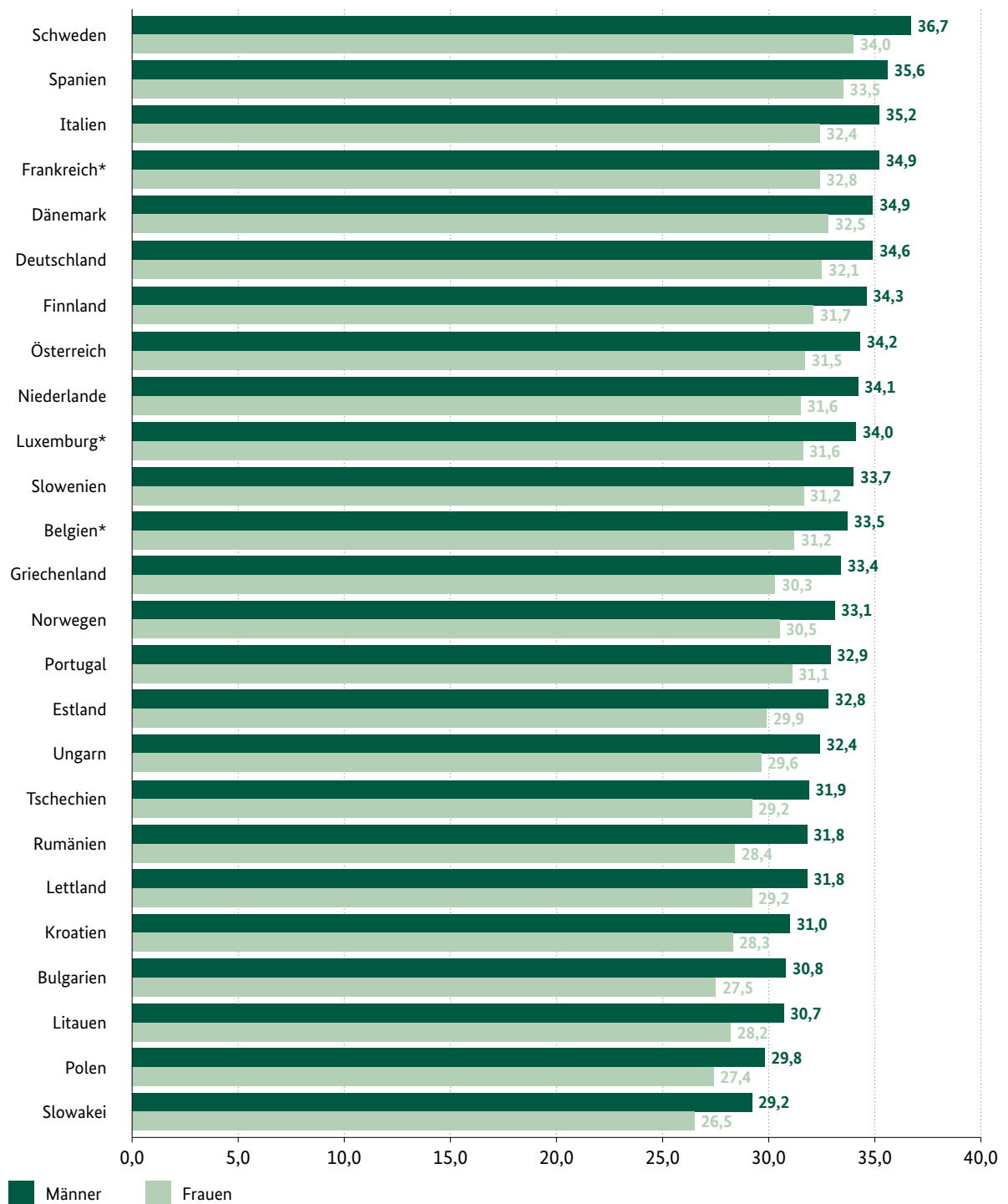
Quelle: Statistisches Bundesamt (2019): Statistik der Eheschließungen

Dabei hat sich das Erstheiratsalter zwischen den neuen und den alten Bundesländern im Zeitverlauf zunächst bis etwa 2004 angeglichen. Seit zehn Jahren sind ledige Heiratende aus den neuen Ländern älter bei der ersten Eheschließung als ledige Heiratende aus den alten Bundesländern. 2018 betrug der Altersunterschied zwischen ost- und westdeutschen Eheschließenden drei Jahre bei den Männern und etwa 2,5 Jahre bei den Frauen. So waren ostdeutsche Männer 2018 bei der Trauung durchschnittlich 36,5 und ostdeutsche Frauen 33,8 Jahre alt. Die westdeutschen Männer waren 33,9 und die Frauen 31,4 Jahre. 2008 waren in Westdeutschland die Männer bei Erstheirat noch durchschnittlich 32,8 und die Frauen 29,9 Jahre alt – in Ostdeutschland waren die Männer 33,2 und die Frauen 30,2 Jahre alt.

Mit rund 32 beziehungsweise 35 Jahren sind deutsche Eheschließende bei der ersten Heirat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher älter¹³⁵ (Abbildung 58). Bei der ersten Hochzeit sind die Eheschließenden nur in Schweden und Spanien noch älter als in Deutschland. In diesen Ländern sind Frauen bei der ersten Heirat 34 und Männer zwischen 36–37 Jahre alt. Ungefähr gleich alt wie Eheschließende in Deutschland sind Eheschließende in Italien, Frankreich, Dänemark, Finnland, Österreich, Niederlande und Luxemburg. Dort sind Frauen ebenfalls durchschnittlich rund 32 und Männer 34 Jahre alt bei der ersten Ehe. Relativ jung heirateten Menschen dagegen in der Slowakei, in Polen, Litauen und Bulgarien. Dort sind Männer durchschnittlich 29–30 und Frauen 27–28 Jahre alt.

135 Eurostat (2020): Mean age at first marriage, Link: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/EDN-20190214-1?inheritRedirect=true>, Datentabelle: demo_nind, marriage indicators

Abbildung 58: Durchschnittliches Alter von Frauen und Männern bei Erstheirat in Europa, 2018/2017



Quelle: Eurostat (2020), eigene Darstellung

Anmerkung: * Daten für 2017, Zahlen für Deutschland 2018 ergänzt aus: Statistisches Bundesamt (2020)

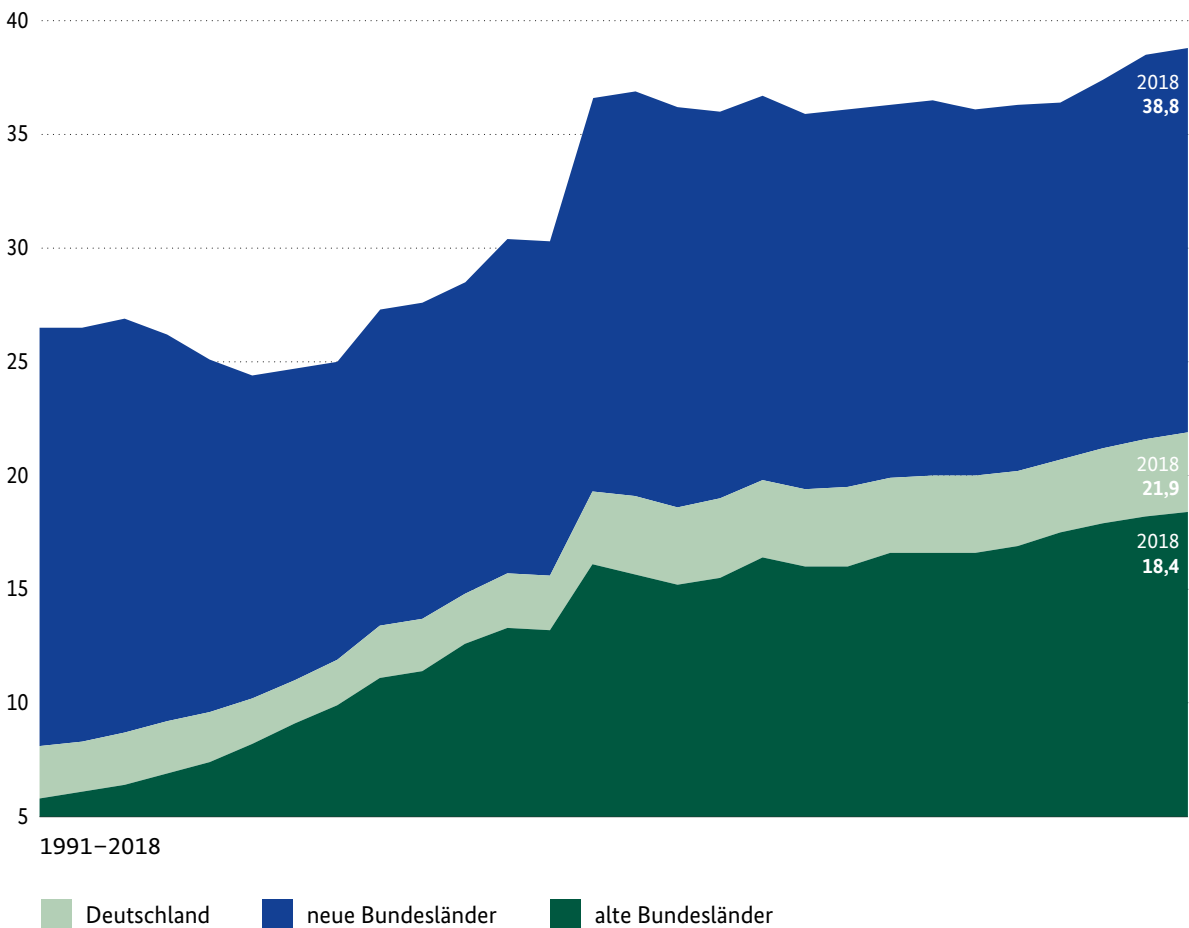
2 Familienleben in Deutschland und Europa

Bei 86 Prozent der Eheschließungen besaßen 2018 beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei elf Prozent besaß mindestens eine oder einer der Eheschließenden eine ausländische Staatsbürgerschaft (binationale Ehe) und in drei Prozent der Eheschließungen besaßen beide Eheschließenden eine ausländische Staatsbürgerschaft. Damit sind die binationalen Ehen in den letzten zehn Jahren konstant geblieben. Eltern sind in 92 Prozent der Paarfamilien mit Migrationshintergrund verheiratet. Das sind neun Prozentpunkte mehr als in Paarfamilien ohne Migrationshintergrund. Entsprechend geringer fällt der Anteil der unverheira-

teten Eltern in Paarfamilien mit Migrationshintergrund (acht Prozent) im Vergleich zu Paarfamilien ohne Migrationshintergrund (17 Prozent) aus.¹³⁶

In 22 Prozent aller 2018 geschlossenen Ehen gab es voreheliche Kinder. Dieser Anteil hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt (Abbildung 59). Aufgrund des höheren Anteils nicht ehelich geborener Kinder in Ostdeutschland ist entsprechend auch der Anteil der Ehen mit vorehelichen Kindern in Ostdeutschland mit 39 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (18 Prozent).

Abbildung 59: Anteil der vorehelichen Kinder bei Eheschließung, 1991–2018, in Prozent



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2019), ab 2001 neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin

136 BMFSFJ (2020): Gelebte Vielfalt: Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland

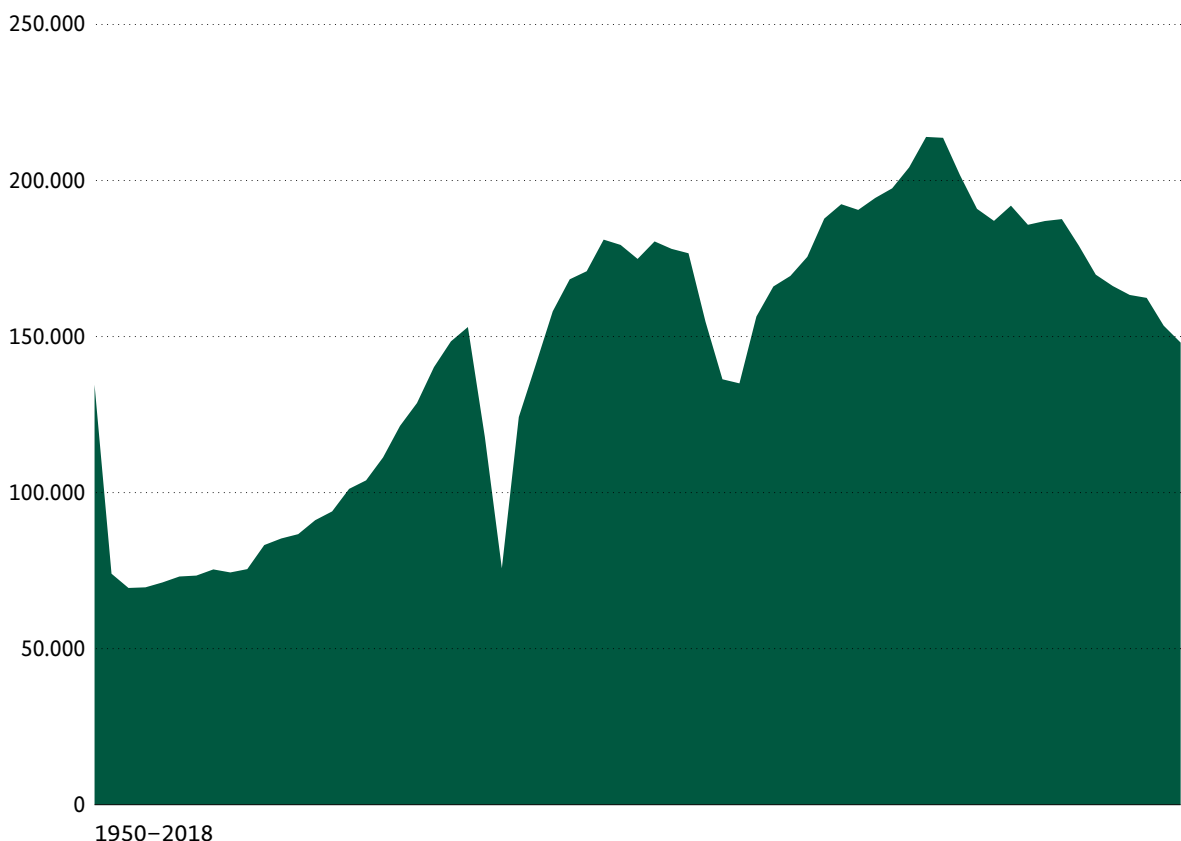
Ehescheidungen

Die Ansprüche an eine Ehe und an Partnerschaft haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Junge Menschen wollen heute eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Aufgabenteilung in der Beziehung. Für eine funktionierende Partnerschaft zählen junge Menschen unter 40 Jahren vor allem emotionale Faktoren wie gegenseitige Liebe, erfüllte Sexualität und gegenseitige Freiräume auf.¹³⁷ Die (emotionalen) Erwartungen an eine Ehe und Partnerschaft nehmen zu. Erfüllen sich diese Erwartungen nicht, entscheiden sich Menschen heute eher für eine Scheidung als vor zehn oder 20 Jahren. Das zeigt auch eine aktuelle dänische Scheidungsstudie. Dort waren die häufigsten Gründe für Scheidungen fehlende Liebe/Intimität,

Kommunikationsprobleme und fehlende Empathie, fehlender Respekt und fehlendes Vertrauen und sich auseinander leben.¹³⁸

2018 gab es insgesamt 523.665 Ehelösungen. Die meisten Ehen werden nach wie vor durch den Tod eines Partners beendet. Dies war 2018 bei 72 Prozent der Ehelösungen der Fall, 148.066 Ehen wurden gerichtlich geschieden („Ehescheidungen“), das entspricht 28 Prozent der Ehelösungen (Abbildung 60). 2018 wurden 3,5 Prozent weniger Ehen geschieden als 2017. Von den etwa 17,8 Millionen Ehen, die 2018 insgesamt bestanden, wurde 2018 somit weniger als ein Prozent gerichtlich geschieden und knapp drei Prozent gelöst.

Abbildung 60: Anzahl der Ehescheidungen, 1950–2018, absolut



Anmerkung: Der Einschnitt in den Jahren 1977 bis 1979 ist auf die Änderung des Scheidungsrechts zum 1. Juli 1977 im früheren Bundesgebiet zurückzuführen. Dabei wurde das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt und außerdem umfangreiche Neuregelungen für den Vermögens- und den Versorgungsausgleich der ehemaligen Partner eingeführt.

Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2019): Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen (Scheidungsstatistik)

137 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen. Meinungen. Erwartungen. S. 9, Link: https://www.bib.bund.de/Publikation/2013/pdf/Familienleitbilder-Vorstellungen-Meinungen-Erwartungen.pdf?__blob=publicationFile&v=1

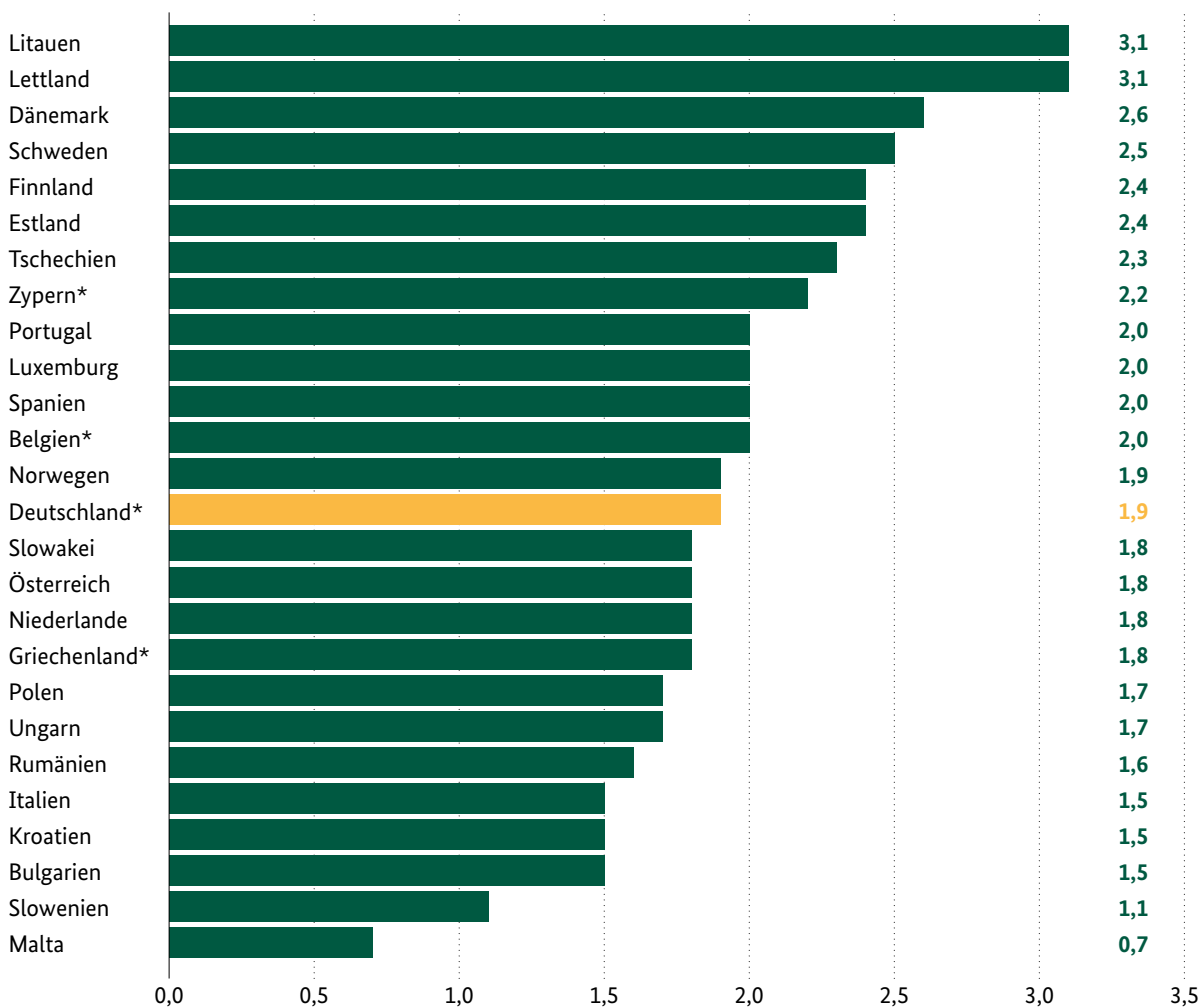
138 Jenna Marie Strizzi, Søren Sander, Ana Ciprić, Gert Martin Hald (2020): „I Had Not Seen Star Wars“ and Other Motives for Divorce in Denmark. In: Journal of Sex & Marital Therapy, 46:1, S. 57–66, DOI: 10.1080/0092623X.2019.1641871

2 Familienleben in Deutschland und Europa

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland etwa im Mittelfeld (Abbildung 61). Ein Blick auf die Anzahl der Scheidungen pro 1.000 Einwohnende zeigt, dass 1,9 Ehen pro 1.000 Einwohnende

geschieden werden. Am seltensten werden Ehen in Malta, Slowenien und Bulgarien und am häufigsten in Litauen, Lettland und den skandinavischen Ländern geschieden.¹³⁹

Abbildung 61: Ehescheidungsnummer in europäischen Ländern (Scheidungen pro 1.000 Einwohnende), 2018/2017



Quelle: Eurostat (2020): Ehescheidungsnummern, rohe Scheidungsnummer

Anmerkung: * Daten für 2017

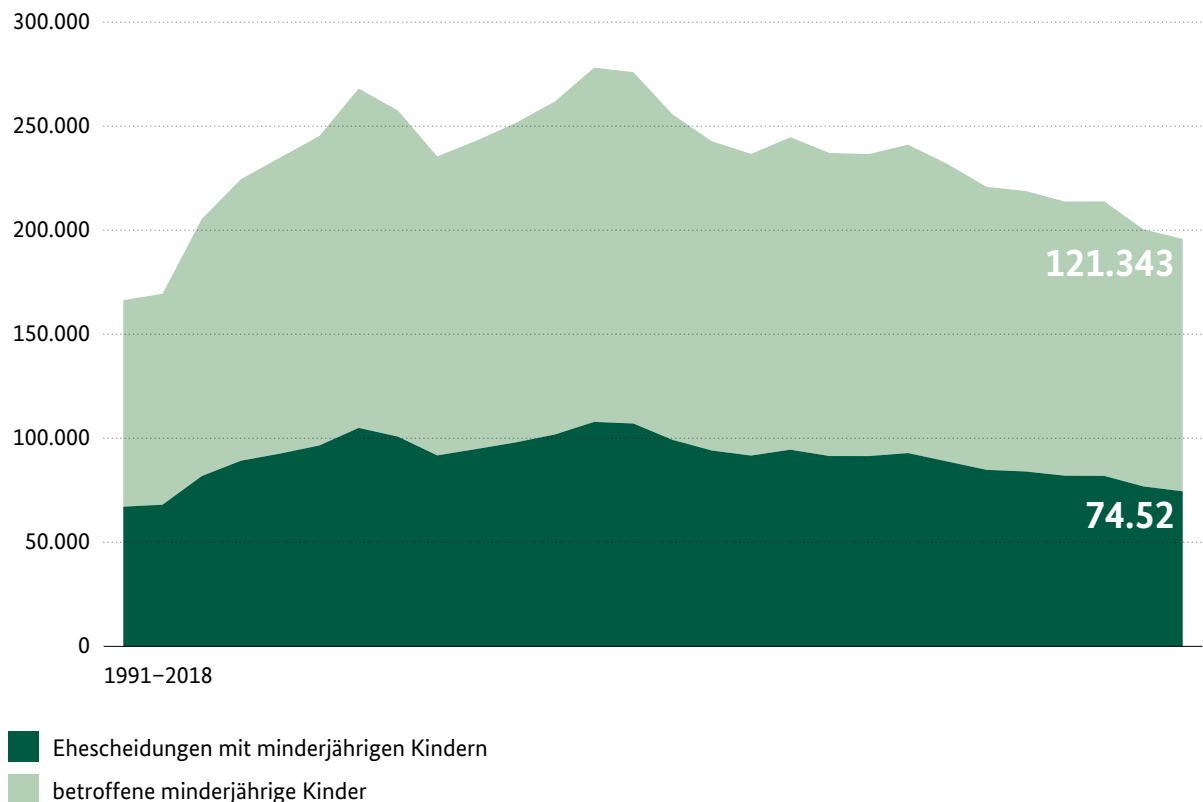
139 Eurostat (2020): Ehescheidungsnummern, rohe Scheidungsnummer, Link: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>, Tabelle: demo_ndivind

Die durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung lag 2018 bei 14 Jahren und neun Monaten. Damit setzt sich der Trend zu längeren Ehen fort. 1990 lag die durchschnittliche Ehedauer noch bei 11,5 Jahren und im Jahr 2000 bei 12,9 Jahren. Nach den derzeitigen Scheidungsverhältnissen liegt die zusammengefasste Scheidungsziffer („Scheidungsrate“) bei 32 Prozent, das heißt, 32 Prozent aller in einem Jahr geschlossenen Ehen würden im Laufe der nächsten 25 Jahre wieder geschieden, wenn die Scheidungshäufigkeit des jeweiligen Kalenderjahres über einen Zeitraum von 25 Jahren konstant bleiben würde. Damit einher geht auch das steigende durchschnittliche Alter der Frauen und Männer bei einer Scheidung. 2018 waren bei der

Scheidung Männer im Durchschnitt 46,7 und Frauen 43,9 Jahre alt, 20 Jahre zuvor waren Frauen noch 37,8 und Männer durchschnittlich 40,5 Jahre alt.¹⁴⁰

Bei der Hälfte aller Scheidungen sind gemeinsame minderjährige Kinder betroffen (Abbildung 62). Insgesamt waren 2018 in 74.523 Ehescheidungen gemeinsame minderjährige Kinder betroffen, das sind 50 Prozent der Ehescheidungen. Insgesamt sind 2018 121.343 Minderjährige von Scheidung betroffen gewesen. Damit sinkt zwar die absolute Zahl der betroffenen Kinder seit 2003 kontinuierlich, dennoch sind relativ weiterhin bei jeder zweiten Scheidung minderjährige Kinder betroffen.¹⁴¹

Abbildung 62: Ehescheidungen mit minderjährigen Kindern und Anzahl der betroffenen minderjährigen Kinder, 1991 bis 2018



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Ehescheidungen und betroffene minderjährige Kinder

140 Statistisches Bundesamt (2019): Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen (Scheidungsstatistik) 2018

141 Statistisches Bundesamt (2019): Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen (Scheidungsstatistik) 2018



Wirtschaftliche Lage der Familien

Damit Familien ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllen können und Männer und Frauen ihre Kinderwünsche auch realisieren, ist es wichtig, dass Eltern und Familien nicht systematisch unter schlechteren ökonomischen Bedingungen leben oder von der wirtschaftlichen Entwicklung der übrigen Bevölkerung abgekoppelt werden. Ein zentrales Ziel der deutschen Familienpolitik ist, die wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe von Familien zu fördern. Wirtschaftliche Stabilität meint im Kern den Schutz der Familien vor monetärer Armut, „also vor einem Mangel an Einkommen unter Berücksichtigung von Ersparnis und Vermögen“.¹⁴² Soziale Teilhabe bezeichnet Zugangsmöglichkeiten zum gesellschaftlichen Leben wie beispielsweise die Teilnahme an Angeboten in den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur, Sport oder die Betätigung in Vereinen.¹⁴³

Familienbezogene Leistungen unterstützen Eltern dabei, die durch Kinder entstehenden Kosten zu tragen, auch mit kleinen Kindern erwerbstätig zu sein und so den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Sie sorgen für einen Nachteilsausgleich (gegenüber kinderlosen Haushalten) und helfen auf diese Weise, langfristige ökonomische Defizite von Familien zu vermeiden. Insbesondere eine möglichst kontinuierliche und umfängliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile stärkt die wirtschaftliche Sicherheit von Familien.

3.1 Einkommensverteilung von Familien

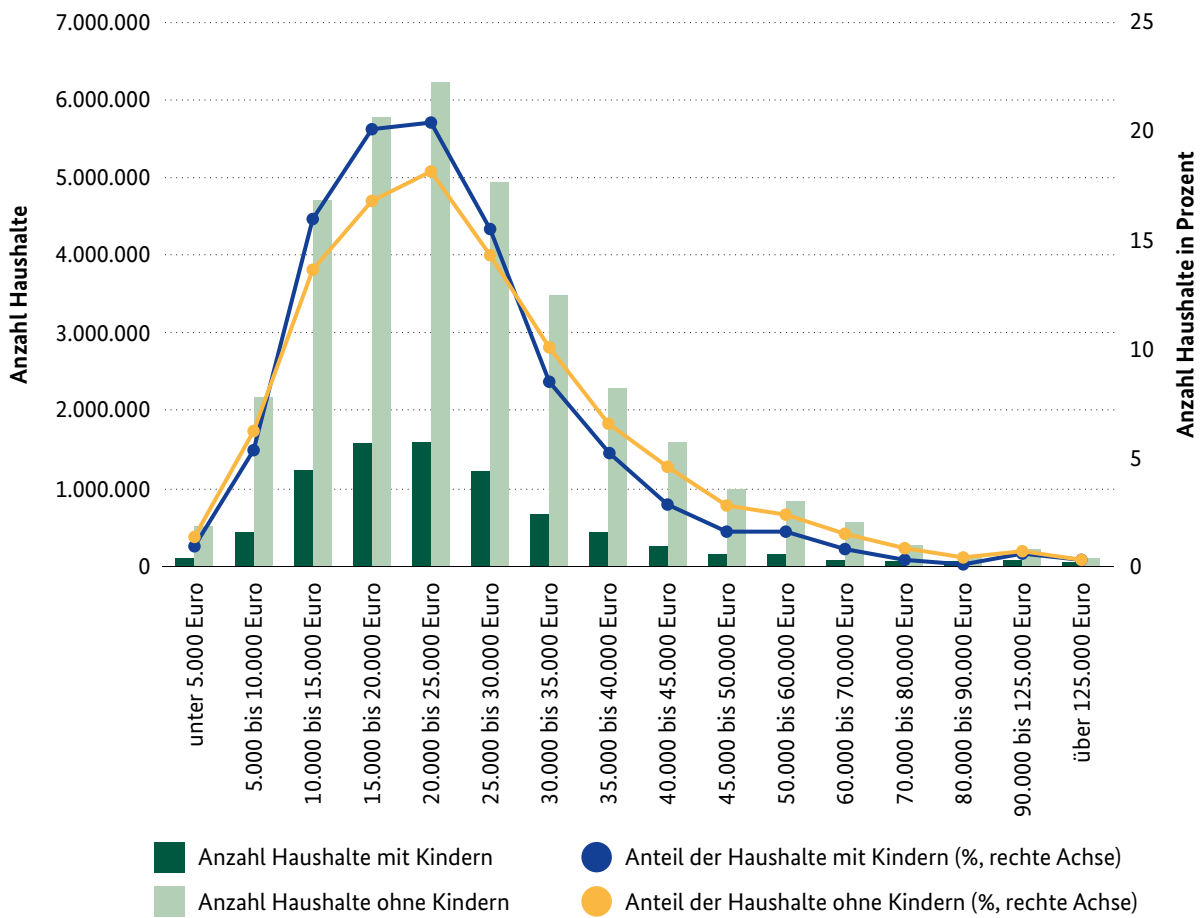
Betrachtet man allein die absoluten Einkommen der Familienhaushalte, ohne die Anzahl der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, entsteht der Eindruck, dass Familien über höhere Einkommen verfügen als kinderlose Haushalte. So hat rund die Hälfte aller Familien (51 Prozent) ein Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 45.000 Euro pro Jahr. Unter den Haushalten ohne Kinder ist es nur ein Viertel (25 Prozent). Um die unterschiedlichen Bedarfe von Haushalten je nach Haushaltsgröße und Alter der Kinder bei dem Vergleich der Haushaltseinkommen berücksichtigen zu können, wird in Abbildung 63 das sogenannte äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen¹⁴⁴ dargestellt. Hier relativiert sich das vorherige Ergebnis. Werden Größe und Altersstruktur des Haushalts berücksichtigt, haben Familien etwas häufiger kleinere Einkommen als Kinderlose. Rund 42 Prozent der Familien haben ein gewichtetes Einkommen von bis zu 20.000 Euro pro Jahr. Bei den Kinderlosen liegt der Anteil bei 38 Prozent. Der Grund hierfür ist, dass bei Familien das Einkommen der Eltern auch den Bedarf der Kinder abdecken muss. Insgesamt verlaufen die beiden Verteilungen jedoch sehr ähnlich. Familien stehen also wirtschaftlich nicht systematisch schlechter da als kinderlose Haushalte.

142 Prognos 2014: Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen. Endbericht, S. 98ff., Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/93954/25490622c47497e47acbfa797748cfb/gesamtevaluation-der-ehe-und-familienbezogenen-massnahmen-und-leistungen-data.pdf>

143 Ebenda

144 Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein je nach Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder gewichtetes Nettoeinkommen. Nach der in der Regel verwendeten neuen Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erhält der Haupteinkommensbezieher des Haushalts den Gewichtungsfaktor 1,0, alle übrigen Haushaltsmitglieder von 14 Jahren und älter den Faktor 0,5 und Personen unter 14 Jahren den Faktor 0,3. Ein Ehepaar mit 2 Kindern unter 14 hätte daher bei einem verfügbaren Einkommen von 4 500 Euro monatlich ein Äquivalenzeinkommen von 2 142,86 Euro ($4500 / (1,0 + 0,5 + 2 * 0,3) = 2142,86$). (Quelle: Glossar Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Glossar/Functions/glossar.html;jsessionid=23DB5A609F-CDEB82B2F4100B2CDC63F3?cms_lv2=62630&cms_lv3=62574#glossar62574)

Abbildung 63: Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen, 2018

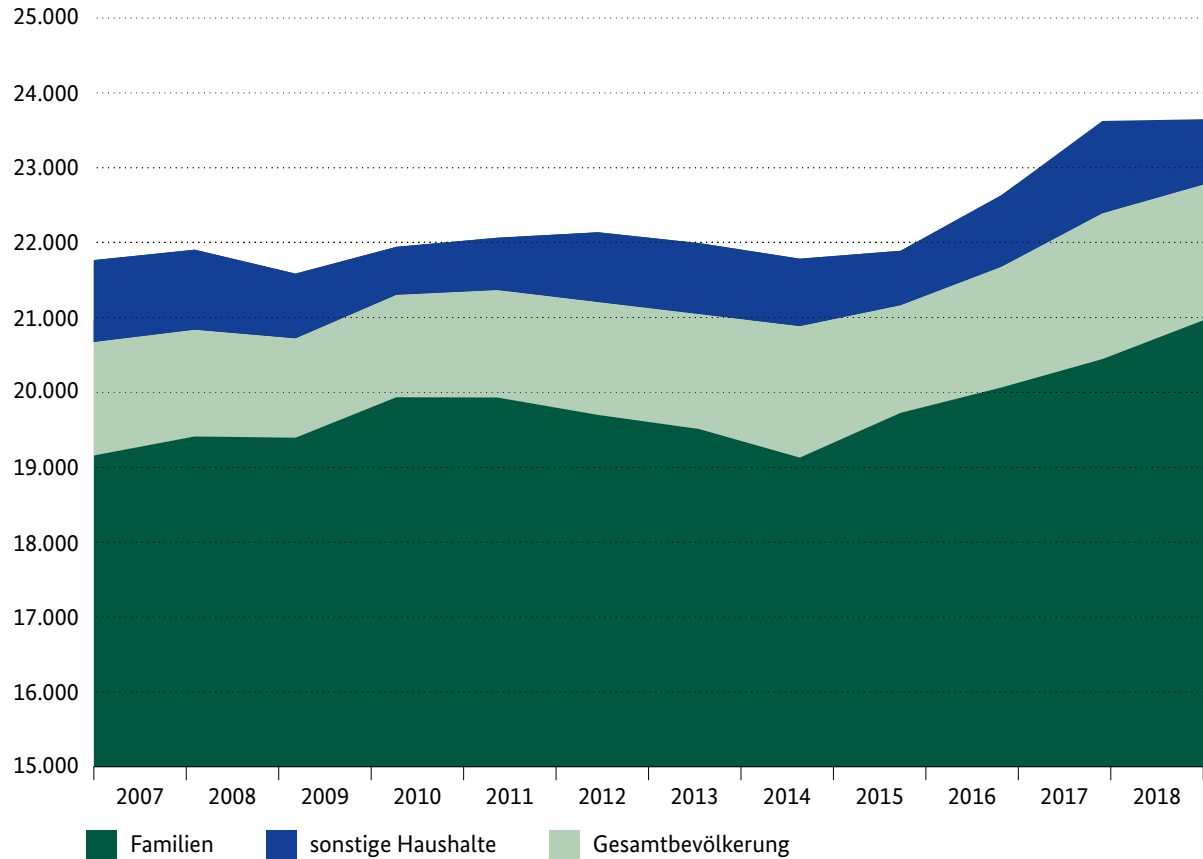


Quelle: SOEP v35 (Erhebungsjahr 2018, Einkommen aus dem Jahr 2017), eigene Berechnungen Prognos AG

Auch in der längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass Familien wirtschaftlich nicht systematisch schlechter dastehen als kinderlose Haushalte. Dafür betrachtet man die Entwicklung des Einkommens von Familien im Vergleich zur Bevölkerung. Die Einkommensentwicklung wird anhand des mittleren Einkommens, des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen, dargestellt. Die Einkommensentwicklung der Familien wird neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch von den Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den staatlichen Familienleistungen beeinflusst. Insgesamt haben die Familien mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung von kinderlosen Haushalten Schritt

gehalten. Die Nettoäquivalenzeinkommen der Familien verlaufen fast durchgängig unterhalb des Einkommens kinderloser Haushalte (Abbildung 64). Weitere Analysen zeigen, dass dies an den Einkommen von alleinerziehenden Familien liegt. Alleinerziehende haben gegenüber kinderlosen Haushalten und Paarfamilien ein deutlich geringeres Äquivalenzeinkommen. Zwar konnte die Lücke durch die Reform des steuerlichen Entlastungsbetrags 2015 und des Unterhaltsvorschlusses 2017 etwas verringert werden, allerdings bleibt die Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden hinter der von Paarfamilien zurück, sodass sich ein geringerer Medianwert für das Einkommen der gesamten Gruppe der Alleinerziehenden ergibt.

Abbildung 64: Einkommensentwicklung von Familien mit Kindern unter 18 Jahren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und Haushalten ohne minderjährige Kinder, 2007 bis 2018 mittleres Nettoäquivalenzeinkommen in Euro, in Preisen von 2011



Quelle: SOEP v35, Vorjahreseinkommen, einschl. unterstellter Mietzahlungen von Eigentümerhaushalten, eigene Berechnungen Prognos AG

Bildungsniveau entscheidet auch über Einkommen

Dabei ist das Einkommen auch vom Bildungsniveau abhängig. Insbesondere bei den Müttern hat der Bildungsabschluss einen zentralen Einfluss sowohl auf die Erwerbstätigkeit als auch auf den Erwerbsumfang. Während von den Müttern mit mittlerem oder hohem Bildungsabschluss 73 Prozent beziehungsweise 74 Prozent einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind nur 43 Prozent aller Mütter mit niedrigem Bildungsabschluss erwerbstätig. Zudem sind Mütter mit hohem Bildungsniveau deutlich häufiger in Vollzeit oder vollzeitnah beschäftigt. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind hingegen umso verbreiteter je niedriger der Bildungsabschluss der Mütter ist.¹⁴⁵

3.2 Armutsrisiken von Familien

Armut ist ein gesellschaftliches Phänomen mit vielen Facetten. Armut ist im Wesentlichen ein Mangel an Mitteln und Möglichkeiten, das Leben zu gestalten. Als komplexes Phänomen entzieht sie sich einer einfachen und eindeutigen Messung.¹⁴⁶ Auch in der Europäischen Union wird Armut beziehungsweise das Risiko, in Armut zu gelangen, durch unterschiedliche Indikatoren beschrieben.

So ist in der Europäischen Union ein wichtiger und aussagekräftiger Indikator zur Messung von Armut der Anteil der Haushalte, der als „materiell depriviert“ gilt. Der Indikator bildet Mangelsituationen

145 BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern, Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/-existenzsichernde--erwerbstaetigkeit-von-muettern/158748>

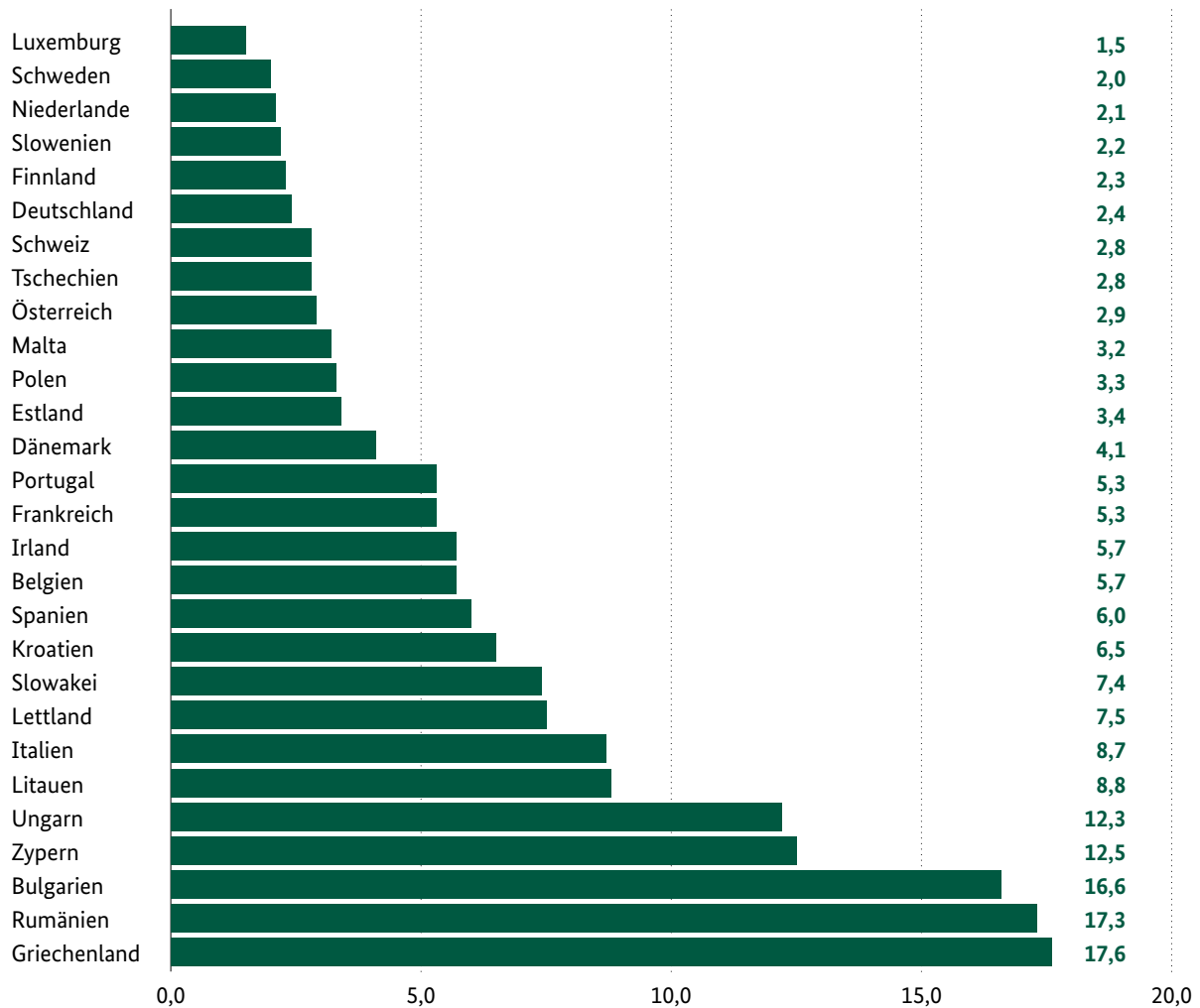
146 Vergleiche 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

3 Wirtschaftliche Lage der Familien

ab und dient ebenfalls der Abbildung armutsgefährdeter Lebenslagen von Familien.¹⁴⁷ Der Anteil der materiell deprivierten Haushalte mit abhängigen Kindern lag in Deutschland 2018 bei 2,4 Pro-

zent und damit unter dem EU-Durchschnitt von 6,2 Prozent. Einen niedrigeren Anteil wiesen in der EU nur Finnland, Slowenien, die Niederlande, Schweden und Luxemburg auf (Abbildung 65).

Abbildung 65: Rate der erheblichen materiellen Entbehrung von Haushalten mit abhängigen Kindern im EU-Vergleich, 2018, in Prozent



Quelle: Eurostat, auf der Basis der EU-SILC Erhebung

Im öffentlichen Diskurs über Armut ist die Armutsrisikoquote (ARQ), auch als Armutsgefährdungsquote bezeichnet, als eine wichtige Maßzahl fest verankert. Auch dieser Indikator zeigt, dass es der weit überwiegenden Mehrheit der Familien

wirtschaftlich gut geht. Allerdings wachsen je nach Datenquelle zwischen 14,5 und 20,7 Prozent der Kinder in Deutschland mit einem Armutsrisiko auf. Gerade wegen der Prominenz dieser Maßzahl muss betont werden, dass die Armuts-

¹⁴⁷ Die erhebliche materielle Entbehrung trifft für alle Haushalte zu, die von neun vorgegebenen Kriterien, die die finanziellen Einschränkungen des Haushalts widerspiegeln, mindestens vier erfüllen. Die neun Kriterien sind: Finanzielle Probleme, 1. die Miete, Hypotheken oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen, 2. die Wohnung angemessen heizen zu können, 3. unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können, 4. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit essen zu können, 5. jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen, 6. das Fehlen eines Autos, 7. das Fehlen einer Waschmaschine, 8. das Fehlen eines Farbfernsehgeräts, 9. das Fehlen eines Telefons im Haushalt. Das Fehlen der vier letztgenannten Konsumgüter wird nur dann als „Benachteiligung“ gewertet, wenn sie aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können.

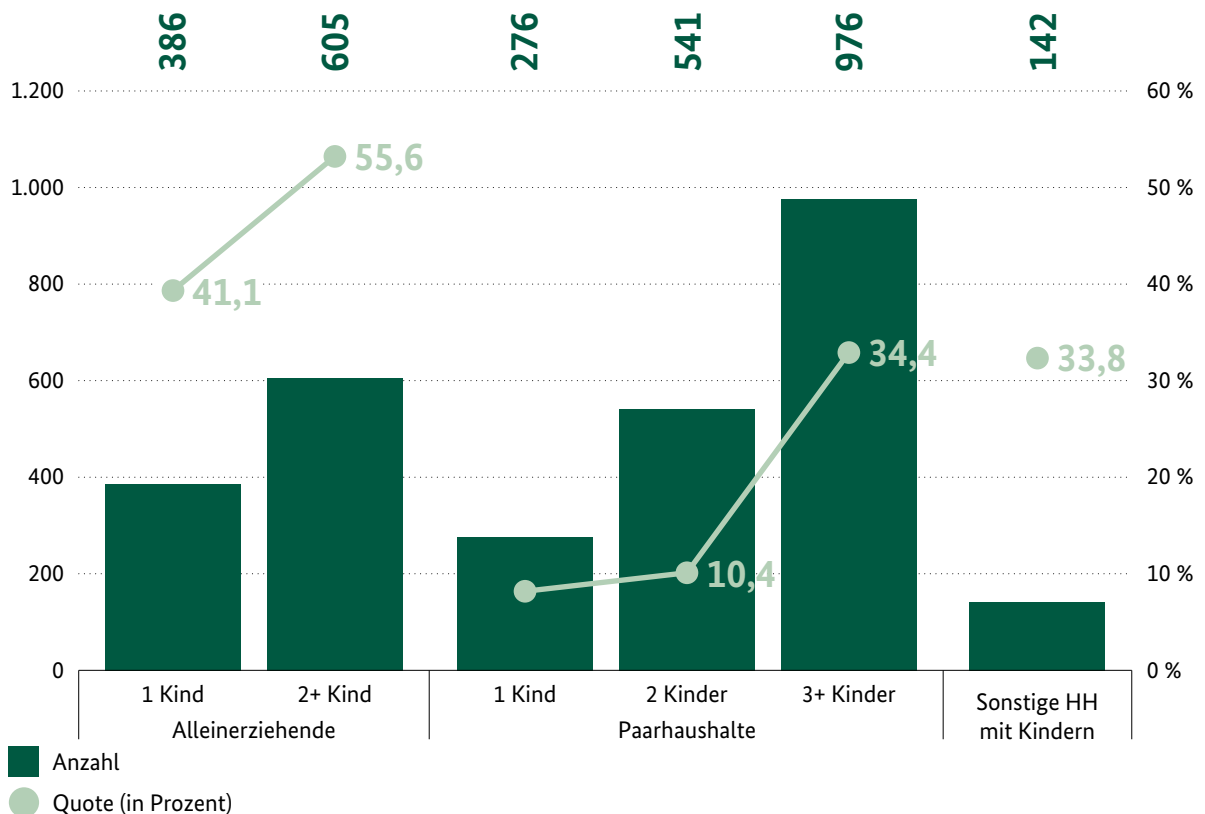
risikoquote vollständig losgelöst von individueller Bedürftigkeit und vielmehr eine statistische Maßgröße der Verteilung von Einkommen ist.¹⁴⁸ Ein Armutsrisiko besteht, wenn das Einkommen von betroffenen Personen deutlich unter dem mittleren Einkommen in einer Gesellschaft liegt.

Für Analysen im Zeitvergleich und für einen Vergleich zwischen verschiedenen Familientypen oder -situationen lässt sich die Armutsrisikoquote verwenden – trotz der statistischen Unsicherheiten des Indikators. So zeigt Abbildung 66, dass die Armutsrisikoquote von Kindern sich einerseits deutlich zwischen den Familientypen, andererseits nach Anzahl der Kinder im Haushalt unterscheidet. Kinder von Alleinerziehenden sind

besonders häufig von Armut bedroht. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind liegt die Armutsrisikoquote bei 41,1 Prozent, bei mehr Kindern sogar bei 55,6 Prozent (Abbildung 66).

Kinder aus Paarhaushalten sind demgegenüber vergleichsweise seltener von Armut bedroht. Bei Paarhaushalten mit einem oder zwei Kindern liegt die Armutsrisikoquote bei 8,6 beziehungsweise 10,6 Prozent. Vergleichsweise häufig von Armut bedroht sind auch Mehrkindfamilien mit drei und mehr Kindern (34,4 Prozent). Hier spielt die Haushaltsgröße eine wichtige Rolle. Mit der Familiengröße steigt tendenziell das Armutsrisiko, weil mehr Personen mit dem Einkommen auskommen müssen.

Abbildung 66: Anzahl und Anteil der armutsgefährdeten Kinder nach Familientyp und Anzahl der Kinder, 2018, Anzahlen (linke Skala) sowie Anteile in Prozent (rechte Skala)



Quelle: SOEP v35 (Erhebungsjahr 2018, Einkommen aus dem Jahr 2017), eigene Berechnungen Prognos AG

148 Die Höhe der Armutsrisikoquote hängt unter anderem von der zugrundeliegenden Datenbasis, der Bezugsgröße (in der Regel 60 Prozent des mittleren Einkommens) und der Gewichtung der Haushaltsmitglieder ab. Auf EU-Ebene haben sich die nationalen statistischen Ämter der EU-Staaten und EUROSTAT darauf geeinigt, dass der Erwachsene mit dem größten Einkommen ein Gewicht von 1 erhält, jede weitere Person im Haushalt ab 15 Jahren ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3. Die Armutsrisikoquote ist ein relatives Maß, dass sich am mittleren Einkommen einer Gesellschaft orientiert. Sinken in Folge der Pandemie insbesondere die mittleren Einkommen, sinkt auch der Wert der Armutsrisikoschwelle (60 Prozent des mittleren Einkommens).

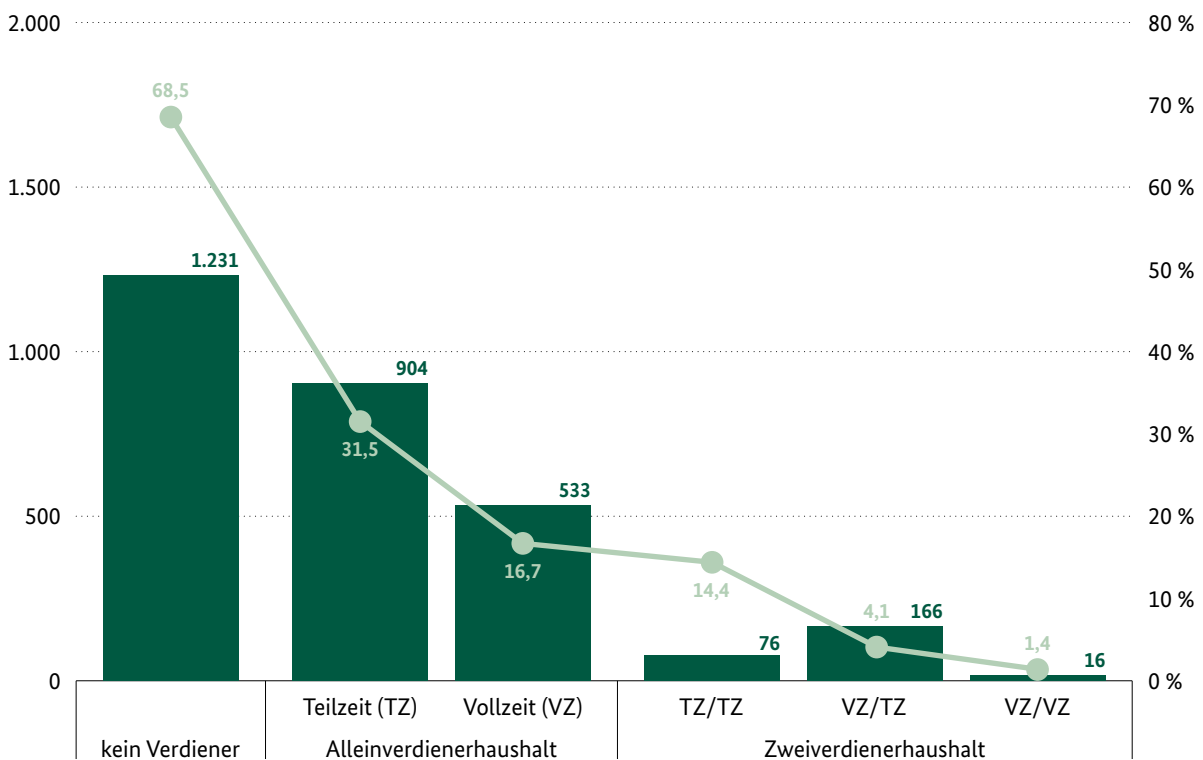
3 Wirtschaftliche Lage der Familien

In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union weisen Alleinerziehende ein höheres Armutsrisiko auf als Paarfamilien. Dennoch ist nicht das Alleinerziehen per se die Begründung für ein höheres Armutsrisiko. Denn die Armutsrisikoquote wird auf Basis von verfügbarem Einkommen und nicht anhand des Familientyps ermittelt.

Der entscheidende Faktor zur Vermeidung eines Armutsrisikos liegt danach in der Erwerbstätigkeit der Eltern beziehungsweise dem Umfang der Erwerbstätigkeit. Dieser Zusammenhang gilt für Alleinerziehende wie Paarfamilien. So liegt das

Armutsrisiko von Kindern aus Familien, in denen kein Erwachsener einer Erwerbstätigkeit nachgeht, bei 68,5 Prozent (Abbildung 67). Geht ein Elternteil zumindest einer Teilzeitbeschäftigung nach, wird das Armutsrisiko bereits mehr als halbiert – auf 31,5 Prozent. Bei einer Vollzeitbeschäftigung sinkt das Armutsrisiko noch einmal deutlich um fast die Hälfte auf nur noch 16,7 Prozent. Allerdings kann es auch in Zweiverdienerhaushalten noch ein Armutsrisiko geben. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Eltern zu niedrigen Löhnen arbeiten oder die Familie mehrere Kinder hat.

Abbildung 67: Armutsgefährdete Kinder nach Erwerbsbeteiligung und -umfang der Eltern, 2018, Anzahlen (linke Skala) sowie Anteile in Prozent (rechte Skala)



- Armutsgefährdete Kinder
- Anteil armutsgefährdeter Kinder (in Prozent)

Quelle: SOEP v35 (Erhebungsjahr 2018, Einkommen aus dem Jahr 2017), eigene Berechnungen Prognos AG

Auch ein Perspektivwechsel bestätigt die große Bedeutung der Erwerbstätigkeit und des Erwerbsumfangs für das Armutsrisiko: Bei rund 45 Prozent der armutsgefährdeten Kinder geht kein Elternteil im Haushalt einer Erwerbstätigkeit nach. Bei weiteren rund 29 Prozent geht nur ein Elternteil einer Teilzeitbeschäftigung nach. Erwerbslosigkeit erklärt auch das deutlich höhere Armutsrisiko von alleinerziehenden Haushalten im Vergleich zu Paarfamilien mit ein oder zwei Kindern. So hatten rund 43 Prozent der Alleinerziehenden ein Armutsrisiko und nur rund zehn Prozent der Paarfamilien mit ein oder zwei Kindern. Gut 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen; die Erwerbstätigkeit alleinerziehender Mütter liegt bei rund 70 Prozent, das heißt, rund 30 Prozent sind nicht erwerbstätig. Das erklärt einen großen Teil des hohen Armutsrisikos der Alleinerziehenden. Bei den Paarfamilien liegt

die Erwerbslosigkeit nur bei fünf Prozent. Auch am Armutsrisiko zeigt sich also die große Bedeutung einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die wirtschaftliche Stabilität der Familien.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland 2018 mit einer Armutsgefährdungsquote von 12,9 Prozent für Haushalte mit abhängigen Kindern unterhalb des EU-Durchschnitts von 18,4 Prozent (Abbildung 68).¹⁴⁹ Die Sozial- und Familienleistungen reduzieren das Armutsrisiko in Deutschland auf etwas mehr als die Hälfte.¹⁵⁰ Eine niedrigere Armutsrisikoquote hatten Länder wie Dänemark (8,9 Prozent) und Finnland (9,2 Prozent), aber auch Tschechien, Slowenien oder Ungarn. Die höchste Armutsgefährdungsquote wurde für Rumänien (27,0 Prozent), Spanien (25,9 Prozent) und Bulgarien (23,4 Prozent) ausgewiesen.

Abbildung 68: Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten von Haushalten mit abhängigen Kindern in der EU, 2008–2018, in Prozent

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Dänemark	7,9	9,0	9,5	8,9	8,5	7,9	8,2	8,6	7,9	8,3	8,9
Deutschland	13,1	13,0	14,6	13,7	13,5	13,2	13,7	13,2	13,5	13,3	12,9
Europäische Union	17,9	17,8	18,5	18,6	18,8	18,8	19,4	19,4	19,1	18,6	18,4
Finnland	10,5	10,8	10,2	10,3	9,5	8,1	9,1	8,8	8,0	8,4	9,2
Frankreich	14,0	14,8	15,7	16,6	16,8	16,2	16,0	16,5	16,8	16,3	16,5
Italien	21,8	21,5	23,1	24,2	24,0	23,1	23,6	24,4	24,6	24,8	n.V.
Niederlande	10,2	12,7	11,0	13,0	10,9	10,5	11,9	12,3	12,7	12,9	12,1
Norwegen	8,0	9,5	9,2	7,8	7,1	8,8	8,5	9,1	10,1	10,8	n.V.
Österreich	15,2	14,4	15,1	14,7	14,6	15,5	14,6	15,1	15,1	16,3	16,2
Rumänien	26,5	25,7	26,2	27,8	29,0	28,7	32,0	31,8	30,8	28,1	27,0
Schweden	13,2	13,7	15,0	15,6	15,5	15,9	15,5	15,6	16,1	16,5	16,1
Spanien	23,4	24,8	25,2	23,8	25,8	25,9	28,0	27,4	27,7	26,3	25,9

Quelle: Eurostat, auf der Basis der EU-SILC und ECHP Erhebungen, eigene Darstellung Prognos AG. Für Italien und Norwegen liegen im Jahr 2018 keine Angaben vor.

149 Die ausgewiesenen Armutsrisikoquoten von Kindern variieren je nach Datenquelle z.T. erheblich. Für einen aussagekräftigen Vergleich verschiedener Staaten kommt es daher auf eine vergleichbare Datengrundlage an. Mit den Daten des statistischen Amtes der Europäischen Union (eurostat) ist ein EU-Vergleich möglich.

150 Prognos (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen

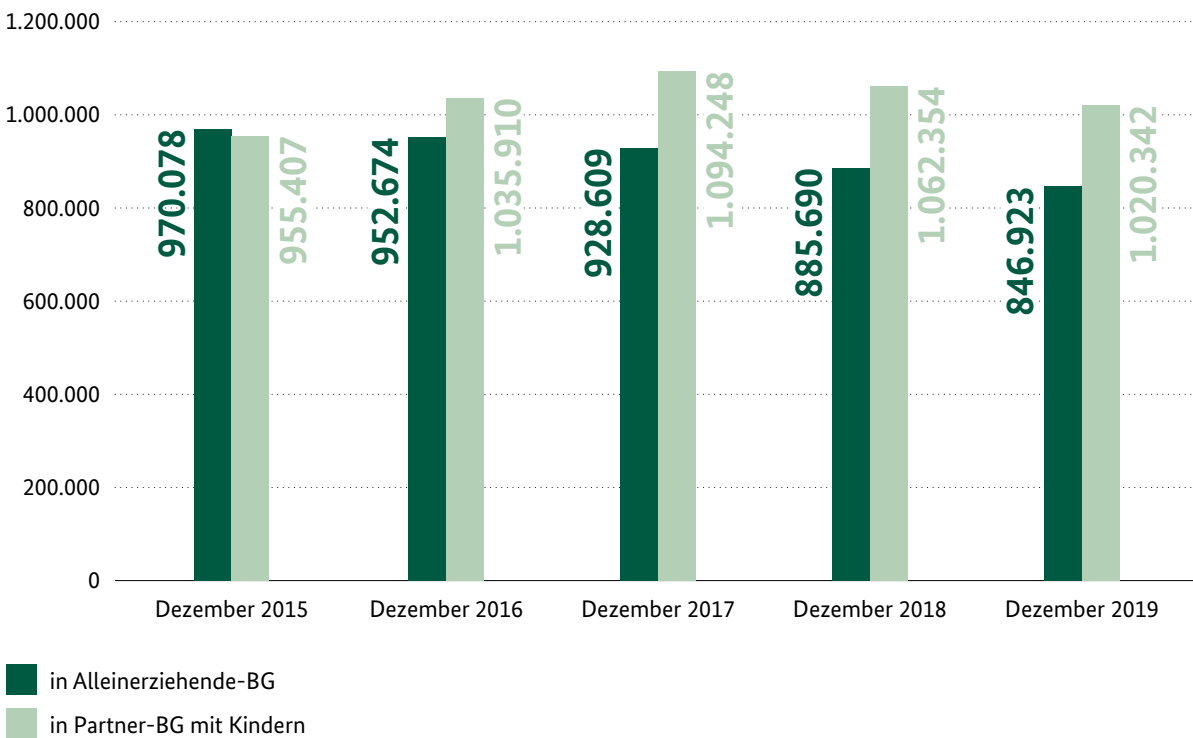
3 Wirtschaftliche Lage der Familien

Wie oben beschrieben, besteht ein Armutsrisiko, wenn das Einkommen von betroffenen Personen deutlich unter dem mittleren Einkommen in einer Gesellschaft liegt. Dagegen definieren die Regelsätze nach dem Sozialgesetzbuch das soziokulturelle Existenzminimum. Es orientiert sich an den Ausgaben der unteren 15 beziehungsweise 20 Prozent der Einkommensbeziehenden. Dieser Maßstab gibt an, was für ein menschenwürdiges Leben in Deutschland mindestens erforderlich ist. Auch wenn die Anzahl der Personen oder Haushalte, die Unterstützung durch diese Grundsicherung erfahren, nicht als Maßstab für das Ausmaß von Armut oder Armutsrisiko herangezogen werden kann, so erfährt diese Angabe in der öffentlichen Debatte dennoch große Aufmerksamkeit. Die Anzahl der Grundsicherung beziehenden Haushalte kann schon deshalb nicht als Maßstab für Armut herangezogen werden, weil für diese Haushalte das Existenzminimum gesichert ist. Leistungen der Grundsicherung können zudem

auch Haushalte mit erwerbstätigen Personen erhalten. Aufgrund der Erwerbstätigenfreibeträge verfügen diese Haushalte über ein Einkommen, das über das Existenzminimum hinausgeht.

Im Jahr 2019 erhielten rund 996.000 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren Unterstützung durch die Grundsicherung. Etwas weniger als 527.000 dieser Familien waren alleinerziehende Familien, rund 469.000 waren sogenannte Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Seit 2014 ist die Anzahl der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaft kontinuierlich um knapp 100.000 gesunken. Im Vergleich zwischen 2014 und 2019 ist die Zahl der Partner-Bedarfsgemeinschaften fast gleich geblieben, wenngleich es von Jahr zu Jahr zu großen Schwankungen kam. Ein Blick auf die Anzahl der Kinder im Grundsicherungsbezug zeigt, dass Alleinerziehende im Zeitverlauf seltener Unterstützung durch die Grundsicherung nutzten (vergleiche Abbildung 69).

Abbildung 69: Kinder unter 18 Jahren* in Alleinerziehenden- und Partner-Bedarfsgemeinschaften, Monatszahlen Dezember, 2015 bis 2019, absolut



* minderjährige, unverheiratete Kinder in Bedarfsgemeinschaften

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2019): Tabellen, Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen)

Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsumfangs wird auch innerhalb der Grundsicherung deutlich. Von den rund 555.000 Alleinerziehenden im Grundsicherungsbezug waren nur knapp 33 Prozent erwerbstätig, sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren nur 19 Prozent. Das heißt, etwas mehr als 80 Prozent der Alleinerziehenden in der Grundsicherung waren nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Hier liegt ein wesentlicher Grund für die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung.

3.3 Erwerbstätigkeit von Müttern

Für eine stabile Absicherung sind Familien, neben wirksamen Familienleistungen, vor allem auf eine existenzsichernde Beschäftigung angewiesen – dies gilt für Mütter und Väter gleichermaßen. Da Familien, in denen nur ein Elternteil einer Erwerbsarbeit nachgeht oder den Hauptteil zum Familieneinkommen beiträgt, schnell in eine Krise geraten können und sich einem höheren Armutsrisiko gegenübersehen, wenn die beziehungsweise der Haupt- oder Alleinverdienende ausfällt, sind Familien am besten gesichert, wenn beide Elternteile einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit¹⁵¹ nachgehen.

In der Mehrheit der Familien sind heute beide Elternteile erwerbstätig. Berufstätigkeit ist für den Großteil der Mütter heute ganz selbstverständlich (vergleiche Kapitel 4.1). Nach wie vor sind es aber in der Regel Mütter, die ihren Erwerbsumfang über längere Zeit einschränken, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Dies wirkt sich auch auf ihre beruflichen Chancen und Möglichkeiten der Existenzsicherung aus.

Neben individuellen Einstellungen sowie gesellschaftlichen Normen und politischen Rahmenbedingungen wirken Alter und Anzahl der Kinder

sowie Ausbildung der Mütter stark auf die Erwerbsbeteiligung ein. Je jünger das jüngste Kind im Haushalt ist und je mehr (junge) Kinder im Haushalt leben, desto geringer ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern.¹⁵² Je besser die Ausbildung, desto häufiger, eher und umfangreicher erfolgt ihr Wiedereinstieg in den Beruf.

Bessere Vereinbarkeitsbedingungen für beide Eltern = höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern

Bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die vor allem durch den verstärkten Ausbau der Kindertagesbetreuung geschaffen wurden, haben die gestiegene Erwerbstätigkeit ermöglicht und befördert. Außerdem hat insbesondere die Einführung des Elterngelds im Jahr 2007 Möglichkeiten geschaffen und Anreize gesetzt, dass Väter sich stärker in die Kinderbetreuung einbringen und Mütter die Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes kürzer halten.¹⁵³

Seit 2007 ist die Erwerbstätigenquote von Müttern kontinuierlich gestiegen

Im Jahr 2018 waren 69 Prozent der Mütter minderjähriger Kinder erwerbstätig (2006 waren es noch 60 Prozent), Mütter in alleinerziehenden Haushalten wie Mütter in Paarfamilien ähnlich häufig. Von den Müttern mit einem oder zwei Kindern waren 2018 rund 70 Prozent erwerbstätig, von den Müttern mit drei und mehr Kindern rund die Hälfte.

Die Erwerbstätigenquote von Müttern mit einem jüngsten Kind unter sechs Jahren in Deutschland unterscheidet sich nicht vom EU-Durchschnitt – sie liegt bei rund 64 Prozent (Abbildung 70).¹⁵⁴ Die höchsten Erwerbstätigenquoten weisen Portugal (80 Prozent), Slowenien (82 Prozent) und Schweden (84 Prozent) auf, die niedrigsten finden sich in Tschechien (44 Prozent) sowie in der Slowakei und Ungarn (43 Prozent).

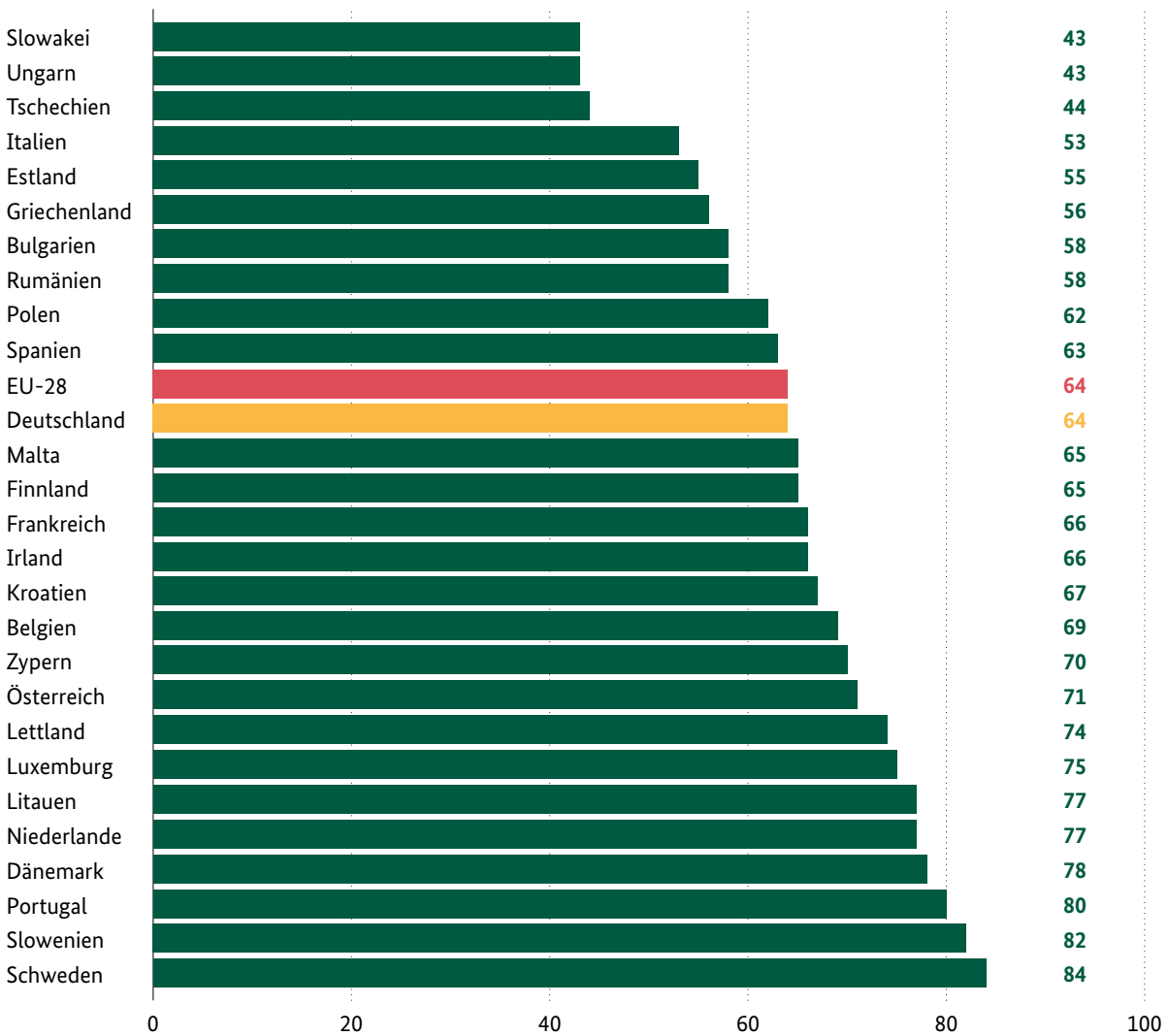
151 Zum Konzept zur Messung existenzsichernder Beschäftigung von Müttern vgl. BMFSFJ 2020. 2020 (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern: Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung, Nr. 41. Das dort entwickelte Konzept zielt auf eine kurzfristige Existenzsicherung ab. Die definierte Existenzsicherungsschwelle enthält den Regelbedarf für Alleinstehende, einen Pauschalbetrag für Wohnkosten und einen Grundfreibetrag für Erwerbstätige und liegt bei rund 900 Euro Netto monatlich.

152 Keller / Kahle (2018); Realisierte Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Link: https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2018/03/realisierte-erwerbstaetigkeit-032018.pdf?__blob=publicationFile; BMFSFJ 2020

153 Unterhofer, Ulrike/Welteke, Clara et. al. (2017): Elterngeld hat soziale Normen verändert. In: DIW Wochenbericht Nr. 34/2017; OECD (2017): Dare to Share. Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf; Pfahl, Svenja/Reuyß, Stefan et. al. (2014): Nachhaltige Effekte der Elterngeldnutzung durch Väter – Gleichstellungspolitische Auswirkungen der Inanspruchnahme von Elterngeldmonaten durch erwerbstätige Väter auf betrieblicher und partnerschaftlicher Ebene, Berlin.

154 Eurostat, Online-Database

Abbildung 70: Erwerbstätigenquoten 2019 von Müttern mit jüngstem Kind unter 6 Jahren in der EU



Quelle: Eurostat (Tabelle lfst_hheredch; Daten für 2019), eigene Darstellung

In Deutschland wie in Europa wirkt sich die Familiengründung stärker auf die Erwerbstätigkeit von Müttern aus (und hier eher auf den Erwerbsumfang als auf die Erwerbsbeteiligung an sich) als auf die von Vätern. In allen EU-Ländern sind es weit über 50 Prozent der Mütter, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um ihre Kinder zu betreuen.¹⁵⁵

In Deutschland erfolgt der Wiedereinstieg in das Berufsleben mehrheitlich in Teilzeit, und wenn die Kinder noch sehr jung sind.¹⁵⁶ Ist das jüngste Kind zwei Jahre alt, sind die meisten Mütter wieder

zurück im Beruf. 2018 galt dies für 61 Prozent der Mütter (im Vergleich zu 42 Prozent im Jahr 2006, vergleiche auch Abbildung 72). Für eine Mehrheit der Mütter in Deutschland ist es somit heute selbstverständlich, auch mit kleinen Kindern berufstätig zu sein.

Insgesamt waren im Jahr 2018 rund 60 Prozent aller erwerbstätigen Mütter mit jüngstem Kind unter 18 Jahren in Teilzeit beschäftigt.¹⁵⁷ Hinter dem Begriff der Teilzeitarbeit verbergen sich allerdings ganz unterschiedliche Erwerbsumfänge

155 Eurostat (online data code: Ifso_18ceffed). Zu berücksichtigen sind dabei die national unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (zum Beispiel Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten, Teilzeitarbeit).

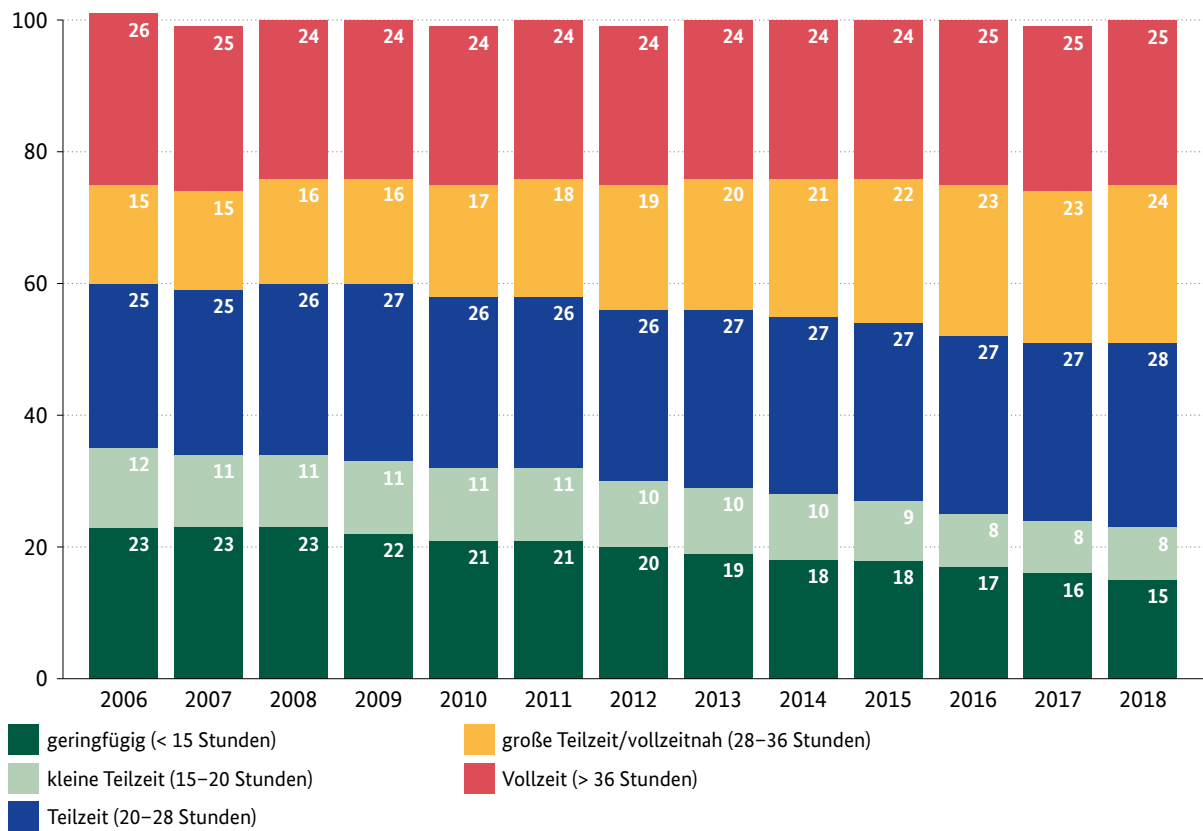
156 Vergleiche BMFSFJ 2020: (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern: Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung, Nr. 41

157 Berechnungen der Prognos AG auf Basis des Mikrozensus 2018, Konzept der realisierten Erwerbstätigkeit. Unter Teilzeitarbeit sind hier Stundenumfänge zwischen 15 und unter 36 Wochenstunden gefasst.

und Modelle der Verteilung der Arbeitszeit. Heute, mehr als zehn Jahre nach der Einführung des Elterngelds, arbeiten immer mehr Mütter minderjähriger Kinder in Teilzeit jenseits der klassischen „halben Stelle“ und immer weniger in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (unter 15 Wochenstunden). Rund jede vierte erwerbs-

tätige Mutter minderjähriger Kinder war 2018 in vollzeitnahem Stundenumfang erwerbstätig (zwischen 28 und 36 Wochenstunden; 24 Prozent), etwas mehr arbeiteten in Teilzeit zwischen 20 und 28 Wochenstunden (28 Prozent). Vollzeiterwerbstätig war im Jahr 2018 jede vierte Mutter minderjähriger Kinder (Abbildung 71).

Abbildung 71: Realisierte Erwerbstätigkeit* von Müttern mit jüngstem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zwischen 2006 und 2018 nach wöchentlichem Erwerbsumfang, in Prozent



Werte über 100 Prozent sind rundungsbedingt.

* Das Konzept der „realisierten Erwerbstätigkeit“ hat mittlerweile das bisher in der Familienberichterstattung der amtlichen Statistik übliche Konzept der „ausgeübten Erwerbstätigkeit“ abgelöst. Es betrachtet Personen als erwerbstätig, die üblicherweise einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ausgenommen sind nur Personen, die ihre aktuelle Erwerbsarbeit aufgrund von Mutterschutz oder Elternzeit unterbrochen haben. Die tatsächliche Erwerbsbeteiligung von Eltern mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren wird so realistischer erfasst (vgl. Hochgürtel, Tim (2018): Realisierte Erwerbstätigkeit zur Messung des Vereinbarkeitsarrangements von Familie und Beruf. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik, 3, 2018, S. 54–71.

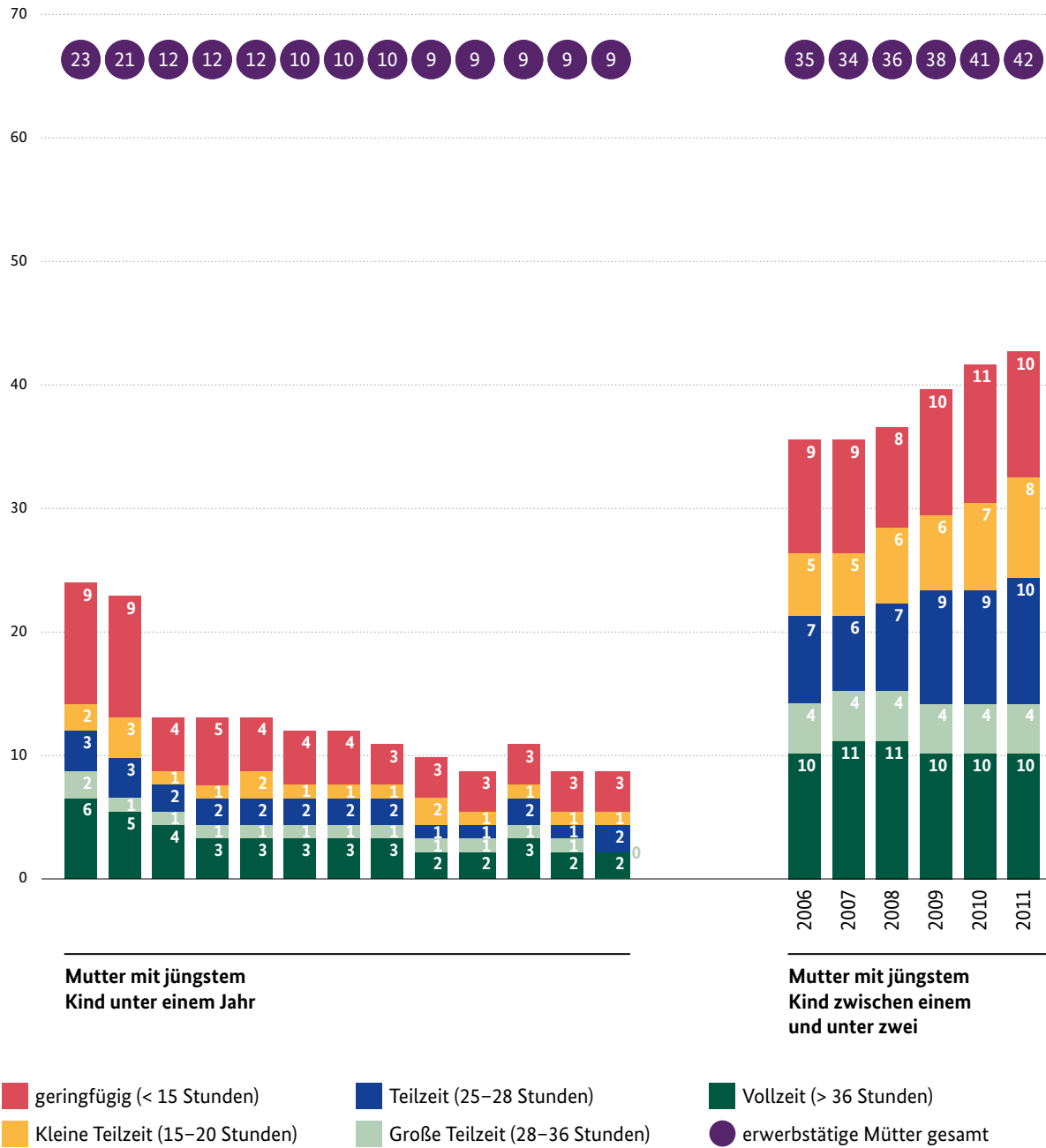
Datenbasis: Mikrozensus Sonderauswertung, Berechnung Prognos AG. Abweichende Werte zu 100 sind rundungsbedingt.

Erwerbsumfänge über 20 Wochenstunden und besonders vollzeitnahe Beschäftigungsumfänge haben im Zeitraum 2006 bis 2018 an Bedeutung gewonnen – bei Müttern minderjähriger Kinder insgesamt und die vollzeitnahe Teilzeit besonders auch bei Müttern mit jüngstem Kind im Alter von zwei Jahren. Bei letzteren zeigt sich der Trend zu

höheren Erwerbsumfängen besonders deutlich: Zwischen 2006 und 2018 hat sich der Anteil der Mütter, die mit jüngstem Kind im Alter von zwei Jahren vollzeitnah arbeiten, mehr als verdoppelt (von sechs auf 16 Prozent); bei Teilzeitumfängen über 20 und unter 28 Wochenstunden verdoppelt (von neun auf 18 Prozent) (Abbildung 72).

3 Wirtschaftliche Lage der Familien

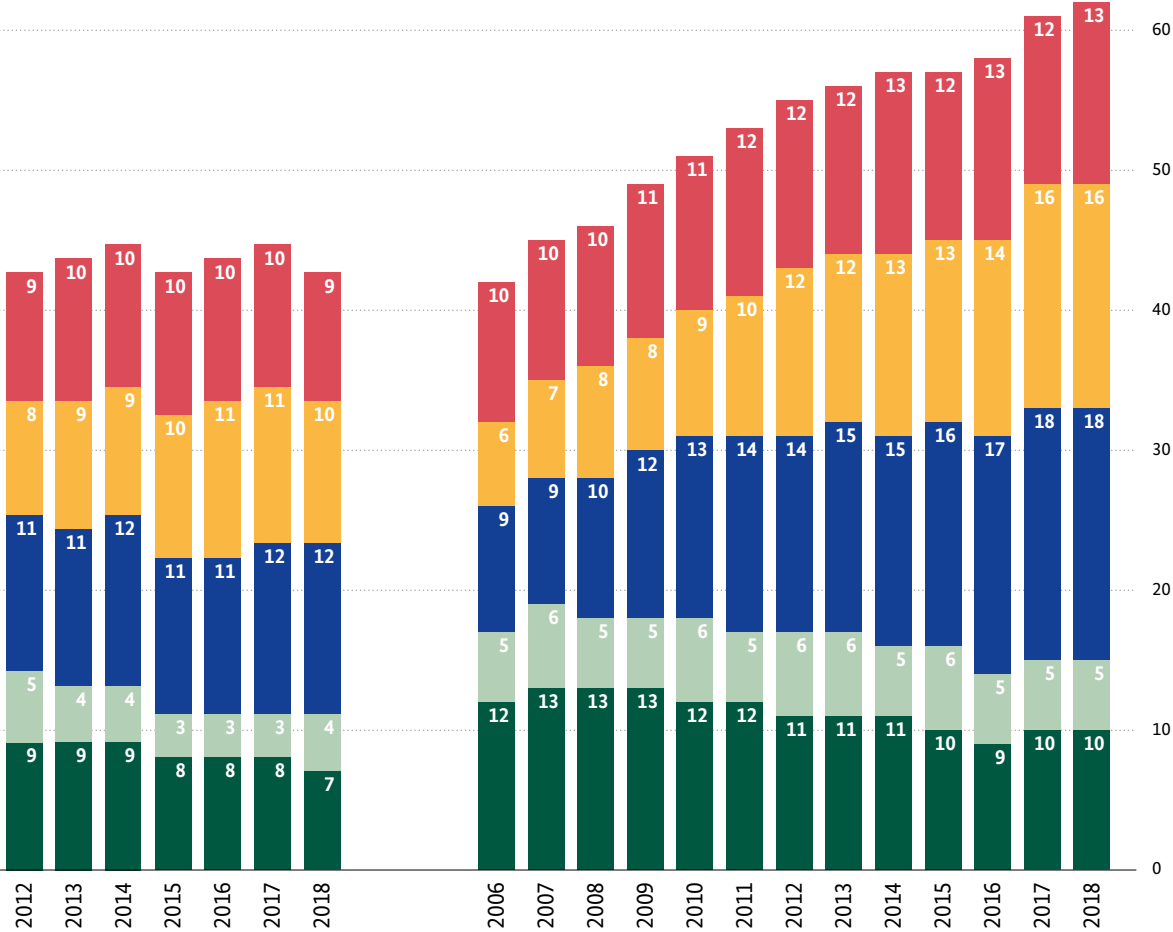
Abbildung 72: Entwicklung der realisierten Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen 2006 und 2018 nach wöchentlichem Erwerbsumfang und Alter des jüngsten Kindes bis unter 3 Jahren, in Prozent



Datenbasis: Mikrozensus Sonderauswertung, Berechnung Prognos AG

42 43 43 44 44 44 42

42 45 46 49 51 55 55 56 58 58 60 61



Mutter mit jüngstem Kind zwischen zwei und unter drei

Im Jahr 2018 betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit erwerbstätiger Mütter 26,7 Wochenstunden und damit zwei Stunden mehr als noch 2006 (24,7). Erwerbstätige Mütter in Ostdeutschland arbeiteten im Durchschnitt mehr Wochenstunden als Mütter in Westdeutschland (durchschnittlich 33,0 im Vergleich zu 25,1 Wochenstunden).¹⁵⁸

Existenzsicherung: gelingt Müttern mit vollzeitnahen Stundenumfängen fast immer

Obwohl der Trend deutlich hin zu einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Müttern geht, bleibt die Frage, inwieweit es Müttern durch ihre Erwerbstätigkeit auch gelingt, finanziell unabhängig von ihrem Partner zu sein. Diese Frage ist vor allem mit Blick darauf relevant, dass Teilzeitarbeit oft über mehrere Jahre beibehalten wird. Im Fall der Trennung oder Scheidung wie auch im Alter sind Frauen dann häufig Armutsrisiken ausgesetzt.¹⁵⁹

Gerade alleinerziehende Mütter sind häufig auf eine existenzsichernde Beschäftigung angewiesen, um das Familieneinkommen langfristig zu sichern. Aber auch die wirtschaftliche Stabilität von Paarfamilien ist nachhaltig größer, wenn Mütter wie Väter existenzsichernd beschäftigt sind, da diese in Krisenzeiten (zum Beispiel krankheitsbedingter Erwerbsausfall, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit eines Partners) besser gesichert sind. Im Vergleich zu erwerbstätigen Vätern, von denen rund 96 Prozent¹⁶⁰ existenzsichernde Einkommen erzielen, gelingt Müttern die individuelle Existenzsicherung deutlich seltener: Je nach verwendeter Datenquelle erzielen rund 65 Prozent (SOEP, 2017) beziehungsweise 74 Prozent (Mikrozensus, 2018) der erwerbstätigen Mütter ein existenzsicherndes Einkommen. Grund hierfür ist, dass Mütter seltener und häufiger in geringerem Umfang erwerbstätig sind.¹⁶¹ Gleichwohl ist der Anteil der Mütter mit existenz-

sicherndem Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren gestiegen: von rund 57 Prozent in 2011 auf rund 65 Prozent in 2017.¹⁶²

Ob Mütter ihre Existenz im „hier und jetzt“, also kurzfristig, finanziell sichern können, wird maßgeblich durch ihre Erwerbsumfänge bestimmt: Während es fast allen vollzeit- oder vollzeitnah beschäftigten Müttern gelingt, die Existenzsicherungsschwelle zu überschreiten (96 beziehungsweise 93 Prozent), trifft dies nur auf 19 Prozent der geringfügig beschäftigten Mütter zu.¹⁶³

Entscheidend ist also, ob Mütter mit ihrem (Teilzeit-)Erwerbsumfang ein Mindestmaß an Einkommen erzielen, mit dem sie für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Unterstellt man einen Stundenlohn in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns von 8,84 Euro (2018), ist ein Erwerbsumfang von 23,5 Wochenstunden notwendig, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen.

Mit Blick auf die Bedeutung höherer Erwerbsumfänge für die individuelle Existenzsicherung von Müttern ist der Trend zu höheren Erwerbsumfängen in Teilzeit besonders relevant. Denn mit niedrigen Erwerbsumfängen sind oft schlechtere Chancen für die berufliche Entwicklung und damit für die individuelle und familiäre Absicherung verbunden. Nur eine umfängliche Erwerbstätigkeit von Müttern zu guten Löhnen stellt auch langfristig einen wirksamen Schutz vor Armutsrisiken für die Mütter dar und sichert auch Familien besser. Die Familienpolitik hat sich daher das Ziel gesetzt, dass der Anteil erwerbstätiger Mütter mit existenzsicherndem Erwerbseinkommen bis zum Jahr 2030 auf 80 Prozent ansteigt.¹⁶⁴ Hierfür ist es notwendig, eine partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Müttern und Vätern weiter zu unterstützen und zu befördern, da die verfügbare Zeit

158 BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern: Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung, Nr. 41

159 Bertelsmann Stiftung (2015): Demographie konkret – Altersarmut in Deutschland; Statistisches Bundesamt (2018): Alleinerziehende in Deutschland 2017, Link: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/pressebroschuere-alleinerziehende.pdf;jsessionid=128F2F72DF0C8C683229B57183E84360.internet8731?__blob=publicationFile

160 nach SOEP 2017, vergleiche BMFSFJ 2019, Agenda 2030 – Nachhaltige Familienpolitik; BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern. Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung Nr. 41

161 Ebenda

162 Ebenda, SOEP Daten von 2011 beziehungsweise 2017

163 Ebenda; als vollzeitnah gilt ein Beschäftigungsumfang von 28 bis einschließlich 36 Wochenstunden, als Vollzeit ein Umfang von über 36 Wochenstunden, als geringfügig beschäftigt ein Umfang von bis zu 15 Wochenstunden.

164 Von rund 65 Prozent (SOEP, 2017), vergleiche BMFSFJ (2019): Agenda 2030 – Nachhaltige Familienpolitik, Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/142626/e593258f01dcb25041e3645db9ceaa5b/agenda-2030-langfassung-data.pdf>

für Erwerbsarbeit davon abhängt, wie Eltern sich die Betreuung und Versorgung ihrer Kinder aufteilen.

Erwerbskonstellationen in Paarfamilien: die Mehrheit lebt das Doppelverdiener-Modell

In den vergangenen Jahren hat die doppelte Erwerbstätigkeit in Paarfamilien an Relevanz gewonnen. 2018 waren in Deutschland in der Mehrheit aller Paarfamilien (65 Prozent) beide Elternteile erwerbstätig (plus 9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2006) (Abbildung 73). Dagegen ist der Anteil an Paarfamilien, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist, gesunken (minus vier Prozentpunkte) und das männliche Alleinverdiener-Modell hat an Bedeutung verloren (minus fünf Prozentpunkte).¹⁶⁵ Dies entspricht den Vorstellungen von Eltern heute und liegt auch am stark veränderten Rollenbild von Vätern: Während die Erwartungen an Väter noch vor einer Generation darin bestanden, vor allem Brotverdiener der Familie zu sein, spielt heute die gemeinsame Zeit mit den Kindern und die Unterstützung der berufstätigen Partnerin eine große Rolle.¹⁶⁶

Das Alleinverdiener-Modell wird heute entsprechend nur noch von knapp jeder vierten Familie mit minderjährigen Kindern gelebt und ist insbesondere unter Paaren mit sehr kleinen und mit drei und mehr Kindern verbreitet.¹⁶⁷ Am häufigs-

ten findet sich das Alleinverdiener-Modell bei den Paaren mit jüngstem Kind unter einem Jahr (78 Prozent), von den Paaren mit jüngstem Kind im Alter von zwei Jahren lebt bereits nur noch jede dritte Familie dieses Modell (31 Prozent), von den Paaren mit jüngstem Kind im Alter zwischen drei und sechs Jahren nur noch jede fünfte (21 Prozent).

Im Jahr 2018 waren in 13 Prozent der Paarfamilien beide Elternteile in Vollzeit erwerbstätig. Die doppelte Vollzeiterwerbstätigkeit beider Elternteile in Paarfamilien ist dabei in Ostdeutschland deutlich häufiger gelebte Realität als in Westdeutschland (27 Prozent versus 10 Prozent) – auch unabhängig vom Alter des Kindes. So waren im Jahr 2018 14 Prozent der Paare mit jüngstem Kind im Alter unter drei Jahren und 27 Prozent der Paare mit jüngstem Kind im Alter von drei bis unter sechs Jahren gleichzeitig in Vollzeit erwerbstätig. Bei Paaren mit Kindern im gleichen Alter in West waren es dagegen nur fünf beziehungsweise acht Prozent.¹⁶⁸

In fast der Hälfte der Paarfamilien mit minderjährigen Kindern (45 Prozent) findet sich die Erwerbskonstellation „Vater in Vollzeit – Mutter in Teilzeit“ (vergleiche Abbildung 73); in anderen europäischen Ländern ist dieses Modell bei Elternpaaren weit seltener und die doppelte Vollzeiterwerbstätigkeit häufiger verbreitet.¹⁶⁹

165 BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern. Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung Nr. 41

166 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik

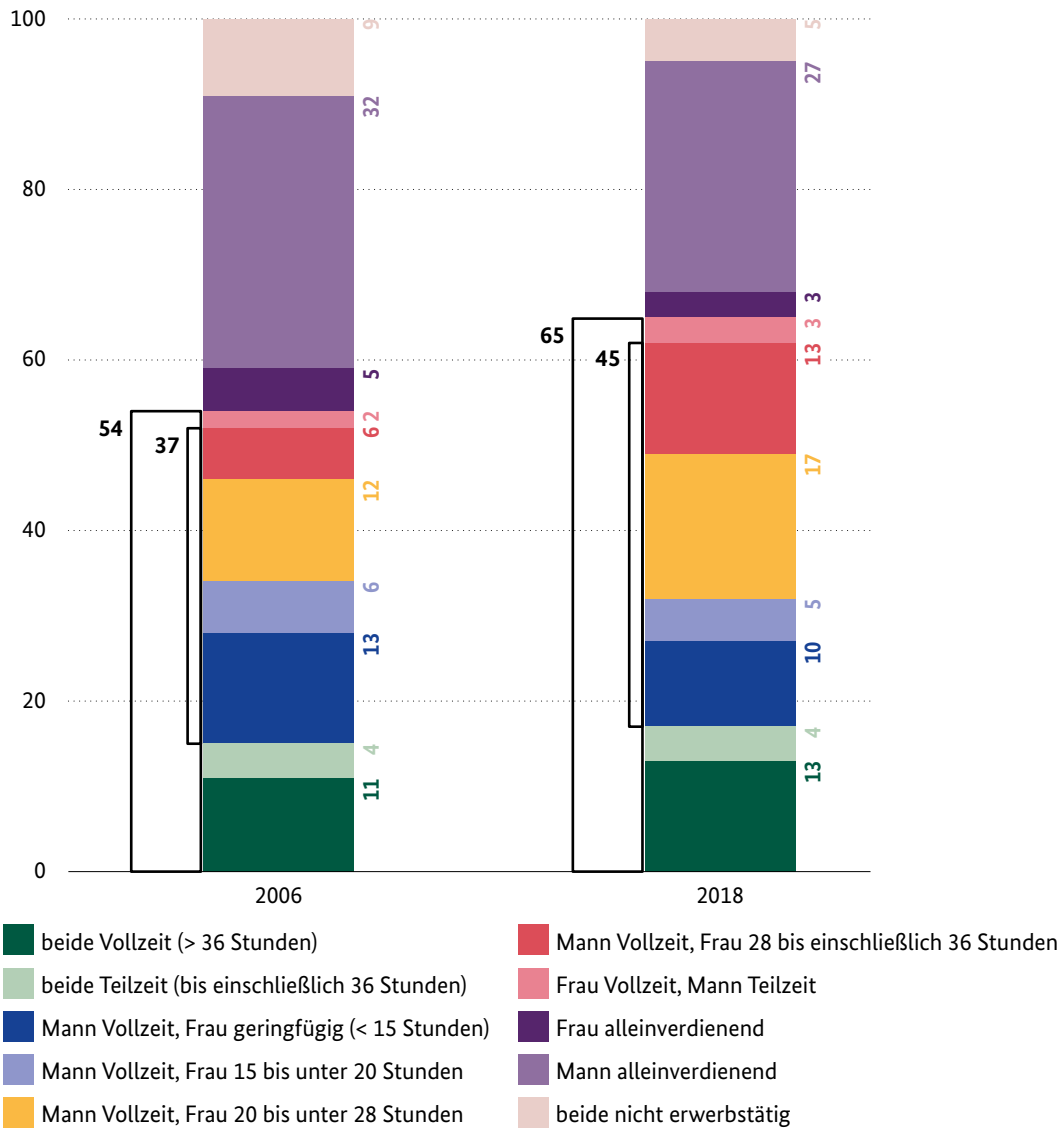
167 BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern. Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung Nr. 41

168 Ebenda

169 OECD (2017): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/dare-to-share---deutschlands-weg-zur-partnerschaftlichkeit-in-familie-und-beruf/114266>

3 Wirtschaftliche Lage der Familien

Abbildung 73: Erwerbskonstellationen von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, 2006 und 2018, in Prozent



Datenbasis: Mikrozensus Sonderauswertung, Berechnung Prognos AG

Erwerbstätige Mütter in Paarfamilien in Deutschland arbeiten heute häufiger in höheren und seltener mit geringfügigen Erwerbsumfängen. Der Anteil an Haushalten, in denen die Mütter zwischen 20 und unter 36 Stunden arbeiten, ist im Zeitraum 2006 bis 2018 von 18 auf 30 Prozent deutlich angestiegen, während der Anteil an Haushalten, in denen die Mütter maximal bis zu 20 Stunden erwerbstätig sind, von 19 Prozent auf 15 Prozent zurückgegangen ist¹⁷⁰.

Für die „Mann-Vollzeit/Frau-Teilzeit“-Konstellation, die oft nicht in Einklang steht mit den verbreiteten Wünschen einer gleichmäßigen Aufteilung von Familie und Beruf zwischen Elternteilen, gibt es vielfältige Gründe. Neben individuellen Einstellungen spielen beispielsweise individuelle Zeit- und Betreuungswünsche gerade von Müttern, aber auch das Fehlen passender Kinderbetreuungsangebote sowie finanzielle Erwägungen eine Rolle¹⁷¹. So führen Lohnunterschiede

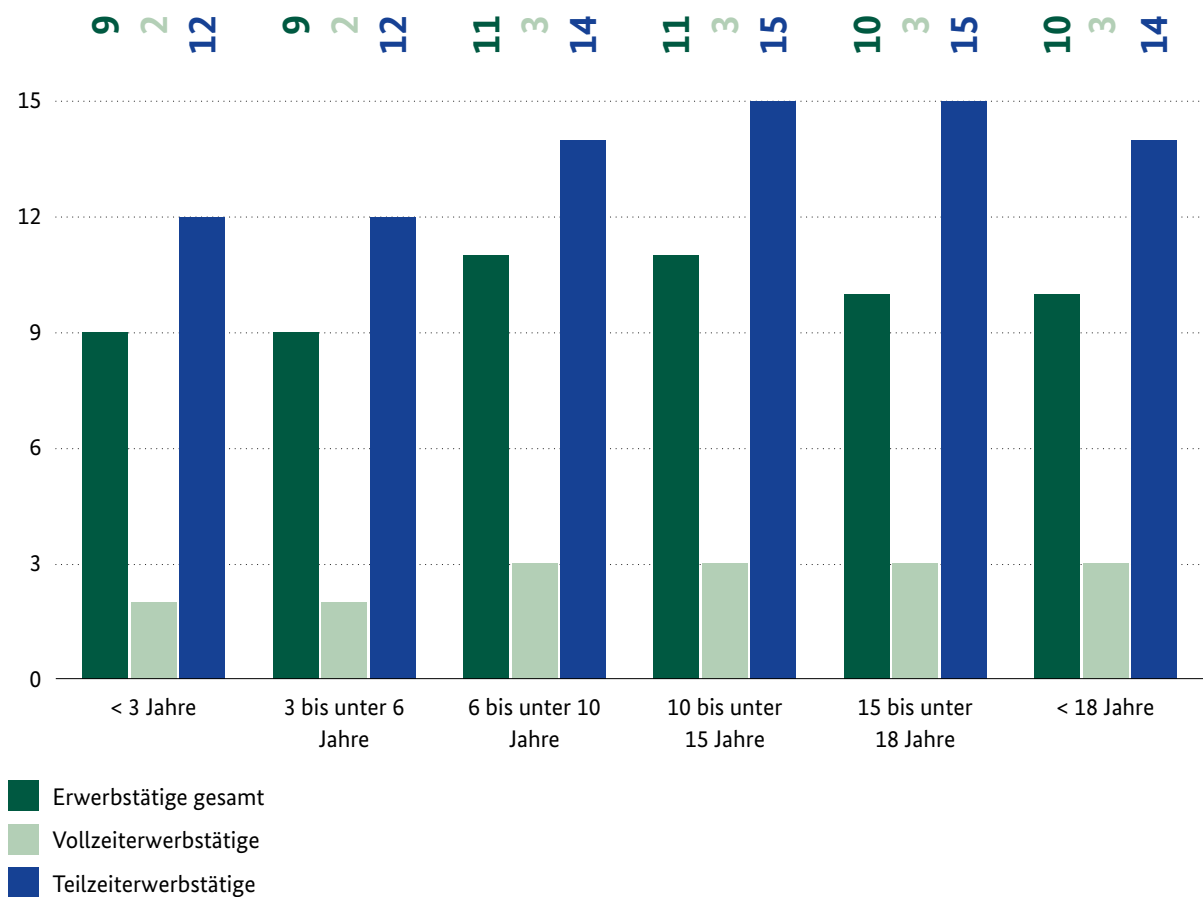
170 Ebenda

171 IfD (2015): Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf

zwischen Männern und Frauen dazu, dass sich junge Familien häufig aus ökonomischen Erwägungen dazu entscheiden, dass ausschließlich die Mutter ihre Arbeitszeit reduziert. Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch weniger pro Arbeitsstunde als Männer und sind häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt. Vor dem Hintergrund der negativen Auswirkungen bei Einkommen und Altersabsicherung kommt der existenzsichernden Erwerbstätigkeit von Müttern eine entscheidende Bedeutung zu (insbesondere bei Trennung und Scheidung).¹⁷² Allerdings gestaltet es sich für Mütter oftmals schwierig, ihre

Erwerbsumfänge wieder zu erhöhen. Viele in Teilzeit erwerbstätige Mütter würden gerne mehr arbeiten (14 Prozent). Dieser Wunsch steigt mit dem Alter des jüngsten Kindes. Bei alleinerziehenden Müttern ist der Wunsch nach Erhöhung der Arbeitszeit dabei deutlich stärker ausgeprägt (28 Prozent) im Vergleich zu Müttern in Paarfamilien (elf Prozent) und gleichzeitig weniger vom Alter des jüngsten Kindes abhängig. Im Durchschnitt würden in Teilzeit erwerbstätige Mütter ihre Arbeitszeit dabei – unabhängig von der Lebensform – gerne um zwölf Stunden pro Woche erhöhen (Abbildung 74).¹⁷³

Abbildung 74: Erwerbstätige Mütter, die ihren Erwerbsumfang gerne erhöhen würden, nach Alter des jüngsten Kindes und aktuellem Erwerbsumfang, in Prozent



Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung, Berechnung Prognos AG

172 BMFSFJ (2020): (Existenzsichernde) Erwerbstätigkeit von Müttern. Konzepte, Entwicklungen, Perspektiven. Monitor Familienforschung Nr. 41
 173 Ebenda

Während sich Partner in Paarfamilien bei der Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit gegenseitig unterstützen können, sehen sich Alleinerziehende besonderen Herausforderungen gegenüber (vergleiche auch Kapitel 2.2).

Mütter mit Migrationshintergrund

In Deutschland ist jede zweite Mutter mit Migrationshintergrund berufstätig (54 Prozent), damit bilden sie die am geringsten am Arbeitsmarkt aktive Gruppe. Zugleich ist das Erwerbspotenzial hoch: Von den 1,2 Millionen nicht erwerbstätigen Müttern mit Migrationshintergrund möchten

80 Prozent „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ wieder erwerbstätig sein, 48 Prozent sogar sofort oder innerhalb des kommenden Jahres. Fast drei Viertel der Mütter, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, streben eine Teilzeittätigkeit an.

Verschiedene Hürden stehen einer Arbeitsaufnahme bei Müttern mit Migrationshintergrund entgegen, zum Beispiel eine eingeschränkte Anerkennung(-sfähigkeit) ausländischer Hochschul- oder Berufsabschlüsse, zu geringe Deutschkenntnisse für den hiesigen Arbeitsmarkt oder eine traditionelle Rollenverteilung in den Familien.



Das ESF-Bundesprogramm

„Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“

580.000 Mütter mit Migrationshintergrund in Deutschland wollen am liebsten sofort beziehungsweise innerhalb eines Jahres in den Arbeitsmarkt einsteigen. Das ESF-Bundesprogramm „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“ des Bundesfamilienministeriums unterstützt sie dabei umfassend. Durch passgenaue Begleitung erlangen zwei von drei Teilnehmerinnen erfolgreich eine Qualifizierung, die an den Arbeitsmarkt heranführt, oder nehmen eine Erwerbstätigkeit auf.

So funktioniert „Stark im Beruf“



Rund 90 Kontaktstellen unterstützen Mütter mit Migrationshintergrund bundesweit auf ihrem Weg in die Arbeitswelt. Auf der Standortkarte finden Sie eine Kontaktstelle in Ihrer Nähe: <https://www.starkimberuf.de/praxis/projektstandorte>



Beratung, Coaching, Qualifizierungen oder Sprachkurse – die Kontaktstellen unterstützen arbeitssuchende Mütter individuell.



Die Kontaktstellen bieten das Plus, das einzelnen Frauen oft fehlt: Sie haben den Überblick über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten, über den regionalen Arbeitsmarkt und über Wege für den Jobeinstieg.



Ein gutes Netzwerk macht ihre Arbeit aus: Die Kontaktstellen kooperieren eng mit Partnern im Sozialraum, um ein möglichst optimales fallbezogenes Unterstützungssystem zu gewährleisten. Jede Kontaktstelle hat das lokale Jobcenter oder die Agentur für Arbeit als verpflichtenden Partner an ihrer Seite, weitere Kooperationspartner (unter anderem (Weiter-)Bildungsträger, Migrant*innenorganisationen, Sprachkursanbieter, IQ Netzwerk und Kultureinrichtungen) werden je nach individueller Bedarfslage hinzugezogen.



14.000 Mütter hat das Programm bisher erreicht. Davon haben knapp 28 Prozent einen Fluchthintergrund. Von den Müttern mit Migrationshintergrund, die das Programm komplett durchlaufen haben, sind 36 Prozent in (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigung oder Ausbildung gewechselt (Stand: Oktober 2020).

Weitere Informationen zum Bundesprogramm finden sich unter: www.starkimberuf.de

3.4 Sicht der Bevölkerung

Von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung seit 2005 haben nicht alle Familien gleichermaßen profitieren können (vergleiche Kapitel 3.1).¹⁷⁴ Die eigene wirtschaftliche Situation, aber auch die Aufstiegschancen der eigenen Kinder und die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft erleben Familien entsprechend unterschiedlich. Von den acht Millionen Familien mit 13 Millionen minderjährigen Kindern in Deutschland haben rund eine Million Familien mit rund zwei Millionen Kindern trotz Erwerbstätigkeit der Eltern nur wenig Geld zur Verfügung und leben knapp oberhalb der Grundsicherung (nach SGB II). Darunter sind viele Alleinerziehende, Paarfamilien mit drei und mehr Kindern, aber auch solche mit ein bis zwei Kindern. Wie allen Familien ist auch diesen Familien eine gute Entwicklung und Förderung ihrer Kinder wichtig. Ihr Alltag ist jedoch häufig von finanzieller Unsicherheit und Sorgen sowie der Herausforderung geprägt, ihren Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Hier trägt der vorsorgende Sozialstaat besondere Verantwortung.

Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage

Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bewerten ihre finanzielle Haushaltssituation im Vergleich mit anderen europäischen Staaten überdurchschnittlich positiv: Im Herbst 2019 sagte eine Mehrheit von 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die finanzielle Situation ihres Haushalts sei „gut“, nur eine Minderheit von 13 Prozent schätzte diese als „schlecht“ ein. Im EU-Durchschnitt liegt der Anteil derjenigen, die ihre Lage als „schlecht“ beurteilen mit 25 Prozent deutlich höher, und der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die angeben, ihre Situation sei „gut“ mit 73 Prozent deutlich niedriger.¹⁷⁵

Auch die Mehrheit der mittleren Generation in Deutschland, in der sich viele Eltern finden, zog in den letzten Jahren eine positive ökonomische Bilanz:¹⁷⁶ Im Jahr 2018 zeigten sich 56 Prozent mit ihrer materiellen Situation insgesamt zufrieden und nur zwölf Prozent unzufrieden.¹⁷⁷ Während von den Eltern minderjähriger Kinder im Jahr 2018 insgesamt fast die Hälfte (49 Prozent) angab, wirtschaftlich besser dazustehen als fünf Jahre zuvor, zeigen sich bei differenzierter Betrachtung aber deutliche Unterschiede nach gesellschaftlich-wirtschaftlichem Status.¹⁷⁸ Fast doppelt so viele Eltern mit hohem gesellschaftlich-wirtschaftlichem Status im Vergleich zu Eltern mit niedrigem Status sagen, dass sich ihre wirtschaftliche Situation in den letzten fünf Jahren verbessert hätte (62 versus 36 Prozent).

Umgekehrt sagen besonders häufig Eltern mit niedrigem Status, dass sich ihre Situation verschlechtert hätte: 31 Prozent im Vergleich zu neun Prozent der Eltern mit hohem Status.¹⁷⁹

Fast die Hälfte der Eltern mit niedrigem sozio-ökonomischem Status (47 Prozent) gab darüber hinaus an, davon auszugehen, dass sich an ihrer Situation nichts verändern würde, knapp jeder dritte, die wirtschaftliche Situation perspektivisch nicht einschätzen zu können.¹⁸⁰

Wahrnehmung von Aufstiegschancen und sozialer Durchlässigkeit der Gesellschaft

Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind häufiger als im EU-Durchschnitt der Meinung, sie hätten die gleichen Möglichkeiten wie jede beziehungsweise jeder andere, um im Leben voranzukommen: 70 Prozent im Vergleich zu 58 Prozent. Und auch Bildung gilt in Deutschland häufiger als „äußerst wichtig“ für Erfolg: 56 Prozent in Deutschland im Vergleich zu 33 Prozent in der EU-28.¹⁸¹

174 Prognos AG (2018): Familien mit kleinen Einkommen wirksam unterstützen

175 Standard Eurobarometer 92, Factsheet Germany, Autumn 2019; online: <https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/standard/surveyky/2255>; vergleiche auch Quality of Life Index, Zufriedenheit mit Finanzen (https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_en.html)

176 Vergleiche Allensbach: Generation Mitte Studien 2017, 2018, 2019

177 Allensbach (2018): Generation Mitte 2018 (Präsentation Prof. Dr. Köcher, Pressekonferenz am 19.09.18)

178 Die Differenzierung in hoch, mittel und niedrig erfolgt auf der Grundlage von unterschiedlichen Variablen (Bildung, Berufskreis und Nettoeinkommen des Hauptverdieners).

179 Sonderauswertung Generation Mitte 2018, Allensbach (unveröffentlicht)

180 Ebenda

181 Special Eurobarometer 471, Fairness, inequality and social mobility, Dec. 2017, Factsheet Germany

Die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft wird je nach Status unterschiedlich bewertet. In Deutschland ist es einer breiten Mehrheit der Eltern der mittleren Generation der 30–50-Jährigen wichtig bis sehr wichtig (40 beziehungsweise 23 Prozent), dass die eigenen Kinder mehr erreichen als sie selbst, also sozial aufsteigen. Wenig überraschend ist, dass Eltern mit niedrigem gesellschaftlich-wirtschaftlichem Status diese Aufstiegswünsche besonders häufig äußern: So ist insgesamt 77 Prozent dieser Eltern der Aufstieg ihrer Kinder wichtig oder sehr wichtig, aber nur 66 Prozent der Eltern mit mittlerem Status und 47 Prozent der Eltern mit hohem Status. Die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft wird jedoch gerade von Familien, die gesellschaftlich-wirtschaftlich schlechter dastehen, vergleichsweise schlecht eingeschätzt. Fast die Hälfte der Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status ist der Meinung, die Aufstiegschancen für ein Arbeiterkind sähen in Deutschland weniger gut oder gar nicht gut aus. Von den Eltern mit mittlerem oder hohem Status teilten hingegen nur 25 bis 27 Prozent diese Ansicht.¹⁸²

Bei einem Teil dieser Eltern (41 Prozent) wird zudem eine gewisse Perspektivlosigkeit sichtbar: Sie stimmen der Aussage zu, dass die Gesellschaft in ein oben und unten geteilt sei und auch bei starker Anstrengung kein Aufstieg der „unteren“ möglich sei. Diese Ansicht ist unter den Eltern mit mittlerem und hohem Status deutlich seltener verbreitet (18 beziehungsweise 14 Prozent). Mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt verweisen diese Ergebnisse auf die Notwendigkeit, gerade Eltern, die sozioökonomisch vergleichsweise schlecht dastehen, Perspektiven zu eröffnen – beispielsweise über Investitionen in zielgenaue Maßnahmen und Leistungen für Familien, die eigene Anstrengungen lohnend machen und darüber hinaus soweit unterstützen, wie dies nötig ist (vergleiche Kapitel 3.5 Reform des Kinderzuschlags im Zusammenhang mit dem Starke-Familien-Gesetz).

Finanzielle Sorgen

Der Alltag von Familien, in denen Eltern wenig Einkommen zur Verfügung haben, ist oftmals schwierig. Befragungen zeigen, dass es Eltern mit kleinen Einkommen in der Regel zwar gelingt, mit ihrem begrenzten Einkommen auszukommen, die meisten Eltern sich aber unter Druck fühlen und ihre finanzielle Situation als belastend erleben¹⁸³. In Familien, in denen das Geld knapp ist, überlegen Eltern bei jeder Ausgabe, ob diese bestritten oder verringert beziehungsweise vermieden werden kann, schränken sich häufig ein und verzichten – gerade zugunsten ihrer Kinder – selbst auf vieles. Insbesondere große Posten im Monatsbudget (wie Mietzahlungen) werden zusammen mit den Ausgaben für Kinder als belastend empfunden. Hinzu kommt, dass Eltern sich ständig bewusst sind, dass unvorhergesehene Ereignisse und damit verbundene, größere notwendige Ausgaben die Familie vor erhebliche Probleme stellen würden. Familien mit kleinen Einkommen leben somit mit einem Gefühl der „bedrohten Sicherheit“.¹⁸⁴

So ist es wenig überraschend, dass finanzielle Sorgen nicht nur im Alltag von Familien mit kleinen Einkommen präsent sind, sondern sich auch in ihren Perspektiven und Hoffnungen niederschlagen. Mehr als die Hälfte der Eltern befürchtete 2018, dass das Einkommen in den nächsten Jahren nicht ausreichen (57 Prozent) oder der Lebensstandard sinken könnte (52 Prozent). Fast ein Drittel (31 Prozent) sah für sich selbst große Gefahr, sozial abzustiegen.¹⁸⁵

Verschiedene Studien zeigen, dass sich finanzielle enge Verhältnisse auch auf Kinder auswirken. Tatsächlich hängt es stark von der wirtschaftlichen Situation der Familie ab, ob Kinder selbst Sorgen über die finanzielle Situation ihrer Familie äußern. In einer aktuellen Befragung von Kindern und Jugendlichen sagen etwa gleich viele, dass sie sich „manchmal“, „oft“ oder „immer“ (51,8 Prozent) beziehungsweise „nie“ (48,1 Prozent) Sorgen darüber machten, wie viel Geld die Familie hätte.¹⁸⁶

182 Sonderauswertung Generation Mitte 2018, Allensbach (unveröffentlicht)

183 Allensbach (2018): Lebenssituation und Einstellungen von Eltern mit kleinen Einkommen

184 Ebenda.

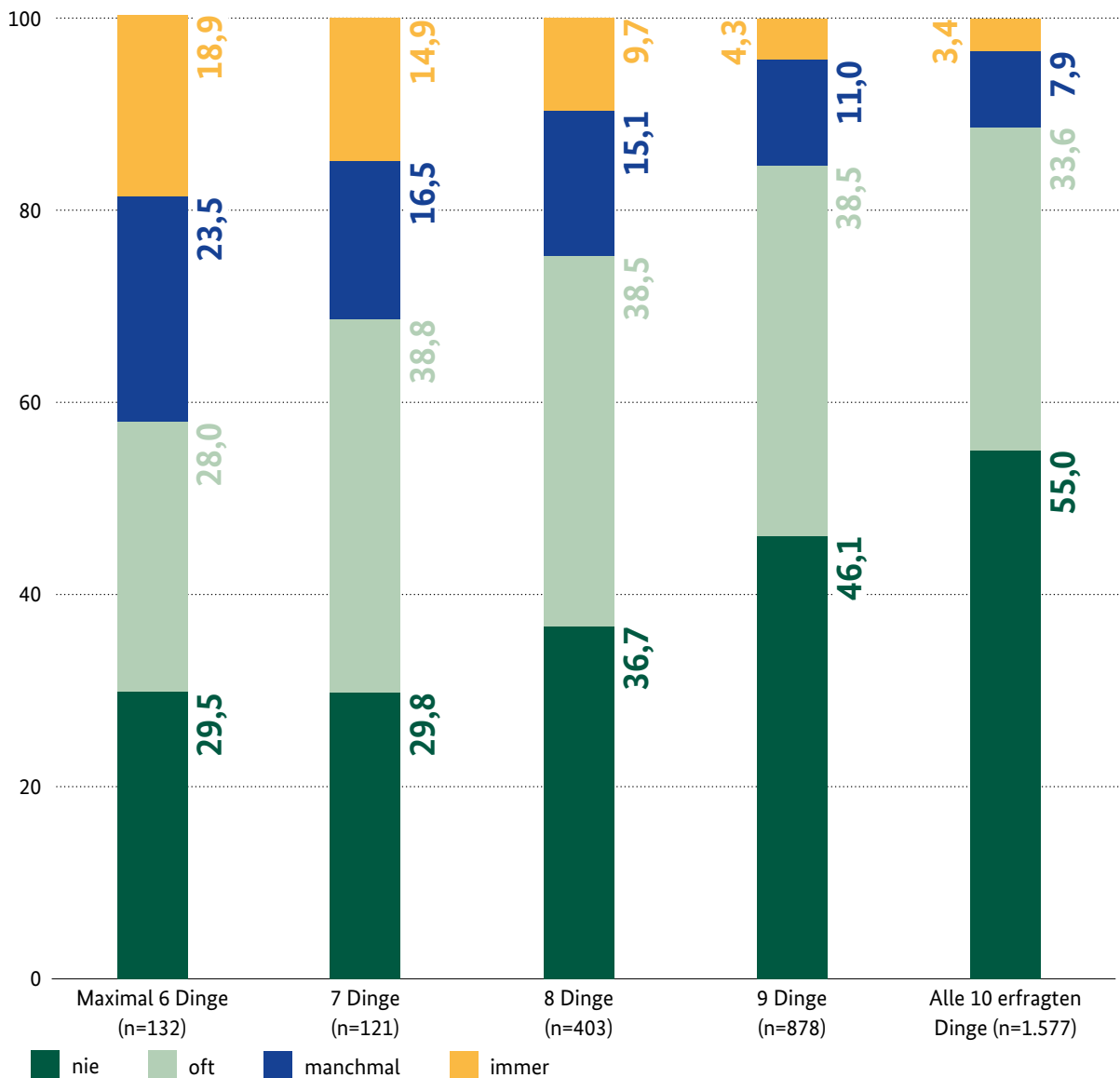
185 Sonderauswertung Generation Mitte 2018, Allensbach (unveröffentlicht)

186 Sabine, Andresen, Johanna Wilmes, Renate Möller (2019): Children's Worlds+: Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Bertelsmann Stiftung

Dagegen zeigen sich gerade Kinder und Jugendliche, die weniger besitzen, häufiger besorgt um die finanziellen Möglichkeiten ihrer Familie: 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die angeben, über maximal sechs (über eine Liste abgefragte) Dinge zu verfügen, machten sich

„manchmal“, „oft“ oder „immer“ Sorgen. Dieser Anteil liegt bei Kindern, die über sämtliche Dinge verfügen, bei knapp 45 Prozent (vergleiche Abbildung 75). Für die Wahrnehmung finanzieller Sorge ist auch entscheidend, über welche Güter die Familie verfügt oder nicht verfügt.¹⁸⁷

Abbildung 75: Anteil der Befragten, die sich Sorgen um die finanziellen Verhältnisse in ihren Familien machen, in Abhängigkeit von der Anzahl der Dinge, die sie besitzen, in Prozent



Quelle: Bertelsmann Stiftung, Berechnungen Bertelsmann Stiftung auf Grundlage Children's Worlds+ 2018

Für eine Mehrheit von 60 Prozent der Eltern mit niedrigem gesellschaftlich-wirtschaftlichem

Status trägt die staatliche Absicherung dazu bei, dass sie sich sicher fühlen. Damit ist diese deutlich

187 Sabine, Andresen, Johanna Wilmes, Renate Möller (2019): Children's Worlds+: Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Bertelsmann Stiftung

häufiger wichtig für das subjektive Sicherheitsgefühl als bei den Eltern mit mittlerem oder hohem Status (45 beziehungsweise 44 Prozent). Bei der Bedeutung des eigenen Arbeitsplatzes beziehungsweise Betriebs für das subjektive Sicherheitsge-

fühl, gibt es dagegen nur geringfügige Unterschiede nach gesellschaftlich-wirtschaftlichem Status von Eltern (niedriger Status: 60 Prozent, mittlerer Status: 57 Prozent, hoher Status: 54 Prozent).

3.5 Unterstützung für Familien mit kleinen Einkommen

Bevölkerungsbefragungen zeigen, dass Unterschiede in den sozialen Lagen von Familien einer breiten Mehrheit bewusst sind und dass es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, eine soziale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.¹⁸⁸

Familien mit kleinen Einkommen stehen regelmäßig ganz oben auf der Liste derjenigen, die aus

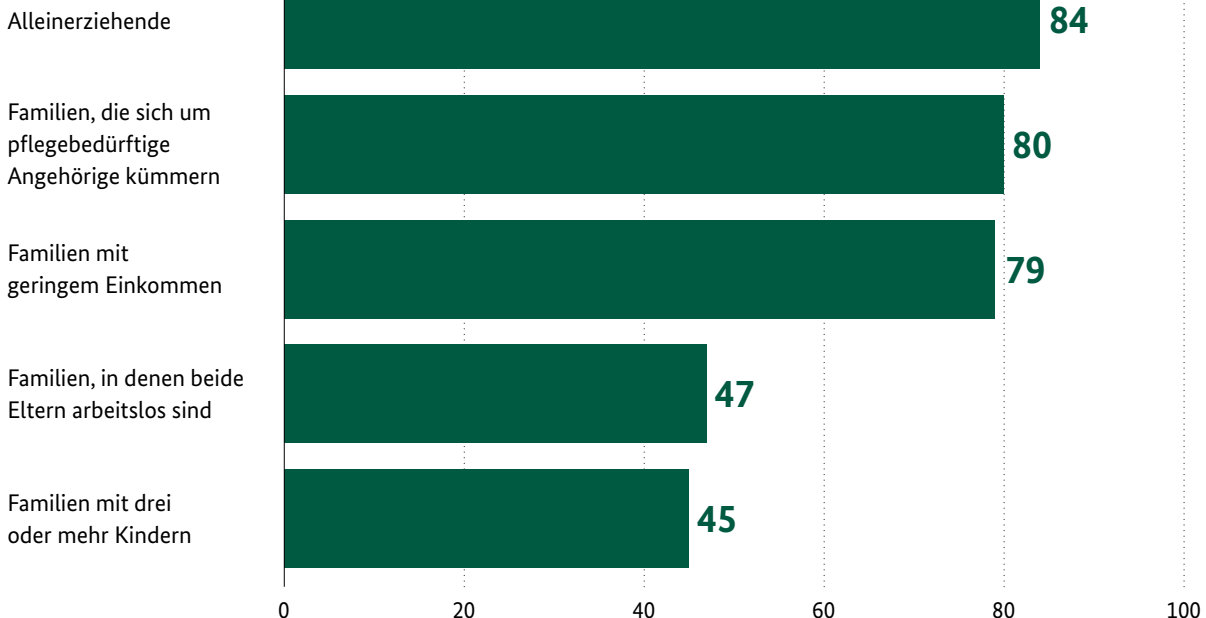
Sicht der Bevölkerung vom Staat besser unterstützt werden sollten (Abbildung 76).¹⁸⁹ 2019 sprach sich eine Mehrheit von 84 beziehungsweise 79 Prozent der Gesamtbevölkerung für eine stärkere staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden und Familien mit kleinen Einkommen und Familien mit kleinen Einkommen aus (vergleiche auch „Allein- und Getrennterziehende“, Seite 51).

Abbildung 76: Wer aus Sicht der Bevölkerung stärker unterstützt werden sollte, 2019

Frage:

„Was meinen Sie, welche Familien sollten stärker als bisher vom Staat unterstützt werden? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste.“

Stärker unterstützt werden sollten*



* Häufigste Nennungen

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren Quelle: IfD Allensbach (2019) Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 38

188 IfD Allensbach: Generation Mitte 2019; Prognos AG (2018): Familien mit kleinen Einkommen wirksam unterstützen; IfD Allensbach: Generation Mitte 2018.

189 IfD Allensbach (2017): Familien erreichen – Wie Familien leben und was sie von der Familienpolitik erwarten. In: BMFSFJ (Hrsg.): Monitor Familienforschung, Ausgabe 38; IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

Die Forderung nach einer besseren Unterstützung von Familien mit kleinen Einkommen wird am häufigsten damit begründet, dass deren Kinder

ähnlich gute Chancen im Leben haben sollen, wie andere Kinder (93 Prozent).¹⁹⁰

3.5.1 Starke-Familien-Gesetz

Wenn in Familien das Geld trotz Erwerbstätigkeit nicht ausreicht, können Eltern für ihre Kinder finanzielle Unterstützung erhalten – den Kinderzuschlag (KiZ).¹⁹¹ Ihn bekommen Eltern, die genug für sich selbst verdienen, aber nicht oder nur knapp für den gesamten Bedarf der Familie aufkommen können. Das gilt für Alleinerziehende genauso wie für Eltern, die ihre Kinder gemeinsam erziehen. Der KiZ soll Familien helfen, die notwendigen Ausgaben für ihr Kind abzudecken – zusammen mit dem Kindergeld und gegebenenfalls dem Wohngeld.

Der Kinderzuschlag wird zusätzlich zum Kindergeld gezahlt, wirkt also wie ein Zuschlag zum Kindergeld für Familien mit kleinen Einkommen. Wer den Kinderzuschlag erhält, hat außerdem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe und ist von Kitagebühren befreit.

Das **Starke-Familien-Gesetz** trat im Juli 2019 in Kraft.¹⁹² Mit dem Gesetz wurde der Kinderzuschlag (KiZ) neu gestaltet und die Leistungen für Bildung und Teilhabe verbessert. Durch die Reform des Kinderzuschlags im Jahr 2019 erhalten aktuell mehr Familien mit kleinen Einkommen bessere Unterstützung und Kinder faire Chancen auf Teilhabe. Damit werden Eltern gestärkt, ein auskömmliches Familieneinkommen zu erwirtschaften und unabhängig von staatlichen Transfers zu werden.

Der Kinderzuschlag beträgt aktuell bis zu 185 Euro monatlich pro Kind und sichert zusammen mit dem Kindergeld und den gesondert gewährten Bildungs- und Teilhabeleistungen die Existenzgrundlage der Kinder. Ab 2021 wird die Höhe des Kinderzuschlags entsprechend des Existenzminimumberichts dynamisiert.

Kindeseinkommen mindert den Kinderzuschlag seit Juli 2019 nur noch zu 45 Prozent, statt wie zuvor zu 100 Prozent. Damit ist der Kinderzuschlag für Alleinerziehende geöffnet, auch wenn die Kinder Unterhaltszahlungen oder -vorschuss erhalten. Zudem wurde der Kreis der berechtigten Familien insgesamt erweitert, indem die sogenannte Abbruchkante (obere Einkommensgrenzen) entfallen ist und der Kinderzuschlag seit Januar 2020 mit zunehmenden Einkommen der Eltern langsamer ausläuft. Damit die Leistung ankommt, wo sie gebraucht wird, wurde der Antragsaufwand für Familien deutlich einfacher und der Kinderzuschlag sowohl für Eltern als auch für die Verwaltung verlässlicher. Ob ein Anspruch auf Kinderzuschlag für die Familie in Betracht kommt, kann vorab mit dem KiZ-Lotsen bei der Familienkasse geprüft und der Antrag einfach online gestellt werden (www.kiz-digital.de).

Zusätzlich zum Starke-Familien-Gesetz wurden mit dem Gute-KiTa-Gesetz alle Eltern, die Kinderzuschlag, Leistungen aus dem SGB II oder Wohngeld beziehen, von KiTa-Gebühren befreit.¹⁹³ Mit dem Gute-KiTa-Gesetz unterstützt der Bund die Bundesländer bei der Verbesserung der Kita-Qualität. 5,5 Milliarden Euro stellt der Bund bereit, um die Kindertagesbetreuung in Deutschland weiterzuentwickeln. Die 16 Bundesländer entscheiden selbst, welche konkreten Maßnahmen sie vor Ort ergreifen.

190 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

191 Weitere Informationen zum Kinderzuschlag im Familienportal: <https://familienportal.de/familienportal/familienleistungen/kinderzuschlag/was-ist-kinderzuschlag-/124590>

192 Starke-Familien-Gesetz: <http://www.bmfsfj.de/blob/jump/135830/bgbl-starke-familien-gesetz-data.pdf>

193 Gute-Kita-Gesetz: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/mehr-qualitaet-in-der-fruehen-bildung/das-gute-kita-gesetz>

3.5.2 ESF-Bundesprogramm: Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter

Damit staatliche Unterstützungsleistungen auch bei den Familien ankommen, braucht es zielgruppengerechte Informationen über Leistungen und Angebote, wie auch konkrete Unterstützung dabei, Leistungen in Anspruch zu nehmen. Hier sind Angebote der Familienbildung und -förderung bedeutsam – insbesondere für Familien, die mit herkömmlichen Informationsangeboten nicht gut erreicht werden. So profitieren insbesondere benachteiligte Familien davon, wenn Eltern und ihre Kinder auf kommunaler Ebene präventiv und damit frühzeitig adressiert werden.

Die Landschaft der Familienbildung und -förderung in Deutschland ist in Bewegung. Die Kommunen, die Länder und der Bund haben verschiedene Initiativen und Programme auf den Weg gebracht, um Eltern noch besser in Bildungs- und Erziehungsfragen zu unterstützen und damit die Chancengleichheit für alle Kinder zu erhöhen. Im ESF-Bundesprogramm „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen“ (2015–2021) sowie im vorangegangenen Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“ (2011–2015) wurden bislang deutschlandweit 13.000 Fachkräfte¹⁹⁴ aus der Familienbildung und der (Früh-)Pädagogik zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern qualifiziert.

In Qualifizierungskursen zur Elternbegleiterin oder zum Elternbegleiter erweitern die Fachkräfte ihre Kenntnisse und Kompetenzen zu Bildungsverläufen und -übergängen, wie ein lernförderliches Klima in der Familie gestaltet werden kann sowie generell zu einer optimalen Bildungsförderung von Kindern. Kernthemen der Weiterbildung sind, wie sozial benachteiligte Eltern erreicht werden können, wie ein einladender, wertschätzender Austausch „auf Augenhöhe“ gelingt, die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen, Informationen zu einer partnerschaftlichen Verantwortung der Eltern und die Vernetzung mit anderen Einrichtungen des Sozialraums.

Die Evaluierungen der Qualifizierung belegen eindrücklich, dass sich die Kompetenzen der Fachkräfte erweitert haben und die vermittelten Inhalte praxisrelevant sind.¹⁹⁵

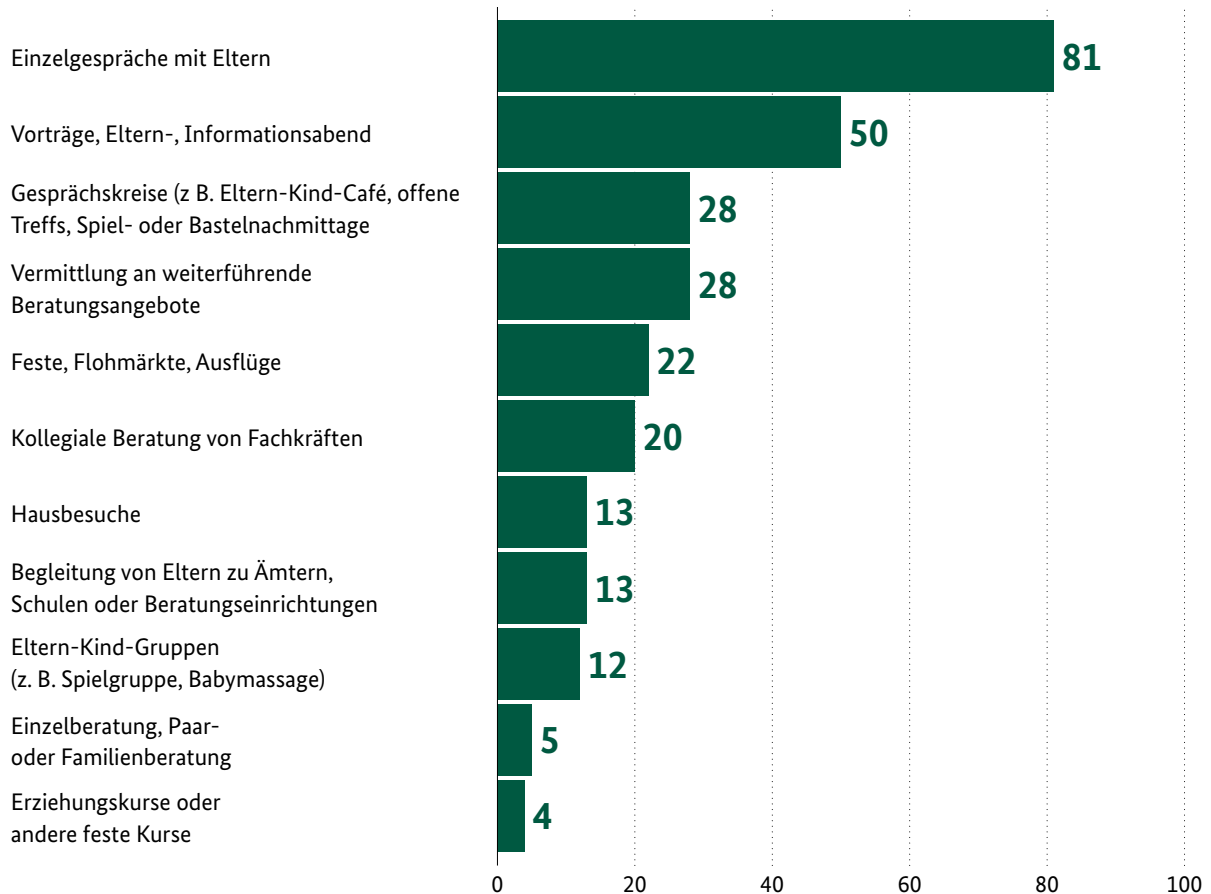
Das Thema Armut ist vielschichtig und für Familien mit kleinen Erwerbseinkommen allgegenwärtig. Durch die Nähe zu Familien und ihre vorurteilsbewusste Haltung haben Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter einen guten Zugang zu diesen Familien, um auch sensible Themen wie Einkommensknappheit anzusprechen und (Scham-)Gefühle zu überwinden. Sie kennen die wichtigsten Leistungen für Familien mit kleinen Einkommen und können vermitteln, wo und wie diese Leistungen beantragt werden. Bei Bedarf werden die Eltern durch die Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter auch bei Behördengängen oder dem Ausfüllen von Formularen unterstützt.

Die Zusammenarbeit der Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter mit den Familien direkt vor Ort ist unter verschiedenen Gesichtspunkten elementar: für die Stärkung der elterlichen Erziehungs- und Bildungskompetenz im familialen Alltag, die Information von Eltern über die Bedeutung einer hohen Bildungs- und Betreuungsqualität in den Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege oder auch für die direkte Ansprache von Eltern mit Blick auf die frühkindliche Förderung und Bildung ihrer Kinder. Qualifizierte Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter setzen dafür bedarfsgerechte Angebote und Maßnahmen um, in denen sie teilweise auch niedrigschwellig und aufsuchend arbeiten (vergleiche Abbildung 77).

194 Stiftung SPI, Servicestelle Elternchance, Stand: 27.08.2020, Berlin 2020 2020

195 Vergleiche DJI/FAU; Müller, Dagmar Müller, Mira Beck et al. (2015): Evaluation des Bundesprogramms „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“. Abschlussbericht. München: DJI

Abbildung 77: Häufige Angebote und Maßnahmen der Elternbegleitung, in Prozent (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Stiftung SPI, Servicestelle Elternchance, Stand: 27.08.2020, Berlin 2020

Mittelfristig dient Elternbegleitung auch dem gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Kommune und entlastet die Kommunen finanziell. Bildungsinvestitionen in der frühen Kindheit gelten als besonders effizient und nachhaltig. Die Wirtschaftlichkeit von Elternbegleitung wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Elternchance ist Kinderchance“ anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse überprüft.¹⁹⁶ Für Elternbegleitung ergibt sich ein hoher Return-on-Investment, der je nach zugrunde gelegtem Szenario zwischen 3,72 und 6,49 Euro liegt. Diese erste Wirtschaftlichkeitsstudie zur Arbeit von Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern belegt eindrücklich, dass kommunale Familienförderung,

die auf Elternbegleitung als präventive Maßnahme setzt, nicht nur Bildungschancen von Kindern verbessern kann, sondern sich für Kommunen mittel- und langfristig finanziell auszahlt.

Die Kommunen greifen das auf: Laut einer repräsentativen Jugendamtsbefragung, die für das Bundesfamilienministerium durchgeführt wurde, ist Elternbegleitung inzwischen deutschlandweit zwei Dritteln der Jugendamtsleitungen bekannt.¹⁹⁷ Erhebliches Potenzial besteht noch darin, Elternbegleitung aktiv und dauerhaft als Unterstützungsinstrument für Familien in der Kommune und in den Einrichtungen zu verankern.

¹⁹⁶ Vergleiche Detlef Krüger (2018): Verbesserung der Bildungsmobilität in Deutschland. Zur Wirtschaftlichkeit von Eltern- und Bildungsbegleitung für benachteiligte Familien. Blätter der Wohlfahrtspflege. 6, S. 228-233

¹⁹⁷ Detlef Krüger, Angela Schröder (2017): Familienbildung und Familienförderung zum gelingenden Aufwachsen von Kindern als Aufgabe des Jugendamtes. <https://www.bmfsfj.de/blob/116312/dfaa781be0aee4b262eeb6ba6dbb419e/familienbildung-und-familienfoerderung-zum-gelingenden-aufwachsen-von-kindern-als-aufgabe-des-jugendamts-data.pdf> (abgerufen am 18.09.2020)



Familienleben und Arbeitswelt

4.1 Aufgabenteilung in Familien – Einstellungen und Trends

Die Einstellungen der Bevölkerung zu egalitären Geschlechterrollen in den EU-Mitgliedstaaten sind unterschiedlich stark ausgeprägt. Deutschland gehört mit dem häufig verbreiteten Wunsch nach einer gleichberechtigteren Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern im europäischen Vergleich zu den Staaten mit egalitären Einstellungen und liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Knapp drei Viertel (71 Prozent) der Deutschen lehnten 2017 die Aussage ab, dass es die wichtigste Aufgabe einer Frau sei, sich um Haushalt und Familie zu kümmern. Damit lag Deutschland deutlich über dem EU-Durchschnitt (54 Prozent Ablehnung). Noch egalitärer eingestellt war nur die Bevölkerung Frankreichs, der Niederlande sowie Dänemarks und Schwedens. Am traditionellsten sind die Einstellungen in Bulgarien (nur 17 Prozent Ablehnung), Ungarn (20 Prozent Ablehnung), Polen und Tschechien (jeweils 21 Prozent).¹⁹⁸ In Bezug auf das Rollenbild von Männern zeichnet sich ein ähnlich egalitäres Bild ab wie in Bezug auf das Rollenbild von Frauen: Fast zwei Drittel (62 Prozent) der Deutschen widersprachen der Auffassung, dass es die wichtigste Aufgabe eines Mannes sei, Geld zu verdienen. Hier lag Deutschland über dem EU-Durchschnitt (55 Prozent Ablehnung), aber nicht mehr an der Spitze bei den nordischen Ländern und der Niederlande. Am traditionellsten sind auch hier Menschen in Bulgarien (17 Prozent Ablehnung), Ungarn (20 Prozent Ablehnung) und in der Slowakei (20 Prozent Ablehnung) eingestellt.¹⁹⁹

Anhand einer Indexrechnung²⁰⁰ zu Geschlechterstereotypen lässt sich nachvollziehen, wie traditionell oder egalitär die Einstellungen in einem Land sind (Abbildung 78). Je niedriger der Wert, desto egalitärer ist ein Land. Ein Ranking auf Basis dieses Index zeigt: traditionelle Geschlechterrollen und Geschlechterstereotypen sind am stärksten in Bulgarien (12,4), Ungarn (11,3) und Litauen (10,9) verbreitet. Am egalitärsten sind Menschen in Schweden (3,0), Dänemark (4,4) und in den Niederlanden (4,6) eingestellt. Deutschland befindet sich mit einem Wert von 6,5 in der Gruppe der (eher) egalitären Länder und unter dem EU-Durchschnitt (7,3).²⁰¹

198 European Commission (2017): Special Eurobarometer 465. Gender Equality 2017, S. 15, Link: http://ibdigital.uib.es/greenstone/collect/portal_social/index/assoc/coeuro01/47.dir/coeuro0147.pdf

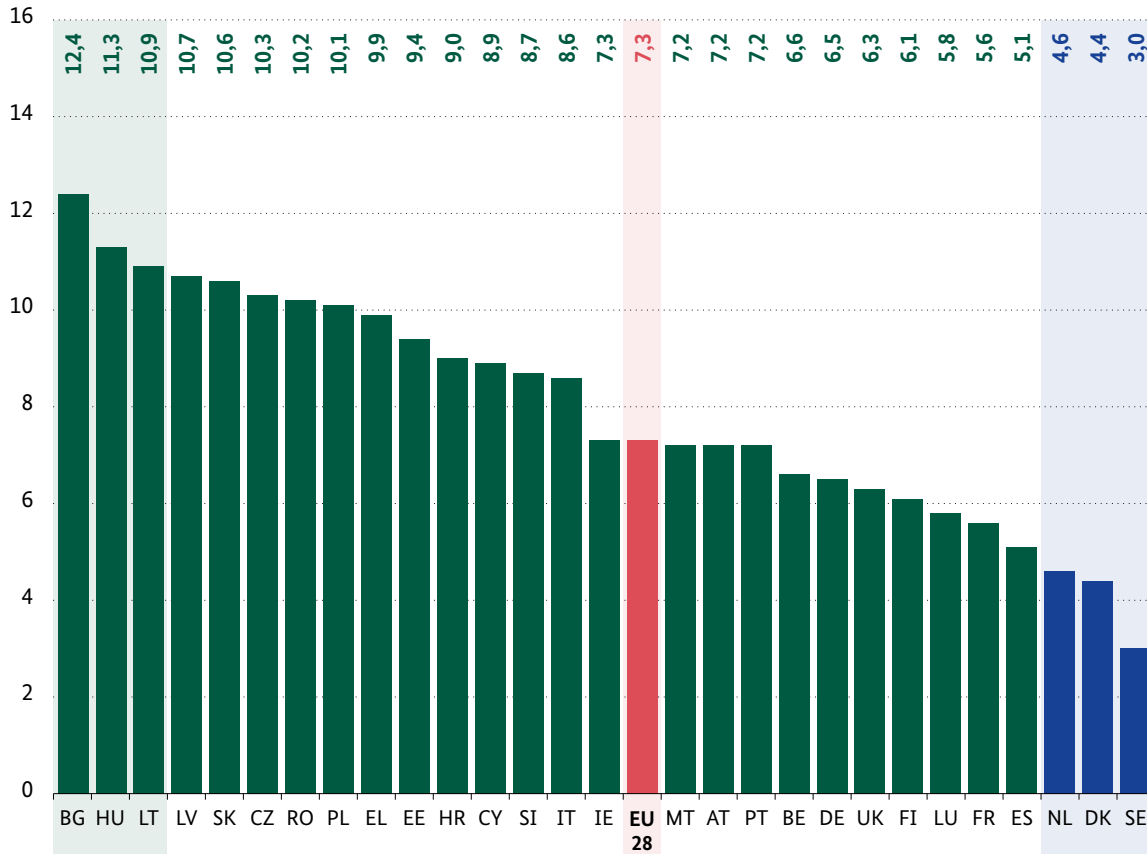
199 European Commission (2017): Special Eurobarometer 465. Gender Equality 2017, S. 16, Link: http://ibdigital.uib.es/greenstone/collect/portal_social/index/assoc/coeuro01/47.dir/coeuro0147.pdf

200 Die befragten Personen konnten bei Aussagen zu Geschlechterstereotypen zwischen Werten von 0-5 wählen (5=hohe Zustimmung) und diese bewerten. So wurde für jedes Land einen Durchschnittsindex ausgerechnet: Je höher dieser ausfällt, desto stärker ist die Akzeptanz von traditionellen Geschlechterrollen in dem jeweiligen Land.

201 European Commission (2017): Special Eurobarometer 465. Gender Equality 2017, S. 16, Link: http://ibdigital.uib.es/greenstone/collect/portal_social/index/assoc/coeuro01/47.dir/coeuro0147.pdf

Abbildung 78: „Geschlechterstereotypen“- Index, 2017, Durchschnittswerte

Gender stereotype-Index (Average)



Quelle: European Commission (2017): Special Eurobarometer 465. Gender Equality 2017, S. 17

Das Rollenbild von Müttern in Deutschland hat sich mithin markant verändert. Dabei ist die Bewertung und Bedeutung der Müttererwerbstätigkeit ein zentrales Merkmal (vergleiche Kapitel 3.3). Nur gut jede beziehungsweise jeder zehnte Befragte (13 Prozent) gibt beispielsweise an, dass eine Berufstätigkeit der Mutter in der Generation der eigenen Eltern zum Rollenbild der Mütter gehört habe. Heutzutage finden dagegen 43 Prozent der Gesamtbevölkerung und 53 Prozent der Mütter minderjähriger Kinder, dass eine Mutter heute berufstätig sein sollte.²⁰²

Die heute hohe Erwerbsquote der Mütter spiegelt somit auch und gerade das veränderte Selbstverständnis der Mütter selbst. Es ist nicht mehr eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern vielmehr Teil des eigenen Rollenverständnisses, berufstätig zu sein.²⁰³

202 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 15, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

203 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 16, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

Analog zu den veränderten Einstellungen zu und von Müttern haben sich auch die gesellschaftlichen Erwartungen an Väter und das Selbstverständnis der Väter in den vergangenen Jahren gewandelt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung erwarten heute, dass Väter sich um ihre Kinder kümmern, sich stark im Familienalltag engagieren und ihre Partnerin unterstützen. So finden es mittlerweile rund drei Viertel (72 Prozent) der Bevölkerung wichtig, dass Väter sich um ihre kranken Kinder kümmern oder mit diesen zum Arzt gehen – 2015 waren es noch 66 Prozent.²⁰⁴ Das entspricht auch den Wünschen der Väter. Väter wünschen sich ebenso häufig wie Mütter mehr Zeit für ihre Kinder.²⁰⁵ Tatsächlich würde jeder zweite Vater gerne die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen, aber nur jeder sechste tut dies.²⁰⁶ Allerdings sagen mehr als zwei Drittel der Väter (69 Prozent), dass sie sich schon heute mehr an der Erziehung und Betreuung der Kinder beteiligten als die Väter ihrer Elterngeneration – und bewerteten das als persönlichen Gewinn.²⁰⁷ Und auch die Bevölkerung nimmt wahr, dass Väter heute vielfach engagierter in der Familie sind: 72 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, Väter beteiligten sich heute mehr an der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder als noch vor zehn bis 15 Jahren. Rund die Hälfte der Bevölkerung kennt einen oder mehrere Väter, die in Elternzeit seien oder gewesen seien. Diese Entwicklung wird ganz überwiegend als positiv gewertet.²⁰⁸

Diese Entwicklungen zeigen sich auch in den Einstellungen zur Rollenverteilung in der Familie: Frauen wie Männer sprechen sich zunehmend deutlich dafür aus, sich Erwerbs-, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich aufzuteilen (Abbildung 79). Während sich 2007 erst gut ein Drittel (34 Prozent) der Eltern mit minderjährigen Kindern eine gleichwertige Teilung von Berufs- und Familienarbeit wünschte, befürwortete dies 2019 knapp die Hälfte (46 Prozent) der Befragten: Darunter wünschten sich 24 Prozent, dass beide Partner in Vollzeit arbeiteten und sich die Aufgaben im Haushalt und bei der Kindererziehung teilten. 22 Prozent plädierten dafür, dass beide Partner in Teilzeit arbeiteten und sich die Pflichten in der Familie teilten.²⁰⁹

2007 befürworteten noch knapp zwei Drittel der Befragten entweder eine ausschließliche Berufstätigkeit des Vaters (20 Prozent) oder eine Vollzeit-/Teilzeit-Kombination, bei der die Mutter überwiegend die Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung übernimmt (43 Prozent). Diese Konstellationen haben an Bedeutung verloren (vergleiche Kapitel 3.3): 2019 sprachen sich 18 Prozent für eine ausschließliche Berufstätigkeit des Vaters aus und nur noch 28 Prozent wünschten sich eine Vollzeit-/Teilzeit-Konstellation mit einer Aufgabenverteilung überwiegend bei der Mutter.²¹⁰

204 Ebenda S. 18

205 Ebenda S. 32

206 IfD Allensbach (2015): Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf, S. 54, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Weichenstellungen_Bericht_FINAL.pdf

207 Ebenda, S. 56; BMFSFJ (2018): Väterreport, S. 11, Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/127268/2098ed4343ad836b2f0534146ce59028/vaeterreport-2018-data.pdf>

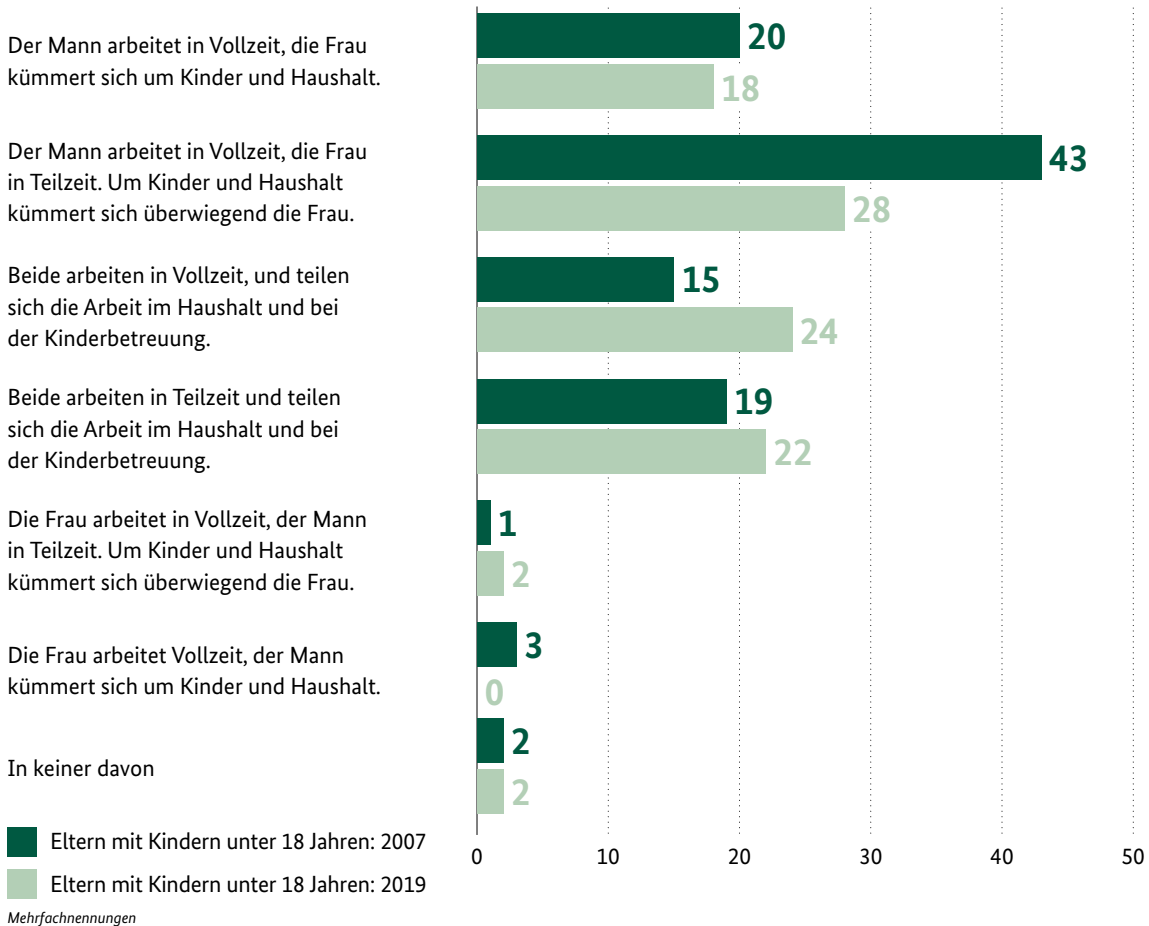
208 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 20 ff., Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

209 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, S. 26, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

210 Ebenda

Abbildung 79: Ideale Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit 2007 und 2019: zunehmende Präferenz für gleichgewichtige Aufteilung, in Prozent

Frage: „Hier auf dieser Liste werden verschiedene Familienformen beschrieben. Einmal abgesehen von Ihrer jetzigen Lebenssituation: In welcher davon würden Sie am liebsten leben?“



Quelle: IfD Allensbach (2019), S. 27

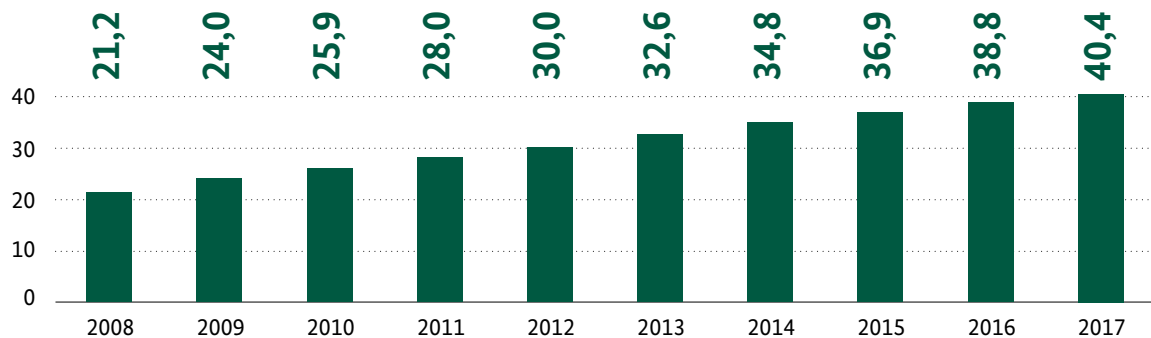
Anmerkung: Eltern mit Kindern unter 18 Jahren

Trends im Elterngeld: Väterbeteiligung steigt

Das Elterngeld hat dazu beigetragen, dass Mütter und Väter sich Familien- und Arbeitszeit inzwischen vielfach anders untereinander aufteilen. Seit Einführung des Elterngelds reduzieren immer mehr Väter für einen befristeten Zeitraum ihre Arbeitsstunden oder steigen eine Zeit lang ganz

aus der Erwerbstätigkeit aus, um Zeit mit ihrem Kind und für die Familie zu haben. Bereits ein Jahr nach der Einführung des Elterngelds machte jeder fünfte anspruchsberechtigte Vater (21 Prozent) davon Gebrauch. Danach stieg die Zahl kontinuierlich an und lag 2017 im Bundesdurchschnitt bei über 40 Prozent (Abbildung 80).

Abbildung 80: Entwicklung der Väterbeteiligung* beim Elterngeld, 2008–2017, in Prozent



* Anteil der geborenen Kinder, deren Väter Elterngeld bezogen haben, nach Geburtszeitraum des Kindes
 Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2009–2016): Statistiken zum Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

In einzelnen Bundesländern nimmt rund die Hälfte der Väter heute Elterngeld in Anspruch: Zu den Spitzenreitern der Väterbeteiligung gehören

Thüringen mit 47,6 Prozent, Bayern mit 47,7 Prozent und Sachsen mit 51,9 Prozent (Tabelle 6).

Tabelle 6: Entwicklung der Väterbeteiligung für ab dem Jahr 2008 geborene und anspruchsbegründende Kinder nach Ländern²¹¹

Land	Geburtsjahr									
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	20,6	24,6	27,4	30,5	33,4	36,7	39,2	40,9	42,2	43,7
Bayern	27,4	30,7	33,5	36,5	38,6	40,5	42,2	44,8	46,5	47,7
Berlin	27,5	30,7	32,2	33,7	35,5	37,9	39,7	40,9	42,9	43,8
Brandenburg	25,5	27,3	28,1	30,2	32,4	34,8	36,6	40,0	42,5	44,9
Bremen	18,3	19,9	19,3	21,7	22,9	25,8	27,1	28,1	31,0	33,4
Hamburg	22,9	27,4	28,5	31,1	33,7	36,2	38,0	40,2	41,0	42,5
Hessen	20,3	23,3	25,3	27,2	29,4	30,8	33,1	34,4	35,8	37,3
Mecklenburg-Vorpommern	20,5	23,3	23,5	21,3	25,3	26,5	28,0	31,2	35,2	36,5
Niedersachsen	19,5	21,6	23,2	25,3	26,9	29,3	31,5	34,5	36,7	38,4
Nordrhein-Westfalen	16,8	18,5	19,7	20,9	22,0	25,6	27,5	29,4	31,7	33,4
Rheinland-Pfalz	17,5	20,1	21,7	23,6	25,0	27,3	30,3	31,9	33,5	35,0
Saarland	12,9	14,6	16,4	18,8	19,1	21,0	24,1	25,3	28,5	28,4
Sachsen	26,9	31,0	33,0	36,0	38,5	41,1	44,7	47,5	49,1	51,9
Sachsen-Anhalt	17,6	17,9	20,1	22,2	23,2	25,9	28,6	31,7	35,1	36,8
Schleswig-Holstein	18,4	19,9	22,0	24,0	24,7	27,0	29,4	30,8	33,4	34,6
Thüringen	25,0	28,4	29,4	32,1	34,6	37,0	40,6	43,3	45,2	47,6
Deutschland	21,2	24,0	25,9	28,0	30,0	32,6	34,8	36,9	38,8	40,4

Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2020): Zeitsreihe Entwicklung Väterbeteiligung und Bezüge nach Bundesländern 2008–2017

211 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020): Statistik zum Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge für das Jahr 2016

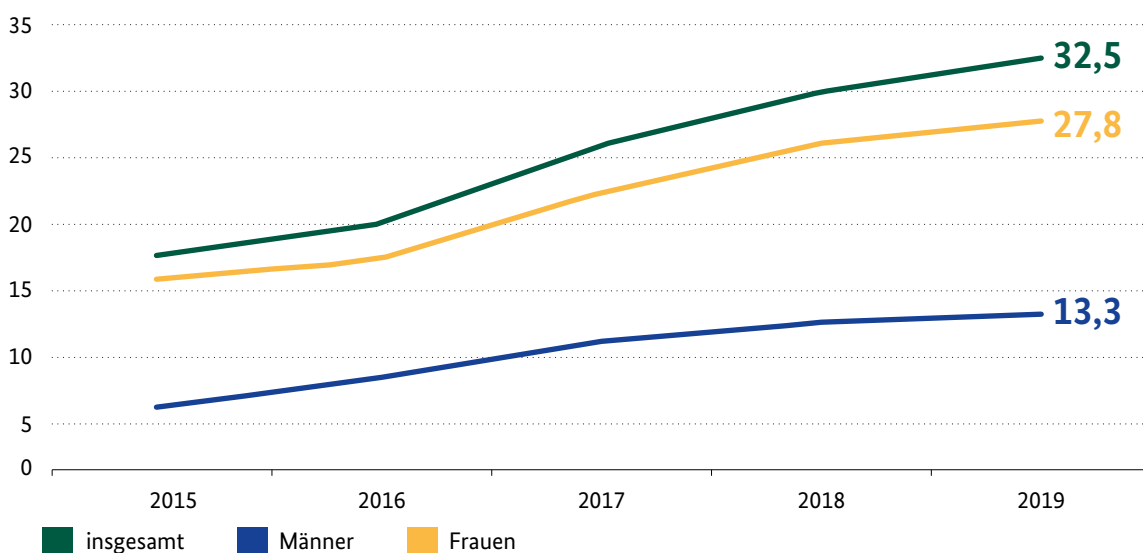
Auch der Konzeption des Elterngelds ist es zu verdanken, dass es heute mehr aktive Väter gibt.²¹² Die sogenannten Partnermonate, die der Familie nur zustehen, wenn beide Eltern Elterngeldmonate in Anspruch nehmen, setzen einen zusätzlichen Anreiz für die Beteiligung beider Eltern. Die Ausgestaltung als Lohnersatzleistung macht die Inanspruchnahme auch für Väter finanziell attraktiv.

Das 2015 eingeführte ElterngeldPlus ist ein weiterer Schritt, damit beide Partner einander in einer Zeit unterstützen können, in der in den Familien die Weichen für die spätere Aufgabenteilung gestellt werden.²¹³ Es hat dazu geführt, dass Frauen wieder stärker in den Beruf einsteigen können und dass sich Väter mehr Zeit für ihre Kinder nehmen. 41 Prozent der ElterngeldPlus beziehenden Väter hätten sich ohne das ElterngeldPlus weniger Zeit für die Kinderbetreuung genommen. 24 Prozent der Mütter geben an, dass sie mit dem ElterngeldPlus ihre beruflichen Ziele besser verfolgen könnten. Und knapp ein Viertel (23 Prozent) habe sich für ElterngeldPlus entschieden, weil es auch während der Elternzeit erwerbstätig sein wolle. Mit dem ElterngeldPlus und vor allem

dem Partnerschaftsbonus werden Eltern ermutigt, den Wunsch nach einer gleichmäßigeren Aufteilung der Zeit umzusetzen: Während im Bezug des herkömmlichen (Basis-)Elterngelds sich nur 17 Prozent der Familien die Kinderbetreuung (etwa) hälftig aufteilen, sind es in den Monaten des ElterngeldPlus-Bezugs 24 Prozent und in den Monaten des Partnerschaftsbonus-Bezugs 82 Prozent.²¹⁴

Seit Einführung des ElterngeldPlus ist die Inanspruchnahme kontinuierlich angestiegen. Etwa 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, haben sich im Jahr 2019 für das ElterngeldPlus entschieden (Abbildung 81) – in Thüringen und Rheinland-Pfalz sogar bis etwa 36 Prozent. Damit hat sich die Inanspruchnahme seit Einführung des ElterngeldPlus mehr als verdoppelt: Im dritten Quartal 2015, als die Leistung erstmalig zur Verfügung stand, wurde sie von 13,8 Prozent der Eltern genutzt. In einzelnen Bundesländern entschied sich im Jahr 2019 mehr als ein Drittel der Väter (bis zu 38 Prozent), die ElterngeldPlus beziehen, zugleich für den Partnerschaftsbonus. Der deutschlandweite Durchschnitt von Vätern liegt bei 26,5 Prozent.²¹⁵

Abbildung 81: Entwicklung ElterngeldPlus-Anträge von 2015 bis 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt (2020); Elterngeld-Statistik

212 Weitere Informationen zum Elterngeld und zum Elternheld Plus gibt auf dem Familienportal: www.familienportal.de.

213 BMFSFJ (2016): Bilanz 10 Jahre Elterngeld, Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/113300/8802e54b6f0d78e160ddc3b0fd6fbc1e/10-jahre-elterngeld-bilanz-data.pdf>

214 Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen der Regelungen zum ElterngeldPlus und zum Partnerschaftsbonus sowie zur Elternzeit (2018)

215 Statistisches Bundesamt (2020): Statistik zum Elterngeld, Leistungsbezüge 2019

Eine annähernde Gleichverteilung bei Kinderbetreuung und Hausarbeit ist besonders häufig bei Paaren festzustellen, bei denen Väter und Mütter in ähnlichem Umfang erwerbstätig sind. Dies gilt für Paare mit doppelter Vollzeitarbeit, aber mehr noch für Paare, bei denen Mutter und Vater beide einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.²¹⁶ Partnerschaftliche Arbeitszeitkonstellationen mit verkürzter Vollzeitarbeit entsprechen den Wünschen vieler Eltern und ermöglichen eine gleichmäßige Zeitverteilung. Damit verbunden ist eine besonders große Zufriedenheit bei Müttern und noch mehr bei Vätern bezüglich der Zeit,²¹⁷ eine gleichermaßen gute Verankerung im Beruf und somit finanzielle Absicherung beider Elternteile. Eine partnerschaftliche Vereinbarkeit entspricht auch den Wünschen der Kinder, die ihre Mütter wie Väter erleben möchten und von engen Beziehungen zu ihren Vätern profitieren.²¹⁸

Die Anreizsysteme für eine paritätische Aufgabenteilung in Familie und Beruf zwischen Müttern und Vätern folgen im internationalen und europäischen Bereich einer ähnlichen Logik: Es werden durchgehend finanzielle Anreize zur Nutzung von Elternzeit und Elterngeld durch beide Elternteile geboten. In der Regel ist ein individueller Anspruch nicht auf das andere Elternteil übertragbar und verfällt, falls er nicht in Anspruch genommen wird. Durch die unterschiedliche konkrete Ausgestaltung sind die Zahlen jedoch nur schwer miteinander vergleichbar.

So steht beispielsweise in Island für jeden Elternteil ein Drittel bezahlter Elternzeit zur Verfügung. Ein weiteres Drittel kann frei aufgeteilt werden. Die finanzielle Kompensation beträgt 80 Prozent des durchschnittlichen Jahresgehalts. In 2013 beanspruchten 80 Prozent der isländischen Väter ihre Elternzeit und nahmen durchschnittlich 87 Tage.

In Schweden stehen insgesamt 480 Tage bezahlte Elternzeit zur Verfügung. Für jeden Elternteil sind jeweils 90 Tage reserviert. Für 390 Tage wird eine Einkommensersatzleistung gezahlt, die bei circa 80 Prozent des früheren Einkommens liegt. Die übrigen 90 Tage werden pauschal mit 17 Euro am Tag abgegolten.²¹⁹ Auch in Schweden kommen diese Angebote an. So nahmen Väter im Jahr 2004 noch 19 Prozent der bezahlten Tage in Anspruch. Im Jahr 2018 waren es 29 Prozent.²²⁰ Dabei nahmen Väter durchschnittlich 41 Tage in Anspruch, Mütter durchschnittlich 83 Tage.²²¹

In Norwegen besteht ein Anspruch auf eine nicht übertragbare bezahlte Elternzeit pro Elternteil von 15 beziehungsweise 19 Wochen. Die übrigen 16 Wochen können frei aufgeteilt werden. Die Höhe der Geldleistung variiert zwischen 46 Wochen (bei 100 Prozent des vorangegangenen Einkommens) und 56 Wochen (80 Prozent des vorangegangenen Einkommens). 70 Prozent der Väter bezogen in Norwegen im Jahr 2015 bezahlte Elternzeit.²²²

216 Vergleiche Svenja Pfahl, Laura Rauschnick, Dietmar Hobler, Selina Alin (2017): Partnerschaftliche Arbeitszeiten aus Kinder- und Elternsicht, Projektbericht, SowiTra, Kapitel 7, S. 137. Link: https://www.sowitra.de/wp-content/uploads/2017/08/Partner-Arbeitszeiten_aus_Kindersicht_SowiTra_2017.pdf

217 BMFSFJ (2017): Männer-Perspektiven. Auf dem Weg zu mehr Gleichstellung? Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/115580/5a9685148523d2a-4ef12258d060528cd/maenner-perspektiven-auf-dem-weg-zu-mehr-gleichstellung-data.pdf>

218 Vergleiche OECD (2016): Dare to Share; BMFSFJ (2016): Väterreport 2016, Link: <https://www.bmfsfj.de/blob/112720/2d7af062c2bc70c8166f5bca1b2a331e/vaeterreport-2016-data.pdf>

219 European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2019): Parental and paternity leave – Uptake by fathers, Link: https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef18087en.pdf

220 Försäkringskassan (Swedish Social Insurance Agency) 2019, Social Insurance in Figures 2019, Link: <https://www.forsakringskassan.se/wps/wcm/connect/cec4cea8-1d6c-4895-b442-bc3b64735b09/socialforsakringen-i-siffror-2019-engelsk.pdf?MOD=AJPERES&CVID=>

221 Ebenda S. 20, Link: <https://www.forsakringskassan.se/wps/wcm/connect/cec4cea8-1d6c-4895-b442-bc3b64735b09/socialforsakringen-i-siffror-2019-engelsk.pdf?MOD=AJPERES&CVID=>

222 European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2019): Parental and paternity leave – Uptake by fathers, Link: https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef18087en.pdf

4.2 Partner: Unternehmen

In der Corona-Krise wurde deutlich, wie elementar wichtig eine gute Vereinbarkeit für Eltern und eine funktionierende Wirtschaft ist. Auch schon vor der Krise war die Bevölkerung der Meinung, dass die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf das wichtigste Ziel der Familienpolitik sein sollte.²²³ Berufstätige Eltern und Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen sind – neben einem guten Betreuungsangebot und finanziellen Hilfen – besonders auf familienbewusste Arbeitsbedingungen angewiesen, wenn sie Familie und Beruf vereinbaren wollen. Vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs und des demografischen Wandels haben sich in den letzten Jahren immer mehr Arbeitgeber auf die Bedarfe eingestellt und neue Strukturen für die Arbeitsorganisation geschaffen: Weltweit agierende Unternehmen haben mit ihren Maßnahmen Schlagzeilen gemacht: SAP bezahlt Vätern eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Hewlett-Packard bietet seinen Angestellten eine sechsmonatige Elternzeit bei vollem Gehalt.

Flexible, familienbewusste Arbeitsbedingungen, die Zeit für private Verpflichtungen und Interessen lassen, sind zu einem Trendthema für die große Mehrheit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geworden. Zwar unterscheiden sich die Präferenzen und Bedarfe individuell je nach Generationen- und Milieuzugehörigkeit, aber der Wunsch nach einer gelungenen Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf findet sich quer durch alle Schichten, Altersklassen und Berufe.²²⁴ Gerade Kohorten, die den Fach- und Führungskräftenachwuchs bilden beziehungsweise bald gut ausgebildet in den Arbeitsmarkt eintreten, aber noch keine familiäre Verantwortung tragen, legen Wert auf eine solche Balance.²²⁵ Das hat den Vorteil für Mütter beziehungsweise Eltern, dass sie nicht als „besondere Zielgruppe“ wahrgenommen werden, sondern familienorientierte Maßnahmen

zunehmend für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer relevant sind.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass familienbewusste Unternehmen, die mit Blick auf die Vereinbarkeit schon viele Flexibilisierungslösungen etabliert hatten, schneller auf die neuen Herausforderungen reagieren konnten als „konservativ aufgestellte“, die noch durchgängig auf Vollzeitarbeit und Präsenzpflcht setzen.²²⁶ Flexible, familienbewusste Arbeitszeitmodelle bieten gerade in schwierigen wirtschaftlichen Phasen betriebswirtschaftliche Vorteile. So ließ sich während der Corona-Pandemie – ebenso wie während der Finanzkrise 2008/ 2009 – beobachten, wie neben zielgerichteten staatlichen Unterstützungsleistungen auch eine flexible Arbeitsorganisation dabei helfen kann, Stellenabbau zu vermeiden. In der darauffolgenden Phase sind familienbewusste Unternehmen im doppelten Vorteil – erstens wegen der vermiedenen Abwanderung und zweitens, weil die Arbeitgeberattraktivität durch Familienorientierung ein wertvoller Faktor bei der Suche nach motiviertem und leistungsfähigem Personal ist.

Bedeutung von Zeit

Vor der Krise gab es beim Thema Arbeitszeiten eindeutige Trends: Viele Mütter arbeiten mehr Stunden, viele in Teilzeit beschäftigte Mütter möchten mehr arbeiten, viele Väter wünschen sich reduzierte Arbeitszeiten, Eltern wünschen sich eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und immer mehr Unternehmen haben auf die geänderten Wünsche und Wertvorstellungen reagiert.²²⁷ Es ist anzunehmen, dass diese Trends mit der Erholung der Wirtschaft ihre vormalige Dynamik wieder zurückgewinnen.

Partnerschaftliche Vereinbarkeitsmodelle, bei denen sich Eltern berufliche und familiäre

223 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

224 Vereinbarkeit 4.0 – Alltagsrealitäten von Familien in Deutschland und ihr Blick in die Zukunft, S. Borgstedt, Sinus-Institut, 2019

225 Die neue Generation, RHI Diskussion Nr. 29 (H.-P. Klös, J. Rump, M. Zibrowius), 2016 Link: <https://www.romanherzoginstitut.de/publikationen/detail/die-neue-generation.html> / Zukünftige Arbeitswelt der Generation Z – und die Rolle der Vereinbarkeit, berufundfamilie gGmbH 2018 Link: <https://berufundfamilie.de/forms/33-jinbound-landing-pages/9-gen-z>

226 vergleiche Kapitel 1.4

227 Für die Trends bei der Erwerbstätigkeit von Müttern vergleiche Kapitel 3.3, zu Arbeitszeitwünschen von Vätern vergleiche BMFSFJ (2018): Väterreport. Vatersein in Deutschland heute.

Aufgaben teilen, gewinnen an Bedeutung (vergleiche Kapitel 3).²²⁸ Mütter könnten und wollen mehr erwerbstätig sein. Allerdings wird das nur funktionieren, wenn Väter sich mehr in die Familie einbringen, die Betreuung weiter ausgebaut wird und Arbeitgeber Eltern flexible Lösungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbieten.

Eine wachsende Zahl von Tarifverträgen (IG Metall, Deutsche Bahn, Deutsche Post, EVG) enthält neben Lohnzuwächsen auch eine Zeitkomponente. Diese räumen also statt einer (tariflichen) Lohnerrhöhung den Beschäftigten wahlweise mehr freie Zeit ein (Wahlmodell). Hierin spiegeln sich auch die Wünsche der Beschäftigten nach mehr Zeitsouveränität. In einer Befragung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gaben 92 Prozent an, dass die Wahlmöglichkeit zur Entscheidung zwischen freier Zeit und mehr Geld für sie von großer Bedeutung sei.

57 Prozent der Befragten wären bereit, zur Verkürzung ihrer Arbeitszeit eine (tarifliche) Gehaltssteigerung einzutauschen.²²⁹

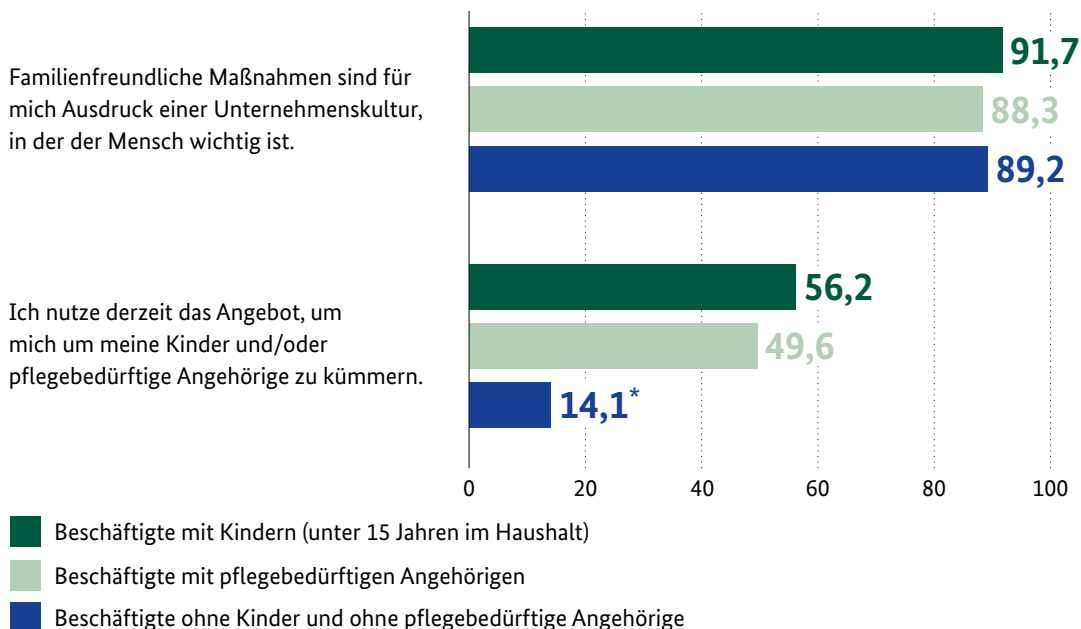
4.2.1 Familienorientierung als Kulturthema in Unternehmen: Entwicklungen und Dynamiken

Der Anteil der Geschäftsleitungen und Personalverantwortlichen, für die familienfreundliche Maßnahmen wichtig sind, ist seit 2015 um knapp sechs Prozentpunkte auf über 83 Prozent (2018) gestiegen (Abbildung 82).²³⁰ Neun von zehn Beschäftigten seien familienfreundliche Maßnahmen wichtig, weil sie Ausdruck einer Unternehmenskultur sind, in der der Mensch wichtig ist. Diese Einschätzung teilen Beschäftigte mit und ohne familiäre Betreuungspflichten gleichermaßen.

Abbildung 82: Familienfreundliche Maßnahmen von Unternehmen

Warum sind Ihnen familienfreundliche Maßnahmen Ihres Unternehmens wichtig?

Anteil der Beschäftigten, die angeben, dass ihnen aus den folgenden Gründen familienfreundliche Maßnahmen ihres Unternehmens (eher) wichtig sind, in Prozent



* Diese Gruppe schließt beispielsweise auch Beschäftigte mit älteren Kindern ein.
 Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019 (IW Köln), BMFSFJ (2019)

228 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf
 229 Verdi Arbeitszeitbefragung 2019, Link: <https://www.verdi.de/presse/downloads/pressemappen/++co++afb621b4-f01f-11e9-ab89-525400b665de>
 230 Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019 (IW Köln), BMFSFJ (2019) (alle Zahlangaben in diesem Abschnitt, falls nicht anders gekennzeichnet), Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/unternehmensmonitor-familienfreundlichkeit-2019/138444>

Eine familienorientierte Unternehmenskultur, die nach innen und nach außen glaubwürdig umgesetzt und kommuniziert wird, ist ein entscheidendes Kriterium bei der Arbeitgeberwahl – auch wenn die Maßnahmen nicht von allen genutzt werden. Bei der Frage „Wäre die schlechte Vereinbarkeit für Sie ein Grund, den Job zu wechseln?“ zeigt sich ein Trend: Je jünger Erwerbstätige sind, desto mehr von ihnen würden den Job wechseln, wenn sich die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben für sie als schlecht erweist: Bei den 18- bis 29-Jährigen bekunden 77 Prozent ihren Wechselwillen und bei den 30- bis 39-Jährigen 76 Prozent. Immerhin knapp sieben von zehn (68 Prozent) 40- bis 49-Jährige würden aufgrund schlechter Vereinbarkeit kündigen. Leben Kinder mit im Haushalt, scheint der Entschluss für einen Jobwechsel bei schlechter Vereinbarkeit eher gegeben. 74 Prozent der Beschäftigten mit Kindern

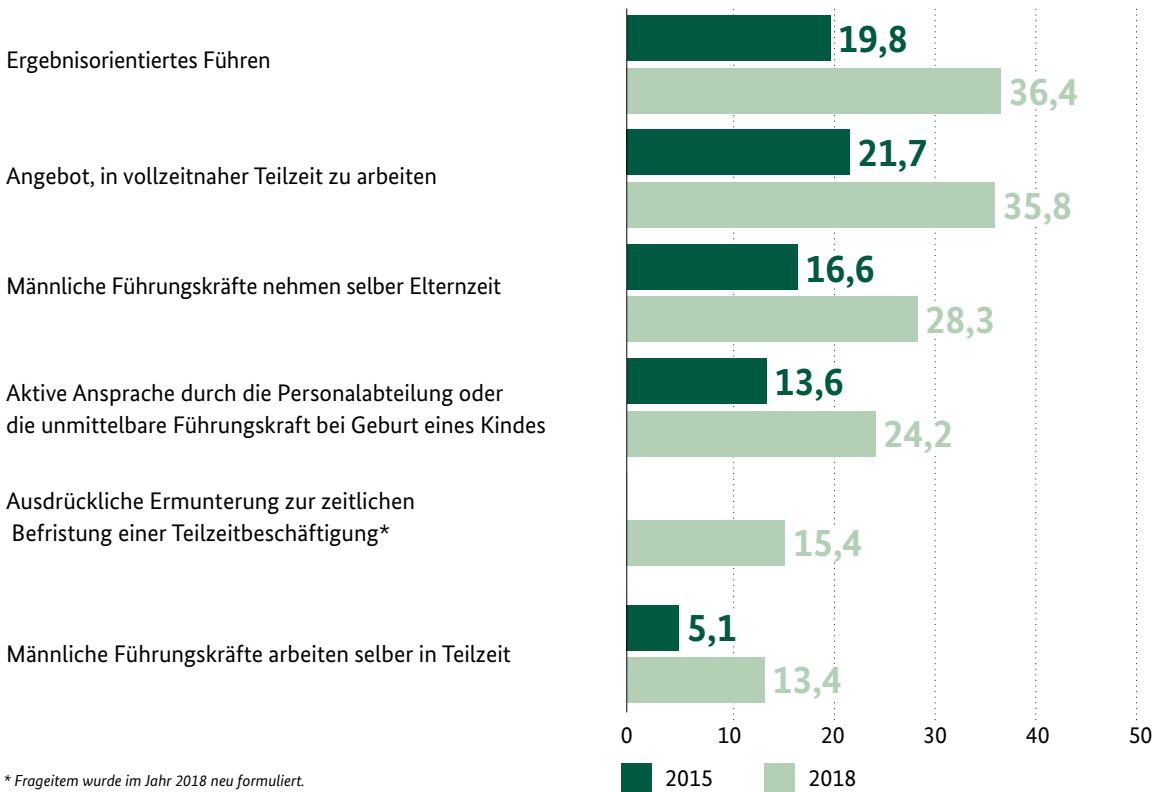
im eigenen Haushalt sehen in der schlechten Vereinbarkeit einen Grund, den Job zu wechseln.²³¹

Die Unternehmen haben nicht nur allgemein die Wirkungsmacht von Familienfreundlichkeit verstanden, auch in wichtigen Handlungsfeldern haben sie aufgeholt: So ist das Engagement der Unternehmen zur Förderung von Vätern besonders stark angestiegen (Abbildung 83). Während im Jahr 2015 erst rund 35 Prozent der Unternehmen mindestens eine Maßnahme zur Väterförderung angeboten haben, waren dies im Jahr 2018 rund 53 Prozent. Auch das Angebot an Vätern, in vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten, hat von knapp 22 Prozent (2015) der Unternehmen auf rund 36 Prozent (2018) stark zugenommen. Der Anteil der Unternehmen, in denen männliche Führungskräfte selbst Elternzeit nehmen, ist ebenfalls deutlich angestiegen, von knapp 17 Prozent (2015) auf 28 Prozent.²³²

Abbildung 83: Unterstützende Maßnahmen für Väter

Mit welchen Maßnahmen unterstützen Sie Väter aktiv bei der Inanspruchnahme von Elternzeit oder Teilzeitarbeit?

Anteil der Unternehmen, die die Maßnahmen anbieten, in Prozent



* Frageitem wurde im Jahr 2018 neu formuliert.

Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019 (IW Köln), BMFSFJ 2019, S. 21

231 berufundfamilie Service GmbH (2020): Civey-Umfrage zur Zertifizierung für Vereinbarkeit

232 IW Köln/BMFSFJ (2019): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit (2019),

Link: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Unternehmensmonitor_Familienfreundlichkeit_2019.pdf

Rund acht von zehn Unternehmen bieten mittlerweile flexible Arbeitszeiten an. Auch das Angebot an Gleitzeit, Teilzeitmodellen, Jobsharing und Sabbaticals ist gestiegen. Das entspricht den Wünschen der Beschäftigten, denn mehr Zeitsouveränität bedeutet eine bessere Vereinbarkeit. Allerdings ist zu beachten, dass bei aller Flexibilität auch Verlässlichkeit und Planbarkeit bestehen bleiben muss.

Das gilt auch und besonders für das mobile Arbeiten. Was in den letzten Jahren nur bestimmten „privilegierten“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugestanden wurde, obwohl der Bedarf deutlich höher lag,²³³ hat im Zuge der Coronapandemie in vielen Unternehmen einen Kulturwandel erlebt. Die große Mehrheit der Unternehmen hat ihre Beschäftigten dort, wo es möglich war, vom Büro ins Homeoffice geschickt; auch solche, die dem mobilen Arbeiten vorher skeptisch gegenüberstanden. Das lag überwiegend nicht an unlösbaren technischen, rechtlichen und/oder

finanziellen Fragen, sondern vor allem an der Unternehmenskultur.

Sowohl zum Schutz vor Ansteckung wie auch zur besseren Betreuung ihrer Kinder arbeitete fast ein Drittel der berufstätigen Eltern in der Krise erstmalig oder häufiger als vor der Krise von zu Hause, Mütter (29 Prozent) fast ebenso viel wie Väter (31 Prozent) (Abbildung 84). Allerdings zeigen sich hierbei beträchtliche Unterschiede: Höher Qualifizierte und Eltern in größeren Betrieben standen solche Möglichkeiten ungleich häufiger zur Verfügung als anderen. So konnten beispielsweise 45 Prozent der berufstätigen Eltern mit höherer Schulbildung von (mehr) Homeoffice Gebrauch machen; von den Eltern mit mittlerer Schulbildung dagegen nur 21 Prozent und von jenen mit einfacher Schulbildung lediglich zwölf Prozent. In dieser Hinsicht haben sich die Arbeitswelten von Eltern während der Krise erkennbar auseinanderentwickelt.²³⁴

Abbildung 84: Homeoffice

Ich arbeite mehr von zu Hause aus

Berufstätige Eltern von Kindern unter 15 Jahren insgesamt

Väter

Mütter

Schulbildung

einfache

mittlere

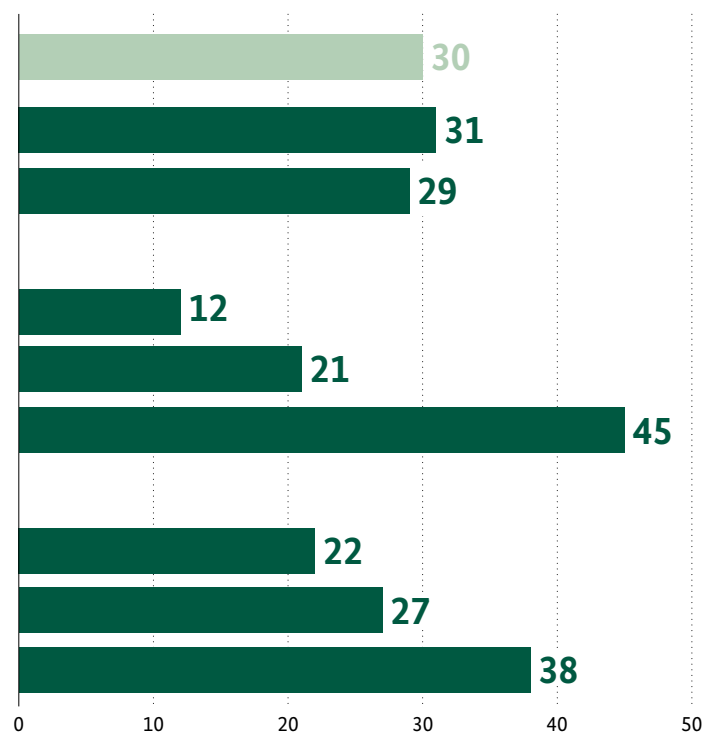
höhere

Beschäftigte im Betrieb

unter 10

10 bis unter 300

ab 300



Quelle: IfD Allensbach 8237 (2020)

233 BMFSFJ (2015): Digitalisierung: Chancen und Herausforderungen für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/digitalisierung---chancen-und-herausforderungen-fuer-die-partnerschaftliche-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf/109006>

234 IfD Allensbach 8237 (2020)

Auch wenn dies wegen der Kita- und Schulschließungen unter erschwerten Bedingungen stattfand und sich Homeoffice mit der Kinderbetreuung oder Homeschooling nur schlecht vereinbaren ließ, gab es doch bei vielen den Lerneffekt, dass die Arbeit auch ohne ständige Präsenz am Arbeitsplatz und Kontrolle von außen erledigt wird. Dies wird dazu führen, dass die Möglichkeit zu mobilem Arbeiten in vielen Unternehmen auch nach der Krise bestehen bleibt.²³⁵ 77 Prozent der Beschäftigten, die erst seit der Corona-Krise regelmäßig in der eigenen Wohnung arbeiten, möchten diese Arbeitsform auch in Zukunft – zumindest teilweise – beibehalten.²³⁶ Klare Regelungen werden helfen, was die Erreichbarkeit angeht, zum Beispiel in Form von Betriebsvereinbarungen. Nicht zuletzt gilt es zu beachten, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mobil arbeiten wollen: 30 Prozent wünschen sich eher eine klare Trennung zwischen Beruf und Privatleben, unter anderem weil sie die Arbeit im Homeoffice als weniger effizient empfinden und der Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen fehlt.²³⁷

Trotz aller Fortschritte besteht allerdings weiterhin eine Lücke zwischen der von den Unternehmen intendierten und der von den Beschäftigten erlebten Familienorientierung. 46 Prozent der Unternehmen bezeichnen sich als ausgeprägt familienfreundlich, nur 39 Prozent der Beschäftigten sehen das so. Nicht jeder kann die familienfreundlichen Angebote tatsächlich wahrnehmen, ohne berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Gut vier von zehn Beschäftigte (44,2 Prozent) sind der Auffassung, dass man im Unternehmen nur etwas werden könne, wenn man auch außerhalb der Arbeitszeiten für berufliche Belange zur Verfügung stehe. Eng verbunden mit den vermuteten Erreichbarkeitsanforderungen sind auch Befürchtungen, bei der Vergabe interessanter Aufgaben nicht ausreichend berücksichtigt zu werden, wenn familienfreundliche Maßnahmen verstärkt in Anspruch genommen werden. Diese Sorge teilen etwa 37 Prozent der Beschäftigten (Abbildung 85).²³⁸

235 ZEW Mannheim (2020), Link: <https://www.zew.de/presse/pressearchiv/unternehmen-wollen-auch-nach-der-krise-an-homeoffice-festhalten>

236 DAK Gesundheit (2020), <https://www.dak.de/dak/bundesthemen/sonderanalyse-2295276.html#/>

237 IAB (2020): Wie Corona den Arbeitsalltag verändert hat, IAB-Kurzbericht 13/2020, <http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb1320.pdf>

238 IW Köln/BMFSFJ (2019): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019, Link: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Unternehmensmonitor_Familienfreundlichkeit_2019.pdf

Abbildung 85: Familienfreundliche Maßnahmen aus Sicht der Beschäftigten

Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

Anteil der Beschäftigten, die angeben, dass die jeweiligen Aussagen voll oder eher zutreffen, in Prozent*



* Die Durchschnittswerte beziehen sich auf die gesamte Stichprobe der Beschäftigten (in Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten). Diese weicht aufgrund fehlender Angaben zur Unternehmenskultur in einigen Fragebögen von dem gewichteten Durchschnitt der hier dargestellten differenzierten Beschäftigtengruppen ab.

Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit (2019), (IWK Köln), BMFSFJ 2019, S. 17

So sehr die Bedeutung von Familienorientierung gestiegen ist: Sie gilt nicht überall und nicht für alle. Gerade viele Männer haben nach wie vor Befürchtungen, aufgrund längerer Familienphasen berufliche Nachteile zu erleiden. Zwar wünschen sich viele Väter längere Elternzeiten als die üblichen zwei Monate, geben jedoch als Hindernis neben finanziellen Gründen und Wünschen der Partnerin am dritthäufigsten die Sorge vor beruflichen Konsequenzen an. Auch wenn es bisher keine wissenschaftlichen Belege für solche Nachteile gibt, scheinen die sozialen Vorstellungen noch stark zu wirken.²³⁹

Deutlich wird daran: Familienorientierung ist ein Kulturthema, das nicht aus einzelnen Maßnahmen für einzelne Betroffene besteht, sondern im Unternehmensalltag verankert und (vor-)gelebt werden muss. Erst wenn die Inanspruchnahme breit akzeptiert ist, Führungskräfte die Maßnahmen unterstützen oder selbst nutzen und keine negativen Konsequenzen drohen, können familienbewusste Maßnahmen ihre ganze Wirkung entfalten. Unternehmen und Wirtschaftsstandort können von den positiven betriebs- und volkswirtschaftlichen Effekten nachhaltig profitieren.

4.2.2 Initiativen (mit) der Wirtschaft

Das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“

Mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ und dem zugehörigen Netzwerk als Plattform treibt das Bundesfamilienministerium in enger Kooperation mit den Wirtschaftsverbänden (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks), den regionalen Kammern und dem Deutschen Gewerkschaftsbund sowie weiteren Partnern (Bundesverband der Personalmanager, Deutsche Krankenhausgesellschaft und andere) eine familienorientierte Arbeitswelt voran.²⁴⁰ Die zahlreichen gemeinsamen, zum Teil in Eigenregie realisierten Projekte, Veranstaltungen und Publikationen sowie das persönliche Engagement der jeweiligen Spitzenvertreterinnen und -vertreter haben nachweislich dazu beigetragen, dass Arbeitgeber, aber auch Verantwortliche in Wissenschaft und Politik aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt die ökonomische Relevanz von Familienorientierung erkannt haben. Was als Nischenthema vor allem für die Zielgruppe der berufstätigen Mütter begann, hat sich zu einem strategischen Leitthema für eine nachhaltige Unternehmenskultur und ein erfolgreiches Personalmanagement entwickelt. Auch während der Corona-Pandemie hat das Unternehmensprogramm systematisch Informationen und Praxisbeispiele zum betrieblichen Umgang mit den Folgen der Krise bereitgestellt und stand in ständigem Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten sowie Wirtschafts- und Branchenverbänden, um praxisnahe Antworten für Arbeitgeber und Eltern zu finden.

Der Fortschrittsindex Vereinbarkeit

Wie verschiedene Studien gezeigt haben, gibt es einen Zuwachs an familienorientierten Maßnahmen, aber auch einen „Kulturgap“ zwischen Unternehmen und Beschäftigten. Deshalb hat das Bundesfamilienministerium in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Bundesverband der Personalmanager (BPM) 2019 das Online-Tool „Fortschrittsindex Vereinbarkeit“ entwickelt.²⁴¹ Ziel ist es, das Thema Familienorientierung in der

Unternehmenskultur verbindlich und nachweislich zu verankern.

Der Index besteht aus zwei Teilen: Mit Leitlinien bekennt sich das Unternehmen zu einer innovativen und familienorientierten Unternehmenskultur, in einem zweiten Schritt können Arbeitgeber jährlich ihren Status anhand eines Kennzahlensystems messen und sich anonym mit anderen Unternehmen gleicher Größe und Branche vergleichen. Zu den abgefragten Kennzahlen gehören unter anderem die Anzahl der Beschäftigten mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, die Dauer der Elternzeit von Müttern und Vätern oder der Anteil weiblicher Führungskräfte. Unternehmen erhalten passgenaue und praxiserprobte Empfehlungen zur Weiterentwicklung der einzelnen Handlungsfelder sowie ein Teilnahmesiegel, das sie für ihr Personalmarketing nutzen können.

Das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“

Das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ ist der operative Unterbau des Unternehmensprogramms und zählt bundesweit rund 7.700 Mitglieder (Abbildung 86). Als gemeinsame Initiative des Bundesfamilienministeriums und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages berät das serviceorientierte Netzwerkbüro vor allem kleine und mittlere Betriebe kostenlos bei der praktischen Umsetzung einer familienorientierten Personalpolitik.

Das beim DIHK angesiedelte Netzwerkbüro unterstützt mit seinem Service neben Unternehmen auch Kammern und Multiplikatoren zu Fragen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bei jährlich rund 70 unterschiedlichen Veranstaltungsformaten in den Regionen werden Themen wie die familienbewusste Unternehmenskultur, partnerschaftliche Vereinbarkeit, Arbeitszeitgestaltung, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, et cetera und deren betriebliche Umsetzung erörtert. Online-Seminare mit einer großen Bandbreite an Themen (Elternzeit und Elterngeld, interne Kommunikation, Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz, familienfreundliche Stellenanzeigen oder Schichtarbeit familien-

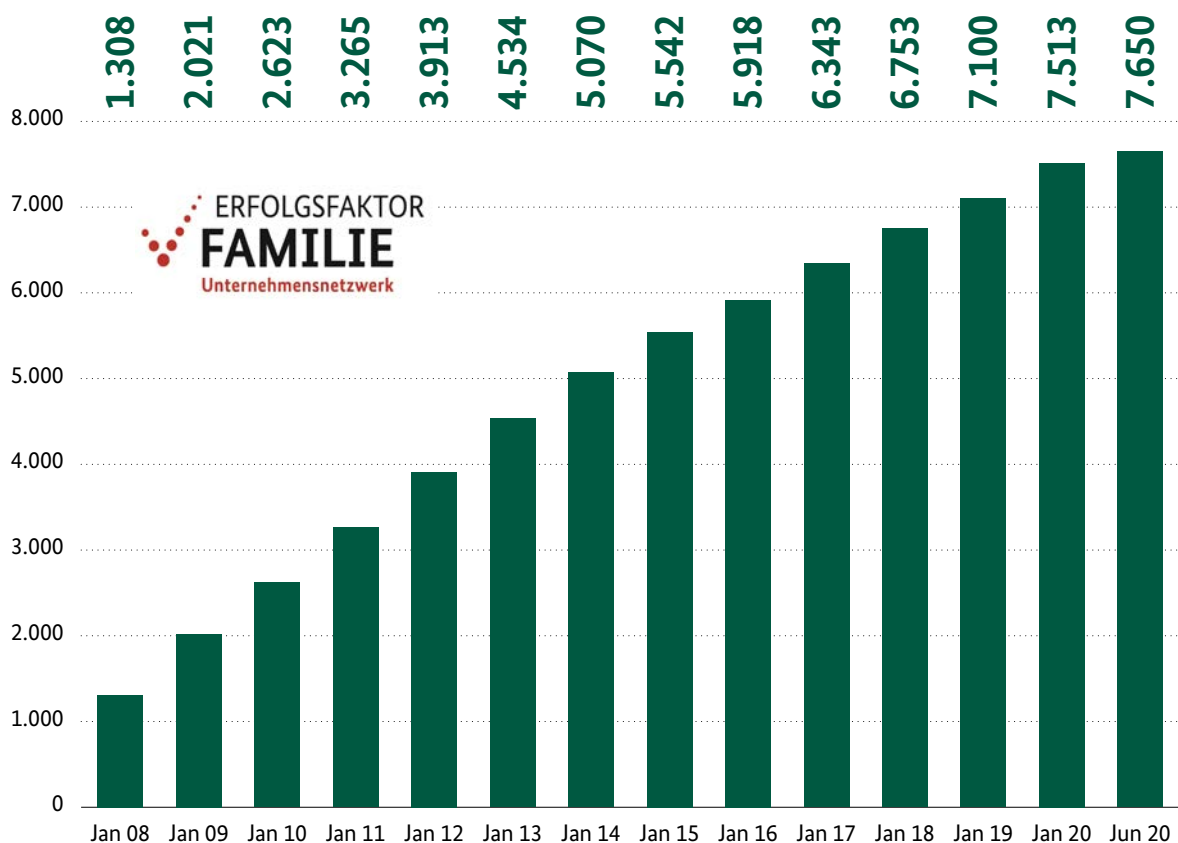
240 www.erfolgsfaktor-familie.de

241 www.fortschrittsindex-vereinbarkeit.de

freundlich gestalten) runden das Angebot ab. Jährlich werden damit rund 4.500 Akteurinnen und Akteure aus der Wirtschaft erreicht. Auf den jährlich stattfindenden zentralen Großveranstaltungen „Unternehmenstag“ und „Multiplikatorenveranstaltung“ sind Netzwerkmitglieder und Multiplikatoren nach Berlin eingeladen, sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik in innovativen Formaten über aktuelle Entwicklungen und Trends bei der Vereinbarkeit

von Familie und Beruf in Deutschland auszutauschen. Spezifische Kooperationen mit Branchenverbänden stellen die Besonderheiten der Branche und die Umsetzung familienbewusster Maßnahmen an konkreten Beispielen vor. Darüber hinaus fanden seit 2017 mit Partnern wie der Väter gGmbH oder der berufundfamilie Service GmbH regelmäßig Workshops zu vereinbarkeitsrelevanten Themen in verschiedenen Städten Deutschlands statt.

Abbildung 86: Mitgliederentwicklung des Unternehmensnetzwerks „Erfolgsfaktor Familie“, 2008–2020



Quelle: Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“, DIHK Service GmbH

Das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“

Als weiteren Baustein zur Gestaltung einer familienbewussten Lebens- und Arbeitswelt hat das Bundesfamilienministerium das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ neu aufgelegt (Laufzeit: 1. September 2020 bis 31. Dezember 2022). Ziel des Förderprogramms ist es, betriebliches Engagement in der Kinderbetreuung

zu stärken und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Förderung ist als Anschubfinanzierung für neue Plätze in der betrieblichen Kinderbetreuung konzipiert, um die Startphase zu erleichtern. Gefördert werden neue Plätze in der betrieblichen Kindertagesbetreuung und erstmals auch in der Kindertagespflege, bei der Betreuung in Ausnahmefällen und in der Ferienbetreuung.²⁴²

²⁴² erfolgsfaktor-familie.de/kinderbetreuung



Digitale Angebote für Familien

Die enormen Potenziale digitaler Technologien für einen modernen und vorsorgenden Sozialstaat sind in Bezug auf die Digitalisierung von Leistungen und Angeboten offensichtlich. Die Corona-Krise hat gezeigt: In kurzer Zeit wurden Videokonferenzen und andere digitale Werkzeuge kreativ dazu genutzt, den Kontakt in Familien auch über die notwendigen physischen Distanzen aufrechtzuerhalten, um Hilfe zu organisieren, trotz geschlossener Schulen Lernen zu ermöglichen und auch da im Homeoffice zu arbeiten, wo dies lange unmöglich schien.

Digitale Technologien sind aber kein Allheilmittel. Ihr gewinnbringender Einsatz ist von guten Rahmenbedingungen abhängig: der Verfügbarkeit von Mobiltelefonen, Tablets oder Computern, Software und Lizenzen, einem verlässlichen Internetanschluss, technischem Know-how und sozialen und kulturellen „digitalen“ Kompetenzen. Digitale Technologien können überfordern, bestehende Ungleichheiten vergrößern, Unsicherheit fördern und die Verbreitung falscher Informationen begünstigen.

Dafür sind Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vergleichsweise gut ausgestattet. Der Digitalindex D21 weist für 2019/2020 aus, dass in den Altersgruppen zwischen 14–59 Jahren eine nahezu vollumfängliche Anbindung an das Internet existiert (92–99 Prozent).²⁴³ Die älteren Zielgruppen nutzen zwar ebenfalls mehrheitlich zumindest gelegentlich das Internet, hier sind allerdings deutliche Lücken in der Versorgung erkennbar (60–69-Jährige: 82 Prozent; 70-Jährige und älter: 52 Prozent). Dabei ist festzustellen, dass neben Zugang und tatsächlicher Nutzung des Internets auch wichtige Indikatoren wie Offenheit gegenüber neuen Technologien und die Digitalkompetenz in der deutschen Bevölkerung kontinuierlich zugenommen haben. Eine OECD-Studie verortet Deutschland bei den digitalen Problemlösefähigkeiten der Bevölkerung im Ländervergleich entsprechend auf Platz 9 von 27; hinsichtlich des jüngeren Bevölkerungsanteils (16–25-Jährige) ist

Deutschland sogar in der Spitzengruppe angesiedelt (Platz 5).²⁴⁴ Dennoch verweist der Digitalindex D21 auch auf wesentliche Herausforderungen: Neben den demografischen Variablen bestimmen auch sozioökonomische Faktoren den Zugang zu und den kompetenten Umgang mit neuen Technologien. So sind etwa 97 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit hoher formaler Bildung regelmäßige Internetnutzerinnen und -nutzer, wohingegen nur 64 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit niedriger formaler Bildung dieser Kategorie zugeordnet werden.

5.1 Zugänge verbessern

Um die Potenziale der Digitalisierung für alle Familien zu heben, bedarf es deshalb eines chancenorientierten Ansatzes, der dazu befähigt, digitale Technologien kreativ und innovativ zur Lösung sozialer Herausforderungen einzusetzen.

In seinem „Monitor Digitale Verwaltung“ hat der Normenkontrollrat 2019 den Status quo in Deutschland zusammengefasst und den Befunden aus anderen EU-Staaten gegenübergestellt.²⁴⁵ In Summe ist Deutschland im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld verortet. Beispielsweise erreicht Deutschland auf dem Digital Economy and Society Index 2020 (EU) Kategorie „Digital Public Services“ nur Platz 21 von 28.²⁴⁶ Dieser Index umfasst dabei etwa Daten zum Anteil der Internetnutzenden, die Formulare einreichen müssen, zum Anteil vorausgefüllter Formulare und zum Anteil der Online-Erledigung von Behördeninteraktionen.

Das unterstreicht den nationalen Handlungsbedarf im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung, dem insbesondere das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit seinen digitalen Antragsassistenten begegnet. Der deutsche Sozialstaat bietet zwar mit seinen vielfältigen Familien- und Sozialleistungen eine Antwort auf sehr unterschiedliche Lebenslagen

243 Initiative D21 (Hrsg.) (2020): WIE DIGITAL IST DEUTSCHLAND? D21index. Verfügbar unter: https://initiated21.de/app/uploads/2020/02/d21_index2019_2020.pdf

244 OECD (2019): Measuring the Digital Transformation, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264311992-en>

245 Nationaler Normenkontrollrat (Hrsg.) (2019): Monitor Digitale Verwaltung #2. Berlin

246 Europäische Kommission (Hrsg.) (2020): Digital Economy and Society Index (DESI). Abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/digital-economy-and-society-index-desi-2020>

und persönliche Herausforderungen. Nicht immer erreichen die verschiedenen Angebote jedoch diejenigen Familien, die eigentlich Anspruch auf bestimmte Leistungen haben.

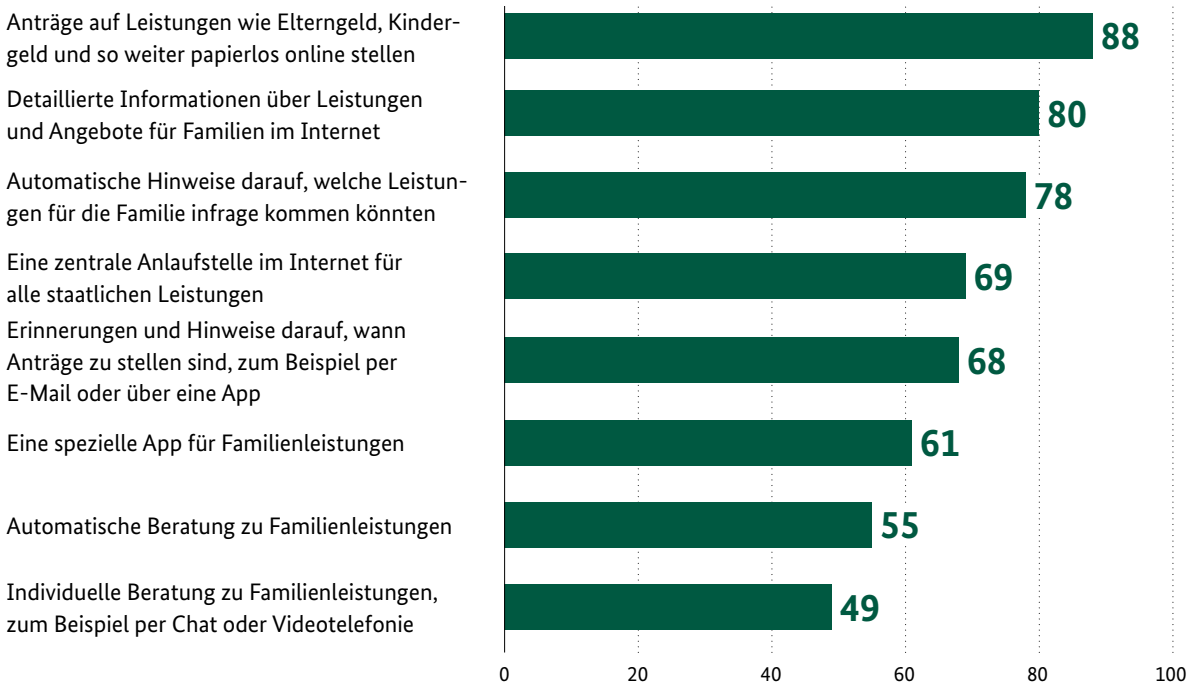
Die Digitalisierung bietet vielfältige neue Möglichkeiten, zum Beispiel durch die nahtlosere Vernetzung unterschiedlicher Angebote, der Möglichkeit des behördlichen Datenabgleichs oder durch neuartige Beratungsangebote sowie einer besseren Verzahnung von bestehenden Beratungsstrukturen. Die Vorteile digitaler Vernetzung und Kommunikation können gezielter eingesetzt werden, um Familien bei der Inanspruchnahme von ihnen zustehenden Leistungen zu unterstützen, Informationen zielgenau zur Verfügung zu stellen und behördliche Abläufe von der Beratung und Antragstellung bis zur Bescheidung einfacher und für alle Beteiligten, das heißt Antragstellende und Verwaltung, effizienter zu gestalten.

Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staat

Wollen Bürgerinnen und Bürger Angebote des Staates in Anspruch nehmen, sind sie oft darauf angewiesen, verschiedene Behörden aus unterschiedlichen Anlässen zu kontaktieren, teilweise umfassende Anträge zu stellen und eine Vielzahl von Nachweisen beizufügen – bisweilen auch im Original.²⁴⁷ Gerade für das Familienleben ergeben sich dabei Situationen, die dem Wunsch nach mehr Zeit für- und miteinander entgegenstehen.²⁴⁸ Beantragen Bürgerinnen und Bürger Familienleistungen, verlieren sie unter Umständen viel (Familien-) Zeit durch bürokratische Prozesse. Der Sozialstaat erscheint dann passiv und schwer erreichbar. Gerade Eltern mit Kindern unter 18 Jahren schätzen die Möglichkeit, Anträge auf Leistungen wie Elterngeld oder Kindergeld online und papierlos zu stellen als eine große Hilfe für die Familie ein – 88 Prozent sehen das einer Umfrage von Allensbach zufolge so (Abbildung 87).²⁴⁹

Abbildung 87: Digitale Unterstützung bei Familienleistungen aus Sicht der Familien

Diese digitalen Möglichkeiten wären eine große Hilfe für Familien



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit Kindern unter 18 Jahren

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik

247 Bundesrats-Drucksache 307/18

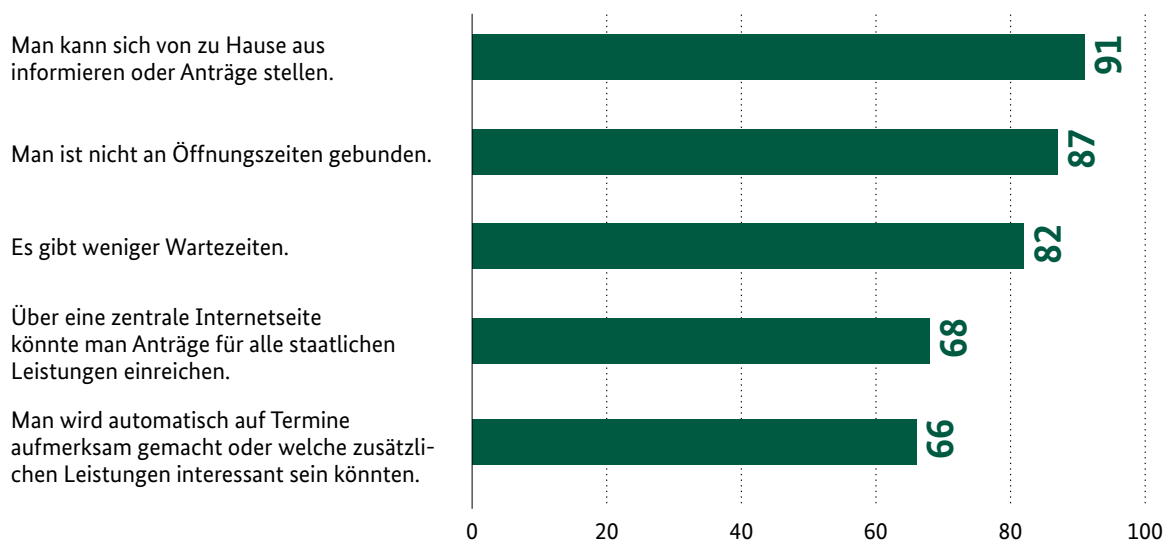
248 Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017). Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/2013. Wiesbaden: Herausgeber.

249 IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik, Link: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Rahmenbedingungen_Bericht.pdf

Für die Befragten liegen die Vorteile dabei auf der Hand: Anträge von zu Hause aus zu stellen und Informationen einzuholen, nicht an die Öffnungszeiten von Behörden und Ämtern gebunden zu sein und Wartezeiten zu verkürzen. Das sind die ausschlaggebenden Punkte für eine durchweg positive Bewertung digitaler Familienleistungen (Abbildung 88). Familien wünschen sich, mehr und gezieltere Informationen über das Internet zu finden und gegebenenfalls auch automatisiert und

an den persönlichen Lebensumständen orientierte Hinweise darauf zu erhalten, welche Leistungen ihnen eigentlich zustehen. Fast ein Viertel der Befragten sähe es als besonders hilfreich an, per App oder E-Mail Erinnerungen darüber zu erhalten, wann bestimmte (Folge-)Anträge zur Fristwahrung zu stellen sind. In Summe sind es passgenaue und detaillierte Informationen, die Familien besonders schätzen.

Abbildung 88: Vorteile digitaler Unterstützung bei Familienleistungen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit Kindern unter 18 Jahren

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (2019). Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik

Familien schätzen Kosten und Nutzen von digitalen Angeboten dabei sehr differenziert ein, auch wenn für sie die Vorteile mögliche Nachteile überwiegen. Familien befürchten demnach, dass bei Fragen und Problemen keine Mitarbeitende in den verantwortlichen Stellen mehr direkt und persönlich erreichbar seien (66 Prozent), Vor-Ort-Angebote und lokale Anlaufstellen gar durch Online-Angebote ersetzt werden könnten (44 Prozent) und der persönliche Kontakt nicht mehr gegeben sei, um beispielsweise die persönlichen Umstände besser erläutern zu können (40 Prozent).²⁵⁰ Weniger stark ins Gewicht fallen hingegen Befürchtungen, dass die persönlichen Daten missbraucht oder gar gestohlen werden könnten. Nur 34 Prozent der Befragten äußerten derartige Be-

denken. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gibt jedoch an, dass sie befürchteten dann nicht mehr nachvollziehen zu können, wie die eigenen Daten genau verwendet würden. Digitale Angebote müssen daher zukünftig sicherstellen, dass Daten transparent und nachvollziehbar verwendet werden und weiterhin Möglichkeiten zum persönlichen Austausch gegeben sind. Online-Angebote sollten eine Ergänzung zu herkömmlichen Antrags- und Beratungsangeboten darstellen und diese nicht ersetzen. Bürgerinnen und Bürger sollten die Wahl haben, welche Angebote sie nutzen wollen.

Notwendig ist daher ein Paradigmenwechsel hin zu einem engagierten, vorsorgenden Sozialstaat,

²⁵⁰ Institut für Demoskopie Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik; Befragungen im Rahmen der demoskopischen Begleitforschung des BMFSFJ

der noch zugänglicher, transparenter und insbesondere mit Blick auf Familien zugewandt und effizient funktioniert. Das Bundesfamilienministerium sieht in der Nutzung digitaler Hilfsmittel einen Schlüssel zum Erreichen dieser Ziele.

5.2 Digitalisierung von Familienleistungen

Das Bundesfamilienministerium entwickelt, teilweise in Kooperation mit den Bundesländern, digitale Zugänge zu allen familienbezogenen Leistungen. Dabei werden zunächst digitale Antragsassistenten entwickelt. Darunter sind interaktive, „intelligente“ Antragsformulare zu verstehen: Im Unterschied zu Papieranträgen können sie Informationen filtern und damit nur noch jene Fragen stellen, die tatsächlich erforderlich sind. Kontextspezifische Informationsboxen, Erklärvideos, Erklärbilder und -texte erleichtern den Bürgerinnen und Bürgern den Weg zur Leistung weiter. Digitale Antragsassistenten prüfen die Angaben auf Vollständigkeit und Plausibilität und ermöglichen es, die Qualität der Anträge zu verbessern und somit die Bearbeitungszeiten deutlich zu verringern.

Ziel ist der vollständig papierlose und aufwandsarme Antrag. Dazu gehört, dass Bürgerinnen und Bürger sich digital ausweisen beziehungsweise „digital unterschreiben“ können, zum Beispiel unter Nutzung des neuen Personalausweises und des vom Bundesinnenministeriums vorangetriebenen Projekts „Nutzerkonto Bund“. Die im digitalen Antragsassistenten erfassten Daten werden künftig direkt elektronisch und datensicher an die zuständigen Stellen übertragen. Notwendige Nachweise können im selben Zug abfotografiert und hochgeladen werden. Im Resultat sinken auch in den bearbeitenden Stellen die Aufwände. Dadurch frei werdende personelle Kapazitäten kommen in Form von schnellerer Reaktionszeit und erweiterten Beratungsmöglichkeiten wiederum den Familien zugute.

Bei einigen Leistungen können zudem perspektivisch die Notwendigkeiten entfallen, bestimmte Nachweise überhaupt beizufügen und sie stattdessen von anderen Stellen und Behörden einzuholen. Die Verwirklichung dieses sogenannten Once-Only-Prinzips beinhaltet auch die Möglichkeit von Kombi-Anträgen, bei denen verschiedene Familienleistungen gleichzeitig beantragt und sich wiederholende Angaben (zum Beispiel Name und Geburtsdatum eines Kindes) nur einmalig für alle Anträge zugleich gemacht werden können.

Insgesamt sind die Vorteile der Digitalisierung von Familienleistungen evident: Sie schlagen sich beispielsweise in Zeit- und Portoersparnissen für Bürgerinnen und Bürger und in einer Effizienzsteigerung der Verwaltung nieder. Schließlich ergeben sich auch Vorteile für Arbeitgeber, da diese beispielsweise weniger Papiernachweise bereitstellen müssen und sich durch vollständigere Anträge und Unterlagen auch weniger Nachfragen durch Antragsstellende und Behörden an sie ergeben.

In Summe hat der Nationale Normenkontrollrat für die Top-35-Verwaltungsleistungen errechnet, dass Bürgerinnen und Bürger durch Digitalisierung 47 Prozent der Zeit für Behördengänge sparen würden, Unternehmen im Umfang von bis zu einer Milliarde Euro entlastet würden und die Verwaltung ihren Zeitaufwand um circa 64 Millionen Stunden im Jahr reduzieren könnte.²⁵¹

Das Bundesfamilienministerium hat vor diesem Hintergrund mit verschiedenen Leistungen bereits wichtige Meilensteine bei der Verwirklichung dieser Vision erreicht.

251 Nationaler Normenkontrollrat (Hrsg.) (2017): Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren. Berlin

ElterngeldDigital (elterngeld-digital.de)

Mit der Digitalisierung der Familienleistung „Elterngeld“ ist das Bundesfamilienministerium im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung vorangegangen. Der hierzu entwickelte digitale Antragsassistent „ElterngeldDigital“ war der erste seiner Art. Die Freischaltung von ElterngeldDigital erfolgte im Oktober 2018 mit den Antragsassistenten der Länder Berlin und Sachsen. Am 8. Juli 2019 wurden zudem die Antragsassistenten der Länder Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg freigeschaltet. Immer mehr Familien in diesen Bundesländern greifen bei der Beantragung bereits auf die Unterstützung von ElterngeldDigital zurück.

ElterngeldDigital wird schrittweise weiter ausgebaut; weitere Länder folgen im Jahresverlauf 2020. Im gleichen Zeitraum werden in den ersten Bundesländern die digitale Authentifizierung, elektronische Datenübertragungen an die Elterngeldstellen und der Nachweis-Upload umgesetzt. Dafür wurde eine gesetzliche Grundlage im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz geschaffen. Außerdem sind seit August 2020 zahlreiche sogenannte UX-Verbesserungen (User Experience deutsch: Erfahrungen von Nutzerinnen und Nutzern) im ElterngeldDigital freigeschaltet, die Antragsstellen den Prozess noch einfacher und komfortabler gestalten (Verkürzung der Antragsschritte, nutzungsfreundlichere Gestaltung verschiedener Funktionen).

Kinderzuschlag Digital (kiz-digital.de)

Mit Kinderzuschlag Digital steht seit dem 15. Januar 2020 ein digitaler Antragsassistent für den Kinderzuschlag zur Verfügung. Der digitale Antragsassistent soll dabei helfen, die Familien besser zu erreichen, für die diese Leistung infrage kommt. Dazu bietet er neben einer intelligenten und damit verkürzten Antragsstellung auch die Möglichkeit eines elektronischen Nachweis-Uploads, der den postalischen Versand von Papiernachweisen ersetzt. Die hohen und weiter steigenden Zugriffszahlen von Kinderzuschlag Digital belegen, dass seitens der Anspruchsberechtigten Interesse und ein großer Bedarf nach digital bereitgestellten Informationen und der Möglichkeit zur onlinegestützten Beantragung besteht. Darauf aufbauend erfolgt ein weiterer Ausbau des Funktionsumfangs (zum Beispiel Übernahme von Daten aus vorherigen Anträgen bei der Familienkasse, zuschaltbare Video-Beratung) kontinuierlich im Zeitraum 2020–2022.

Digitalisierung weiterer Leistungen im Vollzug der Länder und Kommunen

Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) planen und bearbeiten Bund, Länder und Kommunen aktuell arbeitsteilig in 16 Themenfeldern circa 575 Verwaltungsleistungen. Gemeinsam mit Bremen bearbeitet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) federführend das Themenfeld „Familie und Kind“. Unter Beteiligung des Saarlands und der Kommunen Delmenhorst und Wiesbaden werden die Leistungen bearbeitet und in mehreren Digitalisierungslaboren prototypische Anwendungen und Digitalisierungskonzepte entwickelt. Lösungen aus der laufenden Umsetzung von ElterngeldDigital, der Digitalisierung des Kinderzuschlags sowie dem Projekt „Einfach Leistungen für Eltern – ELFE“ aus Bremen werden dabei aufgegriffen. Aktuell läuft bereits unter Beteiligung mehrerer Bundesländer die Umsetzungsphase für die Digitalisierung der Leistung „Unterhaltsvorschuss“. Weitere Referenzimplementierungsprojekte gehen 2020 ebenfalls in die Umsetzungsphase über.

Digitale-Familienleistungen-Gesetz

Häufig existieren schon heute technische Möglichkeiten, die es Bürgerinnen und Bürgern deutlich erleichtern könnten, diejenigen Familienleistungen einfacher zu erhalten, die ihnen zustehen. In der Praxis lassen aber die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen, die zum Teil aus „vor-digitalen“ Zeiten stammen, eine bürgerfreundliche Digitalisierung nicht in vollem Umfang zu. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat die Bundesregierung mit Beschluss vom 21. September 2018 aufgefordert, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bremer Initiative „ELFE – Einfach Leistungen für Eltern“ zu schaffen.

Entsprechend hat die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesinnenministeriums am 24. Juni 2020 das Digitale-Familienleistungen-Gesetz beschlossen, am 4. November hat es den Bundestag in der 2./3. Lesung passiert. Es ermöglicht, vier wichtige Familienleistungen in einem digitalen Kombiantrag zusammenzufassen. In einem Zuge können Eltern künftig die Geburtsurkunde – mit förmlicher Namensfestlegung und Geburts-

anzeige – sowie Elterngeld und Kindergeld beantragen. In der nächsten Stufe soll auch der Kinderzuschlag dazukommen.

Entscheidendes Element des Gesetzes ist die Regelung des elektronischen Datenaustausches. An vielen Stellen können Behörden notwendige Daten untereinander abrufen. Bürgerinnen und Bürger müssen künftig keine Nachweise mehr selbst einreichen. Die zuständigen Standesämter, Krankenkassen, Elterngeldstellen und die Deutsche Rentenversicherung werden zum elektronischen Datenaustausch auf Wunsch der Eltern ermächtigt. Damit entfallen mehrere Papiernachweispflichten für die Eltern. Doppelseingaben in verschiedenen Anträgen werden durch den digitalen Kombiantrag vermieden. So gewinnen Eltern, aber auch Verwaltung und Wirtschaft mehr Zeit.

Digitale Innovationen fördern und nutzen

Bereits 2017 hat das Bundesfamilienministerium mit seiner „Digitalen Agenda für eine lebensWerte Gesellschaft“ gemeinsam mit Familien, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Digitalszene einen Fahrplan vorgestellt. Seit Dezember 2018 unterstützt das Innovationsbüro „Digitales Leben“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Zielgruppen und Partnerstrukturen sowie Engagierte in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Digitalszene dabei, digitale Innovationen zu entwickeln und in die Breite zu bringen.²⁵²

Den Auftakt machte das Innovationsbüro mit einem Chancen-Hackathon im Juni 2019.²⁵³ Über 100 Teilnehmende erarbeiteten Ideen dafür, wie Digitalisierung konkreten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger schaffen kann.

Umgesetzt wird derzeit die Idee, Leistungen und Angebote speziell für Familien mithilfe von Kartendiensten besser zugänglich zu machen. So sollen Eltern bequem und übersichtlich sehen können, welche für sie relevanten Orte und Anlaufstellen es in ihrer Umgebung gibt: Während

bisher insbesondere Einkaufsmöglichkeiten oder Restaurants besser zugänglich wurden, wollen wir Einrichtungen und Unterstützungsangebote wie zum Beispiel Beratungsstellen, Nachbarschaftshäuser, Kitas, Spielplätze oder Stillräume besser sichtbar machen.

Künstliche Intelligenz – Ressourcen erkennen und nutzen

Die OECD hat Künstliche Intelligenz (KI) als eines der wichtigsten künftigen Handlungsfelder des digitalen Wandels identifiziert. Demnach definiert man KI als „die Fähigkeit von Maschinen und Systemen, Wissen zu erwerben und anzuwenden. Dies umfasst einen breiten Fächer kognitiver Aufgaben, zum Beispiel sensorielle Wahrnehmung, Sprachverarbeitung, Mustererkennung, Lernen sowie Entscheidungsfindung und Vorhersage künftiger Entwicklungen.“²⁵⁴

Einem Großteil der zivilgesellschaftlichen Organisationen fällt es schwer, nutzbringende Anwendungsmöglichkeiten für den eigenen Arbeitsbereich zu erkennen. KI-Technologien werden deshalb in etwa 78 Prozent der Fälle für die eigene Organisation als wenig oder nicht als relevant eingestuft. Weitere 10 Prozent können die Bedeutung nicht einschätzen²⁵⁵. Damit liegt der dritte Sektor abgeschlagen hinter der privaten Wirtschaft, die diese Potenziale bereits früh experimentell erkundet und vielfach schon implementiert hat. Dabei gibt es bereits innovative Anwendungsbeispiele auch von Non-Profit-Organisationen. Diese lassen sich wegen der vielfältigen Organisationsstrukturen, Zielgruppen und Aufgaben nicht eins zu eins für andere Organisationen übertragen, zeigen aber Möglichkeiten auf und geben Orientierung in der Auseinandersetzung mit Technologien der künstlichen Intelligenz. Künftig wird es daher darum gehen, die Sensibilität und die Kompetenz hinsichtlich dieses Themas bei den Shareholdern der Zivilgesellschaft zu erhöhen, Bedarfe zu identifizieren und gezielt zu bedienen.

252 Link: <https://www.innovationsbuero.net/>

253 Zur Pressemitteilung: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/ministerin-giffey-startet-innovationsbuero--digitales-leben--des-familienministeriums-/136670>

254 OECD (2020), Going Digital: Den digitalen Wandel gestalten, das Leben verbessern, S. 23, Link: <https://doi.org/10.1787/e78eb379-de>

255 Haus des Stiftens gGmbH (Hrsg.) (2020): DIGITAL-REPORT 2020. Non-Profits & IT. Verfügbar unter: <https://www.hausdesstiftens.org/wp-content/uploads/Digital-Report-2020.pdf>

5.3 Familienportal und Infotool Familie

Das zentrale Familienportal www.familienportal.de des Bundesfamilienministeriums informiert seit Sommer 2018 über Familienleistungen, Antragsverfahren und gesetzliche Regelungen. Das Familienportal orientiert sich an den unterschiedlichen Lebenslagen von Familien, wie zum Beispiel „Schwangerschaft und Geburt“ oder „Kinder und Jugendliche“. Nutzerinnen und Nutzer finden so mit nur wenigen Klicks die gewünschten Informationen.

Das Familienportal hilft auch dann, wenn noch gar nicht klar ist, welche Leistungen überhaupt infrage kommen. Vom Kinderwunsch bis zur Pflege Angehöriger – das Familienportal bietet nützliche Tipps sowie eine Übersicht, welche Leistungen Familien in ihrer Lebenslage bekommen können. Zu sieben zentralen Familienleistungen bietet das Familienportal zudem einen Überblick in zehn Herkunftssprachen. Dies gibt Familien mit geringen Deutschsprachkenntnissen eine erste Orientierung, welche Leistungen sie in Anspruch nehmen können.

Über eine Postleitzahlsuche können Familien zudem wohnortnahe Beratungsmöglichkeiten zu verschiedenen Themen finden, sei es die nächste Elterngeldstelle oder die nächsten Möglichkeiten einer Beratung für Alleinerziehende. Mit der Rubrik „Krisentelefone & Anlaufstellen in Notlagen“ finden Familien auch in Notsituationen schnell Hilfe.

Mit einem im März 2020 neu geschaffenen, umfangreichen Themenbereich „Familien und Corona“ informiert das Familienportal über finanzielle Hilfen und Unterstützung in der Corona-Zeit, es gibt Eltern, Kindern und Jugendlichen zudem Tipps für den Umgang mit dem Corona-Virus

Sämtliche Themenbereiche des Familienportals werden ständig erweitert und aktualisiert. Die Zahl der Besuche steigt weiter an. Vom Start des Familienportals im Juni 2018 bis Juni 2019 verzeichnete es rund 3,5 Millionen Besuche. Und vom Juni 2019 bis zum Juni 2020 waren es bereits 6,9 Millionen Besuche.

Über das Familienportal sind auch der beliebte Elterngeldrechner sowie das Infotool Familie (www.infotool-familie.de) erreichbar. Das Infotool berät (werdende) Eltern und Familien online dabei, auf welche Familienleistungen sie voraussichtlich Anspruch haben und wo sie weitere Informationen dazu finden. Durch ständigen Ausbau und Anpassung an die Gesetzeslage kann das Tool aktuelle Hilfestellung bieten und auf nicht bekannte Leistungen hinweisen.

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 2BR297

Stand: Dezember 2020, 1. Auflage

Gestaltung: www.zweiband.de

Bildnachweis Franziska Giffey: Bundesregierung/Jesco Denzel

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Angaben dazu, ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist, und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>.

